# Das Volk in waffen im sinne der demokratii

Ger 2174.22

HOHENZOLLERN COLLECTION

IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR

PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

№ 8973

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Das

# Volk in Waffen

## im Sinne der Demokratie.

---

Ein Bild aus den Märztagen.

---

Unter Benutzung handschriftlicher Aufzeichnungen.

Berlin.
R. v. Decker's Verlag.
G. Schenck, Königl. Hofbuchhändler.
1887.

Digitized by Google

Digitized by Google

Das

# Volk in Waffen

## im Sinne der Demokratie.

---

Ein Bild aus den Märztagen.

---

Unter Benutzung handschriftlicher Aufzeichnungen.

---

Berlin.
A. v. Decker's Verlag.
G. Schenck, Königl. Hofbuchhändler.
1887.

Digitized by Google

Ger 2174.22

Harvard College Library
SEP 13 1909
Hohenzollern Collection
Gift of A. C. Coolidge

Alle Rechte vorbehalten.

Digitized by Google

# Inhaltsverzeichniß.


Seite

Einfluß der französischen Februar-Revolution auf die Märzereignisse des Jahres 1848 . . . . . 1

Die Agenten des internationalen revolutionären Bundes in Berlin . . . . . 3

Der Vereinigte Landtag . . . . . 3

Der Vereinigte ständische Ausschuß . . . . . 4

Die Zelten-Versammlungen . . . . . 4

Antrag Duncker im Magistrat zu Berlin . . . . . 4

Der 7. März . . . . . 4

Der 8. März . . . . . 6

Der 9. März . . . . . 6

Der 10. März . . . . . 7

Der 11. März . . . . . 7

Der 12. März . . . . . 8

Der 13. März . . . . . 8

Das Polizei-Präsidium an das Gouvernement . . . . . 8

Ruhestörungen. Erstes Auftreten der Truppen. Die Ruhe wird ohne ernstlichen Gebrauch der Waffen hergestellt . . . . . 9

Der 14. März . . . . . 9

Gemeinschaftliche Bekanntmachung des Gouvernements und des Polizei-Präsidiums, das Verhalten bei Aufläufen betreffend, vom 14. März 1848 . . . . . 10

Erneute Ruhestörungen. Abermaliges Ausrücken der Garnison. Gebrauch der blanken Waffe . . . . . 10


Digitized by Google

Seite

Der 15. März . . . . . 10
Das Polizei-Präsidium an das Gouvernement . . . . . 10
Die Ruhestörungen nehmen größeren Umfang an . . . . . 11
Die Truppen machen Gebrauch von der Feuerwaffe . . . . . 11
Der 16. März . . . . . 12
Bekanntmachung des Magistrats, betreffend die Errichtung von Schutz-Kommissionen, vom 16. März 1848 . . . . . 12
Die Truppen machen abermals Gebrauch von der Feuerwaffe . . . . . 12
Der 17. März . . . . . 13
Stille vor dem Sturm . . . . . 13
Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 17. März 1848, betreffend die musterhafte Haltung der Truppen . . . . . 14
Zum Treubruch aufforderndes Flugblatt: „Soldatenlied“ . . . . . 15
Der 18. März . . . . . 15
Minister v. Bodelschwingh an Ober-Bürgermeister Krausnick . . . . . 15
Der Polizei-Präsident an den Gouverneur . . . . . 15
Die Deputationen . . . . . 15
Patent wegen beschleunigter Berufung des Vereinigten Landtages . . . . . 16
General v. Prittwitz übernimmt den Oberbefehl . . . . . 16
Die Räumung des Schloßplatzes . . . . . 16
Ermordung des Grenadiers Thersen . . . . . 18
Verwundung des Grenadiers Scheita . . . . . 18
Mißhandlung des Hauptmanns v. Holstein . . . . . 18
Der Barrikadenbau . . . . . 18
Die Revolte . . . . . 18
Die Brandstiftungen . . . . . 18
Der 19. März . . . . . 19
Die Truppen werden zurückgezogen . . . . . 19
Die Bürgerwehr . . . . . 19
Die Herrschaft der Massen beginnt . . . . . 19
Das Palais des Prinzen von Preußen wird für „National-Eigenthum“ erklärt . 19
Die Presse . . . . . 20
Die Klubs und die Volksversammlungen . . . . . 20
Der Bürgerwehr-Klub . . . . . 21
Der demokratische Bürgerwehr-Verein . . . . . 22
Petition der Bürgerwehr um Rückberufung der Garnison . . . . . 23
Am 30./31. März und 1. April rücken das 9. und 24. Infanterie- sowie das 3. Ulanen-Regiment in Berlin ein . . . . . 24
Die Einholung der Truppen . . . . . 24
Das Begräbniß der Rebellen . . . . . 24
Das Begräbniß der Soldaten . . . . . 2-

Digitized by Google

Seite

Die Bekanntmachungen des Magistrats vom 23. und 29. März 1848 . . . . . 25
Zusammentritt der sogenannten National-Versammlung . . . . . 26
Die Linke . . . . . 26
Der Abgeordnete Berends . . . . . 27
Der Antrag Berends . . . . . 27
Der Abgeordnete Johann Jacoby . . . . . 28
Der 9. Juni . . . . . 30
Eindringen des Pöbels in das Sitzungslokal der National-Versammlung (Singakademie) . . . . . 31
Mißhandlungen unbeliebter Abgeordneter und Minister . . . . . 31
Passives Verhalten der Bürgerwehr demgegenüber . . . . . 32
Die Agitation der Klubs . . . . . 33
Das Gespenst der Reaktion . . . . . 34
Der politische, später demokratische Klub . . . . . 35
Die Bezirksvereine . . . . . 35
Die Katzenmusiken . . . . . 35
Das Verbrennen des Verfassungsentwurfs . . . . . 36
Die Ehrenständchen . . . . . 36
Das Eindringen des Pöbels in das Finanz-Ministerium . . . . . 36
Die Bürgerwehr schreitet nicht ein . . . . . 38
Die Besetzung des Zeughauses . . . . . 38
Aufläufe vor dem Zeughause . . . . . 38
Der 14. Juni . . . . . 39
Das Aushängen der Schloßgitter . . . . . 39
Der Zeughaussturm . . . . . 40
Das Verhalten der Bürgerwehr beim Zeughaussturm . . . . . 40
Selbstkritik der Bürgerwehr . . . . . 43
Der Antrag Uhlich . . . . . 44
Die Berliner Landwehr wird einberufen . . . . . 45
Die Schutzmannschaft wird errichtet . . . . . 45
Bürgerwehr widersetzt sich dem Einrücken des 12. Infanterie-Regiments . . . . 46
Die Fahnen- und Kokardendemonstrationen . . . . . 46
Die Krawalle in Charlottenburg . . . . . 47
Die Erstürmung der Ministerhotels . . . . . 48
Der Antrag Stein vom 9. August . . . . . 50
Die Antwort des Staatsministeriums vom 2. September . . . . . 50
Erneuerung des Antrags Stein am 4. September . . . . . 52
Der Abgeordnete Stein . . . . . 52
Die Annahme desselben am 7. September . . . . . 53
Derselbe . . . . . 55
Die Bürgerwehr ergreift Partei für die National-Versammlung . . . . . 57

Digitized by Google

Seite

Das Bürgerwehr-Kommando an die National-Versammlung . . . . . 58
Das Ministerium Auerswald-Hansemann tritt zurück . . . . . 58
Das Ministerium Pfuel wird berufen . . . . . 58
General v. Wrangel wird mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 15. Septbr. 1848 zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken ernannt . . . . . 59
Tagesbefehl des Generals v. Wrangel vom 17. September 1848 . . . . . 59
Die Interpellation Kirchmann . . . . . 60
Die Parade der Berliner Garnison am 20. September . . . . . 61
Programm des Ministeriums Pfuel . . . . . 64
Der 25. September . . . . . 64
Der Polizei-Präsident an das Kommando der Bürgerwehr . . . . . 65
Proklamationen des Kommandos der Bürgerwehr . . . . . 66
Erklärung des Ministeriums Pfuel bezüglich des Antrags Stein . . . . . 68
Der Abgeordnete Stein belobt das Ministerium Pfuel . . . . . 69
Der Pöbel verlangt die Freilassung der politischen Gefangenen . . . . . 71
Das Polizei-Präsidium an das Kommando der Bürgerwehr . . . . . 71
Der 12. Oktober . . . . . 72
Das Bürgerwehrgesetz vom 17. Oktober 1848 . . . . . 73
Die Verhandlungen, aus welchen dasselbe hervorging . . . . . 73
Die Eselsdemonstration . . . . . 80
Der 16. Oktober . . . . . 80
Der Rimplersche Bericht . . . . . 82
Die Allerhöchste Kabinetsordre vom 17. Oktober 1848 . . . . . 87
Die Sturmpetition am 17. Oktober . . . . . 90
Die Rede des Abgeordneten Waldeck . . . . . 91
Der Abgeordnete Waldeck . . . . . 94
Die Beerdigung des Bürgerwehrmannes Schneider . . . . . 98
Die Beerdigung der Arbeiter . . . . . 99
Die Gratulationskour in Schloß Bellevue am 15. Oktober . . . . . 100
Ansprache des Präsidenten Grabow an den König . . . . . 100
Antwort des Königs . . . . . 100
Ansprache des Majors Rimpler an den König . . . . . 101
Antwort des Königs . . . . . 101
Erneute Mißhandlungen konservativer Abgeordneter . . . . . 102
Der darauf bezügliche Antrag Meusebach . . . . . 103
Der 31. Oktober . . . . . 110
Der Antrag Waldeck . . . . . 111
Rede des Abgeordneten Waldeck . . . . . 113
Rede des Abgeordneten Schulze (Delitzsch) . . . . . 113
Rede des Abgeordneten Baumstark . . . . . 114
Amendement Rodbertus . . . . . 115

Digitized by Google

Seite

Belagerung des Sitzungslokals der National-Versammlung (Schauspielhaus) durch den Pöbel . . . . . 115
Verhalten der Bürgerwehr bei dieser Gelegenheit . . . . . 116
Höhepunkt des durch die Demokraten organisirten anarchischen Treibens . . . . 118
Die Rolle der Bürgerwehr . . . . . 119
Die Rolle der National-Versammlung . . . . . 121
Der 1. November . . . . . 125
Bekanntmachung des Ministers des Innern bezüglich Requisition der Militärmacht, vom 1. November 1848 . . . . . 125
Das Ministerium Pfuel tritt zurück . . . . . 125
Das Ministerium Brandenburg wird berufen . . . . . 125
Das Bürgerwehr-Kommando an die National-Versammlung . . . . . 126
Der 2. November . . . . . 126
Der Antrag Jacoby-Waldeck-Temme . . . . . 127
Der Antrag Arnim-Philipps-Berg-Rodbertus-Wachsmuth . . . . . 127
Die Adresse an den König . . . . . 128
Der Antrag Temme . . . . . 128
Der Antrag Pilet-Schulze (Delitzsch) . . . . . 128
Der Antrag Parrisius . . . . . 129
Der 3. November . . . . . 129
Die Königliche Botschaft (Antwort auf die Adresse) vom 3 November 1848 . . . 129
Der 4. November . . . . . 130
Der Antrag Waldeck-Schultz-Jacoby-Temme . . . . . 130
Der Protest gegen die Königliche Botschaft . . . . . 131
Der 9. November . . . . . 132
Ministerium Brandenburg erscheint zum ersten Male in der National-Versammlung . . . . . 132
Die National-Versammlung wird nach Brandenburg a. H. verlegt und vertagt . . 132
Die Königliche Botschaft vom 8. November 1848 . . . . . 133
Die Konferenz des Staats-Ministeriums mit dem Kommandeur der Bürgerwehr . 134
Das Bürgerwehr-Kommando lehnt die Requisition des Polizei-Präsidenten ab . . 137
Der 10. November . . . . . 137
Das Bürgerwehr-Kommando wird von dem Einrücken der Truppen benachrichtigt . 137
Der Protest der Bürgerwehr . . . . . 137
Der Armee-Befehl des General v. Wrangel vom 9. November 1848 . . . . 139
Zusatz zu demselben . . . . . 140
Das Einrücken der Truppen in Berlin am 11. November . . . . . 140
Die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin am 12. November . . . 144
Königliche Verordnung, betreffend die Auflösung der Berliner Bürgerwehr, vom 11. November . . . . . 145

Digitized by Google

Seite

Major Rimpler legt das Kommando der Bürgerwehr nieder . . . . . 145
Die Bürgerwehr wird aufgelöst . . . . . 145
Die Aufforderung zur Steuerverweigerung . . . . . 146
Ansprache des Berliner Magistrats an die Bürgerschaft, vom 21 November 1848 . 147
Die National-Versammlung in Brandenburg a./H. . . . . 150
Der Neujahrsgruß des Königs an das Heer, vom 1. Januar 1849 . . . . . 151

Digitized by Google

Es ist anderen Ortes gezeigt worden, wie sich die Demokratie das Volk in Waffen dachte.*) Betrachten wir nun einmal das Bild, welches dieses demokratische Volk in Waffen unseren Blicken darbietet! —

In Preußen, wie in ganz Deutschland, war um die Mitte der vierziger Jahre revolutionärer Zündstoff zur Genüge vorhanden. Er glimmte seit geraumer Zeit unter der Asche, aber seine Gluth war nicht mächtig genug, durch sich selbst, aus eigener Kraft, zu helllodernder Flamme emporzuschlagen. Es bedurfte hierzu jedoch nur einer äußeren Veranlassung. Diese trat ein durch den Ausbruch der dritten französischen Revolution im Februar 1848.

Die französische Juli-Revolution war die unabweisbare Folge der Ideen von 1789 gewesen. Ludwig Philipp von Orleans bestieg, nachdem er dem sogenannten Juli-Programm beigetreten war und am 9. August 1830 durch den Eid auf die reformirte Charte mit der Revolution einen Pakt geschlossen hatte, an Stelle des durch die „siegreiche Demokratie" gestürzten Karl's X. den Thron Frankreichs; er wurde, nach französischem Sprachgebrauch, „König der Franzosen."

Der Augenblick, in welchem sich dieser „König von Volks Gnaden" die ihm von jenem mächtigen Demagogenthum, dem er seine Krone verdankte, in dessen Dienst er getreten war, auferlegten Fesseln zu entledigen und — wenn auch mehr im Interesse seines Hauses, als in demjenigen des Landes — selbstständig aufzutreten versuchte, war der Anfang seines Endes.

Der Bürger-König fiel als das Opfer der sozialen Revolution. Durfte er über den 24. Februar klagen, nachdem er den 29. Juli verherrlicht hatte? War der Sturz des reaktionären Karl's ein Verdienst, warum sollte der seines konstitutionellen Nachfolgers und Vetters Ludwig Philipp nicht mindestens ein Ruhm sein? Die Doktrin war ja dieselbe. Nachdem einmal der französische Königsthron auf die Straße geschleppt und zertrümmert, in ihm nicht nur das Symbol des Königthums von Gottes Gnaden, sondern jeden obrigkeitlichen Ansehens im Allgemeinen, entehrt worden war, handelte es sich weniger darum, welche Regierungsform, ob Monarchie, ob Republik, in Frankreich Platz greifen solle, sondern es kam eigentlich nur

*) Vergl. „Wie sich die Demokratie das Volk in Waffen dachte". Ein zeitgemäßer Rückblick. Berlin 1886. E. S. Mittler und Sohn.



Digitized by Google

noch die Frage in Betracht, ob dort eine auf dauernd gesicherter, unantastbarer gesetzlicher Ordnung begründete Regierung überhaupt möglich sei?

Der Juli-Revolution folgten sehr bald Versuche, an Stelle der Monarchie die Republik zu setzen. Sie scheiterten zwar zunächst, verwirklichten sich aber im Laufe der Zeit um so sicherer, je systematischer die Demokratie den Boden, auf welchem der Thron ihres Klienten stand, unterwühlte.

Ludwig Philipp wurde am 24. Februar 1848 entthront und in Frankreich zum dritten Male die Republik proklamirt. Die Folge dieses, die Welt wie ein Blitzstrahl durchzuckenden Ereignisses war eine den ganzen Osten Europas — mit alleiniger Ausnahme Rußlands — in Mitleidenschaft ziehende, sich schnellen Fluges verbreitende revolutionäre Bewegung.

Mit ihr in unmittelbarem Konnex standen die Empörungen in Deutschland. „Die revolutionären Flammen schlugen sofort auf in den am meisten sozial wie politisch aufgeregten und anfgelösten Landen im Südwesten, sowie in den mittelgebirgigen Staaten und drohten dieselben zu verschlingen. Die Revolution verließ hier vielfach den monarchischen Boden völlig, und wurden die Massen von dem tobenden Lärme der Republikaner betäubt und hingerissen. Doch herrschte unter diesen Republikanern nirgends ein einheitlicher Gedanke. Die verschiedensten Pläne durchkreuzten sich. Aufrufe zu Tausenden liefen am Rhein um, welche dazu riethen, drei Republiken längs des Stromes, am Ober-, am Mittel- und Nieder-Rhein, zu errichten. Französische Einflüsse wirkten hier. Die damals republikanische Hegemutter zu Paris fühlte das Bedürfniß, ihre Grenzen mit einer Reihe von Töchter-Republiken zu umgürten, welche für jene Schildwache stehen und die Kosten der großen Werkstätte an der Seine tragen sollten, bis daß es der großen Mutter gefiel, die kleinen Töchter einzuverleiben. Andere wollten, nach dem von den Franzosen 1792 und 1848 gegebenen Beispiel, ganz Deutschland in eine untheilbare Republik verwandeln. . . . . Endlich dachten Andere an Einrichtung einer deutschen Bundesrepublik nach dem Muster des nordamerikanischen Bundesstaats. Doch kam es auch hier nicht zur Ausführung oder auch nur zur Inangriffnahme eines bestimmten Planes.

Auch der Norden und Süden, Bayern, Preußen, Oesterreich, Hannover, Oldenburg, wurden von den revolutionären Flammen ergriffen, doch entluden sich hier eigentlich nur die revolutionären Vulkane der großen Städte. Die Revolution blieb hier überall an dem Fuße des Thrones stehen, und so wurde die ganze aufrührerische Bewegung auf ein ziemlich bestimmtes Maß beschränkt. Zwar flatterten auch hier auf allen Gassen und Straßen im Dunkel des revolutionären Dämmerlichts republikanische Nachtvögel umher und erfüllten mit ihrem Gekrächz und Gekreisch die schwüle Gewitterluft. In den meisten größeren Städten gab es ein solches Geschmeiß und die Verbindung mit den Häuptern im deutschen Südwesten, mit den schweizerischen, französischen und polnischen Häuptern und deren Emissären wurde mehr und mehr offenkundig. Aus eigener Wahrnehmung wird jeder Zeitgenosse dies bestätigen können, und ist mir namentlich das Treiben des verschmitzten Apostels des Atheismus und der Republik

Digitized by Google

Wislicenus mit seinen Genossen und Helfershelfern in der guten Stadt Halle a. S. selbst recht gegenwärtig. Auch schüchterte ihr unverschämtes und freches Auftreten anfangs Viele ein, und leider hielten es die sogenannten Liberalen zeitweilig nicht unter ihrer Würde, sich dieses republikanischen Gesindels zu ihren Zwecken zu bedienen und mit ihm zu fraternisiren. Aber die allgemeine Stimmung blieb im Norden und Süden die monarchische, obgleich freilich in den ersten Zeiten mit ganz wunderlichen demokratischen und republikanischen Ausschmückungen der neu einzurichtenden Monarchie. Es zeigte sich hier wirklich eine grenzenlose Unklarheit der Massen über politische Organisation, über staatliche, insbesondere monarchische Grundverhältnisse und Charaktere, so daß man an dem politischen Bildungstriebe des Volkes fast verzweifeln mochte. Namentlich die sogenannten Altliberalen mit ihren vagen konstitutionellen Theorien erwiesen sich als die bedenklichsten Praktiker, indem sie fortwährend die monarchischen Prinzipien verleugneten und in der unklarsten Weise in das republikanische Gewirr hineintaumelten bei all ihren Plänen, Projekten, Maßnahmen, theils indem sie diesen oder jenen Satz ihres Monarchenthums fälschlich überhaupt nicht für wesentlich hielten, theils indem sie sich schmählicher Weise von den Republikanern und von den republikanisirten Massen einschüchtern ließen, theils indem sie glaubten, allein durch Konzessionen an die Republikaner in diesem oder jenem Falle etwas durchsetzen zu können und darum um jeden Preis konzedirten, selbst wenn nun ein wahres politisches Monstrum, ein unhaltbarer Wechselbalg zum Vorschein kam. Man versetze sich nur lebhaft unter eine Versammlung der liberalen Parteien in jener Zeit zurück. Ja, hört, wie sie stöhnen im Gedränge und um die zweifelhaften Fragen — und Alles war ihnen mehr oder weniger zweifelhaft — einander das Leben schwer machen! Wie sie dumpf und unklar sich gegeneinander drängen! Das ist ein Debattiren! Eine republikanische Drohung wirkt wie ein Blitz — die Herren werden urplötzlich erleichtert. Es war ein unheimliches Ding, diesem wirren und unklaren Gestöhne zuzuhören!" So Kaltenborn, ein Zeitgenosse.*)

Anfangs März tauchten zahlreiche, bis dahin an verschiedenen Plätzen des Kontinents zerstreut gewesene Agenten des während der Regierung Ludwig Philipp's in Paris nach Mazzini'schem Muster begründeten, der europäischen Konspiration dienstbaren internationalen revolutionären Bundes zu gemeinsamer Aktion auch in Berlin auf.**) Als Ausgangspunkt ihrer agitatorischen Thätigkeit wurde die augenblicklich herrschende Spannung zwischen Krone und Ständen bezüglich der Konstituirung des Vereinigten Landtages und dessen Befugnissen ausersehen.

---

*) Vergl Kaltenborn, Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse und Einheitsbestrebungen von 1806—1856 unter Berücksichtigung der Entwickelung der Landesverfassungen (1857), S. 16 ꝛc.

**) An der Spitze derselben stand ein gewisser Rutenberg, der mit dem Ausbruch der Revolte Berlin eiligst verlassen zu haben scheint.



Digitized by Google

Eigenthümlicherweise waren es gerade die ihrem ganzen Sein und Wesen nach entschiedensten Antagonisten der Demokratie, welche durch ihre gegen die Maßnahmen der Krone gerichtete Opposition den Anstoß zur Entfesselung der bis dahin in Preußen schlummernden revolutionären Elemente gaben.

Seit dem 17. Januar 1848 tagte in Berlin, um ein neues Strafgesetz zu berathen, der „Vereinigte ständische Ausschuß," eine Einrichtung, gegen welche sowohl im Landtage selbst, als in breiteren Volksschichten eine Abneigung deshalb herrschte, weil durch die Periodizität desselben die Einberufung des Landtages mehr oder weniger überflüssig gemacht wurde. Auf das fast einstimmige Bitten der beiden Kurien des Landtages gab der König in dieser Frage nach und übertrug durch die Botschaft vom 5. März 1848 diese Periodizität auf den Landtag selbst. Am 6. März entließ der König den Ausschuß. Er schloß die bei dieser Gelegenheit gehaltene Thronrede mit den Worten: „Sobald die Maßregeln, welche Ich für Preußens und Deutschlands Sicherheit und Ehre ergreifen muß, den Beistand Meiner getreuen Stände erfordern, spätestens dann, wenn (was Gott gnädiglich verhüten wolle!) der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte, werde Ich Sie, Meine Herren, und Ihre Mitstände — den ganzen Vereinigten Landtag — wiederum berufen, um Mir mit Rath und That beizustehen, wohl wissend, daß das Vertrauen Meines Volkes Meine festeste Stütze ist, und um der Welt zu zeigen, daß in Preußen der König, das Volk und das Heer dieselben sind von Geschlecht zu Geschlecht!"

Noch an demselben Abende fand die erste, wenn auch meist nur aus jungen, unreifen Leuten, zum Theil Unberufenen, zum Theil Solchen, die aus der Agitation ein Geschäft machten, bestehende und verhältnißmäßig gering besuchte Versammlung unter den Zelten im Thiergarten statt, um — die Forderungen des Volkes zu formuliren, also eine regelrechte sogenannte Volksversammlung.

Das war der Anfang jener berüchtigten Zelten-Versammlungen, welche auf die ganze weitere Entwickelung der Verhältnisse von so weittragender Bedeutung werden sollten. Damit war seitens der Agitation der Boden gewonnen, auf welchem die revolutionäre Konspiration ihren Samen auszustreuen vermochte, einen Samen, welcher nur allzuschnell umporwucherte und Früchte trug.

Die bis dahin durchaus harmlose Reformbewegung nahm alsbald einen anderen, gefährlichen Charakter an. Versammlung folgte auf Versammlung; Forderung drängte Forderung. Die Agitation wußte denselben eine ihren Bestrebungen entsprechende Färbung zu geben und schuf sich dadurch das ergiebigste Feld für ihre weiteren Pläne.

Am 7. März war im Magistrat zu Berlin von Duncker und Genossen beantragt worden, den König zur sofortigen Einberufung des Vereinigten Landtages aufzufordern. Der Antrag verlangte buchstäblich, „in einer ehrfurchtsvollen Adresse Sr. Majestät treu und wahr die Besorgnisse auszusprechen, welche die gegenwärtige Lage einflöße, und daran die Bitte

Digitized by Google

zu knüpfen, schleunigst die Stände des Reichs um sich zu versammeln und sie mit denjenigen Gaben zu empfangen, welche geeignet seien, die begründeten Wünsche der Nation zu befriedigen und dadurch ein neues, unzerreißbares Band zwischen König und Volk, zwischen Preußen und Deutschland zu schlingen." In der Motivirung dieses seltsamen Ansinnens einer Kommunal-Behörde an den Monarchen bezüglich allgemeiner politischer Maßnahmen war der Bitte um „erweitertes Wahlrecht des Bürgers und Bauern mit Beseitigung der Differenzen des Patents vom 3. Februar 1847*) und der früheren Gesetzgebung, und um Gewährung wahrer Freiheit der Presse und der Kirche" Ausdruck gegeben und bezüglich der Allerhöchsten Person des Königs Selbst folgende Betrachtung angestellt worden: „Für einige Opfer seiner (nämlich des Königs) Machtvollkommenheit werde das Volk, wenn es Noth thue, Gut und Leben an dem Altare des Vaterlandes opfern und Preußen werde nicht nur die etwaige französische Invasion siegreich bestehen, sondern auch Deutschland aufs Neue sich geistig erobern und einen neuen, schönen Tag über das ganze herrliche Vaterland herbeiführen."

Die Mehrheit des Berliner Magistrats besaß indessen doch so viel Taktgefühl, den betreffenden Antrag zurückzuweisen. Derselbe wurde mit 18 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

An demselben Tage fand sich bei den Zelten bereits eine größere Menschenmenge ein, als am vorhergehenden. Es sollte eine „Adresse der Jugend" an den König beschlossen werden, von welchem Vorhaben man jedoch wieder Abstand nahm und statt dessen eine „Allgemeine Adresse" beschloß, worin folgende Forderungen gestellt wurden:

1. Unbedingte Preßfreiheit.
2. Vollständige Redefreiheit.
3. Sofortige und vollständige Amnestie aller wegen politischer und Preßvergehen Verurtheilten und Verfolgten.
4. Freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht.
5. Gleiche politische Berechtigung Aller ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntniß und Besitz.
6. Geschworenen-Gerichte mit Unabhängigkeit des Richterstandes.
7. Verminderung des stehenden Heeres und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer.
8. Allgemeine deutsche Volksvertretung.
9. Schleunigste Einberufung des Vereinigten Landtages.

Der Entwurf zu dieser Adresse rührte von einem Kandidaten der Philosophie des Namens Löwenberg her, welcher auch der Versammlung präsidirte. Dieses Machwerk schloß mit der Drohung: „Nur die Gewährung dieser Wünsche wird im Stande sein, die Eintracht zwischen König und Volk zu sichern."

Am Schlusse der Versammlung wurde eine Deputation erwählt, welche

*) Patent vom 3. Februar 1847, betreffend die Einführung des „Vereinigten Landtages."

Digitized by Google

die Adresse persönlich überreichen sollte. Als sich die Mitglieder dieser Deputation am folgenden Morgen in dem Lokale der „Zeitungshalle" versammelten, eröffnete ihnen indeß der sie überraschende Polizei-Präsident v. Minutoli, Se. Majestät der König habe sich durch ihn genauen Bericht über die gestrige Versammlung erstatten lassen und werde in keinem Falle eine Deputation empfangen; er (Minutoli) rathe daher, die Adresse durch die Stadtpost an den König gelangen zu lassen, und habe, im Falle der ursprünglich gefaßte Beschluß durchgeführt werden solle, gemessene Befehle, die Ausführung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu hindern.*)

Jedenfalls wurde von Ueberreichung der Adresse durch eine Deputation Abstand genommen, dieselbe dagegen an vielen öffentlichen Orten zur Unterschrift ausgelegt und bald von Tausenden unterzeichnet.

An demselben Tage (dem 8. März) erschien eine Königliche Verordnung, durch welche, unter Hinweis auf den Beschluß der Bundes-Versammlung vom 3. März desselben Jahres, Aufhebung der Zensur und Reform der Preßgesetzgebung verheißen wurde.

Am 9. März Abends fand die erste größere Volksversammlung unter den Zelten statt. Bereits um 8 Uhr hatten sich etwa drei bis vier Tausend Menschen eingefunden. Der Präsident, jener schon genannte Kandidat Löwenberg, verlas zunächst noch einmal die Adresse vom 7., welche allgemeine Zustimmung fand. Der Rath des Polizei-Präsidenten v. Minutoli, dieses Schriftstück durch die Stadtpost an den König gelangen zu lassen, wurde verworfen, weil ein solches Verfahren der Würde einer Volksversammlung nicht entspreche. Ebenso wurden die Vorschläge, die Vermittelung des Staats-Ministers v. Bodelschwingh oder Alexander v. Humboldt's in Anspruch zu nehmen, abgelehnt. Endlich beschloß man, die Adresse der Stadtverordneten-Versammlung, welche ebenfalls eine solche in Aussicht genommen habe, mit der Bitte zuzustellen, sie mit der eigenen dem Könige zu behändigen.

Fast gleichzeitig mit dieser Volksversammlung verhandelten allerdings auch die Stadtverordneten über die Alles bewegenden politischen Zeitfragen. Auf der Tagesordnung derselben standen verschiedene Petitionen, von welchen eine den Erlaß einer Adresse an den König, eine andere die Errichtung bürgerlicher Schutzwachen befürwortete.

Ersterer sollten folgende Wünsche zu Grunde gelegt werden: „Kein Krieg mit Frankreich, außer wenn es deutschen Boden antastet. Gesetzliche Freiheit im Innern, damit wir die Franzosen stolz zurückweisen können, wenn sie uns diese Freiheit bringen wollen. Wir finden diese Freiheit aber in der völligen, rückhaltlosen Erfüllung der der deutschen Nation und dem

*) Nach Angerstein (vergl. Die Berliner März-Ereignisse im Jahre 1848, S. 17) hätte Präsident v. Minutoli dem hinzugefügt: „und sollte es darüber selbst zum Blutvergießen kommen", während Oberst Schultz (vergl. Die Berliner Märztage, S. 9) berichtet, Minutoli habe erklärt, die Ueberreichung durch eine Deputation müsse durchaus unterbleiben, worauf einige Mitglieder derselben erwidert hätten: „dann sei eine neue Versammlung nöthig, um über das Vernommene zu berathen."

Digitized by Google

preußischen Volke vor, in und nach den glorreichen Kämpfen von 1813 und 1815 gegebenen Versprechungen, also: 1. Preßfreiheit, damit stets die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes unverhüllt und unverfälscht gesagt werden dürfen und können; 2. Vermehrung der Vertreter der Land- und Stadt-Gemeinden, Aufhebung der Wahlbeschränkungen, Periodizität der Reichsstände mit beschließender Stimme, mit Einem Worte: wahrhafte Repräsentation des Volkes; 3. endlich, damit wir nicht bloß als Preußen muthig und vereint jedem Feinde, er komme aus Westen oder Osten, entgegentreten können, sondern auch als Deutsche fest und unerschütterlich in jedem Sturme bestehen mögen: Innige Verbrüderung der gesammten deutschen Nation und zu diesem Zweck: Vertretung derselben durch Ausschüsse sämmtlicher deutschen Stände-Versammlungen beim Bundestage."

Die andere lautete wörtlich:

> Vertreter der Stadt! Die Aprilunruhen v. J. haben bewiesen, daß die Gewalt der Polizei und des Militärs dem Eigenthum nicht sofortigen Schutz gewähren könne. Leben und Eigenthum sind bedroht, wenn wir nicht Alles thun, um uns mit eigener Kraft zu schützen. Was geschehen soll, muß sofort geschehen; der kleinste Verzug kann uns die größte Gefahr, den unwiederbringlichsten Verlust bringen. Wir tragen daher so ergebenst als dringend darauf an, es gefalle den Vertretern der Stadt, das Nöthige zu veranlassen, um sofort die von der Regierung proponirten Schutz-Kommissionen als Bewaffnete zu organisiren.

Beide Petitionen wurden zur Vorberathung an Kommissionen überwiesen. Die Beschlußfassung über dieselben sollte am 11. stattfinden.

Der 10. März verlief äußerlich zwar etwas ruhiger, als der vorhergehende Tag, die Erregung wuchs indeß von Stunde zu Stunde.

Am 11. trat die Stadtverordneten-Versammlung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Die Tribüne war überfüllt und betheiligte sich in so lebhafter Weise an der Berathung, daß wiederholentlich mit Räumung gedroht werden mußte. Nachdem die Versammlung die selbst aufgeworfene Frage betreffs ihrer Kompetenz, in politischen Angelegenheiten eine Adresse an die Krone richten zu dürfen, einstimmig bejaht hatte, ging man zu dem eigentlichen Thema über. Der vorliegende Entwurf wurde mit allen gegen zwei Stimmen unverändert angenommen, auch gleichzeitig beschlossen, die Adresse am 13. durch Deputirte der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats, vorausgesetzt, daß dieser seine Betheiligung nicht versagte, dem König überreichen zu lassen, dagegen die Weiterbeförderung der Löwenberg'schen Adresse abgelehnt.

Nach der Adreßdebatte kam die Petition wegen Errichtung bürgerlicher Schutzwachen zur Berathung. Es traten alsbald die schroffsten Meinungsverschiedenheiten zu Tage, durch welche die Erregung aufs Höchste gesteigert wurde. Die Einen dachten sich die Schutz-Kommissionen durch Stab und Armbinde ausgezeichnet, die Anderen wollten sie bewaffnet, noch Andere sprachen von „unbesoldeten Gensdarmen", wieder Andere votirten für Bürgerbewaffnung und gegen alle Schutz-Kommissionen. Bei der Schluß-

Digitized by Google

abstimmung blieben die Ersten und die Letzten in der Minorität. Darauf erhob sich ein so wüster Lärm, daß der Vorsitzende sich zum Abbruch der Verhandlungen genöthigt sah und die Sitzung schloß. Nunmehr weigerte sich aber das Publikum, die Tribüne zu verlassen und forderte seinerseits ein Votum für — Bürgerbewaffnung. Die Demonstration blieb jedoch ohne Erfolg. Als die Menge einsah, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen, räumte sie schließlich das Feld.

Der 12. März verlief verhältnißmäßig ruhig. Deutlich trat jedoch eine veränderte Haltung der unteren Gesellschaftsklassen zu Tage. Herausfordernd und frech, bekundeten sie namentlich einen in Berlin bis dahin ungekannten Haß gegen die Armeeangehörigen. In demselben Maße verwandelte sich auch die Physiognomie des Straßenlebens. Selbst dem flüchtigsten Beobachter entging nicht die große Zahl fremder Gesichter und die häufig wahrnehmbare Unterhaltung in polnischer und französischer Sprache.

Am 13. änderte sich die Szenerie ganz erheblich. Während der ersten Nachmittagsstunden berichtete das Polizei-Präsidium dem Gouvernement:

> Da nichts eingetreten, was die Vermuthung widerlegen könnte, daß es heute zu einer ernstlichen Reibung mit den Arbeitern kommen wird, da vielmehr die Haltung dieser Klasse eine entschieden freche und herausfordernde zu sein scheint, es endlich auch nicht unwahrscheinlich ist, daß Auftritte in den verschiedenen Theilen der Stadt beginnen, so wird es nothwendig sein, sich für diese verschiedenen Fälle zu rüsten. Jedenfalls ist es nothwendig, bei dem ersten Ausbruch einer Bewegung
>
> 1. das Königliche Schloß zu besetzen,
> 2. eine Kompagnie für die Stadtvoigtei,
> 3. eine Verstärkung für die Brandenburger Thorwache,
> 4. einen Schutz für das Staatsgefängniß in Moabit zu kommandiren,
> 5. Kavallerie von 7 Uhr Abends verfügbar zu halten und durch die Dorotheen- resp. Anhalt-Straße die Kommunikation nach dem Brandenburger Thor zu dirigiren, um mit diesen Truppen der beabsichtigten Volks-Versammlung zu imponiren oder solche auseinander zu jagen oder behufs von Verhaftungen zu umzingeln.
>
> In diesem letzteren Falle würde beim Ausrücken aus dem Thore das letztere geschlossen und gleichzeitig der Schiffbauerdamm, sowie das Potsdamer Thor geschlossen werden müssen, um ein massenhaftes Eindringen in die Stadt zu verhindern. Starke Patrouillen würden in diesem Falle Bellevue zu überwachen und sich bis nach Charlottenburg auszudehnen haben, falls es in der Absicht liegen sollte, sich dorthin zu begeben.
>
> Das Avertissement über den Augenblick, wo die Truppen aus den Kasernen abzurücken haben, wird nach dem Kommandantur-Gebäude gegeben werden.
>
> Inwieweit ein Avertissement an die Charlottenburger Garnison zu erlassen, wird gehorsamst anheim gestellt.
>
> v. Minutoli.

Daraufhin wurde die Garnison von 7 Uhr ab in den Kasernen konsignirt.

Digitized by Google

Bereits am Nachmittage waren gewaltige Massen nach dem Thiergarten gezogen. Unter den Zelten, wohin sich der Hauptstrom ergoß, fand eine Ansammlung von etwa 20- bis 30,000 Menschen statt. Anfangs in ihrem Auftreten scheinbar ungefährlich, nahm die gewaltige Menge jedoch mit eintretender Dunkelheit allmählich auch äußerlich einen bedrohlichen Charakter an. Die professionellen Wühler, nach jeder Richtung hin zweifelhafte Gestalten, traten mehr in den Vordergrund. Es wurden Reden gehalten, welche die nackte Revolution predigten. Der betrunkene Mob johlte und brüllte Beifall.

In den letzten Tagen war mit besonderem Nachdruck das Gerücht verbreitet worden, in Paris habe man einen Arbeiter, Namens Albert, in das Ministerium berufen. Das gab den Anstoß, die Errichtung eines Arbeiter-Ministeriums zu fordern. Eine bezügliche Petition an den König wurde in bereitgehaltenen lithographirten Exemplaren unter den Haufen vertheilt. Auf zahlreich aufgestellten Tischen lagen neben Tinte, Feder und Papiere die Adressen zur Unterschrift. Wer nicht gutwillig seinen Namen hergab, wurde mit Faustschlägen zu dieser Bürgerpflicht angehalten.

Die zwischen 7 und 8 Uhr beim Gouvernement eingehende Meldung: „Der Pariser Platz sei mit Menschenmassen bedeckt und die Wache am Brandenburger Thor bedroht", veranlaßte das Auftreten des Militärs. Die anrückenden Truppen wurden mit Steinwürfen empfangen, verhöhnt und beschimpft. Trotzdem an mehreren Stellen, so am Eingange der alten Grün-Straße und in der Niederwall-Straße, Barrikaden errichtet wurden, auch die Plünderung eines Waffenladens auf der Jäger-Straße versucht worden war, konnte die Ordnung ohne ernstlichen Gebrauch der Waffe gegen Mitternacht wiederhergestellt und der Abmarsch der Truppen in ihre Quartiere befohlen werden.

Schon an diesem Abend ließ sich mit Deutlichkeit erkennen, daß die Bewegung eine gemachte war, darauf berechnet, die Truppen zu ermüden, wenn nicht auf ihre Zuverlässigkeit hin zu prüfen, den großen Haufen aber allmählich an den Zusammenstoß mit denselben zu gewöhnen, ihm praktische Anweisung im Barrikadenbau zu Theil werden zu lassen.

Am 14. März überreichte eine Deputation des Berliner Magistrats und der Stadtverordneten die am 11. beschlossene Adresse, in welcher, neben anderen „zeitgemäßen" Wünschen, die schleunige Einberufung des Landtages verlangt und auf die Einigung Deutschlands hingewiesen wurde. Der König nahm das Schriftstück huldvoll entgegen und versprach die Einberufung des Landtages zum 27. April.

Militärische Maßregeln besonderer Art wurden an diesem Tage nur insofern getroffen, als von 5 Uhr Nachmittags ab Kavallerie-Patrouillen in Stärke eines Zuges und in Zwischenräumen von einigen Stunden die wichtigsten Theile der Stadt durchzogen.

Gouvernement und Polizei-Präsidium erließen eine gemeinschaftliche Bekanntmachung folgenden Inhalts:

Digitized by Google

Eine auf gestern Abend im Thiergarten unter den Zelten verabredete Volksversammlung hatte eine so bedeutende Menge von Menschen in Bewegung gesetzt, daß zur Vorbeugung etwaiger Unruhen die Aufstellung von Truppen nothwendig wurde. Dieselbe entsprach ihrem Zweck, und war nur an einzelnen Punkten eine Zerstreuung der Volksmasse nöthig. Da Volksversammlungen unerlaubt sind, so ergeht hiermit die Aufforderung an das Publikum, sich bei derartigen Zusammenkünften nicht zu betheiligen, indem nicht allein die dabei betroffenen Rädelsführer und Theilnehmer, sondern auch die aus Neugierde anwesenden Personen sich denjenigen Folgen aussetzen, welche die Ueberschreitungen der gesetzlichen Bestimmungen nach sich ziehen. Außerdem finden wir uns veranlaßt, noch nachstehende Verordnung in Erinnerung zu bringen:

Sobald bei einem Auflauf von Seiten des kommandirenden Offiziers die Aufforderung an die Versammelten ergangen, auseinander zu gehen, oder dieser Zuruf durch dreimaligen Trommelschlag oder Trompetenschall erfolgt ist, verfallen diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht augenblickliche Folge leisten, schon deshalb in eine Freiheitsstrafe bis zu sechsmonatlicher Gefängniß- oder Strafarbeit. § 8 der Verordnung vom 30. Dezember 1798. § 5 der Verordnung vom 17. August 1835.

Zugleich wird den Hauswirthen in Erinnerung gebracht, bei entstehendem Auflaufe ihre Häuser zu verschließen. An Eltern, Schullehrer und Herrschaften ergeht die Aufforderung, ihre Kinder, Zöglinge und Gesinde zurückzuhalten und ihnen unter keinerlei Vorwand zu gestatten, die Volksmenge durch ihr Hinzutreten zu vergrößern. Die Inhaber von Fabriken und die Gewerksmeister sind verpflichtet, solche Vorkehrungen zu treffen, daß ihre Arbeiter, Gesellen und Lehrlinge verhindert werden, sich aus den Werkstätten und Wohnungen zu entfernen. Muthwillige Buben, welche bei Gelegenheit eines Auflaufes auf den Straßen und an öffentlichen Orten Unruhe erregen und Unfug begehen, wohin auch Aufregung durch Geschrei und Pfeifen zu rechnen, werden nach § 183, Tit. 20, Th. II Allg. L.-R. bestraft.

Berlin, den 14. März 1848.

Königl. Gouvernement. v. Pfuel.

Königl. Polizei-Präsidium. v. Minutoli.

Mit Einbruch der Dunkelheit versammelten sich tobende Volkshaufen auf dem Schloßplatze und in den dahin führenden Straßen, so daß nach 7½ Uhr abermals der größte Theil der Garnison ausrücken mußte. Schloß und Zeughaus wurden besetzt, starke Kavallerie-Patrouillen in die Straßen entsendet. Wiederum empfing man die Truppen, wo sie sich sehen ließen, mit Steinwürfen, verhöhnte und beschimpfte sie. Wiederum mußte von der blanken Waffe Gebrauch gemacht werden. Wie Tags zuvor trat gegen Mitternacht Ruhe ein.

Ernstlicher gestalteten sich die Verhältnisse am 15. März. Die Erregung hatte im Allgemeinen eher zu-, als abgenommen; die Unordnung wuchs. Vom Polizei-Präsidium war folgende Requisition beim Gouvernement eingegangen:

1. Die Schloßbewachung, wenigstens ein Bataillon und eine Eskadron, mag vom Lustgarten ins Thor marschiren und im Innern der Höfe verdeckt stehen bleiben. — Den Angriff bitte ich dem Publikum zu

Digitized by Google

überlassen; alle guten Bürger halten sich fern, das Gesindel wird weichen oder vernichtet.

2. Die Haltung der Masse ist nicht mehr zweifelhaft, es handelt sich nur noch um den Moment des Ausbruchs. — Alles geht aufs Schloß. — Es müssen die Höfe im Innern besetzt werden, auch die unvergitterten Fenster an der Rampe. Die Truppen müssen konsignirt werden. — Die Leipziger Eisenbahn soll Studenten mit dem nächsten Zuge erwarten. Eine Eskadron dürfte dort aufzustellen sein.

v. Minutoli.

Schon zeitig sammelte sich auf dem Schloßplatze, in der Breiten- und Brüder-Straße eine bald größere, bald geringere Volksmenge, von welcher zunächst keine Notiz genommen wurde. Erst um 3½ Uhr Nachmittags erfolgte die Besetzung des Schlosses und etwas später die des Zeughauses durch je ein Bataillon. Gegen 5 Uhr begann die bis dahin nur lärmende Masse gegen das Schloßportal Nr. 2 anzudrängen.

Mehrere, durch weiße Armbinden kenntlich gemachte Mitglieder der inzwischen zusammengetretenen, vom Magistrat autorisirten Schutz-Kommission versuchten die Tumultanten zurückzuhalten und zu beschwichtigen. Beides ohne jeglichen Erfolg. Der Pöbel richtetete vielmehr einen Steinhagel auf das Portal und die dahinter stehende Infanterie, durch welchen 2 Offiziere 13 Mann mehr oder weniger schwere Verletzungen davon trugen, 6 Mann dienstunfähig gemacht wurden. Als demgegenüber der kommandirende Offizier das Trommelsignal geben und fertig machen ließ, floh die tobende Rotte, begann aber, da die Truppen von der Waffe vorerst keinen Gebrauch machen durften, ihr Treiben von Neuem und setzte es volle zwei Stunden fort.

Auf die gegen 7 Uhr einlaufende Nachricht hin, das Volk erbreche einen Waffenladen, wurden die bis dahin in Thätigkeit gewesenen Truppen erheblich verstärkt. Inzwischen waren auf mehreren Straßen (so: an der Ecke der Breiten-Straße und Neumanns-Gasse, der Leipziger- und Jerusalemer-Straße, sowie auf der Kommandanten-Straße) auch wieder Barrikaden errichtet und mehrere Brücken (so: die Gertrauden-, Jungfern- und Roß-Straßen-Brücke) theils durch Aufziehen, theils durch Versperren ungangbar gemacht worden. Beim Wegräumen der Barrikaden und sonstigen Wegehindernisse, sowie beim Passiren der Straßen wurde den Truppen nicht nur unmittelbarer Widerstand entgegengesetzt, sondern sie auch von den Dächern und aus den Fenstern der Häuser mit Steinen, Flaschen und anderen Gegenständen überschüttet, so daß dieselben nun endlich von der Feuerwaffe Gebrauch machten und das zwar — wie vorauszusehen — mit gutem Erfolge, denn zwischen 11 und 12 Uhr trat selbst an diesem Tage Ruhe ein.

Bereits im Laufe des 15. waren die Gerüchte von einem erfolgreichen Aufstande des Wiener Straßenpöbels eingetroffen und seitens der Berliner Volksredner mit gebührender Nutzanwendung auf die heimathlichen Verhältnisse fruktifizirt oder, wie Angerstein berichtet,*) Vergleichungen an-

*) Vergl. Angerstein, Die Berliner März-Ereignisse im Jahre 1848 (1864), S. 25/26.

Digitized by Google

gestellt worden zwischen den österreichischen und preußischen Zuständen, „die nicht zur Beruhigung beitragen konnten," d. h. doch aus dem demokratischen in allgemein verständliches Deutsch übertragen: es wurde auf dieser neuen Basis systematisch weiter agitirt.

Am 16. März erschien folgende Bekanntmachung des Magistrats, betreffend die Errichtung von Schutz-Kommissionen:

> Seit drei Tagen ist das Eigenthum und die Sicherheit der Bürger Berlins in größter Gefahr. Die Stimme der Bürgerschaft hat sich mit Entschiedenheit gegen ein solches Beginnen erklärt und ist zu helfen bereit. Es ist daher beschlossen worden, daß in jedem Bezirke der Stadt eine Schutz-Kommission gebildet werde, aus den sämmtlichen bürgerlichen Kommunal-Behörden bestehend, welche aus der Zahl der Mitbürger ihres Bezirks die geeignetsten und bekanntesten hinein wählen und insbesondere die Gewerks-Altmeister und Innungs-Vorsteher hierbei zuziehen werden.
>
> Das Abzeichen der Schutz-Beamten ist eine um den linken Arm getragene schwarz und weiße Binde mit der aufgedruckten Bezeichnung: „Schutz-Beamte" und ein weißer Stab.
>
> Widersetzlichkeiten gegen die Schutz-Beamten werden gleich denen gegen Abgeordnete der Obrigkeit und beziehungsweise gegen Schildwachen bestraft.
>
> Wer Binde oder Stab der Schutz-Beamten trägt, ohne dazu berufen zu sein, wird eben so bestraft, als wenn er sich widerrechtlich die Ausübung eines obrigkeitlichen Amtes angemaßt hätte, und hat sofortige Verhaftung zu gewärtigen.
>
> Wir haben das Vertrauen zu unseren Mitbürgern und zu der gesammten Bewohnerschaft, daß sie dieser, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung getroffenen Einrichtung volle Anerkennung und Unterstützung zuwenden werden.
>
> Berlin, den 16. März 1848.
>
> Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königlichen Residenz.

Die wohlmeinenden Absichten der Mitglieder dieser Kommission, deren Zahl auf 1200 stieg und die sich zumeist aus gebildeten Männern der besseren Gesellschaftsklassen rekrutirten, blieben ohne allen und jeden Erfolg. Die Schutz-Beamten wurden vielmehr bei Ausübung ihres Amtes, trotz Androhung schwerer Strafen, verhöhnt, beschimpft, ja mißhandelt.

Die Ereignisse dieses Tages unterscheiden sich in nichts Wesentlichem von denjenigen der vorhergehenden und verliefen folgerichtig wie diese. Anhäufung von Menschenmassen, namentlich vor dem Zeughause; Bedrohung der Königswache, in deren Schutz sich mehrere vom Pöbel arg mißhandelte Schutz-Beamte geflüchtet hatten, durch den Pöbel; Uebung im Barrikadenbau und Vergreifen an fremdem Eigenthum, speziell Ladenberaubung; Anrücken des Militärs; Verhöhnung, Beschimpfung, Widerstand seinem Einschreiten gegenüber; Verstärken der Truppen beim Wachsen der Unordnung und des Tumultes; Gebrauch zuvörderst der blanken, endlich der Schußwaffe mit wiederum guten Erfolgen der letzteren; daher bereits zwischen 10 und 11 Uhr Ruhe.

Besonderer Erwähnung verdient nur das Eintreffen einer größeren

Digitized by Google

Anzahl fremder, mit jenen aus Leipzig signalisirten Studenten identischer Agitatoren, zum überwiegendsten Theil Polen und von diesen engagirte oder doch mit ihnen in Verbindung stehende sonstige Ausländer*), sowie eine Versammlung demokratischer Rädelsführer im Hofjäger. Ob und in welcher Beziehung Beides miteinander stand, ist zwar nicht festzustellen, ein Zusammenhang indeß anzunehmen.

Am 17. März bot Berlin das Bild vollkommener Ruhe und Ordnung dar. Das alltägliche Leben schien in Nichts verändert, Alles in seine gewöhnlichen Geleise zurückgekehrt zu sein. Aber dies schien in der That nur so. Die in der Stadt herrschende Stille war die dem brausenden Orkane vorangehende, unheimliche Gewitterschwüle. Je größer die Abspannung, welche sich der Bevölkerung bemächtigt zu haben schien, desto rastloser die Agitation der Revolutions-Regisseure und deren Trabanten. Angerstein selbst, und er ist der Demokratie doch gewiß ein vollgültiger, einwandsfreier Zeuge, charakterisirt das systematische Wühlen ganz vortrefflich, indem er schreibt:**) „Die gewöhnliche geschäftliche Thätigkeit schien zurückgekehrt zu sein; der Fremde hätte schwerlich etwas Ungewöhnliches an der Residenz erkennen können.

Von Haus zu Haus aber wurde das Gerücht getragen, daß überall in den Hauptstädten der Provinzen der Aufstand ausgebrochen und daß am Nachmittage dieses Tages eine Deputation des Gemeinderaths der Stadt Köln an den König angekommen sei, welche bestimmte Forderungen und die Drohung mit dem Abfall der Rheinlande von Preußen brächte. Es sollte noch einmal ein Ausschuß der Stadtverordneten zu dem Könige gehen und ihn um Gewährung der Volkswünsche bitten, während die auf dem Schloßplatze versammelte Bürgerschaft die Antwort erwarten wollte."

Die von Seiten der revolutionären Agitatoren beobachtete Taktik war eine schlaue. Mit dem Pöbel fühlten sie sich eins. Sie gehörten ja selbst zum Pöbel; wenn vielleicht auch der Mehrzahl nach zum Pöbel im Frack, so doch zum Pöbel. Daß das Proletariat zu ihnen stehe, wußten sie also, nicht minder aber, daß mit diesem wohl eine Emeute, aber keine Revolution zu machen sei. Dazu bedurften sie der Betheiligung des Bürgerstandes. Dieser mußte mithin nach Möglichkeit gewonnen werden. Seine Verwickelung in die Intrigue ist in ihrer Art ein kleines Meisterstück zu nennen.

---

*) Es ist von Seiten der Demokratie stets bestritten worden und wird noch bestritten, daß an der Pöbelemeute des 18./19. März 1848 fremde, von Auswärts zu Agitationszwecken nach Berlin gekommene Elemente betheiligt gewesen seien. Abgesehen von sonstigen Quellenbeweisen, giebt selbst Angerstein dies zu, wenn er (vergl. a. a. O., S. 50) schreibt: „Mit gleicher Kaltblütigkeit und Kühnheit . . . . fochten eine Anzahl Männer vor der Hausvoigtei. Hervorragend betheiligten sich dabei vier Leute in Tyrolertracht, die mit ihren Büchsen unausgesetzt ein lebhaftes Feuer unterhielten. Sie waren im Uebrigen unbekannt, und es läßt sich annehmen, daß es Fremde gewesen, denn nach dem Kampfe ist nichts mehr von denselben gehört worden."

**) Vergl. Angerstein, a. a. O., S. 26.

Digitized by Google

Man sagte den Bürgern und besonders den Mitgliedern der Schutz-Kommissionen, „unmöglich könne Berlin hinter Wien zurückbleiben wollen; der König müsse durch massenhaftes, aber friedliches Auftreten seiner besten Bürger die Volkswünsche erfahren. Deshalb seien Adressen an denselben zu entwerfen. Ein Ausschuß der Stadtverordneten solle noch einmal zum Könige gehen, diese Wünsche zum Vortrag bringen, um deren Genehmigung bitten, während die auf dem Schloßplatze versammelte Menge die Antwort erwarte."

Schon die Argumentation bezüglich Wiens war bei Vielen durchschlagend. Dazu kam der berückende Gedanke, der Majestät einmal mehr verlangend, als bittend gegenüber treten zu sollen. Der Plan war durchdacht. Das Kalkül, die angeblich friedliche Demonstration zum entscheidenden Schlage umgestalten zu können, zwar kühn, aber nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Nur mußte die Gelegenheit günstig, die Inszenirung geschickt sein. Beides traf zu.

Eine in Tivoli an demselben Tage stattfindende Versammlung der Rädelsführer, an welcher auch fremde Emissäre, namentlich Polen und Franzosen, Theil nahmen und, beide letztere ganz gegen ihr sonstiges Naturell, die rührendste Theilnahme für deutsche Freiheit bekundeten, beseitigte die noch obwaltenden Zweifel über den zum Losschlagen geeignetsten Zeitpunkt. Sie scheint in ihrer Majorität jeden Aufschub verworfen zu haben und für entscheidendes Handeln gelegentlich der am nächsten Tage zu inszenirenden, sogenannten „friedlichen" Massendemonstration gewesen zu sein. Dafür spricht die am 18. entwickelte Präzision beim Barrikadenbau und die in allen, selbst den entfernteren Stadttheilen zu Tage tretende Gleichzeitigkeit desselben, bevor noch die auf dem Schloßplatze revolutionärerseits provozirte Katastrophe hierzu die scheinbare Veranlassung geben konnte.

Besondere militärische Maßregeln waren, mit Ausnahme der von 4 Uhr Nachmittags ab angeordneten Konsignirung der Garnison, am 17. nicht getroffen worden. Selbst der Abend verlief ruhig. Jedes Infanterie-Bataillon hielt eine Kompagnie als Piket für die Polizei und die Schutzbeamten in der Kaserne bereit. Einzelne Abtheilungen besetzten Schloß, Zeughaus ꝛc., wurden indeß am Abend wieder zurückgezogen.

Im Laufe des Tages war folgende Allerhöchste Kabinets-Ordre an den Gouverneur ergangen:

> Ich trage Ihnen auf, den sämmtlichen in diesen Tagen hier gegen die Tumultanten thätig gewesenen Truppen ohne alle Ausnahme*) Meine volle Anerkennung für die von ihnen bewiesene musterhafte Haltung, Ausdauer und Disziplin auszusprechen. Berlin den 17. März 1848.
>
> **Friedrich Wilhelm.**

*) Hat speziell auf das Garde-Kürassier-Regiment Bezug, welches der Mißhandlung friedlicher Einwohner beschuldigt worden war, was sich indeß nach stattgehabter Untersuchung als unwahr erwies.

Digitized by Google

Dagegen wurde von der Agitation in zahlreichen, lithographirten Exemplaren ein sogenanntes „Soldatenlied" verbreitet, in welchem gesagt war, „die Truppen dürften nicht gezwungen werden gegen das eigene Volk aufzutreten."

Am frühen Morgen des 18. März fanden in den meisten Stadttheilen Bürgerversammlungen statt, um über die Ausführung des am vorhergehenden Tage überall verbreiteten Gedankens eines gemeinsamen Zuges zum Schlosse, wo dem Könige die Forderungen des Volks unmittelbar vorgetragen werden sollten, zu berathschlagen.

Bereits früh Morgens um 6 Uhr schreibt Minister v. Bodelschwingh mit Bezug hierauf an den Ober-Bürgermeister Krausnick:

> In der vergangenen Nacht hat mir ein Bezirks-Vorsteher (vom Gensd'armen Markte) gemeldet, daß mehrere Schutz-Kommissionen, in die sich viele Juden eingedrängt (er glaubt von der neunten ausgehend), heute um 2 Uhr eine große Demonstration durch Adresse-Ueberreichung vorbereiten. Auch der Polizei-Präsident v. Minutoli meldet dieses Vorhaben. Da nun gerade heut, wo sich Vieles bei uns entwickeln dürfte, eine solche Demonstration höchst unangenehm wäre, ja Preußens Schicksal wenden könnte; so halte ich es für meine Pflicht, ihr möglichst entgegen zu wirken, und bitte Ew..... mir dazu ihren Beistand leihen zu wollen.
>
> Namentlich wäre es mir sehr erwünscht, wenn Sie heut Morgen um 8 Uhr — womöglich mit dem Syndikus Moewes — zu mir kommen könnten; Herr v. Minutoli kommt dann auch.

und um dieselbe Zeit der Polizei-Präsident an den Gouverneur:

> Ich bitte, sogleich die Anweisung zu ertheilen, daß die für die Stadtvoigtei bestimmte Verstärkung der Wache schleunigst von der nächsten Kaserne beordert werde.

Die gewünschte Konferenz, in welcher auch der Ober-Bürgermeister die Nachricht von der beabsichtigten Demonstration bestätigte, fand wirklich statt und führte zu dem Beschlusse, daß man durch persönliche Einwirkung diese zu verhindern den Versuch machen wolle.

Ungefähr um 12½ Uhr erschien auf dem Schlosse, nachdem dort soeben die schon erwähnte Kölner Deputation huldvoll empfangen und entlassen worden war, auch eine auf Requisition des Ministers v. Bodelschwingh vom Magistrate entsendete Berlinische, deren Mitgliedern der König gleich wie jener eröffnete, „daß nun alle ihre Wünsche befriedigt wären," dabei besonders betonend, daß dieselben „bereits vor ihrem Erscheinen vollzogen gewesen seien." *)

Inzwischen hatten aber auch Konferenzen ganz anderer Tendenz stattgefunden. In denselben drangen die Agitatoren, ihren Plan fest im Auge behaltend, auf den projektirten Demonstrationszug. Wurden die gemachten Vorschläge auch nicht förmlich zum Beschluß erhoben, so gaben sie doch

*) Bezieht sich auf das „Patent", von dem sofort die Rede sein wird.

Digitized by Google

nichtsdestoweniger den Impuls zu Massenanhäufungen unter den Linden und vor dem Schlosse.

Nachdem der König die Deputation des Berliner Magistrats entlassen hatte, verlas Minister v. Bodelschwingh deren Mitgliedern das kurz vorher unterzeichnete, aber noch nicht veröffentlichte „Patent wegen beschleunigter Berufung des Vereinigten Landtages", welches sich zugleich über die geplante Regeneration Deutschlands aussprach und auf welches sich der König den Deputationen gegenüber bezogen hatte. Sein Inhalt wurde mit Begeisterung aufgenommen und diese alsbald auf die vor dem Schlosse versammelten Massen übertragen. Vielfache Hochs erschallten. Der König trat auf den Balkon und wurde von enthusiastischen Vivats begrüßt. Nachdem derselbe sich zurückgezogen, erschien der Minister v. Bodelschwingh und erklärte vom Balkon aus, daß Se. Majestät zu arbeiten hätten und das Publikum ersuche, sich zurückzuziehen, womit dasselbe seine Liebe zum König beweisen möge. Darauf erscholl eine halbe Stunde lang enormes Geschrei: „Hoch! Militär zurück!"

Der König erschien nun zum zweiten Male auf dem Balkon, von tausendfältigen Vivats begrüßt. Auf seinen Befehl begaben sich sodann Minister v. Bodelschwingh, Graf Arnim und der Gouverneur, General v. Pfuel, nach dem Schloßportal Nr 1., um das Publikum anzuweisen, es solle sich zurückziehen. Da das Schreien und Lärmen indeß immer ärger wurde, befahl der König nunmehr die Räumung des Platzes.

Gegen 2 Uhr erhielt der inzwischen im Schlosse eingetroffene Generallieutenant v. Prittwitz die Nachricht, daß ihm der Oberbefehl über alle in und bei Berlin versammelten Truppen übertragen worden sei und er sich sofort bei dem Könige zu melden habe. Gelegentlich dieser Meldung wurde dem General der eben erwähnte Befehl ertheilt, dahin lautend, „dem Skandal auf dem Schloßplatze ein Ende zu machen, durch Herumreiten mit der Kavallerie im Schritt und mit eingestecktem Gewehr." Das Schloß war seit dem Morgen mit zwei Bataillonen und einer Eskadron besetzt, welche Truppen Mittags zwischen 1 und 2 Uhr eine Verstärkung von zwei Bataillonen, zwei Eskadrons und acht Geschützen erhalten hatten.

Unmittelbar nach Empfang des Königlichen Befehls, also bald nach zwei Uhr, begab sich General v. Prittwitz zu dem Rittmeister v. Borstell, welcher mit seiner Schwadron Garde-Dragoner — der einzigen, zur Zeit zur Stelle befindlichen Kavallerie — im zweiten Hofe hielt, bestieg ein Schwadronspferd und führte die Truppe zu Dreien, im Schritt und mit eingestecktem Gewehr, durch das Portal Nr. 4 über die Schloßfreiheit nach dem Schloßplatz. Vor der Stechbahn angekommen, ließ er Front nach der Langen Brücke machen und halten. Sodann ritt er, von dem Rittmeister und einem Trompeter begleitet, ein weißes Schnupftuch in der Hand, auf den Volkshaufen zu, welcher sich vor dem Portal Nr. 2 befand. Eine größere Masse drängte währenddem gegen das Portal Nr. 1. an.

Sobald das Volk die Reiter wahrnahm, stürzte es ihnen mit gewaltigem Geschrei entgegen, wobei nur die Worte: „Militär zurück!" in dem

Digitized by Google

Getöse zu unterscheiden waren. Die Hoffnung, sich einer Menge verständlich machen zu können, die im höchsten Affekt, mit erhitzten Gesichtern und Schaum vor dem Munde, andrang, mußte somit aufgegeben werden. Unwillkürlich wichen die Pferde vor dem Lärm zurück. Bald befand sich der General mit seinen Begleitern wieder bei der Schwadron, deren Pferde ebenfalls unruhig geworden und bereits bis auf die Kellerthüren vor der Stechbahn zurückgetreten waren. Es blieb unmöglich, das eigene Wort zu hören, geschweige denn sich verständlich zu machen. Deshalb vergingen mehrere Sekunden, bis der Rittmeister v. Borstell den Auftrag vernahm, abzuschwenken und in Schwadrons-Kolonne in Zügen auf dem Platze herumzureiten. Gleichzeitig wurden einige Dragoner vom linken Flügel, welche, um erfahrenen Unbilden zu begegnen, das Gewehr auf genommen hatten, veranlaßt, dasselbe wieder einzustecken. Da kein Kommando vernehmbar war, riß der Rittmeister den Säbel aus der Scheide, um seinen Leuten zu winken. Sie verstanden ihn und rückten zehn bis zwanzig Schritt vor. Die Volksmasse wich hastig zurück.

Inzwischen waren die Haufen vor dem Schlosse immer dichter, die thätlichen Beleidigungen der Soldaten durch den Pöbel immer häufiger geworden, so daß Major v. Falkenstein die 1. Kompagnie des Kaiser-Franz-Regiments vor dem Portal Nr. 2 aufmarschiren ließ. Als dieser Offizier den Generallieutenant v. Prittwitz von der tobenden Menge umringt, also in drohender Gefahr, sah, führte er die Kompagnie mit Trommelschlag, aber mit Gewehr über, bis an die Breite Straße vor und machte dort Halt. Die 2. Kompagnie folgte in der Richtung auf die Lange Brücke. Die Schwadron rückte von der Stechbahn aus an. Hierdurch wurde der Schloßplatz ziemlich gesäubert. Nur an den Häusern zwischen der Langen Brücke und Breiten Straße waren noch Viele stehen geblieben, welche durch Schimpfen und Drohen mit Stöcken eine feindliche Stimmung kundgaben. Um auch diese Ruhestörer zu entfernen, ließ der genannte Stabsoffizier den Schützenzug der 1. Kompagnie, unter dem Lieutenant v. Preuß, von der Breiten-Straßen-Ecke gegen die Brücke vorgehen. Bei dieser Gelegenheit entlud sich das Gewehr des Grenadiers Kühn dadurch, daß derselbe mit dem Hahn am Säbel hängen blieb. Ein zweiter Schuß fiel, indem ein Bürger dem Unteroffizier Hettgen mit einem Stocke auf das Piston schlug, wodurch sich das Gewehr von selbst entlud. Diese beiden Schüsse, durch welche indeß Niemand verwundet worden war, schienen die Veranlassung zum sofortigen Auseinandergehen der Menge gegeben zu haben. Nur etwa hundert Zivilpersonen, theilweise Schutz-Beamte, blieben in der Gegend des Portals Nr. 2, vor welchem die in Linie aufmarschirte 3. Kompagnie stand, zurück.

Etwas später versuchten jene Schutz-Beamten das mittlerweile von der Brücke herandrängende Volk zurückzutreiben, was ihnen auch theilweise gelang und den Rückmarsch der 2. Kompagnie nach dem Portal Nr. 2 veranlaßte. Ein mit Brettern beladener Wagen, welcher in demselben Momente etwa die Brücke vom Schloßplatze aus passiren wollte, wurde vor derselben



Digitized by Google

vom Pöbel angehalten. Man bestieg denselben und bemächtigte sich der darauf liegenden Bretter, um die Brücke zu verbarrikadiren. Hierauf rückte das Füsilier-Bataillon 1. Garde-Regiments vom Schlosse her an.

Unmittelbar nach diesen Vorgängen zeigte das Benehmen der Volksmassen, speziell aber der Angriff auf den Doppelposten vor der Bank, von dem ein Mann, Grenadier Thersen vom Kaiser-Franz-Regiment, durch einen Pistolenschuß in den Unterleib ermordet, der andere, Grenadier Scheita desselben Regiments, verwundet wurde, ferner die Mißhandlung des Hauptmanns v. Holstein von der Gensdarmerie, endlich der selbst in unmittelbarer Nähe des Schlosses plötzlich wie auf einen Zauberschlag beginnende Barrikadenbau,*) daß der Agitation ihr Werk, die Entfesselung der rohen Masse, gelungen sei. Berlin befand sich im Aufstande. Die rothe Fahne wurde nunmehr sonder Scheu entfaltet. Die vom Pöbel unmittelbar angegriffenen, mit Gewehrschüssen empfangenen Truppen — so wurde nachweislich aus den beiden Eckhäusern an der Kurfürstenbrücke zuerst gefeuert, ebenso von den Barrikaden an der Tauben- und Friedrichsstraßen-Ecke — schritten nun mit aller Energie ein. Auf beiden Seiten floß Blut.

Der plötzlich, wie auf unsichtbares Kommando, an den verschiedensten Punkten der Stadt entbrannte Kampf währte bis tief in die Nacht hinein, an einzelnen Punkten sogar bis zum anderen Morgen. —

Die Berliner Barrikadenkämpfer von 1848 unterschieden sich in nichts Wesentlichem von den Pariser Kommunards des Jahres 1871. Hätte man damals bereits Petroleum gekannt, ohne Zweifel würden die Petroleusen nicht gefehlt haben. So begnügte man sich zu jener noch wenig fortschrittlichen Zeit mit gewöhnlicher Brandstiftung. An mehreren Thoren wurden schon gegen Abend die Wachthäuser angezündet. Mit Beginn der Nacht steckte man sodann die Königliche Eisengießerei vor dem neuen und die stattlichen Artillerie-Wagenhäuser vor dem Oranienburger Thore in Brand. Waren es doch „Königliche" Gebäude. Aehnlichem Schicksal entgingen nur mit knapper Noth das Rathhaus, Stadtgericht und Landwehr-Zeughaus, sowie die Kaserne des Kaiser-Alexander-Regiments dadurch, daß theils die umwohnenden Bürger, theils die schwache Besatzung der letzteren den wiederholten Brandstiftungsversuchen rechtzeitig entgegentraten. Auch mit den Insassen der Gefängnisse, wie dort in Paris die Kommunards mit denen von La Roquette, fraternisirten die von ihren Nachkommen so hoch gefeierten

---

*) Daß der Barrikadenbau vorbereitet war, ergiebt sich aus der Thatsache, daß bevor noch die verhängnißvollen Schüsse gefallen, mit demselben begonnen wurde.

Rittmeister v. Borstell sagt in seinem bezüglichen Berichte, d. d. Gütergotz, den 26. März 1848:

„Als die Eskadron im Schritt den Schloßplatz umritt, sah man schon den Barrikadenbau beim Cöllnischen Rathhause."

Auch das Füsilier-Bataillon 1. Garde-Regiments berichtet, daß schon, „während es den Schloßplatz und die Lange Brücke besetzt hielt", Barrikaden gebaut, Steine auf die Hausböden und Dächer geschleppt worden seien.

Digitized by Google

Berliner Demokraten des Jahres 1848. Nachdem bereits am Nachmittage des 18. die Schuldgefangenen der Haft entlassen worden waren, würdigte man später selbst die befreiten Insassen des Arbeitshauses — des sogenannten „Ochsenkopfes" — der Theilnahme am Barrikadenheldenthume, focht mit ihnen Arm an Arm als mit guten Kameraden.

Am Morgen des 19. März wurde, wenn dieser Ausdruck in Beziehung auf revoltirenden Pöbel überhaupt zulässig ist — Frieden geschlossen. Die überall siegreich gebliebenen Truppen, die treuen Paladine des Königs, welche sich als wahrhafte Stützen des Thrones erwiesen hatten, erhielten auf Grund irriger Deutung der Zusage des Königs, „sobald die Barrikaden niedergerissen seien, werde Er die Truppen zurückziehen," den Befehl, das Feld zu räumen. Aber alle Opfer, alle Schmach wurden willig getragen in dem einen beseligenden Gefühle, dem stolzen Bewußtsein unwandelbarer Pflichterfüllung im Dienste des Königlichen Herrn. Wohl war das im Kampfe mit eid- und treubrüchigen Hochverräthern geflossene Blut so vieler treuen, ehrenfesten Männer aufs Tiefste zu beklagen, aber tausendfach wurde es aufgewogen durch die der Revolution und ihrem Anhange ein für alle Male gegebene Lehre, daß der preußische Soldat kein französischer Philosoph sei, daß er niemals mit den Feinden des Thrones paktire, daß feine suprema lex — die Treue zum Könige!

Die Truppen wurden im Laufe des 20. und 21. zurückgezogen und verließen Berlin. An ihre Stelle trat — die Bürgerwehr, das Volk in Waffen im Sinne der Revolution.

Nunmehr begann die Herrschaft der aufgeregten, unzurechnungsfähigen Massen. Der schutzlose König wurde persönlich beleidigt, das Palais des fälschlicherweise als Leiter der ergriffenen militärischen Maßregeln bezeichneten Prinzen von Preußen für „National-Eigenthum"*) erklärt und zwar nicht, wie gewisse Quellen wissen wollen und beschönigend melden, um dasselbe vor Zerstörung zu bewahren, sondern, wie ein Augenzeuge berichtet, weil „das Prinzliche Eigenthum" nicht mehr als ein solches angesehen werden sollte und eine thatsächliche Beraubung beabsichtigt wurde.**) Es kam nur deshalb nicht zu Gewaltthätigkeiten, weil im kritischen Momente der von der Agitation in Szene gesetzte skandalöse Zug der wegen Hochverraths zu Todes- und langwieriger Gefängnißstrafe verurtheilten, durch Königliche Gnade indeß amnestirten Polen defilirte und der Haufen, durch dieses Schauspiel abgeleitet, mit nach dem Schlosse zog. Dagegen wurden in den Wohnungen einiger Privatleute, so des Majors a. D. Preuß und des Handschuhmachers Wernicke, beide als königstreue Männer bekannt, die ärgsten Verwüstungen, ja Beraubungen und Mißhandlungen der Insassen vorgenommen. —

*) An verschiedenen Stellen der Mauer des Palais wurde mit Kreide geschrieben: „Eigenthum der Nation!" und „Eigenthum der ganzen Nation!" — (Vergl. Kuhr, Denkwürdigkeiten aus dem Revolutionsjahr 1848, 1. Bd., 1. Abth., S. 175.)

**) Vergl. Kuhr, a. a. O., S. 176.



Digitized by Google

In unmittelbarem Anschluß an die in gewissem Sinne ja siegreich gebliebene Pöbelrevolte begannen deren unzertrennliche Trabanten kühn die Häupter zu erheben. Voran die Presse. Sie übernahm in Flugblättern und Plakaten sofort die Leitung der Geister des nunmehr souveränen Volks. Ihrer würdig schlossen sich Klubs und Volksversammlungen dem gemeinsamen Streben an, die bestehende Ordnung zu beseitigen. Aufzüge und Demonstrationen aller Art, alberner Kinderei, wie ärgster Ausschreitung ihren Ursprung verdankend, leisteten Heeresfolge. Die Herrschaft des Gesetzes schien ihr Ende erreicht zu haben. Die exekutive Polizei war fast verschwunden. Forderungen aller Art konnten durch Bedrohungen durchgesetzt werden, so: in grellem Widerspruch mit den Leistungen stehende Lohnerhöhungen und Abkürzungen der Arbeitszeit, Zwang der Kaufleute, ihre Waaren nicht von auswärts zu beziehen, der Fabrikanten, nicht in Zuchthäusern arbeiten zu lassen u. A. m. In die brausende Hochfluth der Verwilderung stürzten sich nun die Volksverführer mit ihren republikanisch-kommunistischen Ideen. Sie wirkten langsam zwar, aber mit um so größerer Sicherheit. Zuerst zurückhaltend mit schlauer Berechnung, war doch immer noch ein Erwachen des wahnwitzigen Haufens aus seinem Fieberparoxismus möglich. Dann aber, ihrer Sache einmal gewiß, warfen sie die lästige Maske ab und schritten, das unheilvolle Werk mit eilender Hast zu beenden, von Stufe zu Stufe weiter. Zunächst wurde, um dieselbe in ihrer Grundlage zu erschüttern, jeder Akt der Regierung zum Angriffspunkt ausersehen. Wir sehen, die Regierungspolitik unseres heute sich breit machenden Demagogenthums ist so alt, wie dieses Demagogenthum selbst. Vorweg ging die Agitation gegen das Zusammentreten des Vereinigten Landtages im April. Dann folgte, behufs Durchsetzung direkter Wahlen, diejenige gegen das bestehende Wahlgesetz. Gewährte der König diese Forderungen seines souveränen Volkes nicht, so sollten wiederum die Massen mit rothen Fahnen und sonstigen revolutionären Emblemen vor das Schloß rücken, sie mit Gewalt erzwingen und, im Falle des Gelingens, eine provisorische Regierung einsetzen, mit andern Worten, den König — entthronen. Nur durch Aufbietung aller verfügbaren Mittel wurde dieser Plan vereitelt (20. April). Bald reifte ein neuer. Das „Volk von Berlin," dem natürlich ein höherer Grad von Souveränetät innewohnte, hatte es doch die „glorreiche Revolution" in Szene gesetzt, verlangte gegenüber einer Bewegung, welche auf die Zurückberufung des im Auslande weilenden Prinzen von Preußen hinzielte, dessen dauernde Verbannung. Wiederum zahllose Plakate und Flugschriften, welche denselben verleumdeten, wiederum obligate Volksversammlungen, wiederum Zusammenrottung der Massen, welche das Prinzliche Palais, sowie die Ministerhotels umlagerten und bedrohten, wiederum Zynismus des Pöbels im Frack und Kittel. Bei dieser Gelegenheit wurde das Palais abermals mit der Bezeichnung „National-Eigenthum" versehen. (12. Mai.)

Das war die Physiognomie Berlins in den ersten beiden Monden des „neuerwachten Völkerfrühlings." In diesem brandenden Meere der Zügel-

Digitized by Google

losigkeit nun sollte die Bürgerwehr gewissermaßen der Fels sein, an welchem sich die Wogen der bis zur Sinnlosigkeit gesteigerten Leidenschaften des rohen Haufens brächen. Das hätte zur Voraussetzung gehabt, selbst über diesem Treiben erhaben zu bleiben. Den guten Willen hierzu mag dieselbe von Hause aus gehabt haben, aber die Kraft, den auf sie einstürmenden Ereignissen für die Dauer Widerstand zu leisten, besaß sie nicht. Bald stand sie selbst mitten in der Bewegung. Das Wenige, was die Bürgerwehr in der That für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung gethan hat — und wir sind gern bereit dies anzuerkennen — tritt völlig in den Hintergrund vor den Folgen des anarchischen Treibens, welches sich schon wenige Wochen nach deren Entstehen in ihren Reihen breit machte.

Bereits Anfangs April versammelten sich die Majore und Hauptleute der Bürgerwehr an bestimmten Tagen, welche durch die Zeitungen bekannt gemacht wurden, in einem öffentlichen Lokal, der Theerbusch'schen Ressource. Diese Versammlungen waren keineswegs dienstlichen Charakters, sondern neigten vielmehr gesellschaftlichen Vergnügungen zu. Angesichts dessen fanden es die Bürgerwehrleute ungeeignet, davon ausgeschlossen zu sein, und veranstalteten nun ihrerseits ebenfalls Versammlungen, zu welchen auch die fliegenden Korps und die übrigen Offiziere eingeladen wurden. So entstand der Bürgerwehr-Klub, welcher sich am 18. April im Marstallgebäude konstituirte. Ein Hauptmann überreichte den Entwurf eines Statuts und setzte auseinander, daß die Versammlung der Hauptleute keineswegs das ihr an den Tag gelegte Mißtrauen verdiene.

Der Bürgerwehr-Klub betrachtete sich als eine freie Vereinigung sämmtlicher Wehrleute, welche an den Berathungen Theil nehmen wollten, und beschäftigte sich gleich anfangs mit der gesetzlichen Regelung der Organisationsfrage. Von ihm gingen auch mehrfach Proteste aus, so u. a. einer am 12. Mai gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen.

Im Juli erschien seitens des Klubs folgende Aufforderung:

An die verehrlichen Kompagnien der Bürgerwehr.

Das Bedürfniß, die vielfachen Fragen, welche für die gesammte Bürgerwehr von höchster Wichtigkeit sind, schnell zur Erledigung zu bringen und die Organisation der Bürgerwehr zu beschleunigen, ohne für jeden Fall besondere Veranstaltungen zu treffen, veranlaßt uns, auf den Antrag verschiedener Kompagnien einen stehenden Bürgerwehr-Ausschuß (permanente Repräsentation) in Anregung zu bringen, einen Ausschuß, den wir nach folgenden Grundsätzen zu bilden bitten:

1. Sämmtliche Kompagnien und Korps wählen auf je 100 Wehrmänner einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter. Für 50 oder mehr Wehrmänner, welche nach der Theilung durch 100 in den Kompagnien übrig bleiben, ist ein besonderer Vertrauensmann und Stellvertreter zu wählen, für die Zahl unter 50 jedoch nicht.
2. Die Vertrauensmänner erhalten ihr Mandat auf unbestimmte Zeit, d. h. so lange, bis die betreffende Kompagnie eine Neuwahl beschließt.

Digitized by Google

3. Die Stellvertreter haben das Recht, den Versammlungen mit berathender Stimme beizuwohnen, sind jedoch nur dann stimmfähig, wenn die Vertrauensmänner, welche sie zu vertreten haben, nicht anwesend sind.
4. Der auf diese Weise gebildete Bürgerwehr-Ausschuß hat nur Bürgerwehr-Angelegenheiten in das Bereich seiner Berathungen zu ziehen. Jeder Vertrauensmann sowohl, als wie jede Kompagnie hat das Recht, Anträge an die Versammlung zu bringen.
5. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, jeden Beschluß der Versammlung ihren resp. Kompagnien zur Bestätigung vorzulegen. Erfolgt binnen 3 Tagen nach gefaßtem Beschluß kein Widerspruch der Kompagnie, so ist deren stillschweigende Zustimmung zu demselben anzunehmen. Auf diese Weise erhalten nur diejenigen Beschlüsse Kraft, welche von der Mehrheit der Kompagnien selbst ausdrücklich anerkannt werden.
6. Der Kommandeur und die Bataillonsführer haben das Recht, an den Versammlungen sich mit Stimmrecht zu betheiligen.

Wir ersuchen demgemäß die geehrten Kompagnien und Korps der Bürgerwehr, Vertrauensmänner in der angegebenen Zahl zu wählen, dieselben mit schriftlicher Vollmacht zu versehen und laden die gewählten Vertrauensmänner zu einer Versammlung auf Sonnabend, den 30. Juli um 6 Uhr Morgens in Villa Colonna ein, um sich daselbst zu konstituiren und die genaueren Bestimmungen über ihre Wirksamkeit selbst festzusetzen. Der unterzeichnete Bürgerwehr-Klub giebt hierzu nur die Anregung, nimmt jedoch für sich durchaus kein Recht bei dieser Vertretung in Anspruch.

Berlin, den 18. Juli 1848.

Der Bürgerwehr-Klub.

Ende August wurde sodann der demokratische Bürgerwehr-Verein begründet, eine anfänglich unbedeutende Gesellschaft, die sich indeß sehr bald durch die älteren demokratischen, zur Republik drängenden Elemente der Bürgerwehr verstärkte, welche in Waldeck ihren Götzen anbeteten. Der Verein suchte, wie der Kommandeur der Bürgerwehr, Major Rimpler, selbst berichtet,*) „den widerstrebendsten politischen und sozialen Ansichten in der Bürgerwehr Geltung zu verschaffen, kritisirte alle Verwaltungsmaßregeln und fand damit Anklang". Von ihm wurde auch die Fühlung mit den gleichgesinnten Mitgliedern der National-Versammlung unterhalten. Im Vereine mit diesen und zum großen Theil wohl auf deren Veranlassung — unter ihrer Regie — setzte derselbe eine ganze Reihe von Exzessen in Szene, so: die Petition an die National-Versammlung wegen Befreiung der politischen Gefangenen am 21. August, später die sogenannte Eselsdemonstration am 5. Oktober, dann die Opposition gegen die Allerhöchste Kabinets-Ordre

*) Vergl. Die Berliner Bürgerwehr im Jahre 1848 von ihrer Organisation am 19. März bis zu ihrer Auflösung am 11. November. Aus den hinterlassenen Papieren des Kommandeurs der Berliner Bürgerwehr O. Rimpler, Major der Artillerie a. D. (1883), S. 24.

Digitized by Google

vom 17. Oktober, die Sturmpetition vom 31. Oktober, sowie eine Menge anderer Proteste und Veröffentlichungen durch Flugschriften und Plakate.

Daß die Bürgerwehr, selbst wenn sie von vornherein, wie dies allerdings nicht der Fall war, auch noch so vortrefflich organisirt worden wäre, schon angesichts derartiger Zustände ihren Zweck verfehlen mußte, ihren Aufgaben gerecht zu werden niemals vermocht haben würde, liegt auf der Hand. Dazu kamen aber weitere, selbst die möglichen Erfolge auf ein Mindestmaß herabdrückende Uebelstände. Vor Allem das Gefühl der eigenen Ohnmacht, wir möchten sagen des Katzenjammers nach überstandenem Rausche, hervorgerufen durch das von Tag zu Tag klarer werdende Bewußtsein, unerfüllbare Pflichten übernommen zu haben, sodann der Widerwille des besseren und gesitteteren Theils der Bevölkerung — und das war doch, trotz aller Orgien und Bachanalien der Ochlokratie, die überwiegende Mehrzahl — sich wieder und immer wieder mit den von der Agitation für den Pöbel veranstalteten wüsten Straßenszenen befassen zu müssen, endlich die Abneigung, Zeit, Geld und Kräfte Angelegenheiten widmen zu sollen, deren Erledigung in erster Linie der Polizei und äußersten Falls der Militärmacht oblag.

Die vor dem 18. März unausgesetzt mit der Losung: „Abschaffung der stehenden Heere! Volksbewaffnung!“ debütirenden demokratischen Rädelsführer selbst mochten wohl schon in den allerersten Phasen der Verwirklichung dieser ihrer prinzipalsten Forderung zu der Erkenntniß gelangt sein, daß das Waffentragen zur Sicherung der höchsten und heiligsten Güter des Vaterlandes, zum Schutze der Allgemeinheit, wie des Einzelnen, so ehrenvoll es an sich ist, so glanzvolle Seiten sich demselben unter Umständen abgewinnen lassen, doch auch immerhin seine Schattenseiten habe, daß es schwerwiegende Pflichten auferlege, daß es, ganz abgesehen von Gefahren für Leib und Leben, Opfer aller Art fordere, daß es Entbehrungen, Mühen, Strapazen in reichem Maße mit sich bringe. Solchen Opfern aber auf die Dauer sich zu unterziehen, war weder nach dem Geschmacke des urplötzlich vom Komptoirbock oder Katheder, aus der Werkstube oder dem Büreau unter die Muskete berufenen Philisters, noch, und geschweige denn, nach dem der professionirten Schreier und Rabulisten, der zum Theil in fremdem Solde stehenden, gewerbmäßigen Agitatoren und Revolutionsmacher. Jene ließen sich des Spielens und Tändelns mit den Waffen genügen, diese hatten kein anderes Bestreben als — Verhetzung des Pöbels. Ihnen war die Volksbewaffnung nur Mittel zum Zweck, den letzteren bei Verwirklichung ihrer Umsturzpläne in der Hand zu haben, den unbewaffneten, um die geplanten Exzesse durch ihn in Szene setzen, den bewaffneten, um deren Folgen in letzter Instanz gegen die bestehende Ordnung der Dinge ausbeuten, den Thron umstürzen zu können.

Nur so ist es erklärlich, daß bereits am 23. März eine Anzahl Bürgerwehrführer über Schritte zu Rathe ging, um die Rückkehr der Garnison herbeizuführen. Tags darauf wurde mit dem Sammeln von Unterschriften zu einer entsprechenden Petition vorgegangen und diese schon am 27. mit 17000 Namen bedeckt, also von über zwei Dritteln der jemals bewaffnet

Digitized by Google

gewesenen Bürger, seitens des Kommandos der Bürgerwehr dem Ministerium überreicht. Der Erfolg dieser Maßregel war der, daß am 30. März das 24., am 31. das 9. Infanterie-, am 1. April das 3. Ulanen-Regiment in Berlin einrückten. Die Rimpler'sche Klage, die Bürgerwehr habe „das Beispiel einer Garnison" nicht vor Augen gehabt, ist also ungerechtfertigt. Thatsächlich war Berlin nur etwa acht Tage ohne jede Garnison.

In den Rimpler'schen Papieren wird die Einholung dieser Truppen durch den sogenannten Stab und einzelne Abtheilungen der Bürgerwehr als deren „erster Dienst" bezeichnet. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Kundgebung oder, besser gesagt, Höflichkeitsbezeugung doch nicht als Dienst im eigentlichen Sinne aufgefaßt werden kann, die Anwesenheit einiger Bürgerwehrtrupps zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe aber, soweit solche gestört werden konnte, belanglos, zur Bedeckung der einrückenden Truppen wenigstens überflüssig gewesen wäre — das etwa Erforderliche hätten diese sach- und naturgemäß weit wirksamer selbst besorgt — so ist es auch nicht einmal richtig, daß die Bürgerwehr an diesem Tage zum ersten Male repäsentirend auftrat. Das war bereits am 22. März gelegentlich des Begräbnisses der in gewaltsamer Auflehnung gegen den Staat und dessen Organe getödteten Rebellen geschehen. Die Kommunalbehörden Berlin's, vertreten durch das sogenannte Bestattungs-Komite, unter dessen 18 Mitgliedern sich 11 Stadtverordnete resp. höhere Kommunalbeamte befanden, hatte für die bürgerlichen Opfer des Straßenkampfs eine ehrenvolle Beerdigung angeordnet. Anstatt nun, wie in wohlgesinnten Kreisen dies gewünscht und angenommen wurde, durch eine gemeinsame Leichenfeier für die gefallenen Soldaten und Zivilpersonen deren Versöhnung im Tode zum Ausdruck zu bringen — bettet man ja im Kriege selbst Freund und Feind in gemeinsamer Gruft zur ewigen Ruhe, diese aber waren doch, zum größeren Theil wenigstens, Söhne desselben Vaterlandes — und dadurch auf die gesammte Bevölkerung, einschließlich der Truppen, beruhigend zu wirken, schlossen die städtischen Behörden die ersteren, also gerade diejenigen aus, welche, treu ihrer Pflicht, treu ihrem Eide, in den Tod gegangen waren, ihre Ehre höher gehalten hatten, denn ihr Leben. Die Berliner Bürgerwehr hielt es nicht für ihre Pflicht, hiergegen nachdrücklich Protest zu erheben, von der Gemeinsamkeit des Begräbnisses ihre Betheiligung an demselben abhängig zu machen. Von einem Zwange hierzu durch die Kommunalbehörden konnte keine Rede sein, denn sie fungirten weder thatsächlich als Vorgesetzte, noch würden sie, hätten sie sich als solche aufgeworfen, respektirt worden sein. Die Befehlsgewalt der Bürgerwehr lag zu jener Zeit, wie eigentlich während der ganzen Zeit ihrer Existenz, bei der Majorität ihrer Führer, damals noch allein der Hauptleute.

Die Bürgerwehr paradirte also in dem mit allem zu Gebote stehenden Pompe ausgestatteten Leichenzuge der Rebellen mit 30 Mann aus jedem Bezirk, war mithin offiziell vertreten. Ihr Elite-Korps — die Schützengilde — gab die Ehrensalven.

Digitized by Google

Das geschah am 22. März. Am 23. März erließ der Magistrat von Berlin folgende Bekanntmachung:

„Mitbürger! Die Bestattung unsrer theuren Todten ist vollzogen. Sie bot uns und der Welt das großartigste Schauspiel dar, das wir bis jetzt in unseren Mauern gesehen, — die ehrfurchtsvolle, dankbare Huldigung, welche unsere ganze Bevölkerung den in dem ruhmvollen Kampfe Gefallenen und in ihnen allen den Helden darbrachte, die für die große Sache der politischen und sozialen Freiheit gestritten und sie uns durch ihre todesmuthige Hingebung erkämpft haben. Vor dieser erhabenen Dank- und Trauerfeier muß jeder noch so innige Dank verstummen, den wir oder Einzelne unseren Helden durch das Wort auszudrücken vermöchten. Unser Dank sei es vielmehr, die großen Güter, die nun errungen sind und errungen werden können, dem Vaterlande und unserer Stadt dauernd sicher zu stellen. Dafür zu wirken, daß aus der Freiheit sich jetzt die Größe, das Glück und die Wohlfahrt des Volks in festester Ordnung auferbaue, das ist und sei jetzt unser Aller Aufgabe. Um unseren tapferen Kämpfern auch noch im Einzelnen den Dank des Vaterlandes durch die That zu erweisen, haben wir bereits die nöthigen Einleitungen getroffen.*)

Berlin, d. 23. März 1848.

Der Magistrat.

Am 24. fand die Beerdigung der Soldaten statt. Die Kommunalbehörden hatten die Theilnahme der Bürgerwehr an einer zu Ehren jener zu veranstaltenden Leichenfeier — verboten. Die Bürgerwehr leistete diesem Befehle Folge, denn die Aufforderung ihres Kommandeurs an eine Tags vorher zufällig tagende Führer-Versammlung, sich privatim an der Feier zu betheiligen, ist weder als ein moralischer, noch thatsächlicher Protest gegen die zu einem solchen Verbot gar nicht berechtigten städtischen Behörden anzusehen. Es liegt auf der Hand, daß die Möglichkeit wohl vorhanden

---

*) D. h. diejenigen Einwohner Berlins, welche an den Kämpfen Theil genommen hatten und der Hülfe bedürftig waren, wurden durch folgenden Erlaß des Magistrats vom 29. März 1848 mit einer Unterstützung bedacht, wenn sie ihre Theilnahme am Kampf durch ein glaubwürdiges Attest nachweisen konnten:

In dankbarer Anerkennung der dem Vaterlande in den Tagen des 18. und 19. März errungenen Güter haben die Kommunalbehörden beschlossen: den Kämpfern, welche der Hülfe bedürftig sind, sofort eine außerordentliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Demgemäß werden diejenigen hiesigen Einwohner, welche an den Kämpfen Theil genommen haben und der Hülfe bedürftig sind, veranlaßt, wenn sie eine Unterstützung beanspruchen wollen, ihre Theilnahme an dem Kampfe durch ein glaubwürdiges Attest nachzuweisen und mit einem Attest der betreffenden Armen-Kommission über ihre Bedürftigkeit sich bei der städtischen Deputation zur Unterstützung der Verwundeten und Hinterbliebenen im Cöllnischen Rathhause zu melden. Auf diejenigen Personen, welche nur beim Bauen der Barrikaden Hülfe geleistet, aber nicht selbst mitgekämpft haben, findet dieser Kommunalbeschluß keine Anwendung und haben dieselben daher auch auf diese außerordentliche Unterstützung keinen Anspruch.

Berlin, den 29. März 1848.

Der Magistrat.

Digitized by Google

war, die ganze Begräbnißangelegenheit so zu ordnen, wie es geschehen mußte, wenn die Bürgerwehr das Bedürfniß gefühlt hätte, ihren revolutionären Ursprung nach Möglichkeit zu verleugnen, sich voll und ganz als staatserhaltendes Organ zu betrachten. Die überwiegende Mehrzahl mochte dies ohne Zweifel wollen, wurde aber von der tonangebenden Minderheit, deren Existenz eben die Revolution war, terrorisirt. Das Gegentheil von dem, was geschehen mußte, geschah, und damit drückte sich die Bürgerwehr selbst den Makel auf, der an ihr von Anfang bis zu Ende haften geblieben ist. Wenn Rimpler diesen Vorgängen gegenüber sich wundert, „daß alle später gemachten Versuche, die Bürgerwehr der Armee näher anzuschließen, gänzlich fehlschlugen," so ist dies völlig unbegreiflich.

Die von der „Neuen Preußischen Zeitung" in jenen Märztagen ausgesprochene Behauptung, „man habe die in ihrer Pflichttreue gefallenen Soldaten, Missethätern gleich, ohne Sang und Klang eingescharrt", ist ja hart, aber sie hat, zieht man das Verhalten der Kommunalbehörden und der Bürgerwehr Berlins in Betracht, eine gewisse Berechtigung.

Nachdem Präsident v. Minutoli bereits am 22. März zu erkennen gegeben hatte, „unter den durchaus veränderten Umständen den Oberbefehl niederlegen zu müssen", trat derselbe am 30. thatsächlich zurück, führte indeß die Geschäfte noch einige Tage weiter. Am 5. April übernahm General v. Aschof, zunächst provisorisch, später definitiv, das Kommando der Bürgerwehr.

Am 2. April war der Vereinigte Landtag zusammengetreten, um ein Gesetz zu berathen, auf Grund dessen die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung gewählt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit wurde das Schloß von Bürgerwehr-Abtheilungen umstellt, welche eine Art Ehrenwache bildeten, zu der sämmtliche Kompagnien Deputationen gegeben hatten. —

Am 22. Mai trat die berathende — wir betonen ganz besonders: nicht beschließende — Versammlung (sogenannte National-Versammlung) zusammen. In ihrem Schoße war die Klique, wie sie heute florirt, noch unentwickelt. Parteiwesen, Parteidiktatur oder gar vermeintliche Parteiehre waren der überwiegenden Mehrzahl der angehenden Volksbeglücker noch ungekannte Begriffe.

Die äußerste Linke bestand beim Inslebentreten der preußischen National-Versammlung nur aus einem schwachen, unsicheren Häuflein, das von der Straße Steine und Schleuder mit hereingebracht hatte und in einer Saalecke auf den Moment lauerte, in welchem es Beides zur Fortsetzung und Vollendung der Revolution würde gebrauchen können, aber sie war am Ehesten organisirt und, im Bewußtsein ihres Zwecks und Ziels, bald zu planmäßiger Offensive bereit. Es blieb ihren Gliedern anfänglich allerdings nichts Anderes übrig, als ihre Blöße mit dem stolzen Mantel der Minorität zu bedecken und zu den 30 bis 40 Stimmen, über welche sie von den 372 in Betracht

Digitized by Google

kommenden geboten, ein katonisch erhabenes Gesicht zu machen. Was ihnen allmählich zu einer Existenz verhalf, das waren die Fehler der früheren Ministerien und der folgenschwere Mißgriff, daß man dieser Versammlung außer und neben der Verfassung noch eine Reihe organischer Grundgesetze vorlegte, wodurch die Befugnisse derselben sowohl nach Innen, als nach Außen hin allmählich überschritten wurden und bei einem Theil derselben die Illusion, eine regierende und dekretirende Versammlung zu sein, wuchs. Nicht minder trug das beständige Geschiebe der Fraktionen und der sophistisch motivirte Wechsel der parlamentarischen Stellungsnahme dazu bei, einer Partei, wie der Linken, einen Einfluß zu gestatten, den sie durch ihre eigne Kraft und durch den Werth ihres Charakters nimmer erreicht haben würde.

Im Uebrigen war der Entwickelungsgang innerhalb der National-Versammlung genau derselbe, wie er in derartigen legislativen Körperschaften stets zu sein pflegt. Das ist eben die Natur großer berathender und beschließender Versammlungen, daß die Friktion des heftigsten geistigen Kampfes eine Flamme entzündet, welche nicht sowohl zur Leuchte der Wahrheit wird, als zur verzehrenden, zerstörenden Fackel der Parteileidenschaft. Das liegt namentlich in der Natur konstituirender Versammlungen, daß sie alle schnell über ihre natürlichen Grenzen hinaus gehen, besonders wenn sie einer Macht gegenüber stehen, mit welcher sie selbst um die Zügel des Regiments gerungen haben. So auch hier.

Mit der ausdrücklichen oder doch stillschweigenden Anerkennung der siegreichen Revolution sollte zuerst der feste Boden für das Feld des Kampfes gewonnen werden, dessen Preis und Lohn aber sein — die Republik.

Der für diese Idee zunächst in die Arena tretende Kämpe war der Abgeordnete Berends, ein ehemaliger ehrsamer Predigtamts-Kandidat, welcher in Veranlassung einer Wahlpredigt, die er zu Lindow über Lukas 15, 1—10 (Jesus bei den Zöllnern und Sündern) gehalten hatte, als Kommunist und Anhänger der neueren destruktiven Grundsätze, welche er sogar auf der Kanzel in den Bibeltext eingeflochten, denunzirt, dessen darauf in Leipzig gedruckt erschienene Rede verboten und mit Beschlag belegt, dem die Qualifikation zum geistlichen Amt, ja selbst die Anstellungsfähigkeit im Schulamt, abgesprochen worden. Daß ein Mann von seiner politischen Beschränktheit und Urtheilslosigkeit, daß eine so entschiedene Nullität, wie er, während der Maiwahlen 1848 in der Haupt- und Residenzstadt Berlin gleichzeitig von zwei Wahlkreisen zum Vertreter erkoren werden konnte, erklärt besser, als alles Andere, die damals herrschenden Zustände und Anschauungen.

Am 8. Juni*) brachte Berends jenen bekannten berüchtigten Antrag ein:

---

*) Also an demselben Tage, an welchem der damalige Prinz von Preußen (Se. Majestät der Kaiser-König) in der Eigenschaft als Abgeordneter für den Wirsitzer Kreis, auf kurze Zeit in der Kammer erschien und seine denkwürdige Erklärung abgab.

Digitized by Google

Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben.

Nach zweitägiger Verhandlung (am 9.) votirte die Versammlung indeß über denselben mit 196 gegen 177 Stimmen Tagesordnung*).

An der Debatte betheiligte sich auch Johann Jacoby, welcher nicht zu den eigentlichen Rednern des Hauses gehörte**) und verhältnißmäßig selten sprach. Er, den ein Zeitgenosse überaus treffend folgendermaßen charakterisirt***):

„Die Natur hatte gerade ihm die Fähigkeiten dazu verliehen, seine Partei vor dem Schlamm und Schmutz zu retten, in den sie sich selbst und die ganze Versammlung kopfüber hineinzog und durch den sie den ganzen gesunden Lebensprozeß eines großen Staats schmählich zu ersticken drohte! Er hätte ein Mann sein können, aber er zog es vor, ein Gamin mit kahlem Scheitel zu sein und um die sauren und unreifen Birnen der Republik zu spielen, wo er die reife Frucht eines gesunden konstitutionellen Lebens pflücken konnte! Von Leuten seiner Art†) wird die Zeit die strengste und härteste Rechenschaft erfordern, und sie werden an der Verachtung sterben, mit der sie selbst das geschichtliche Gesetz ihrer Nation brachen.

Die Persönlichkeit des Herrn Jacoby zeigte den rationellen Juden-Typus, dem das Geheimniß der Spekulation an der Stirne geschrieben steht. Man würde ihn auf den ersten Anblick für einen guten Moses Mendelsohnianer gehalten haben, oder man hätte ihm auch die Stelle eines politischen Nathan in der Versammlung zuertheilen können, der die Parteien über die drei Ringe der Staatsverfassungen belehrt und verständigt hätte. Aber er verdammte sich sogleich bei seinem Eintritt in die Versammlung zu einer Einseitigkeit, die sonst der angeborenen Klugheit seines Stammes nicht ähnlich sieht; er hing seinen ganzen Kredit an den einen Ring, von dem er nach dem allergewöhnlichsten jüdischen Schätzungstalent wissen konnte, daß er unächt war, und daß er aus purem Demokraten-Gold, welches er kennen mußte, gefertigt sei! Mit der Kopfbildung

---

*) Der von Zachariä eingebrachte Antrag auf motivirte Tagesordnung lautete wörtlich:

„Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen März-Ereignisse, denen wir in Verbindung mit der Königlichen Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dasselbe unbestritten ist und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über." (Vergl. Stenogr. Bericht, 14. Sitzung, am 9. 6. 1848, S 184)

**) Die drei Hauptgelegenheiten, bei denen er sprach, waren eben der Berends'sche Antrag, sein eigener „gegen die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers" und „das Bürgerwehr-Gesetz."

***) Vergl. Rückblicke auf die Preußische National-Versammlung von 1848 und ihre Koryphäen. (1849), S. 28 ꝛc.

†) Wir wissen, die Jacoby's sind nicht ausgestorben; sie leben fort.

Digitized by Google

eines weisen Nathan verband Jacoby jedoch die schmutzigen Gelüste eines Shylock, welche er in ihrer extremsten Anwandlung dem Könige gegenüber bewies, als er ihm in jener fatalen Abgeordneten-Audienz in Sanssouci die bekannten Worte zurief: „Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!*" Der Shylockschen Appetit ging hier geraden Wegs auf das Fleisch vom Herzen los, und die kleine gedrungene**) Gestalt zitterte krampfhaft nach diesem höchsten Ziel," unterstützte den Antrag seines Freundes und Gesinnungsgenossen, die vorstehende Kritik seiner Person bestätigend, mit diesen Worten***):

> Meine Herren! Wir können es uns nicht verhehlen, es giebt eine Partei im Lande, die den Folgen der Revolution auf alle Weise entgegenarbeitet, die den großartigen Freiheitskampf der März-Tage zu einem bloßen Straßentumulte herabzuwürdigen und zwischen den Provinzen und der Hauptstadt einen gefährlichen Zwiespalt zu erregen, sich bemüht. Um der Wahrheit willen, um der Ruhe des Landes willen, müssen wir dieser Partei entschieden entgegentreten; wir müssen dieser Partei entgegentreten durch volle Anerkennung der Revolution in allen ihren Folgen.
>
> Meine Herren! Bis zu den Tagen des März war die Souveränetät, die Machtvollkommenheit, bei den Fürsten. Ihr Wille war das entscheidende Gesetz; Gehorsam und Unterwürfigkeit war das Loos der übrigen Landesbewohner. Anders ist es jetzt. In den Tagen des März hat es sich gezeigt, daß keine Macht der Erde dem einmüthigen Willen des Volkes zu widerstehen vermag. Der Grundsatz, daß der Gesammtwille des Volkes die ursprüngliche, die einzige Quelle jeder Macht im Staate, also auch der des Königs ist, — dieser Grundsatz der Volkssouveränetät ist in jenen März-Tagen zur vollen Geltung gekommen.
>
> Meine Herren, den Freiheitskämpfern jener Tage verdanken wir es, daß die Schmach des Absolutismus von uns genommen ist. Ihnen verdanken wir es, daß innerhalb weniger Tage Rechte uns geworden sind, um welche wir Jahre lang vergeblich gebeten haben. Es ist eine Pflicht der Dankbarkeit, die wir erfüllen, wenn wir diesen Männern öffentlich unsere Anerkennung aussprechen.
>
> Meine Herren, ich war Zeuge, als in der deutschen Reichsversammlung der Präsident Gagern die Worte aussprach:
>
> Beruf und Vollmacht dieser unserer Versammlung beruht auf dem Grundsatz der Volkssouveränetät.
>
> Meine Herren, ich war Zeuge des allgemeinen Enthusiasmus, den diese Worte erregten. Es ist die Macht der Wahrheit, die jene Begeisterung erregte. Lassen Sie uns auch der Wahrheit die Ehre geben, lassen Sie uns offen, wie es Männern geziemt, hier aussprechen, was bereits in den Annalen der Geschichte verzeichnet ist: daß die Freiheitshelden des März sich um das Vaterland wohl verdient gemacht haben. Ich fordere Sie

---

*) Nach einer anderen Quelle hätte der Schluß des Satzes gelautet: „. . . daß sie nicht wollen hören die Wahrheit!"

**) Jacoby war unseres Wissens nach eine „schmächtige" Figur.

***) Vergl. Stenogr. Bericht, 13. Sitzung, am 8. 6. 1848, S. 175.

Digitized by Google

auf, meine Herren, wenn Sie von dem Geiste der neueren Zeit beseelt sind, ohne weitere Debatte durch Akklamation den Antrag meines geehrten Freundes anzunehmen.

Und diesen Mann, „den zum Zynismus neigenden Stoiker," wie er genannt worden ist, hatte die „heilige"*) Demokratie — allen Ernstes zwar — das Portefeuille des Kultus in dem Ministerium Waldeck-Jacoby zugedacht. Wunderbare Heilige! —

Versagte die Kammer am 9. Juni 1848 dem Antrage Berends auch ihre ausdrückliche Genehmigung, die stillschweigende wurde ihm immerhin zu Teil. Der Geist, welcher ihn durchwehte, wurde zum belebenden Element der Opposition um jeden Preis, welche wir in ihrer ochlokratischen Eigenart noch heute kennen. Sie wurzelte damals schon in dem Boden des Doktrinarismus und der Negation, des rücksichtslosen Absprechens und der hohlen Phrase, der Nichtachtung der gegnerischen Anschauung und des bis zum Größenwahn reichenden eigenen Hochmuths. Sie war und ist es, welche den Acker pflügte, auf dem der Samen des Hasses, der Zwietracht, der Mißachtung des Gesetzes, ja der Gottlosigkeit, die Früchte zeitigte und zeitigen mußte, welche wir jetzt ernten, denjenigen Elementen den Boden urbar machte, welche, an Stelle irgend eines anderen Progammes, der Theorie vom Fürstenmorde huldigen. Sie war und ist es, welche jene durch die Friktion des geistigen Kampfes entzündete Flamme eben nicht zur Leuchte der Wahrheit, sondern zur verzehrenden Fackel der Parteileidenschaft werden ließ.

Das Volk, souverän wie es sich nun einmal dünkte, trat im Laufe der Ereignisse der Kammer ganz so gegenüber, wie den übrigen staatlichen Faktoren. Und im Großen und Ganzen hatte das Volk ja gar nicht Unrecht. War es einmal souverän, so stand es natürlich auch über der Kammer, die dann doch nur seine Kreatur war. Das Volk zog ganz folgerichtig seine Schlüsse aus den von der Revolution, der sittliche und rechtliche Anerkennung für sich in Anspruch nehmenden Revolution, selbst aufgestellten Doktrinen. Das souveräne Volk ließ der Kammer daher gebieterisch seinen ebenso souveränen Willen verkünden. Durchaus konsequent. Demonstrationen aller Art, massenhafte Ansammlungen vor dem Sitzungslokal, Aufzüge, Deputationen, Bedrohung durch Schrift, Wort und That, ja persönliche Beleidigungen und thätliche Mißhandlungen unbeliebter Abgeordneter waren die Mittel, diesen Willen demjenigen Theile der Versammlung vor die Augen zu führen, welcher sich demselben gegenüber verneinend oder auch nur beanstandend verhielt. Es ist kaum möglich, das Bild des entwürdigenden Schauspiels, welches sich nunmehr fast täglich darbot, mit zu grellen Farben zu malen. Was Rohheit, Brutalität und Zynismus irgend zu leisten vermochte, das wurde schon damals, im Jugendalter unserer so hochgepriesenen

*) Waldeck, ihr Hauptapostel, nennt sie so (Vergl. Stenog. Bericht, Haus der Abgeordneten, 1865. S. 1315/16.)

Digitized by Google

konstitutionellen Freiheiten, von der Demokratie geleistet. Bei ihrem Austritt aus dem Sitzungssaale wurden Minister, Regierungs-Kommissare und Mitglieder der Rechten mit allen möglichen Zeichen des Mißfallens überschüttet. Sie mußten durch den Spalier bildenden Pöbel förmlich Spießruthen laufen. Man wies ihnen mit nicht mißzuverstehender Geberde, ja sprach deren beabsichtigte Verwendung unumwunden aus — Stricke, drohte ihnen mit den Fäusten, spie sie an. Die Abgeordneten der Linken wurden dagegen mit Jubel empfangen, enthusiastisch begrüßt, nicht selten im Triumphzuge auf den Schultern davongetragen. Oft war die Fürsprache, ja das thatsächliche Eingreifen eines Demokraten erforderlich, um als königstreuer Mann vor Unbill geschützt zu werden, um überhaupt das „hohe" Haus verlassen, nach Erledigung seiner Tribunenpflicht ohne Gefahr an Leib und Leben den eigenen Heerd, den Schoß der Familie wieder erreichen zu können. Das geschah mit ziemlicher Regelmäßigkeit vom 9. Juni bis zur Verlegung der Kammer nach Brandenburg am 9. November; wie wir sehen werden, an einem Tage mit mehr, an einem anderen mit etwas weniger Brutalität.

Am 9. Juni drang eine seitens des die National-Versammlung besetzt haltenden Pöbels entsendete Deputation von vier unbekannten Männern in das Sitzungslokal ein, verlangte den Präsidenten der Versammlung zu sprechen und erklärte sich seitens des souveränen Volkes zu der Frage bevollmächtigt, „ob es seine Richtigkeit habe, daß die National-Versammlung die Revolution nicht anerkennen wolle?" Als Präsident Milde diesen Delegirten erwiderte, „daß er ein solches souveränes Volk, welches sie bevollmächtigt haben könnte, nicht kenne, die Vertreter des Volkes die in dem Saale versammelten Abgeordneten seien, der Schritt, welchen sie gethan, aber unbedenklich ein ungesetzlicher wäre," wurde ihm die Entgegnung, „daß das höchste Gesetz des Volkes Wille sei."

Erst nachdem der Präsident demgegenüber auf das Bestimmteste erklärt hatte, „daß der Wille der vor dem Hause sich befindenden Haufen von ihm nun und nimmermehr als ein Volks-Wille anerkannt werden würde," er die Deputation auch aufgefordert, sich aus dem Sitzungslokal zu entfernen, zog sich dieselbe zurück.

Als bald darauf das Resultat der Abstimmung, d. h. die Annahme des Gegenantrags Zachariä auf motivirte Tagesordnung, bekannt wurde, bemächtigte sich der Menge eine gewaltige Aufregung. Ein Mann aus derselben sprang auf einen Stein und rief: „Volk von Berlin! der Berends'sche Antrag ist verworfen; die Rechte hat unsere Revolution nicht anerkannt; wir müssen dieselbe so vervollständigen; daß Niemand sie mehr verleugnen kann; also auf zum neuen Kampfe!"

Während dieses Treibens, gegen 3 Uhr Nachmittags und etwa 10 Minuten vor Schluß der Sitzung, trat der Minister Graf Arnim aus dem Hause heraus. Nachdem er auf die an eine der zahlreichen Gruppen gerichtete Frage: „Wozu stehen Sie denn hier, worauf warten Sie?" ihm gewordene Entgegnung: „Wer er denn sei?" geantwortet hatte: „Ich bin der Minister v. Arnim!" wurde er plötzlich von allen Seiten umringt und

Digitized by Google

befand sich im Nu in einem fest zusammengepreßten Pöbelhaufen eingekeilt. Einige der Nächststehenden versuchten, den Minister, welchen ein Arbeiter umfaßt hielt, zu befreien, andere schimpften und drohten. Die Masse wälzte sich, gegen den Festungsgraben zu, in das Kastanienwäldchen. In der Universität befindliche Studenten, welche die peinliche Lage des Ministers wahrnahmen, erlösten ihn endlich aus derselben. Aehnlich erging es dem Abgeordneten, Prediger Sydow, welcher für den Antrag auf Tagesordnung gestimmt hatte. Derselbe wurde mit Fußtritten regalirt und anderweitig thätlich mißhandelt. Den Minister-Präsidenten Camphausen verfolgte der Pöbel beim Verlassen des Sitzungslokals; der Minister Hansemann war, um Beleidigungen zu entgehen, genöthigt, den Rückweg nach seiner Wohnung durch eine hintere Gartenthür zu nehmen.

Angesichts dieser Ausschreitungen liegt wohl die Frage nahe: „Wie verhielt sich denselben gegenüber die Bürgerwehr?" Rimpler selbst schreibt über die Ereignisse dieses Tages unter dem Rubrum: „Die Mißhandlung der Abgeordneten am 9. Juni" Folgendes:*) „Den Abgeordneten der Nation sowohl bei ihren Berathungen in der Singakademie, als auch in ihren Personen Schutz zu gewähren, war eine der ersten, war eine Ehrenpflicht für die Berliner Bürgerwehr. Es wurde deshalb an allen Sitzungstagen die Königs-Wache um 50 Mann verstärkt, welche zur Bewachung der Eingänge zum Vorgarten der Singakademie, als auch der nach der Dorotheen-Straße führenden Thür derselben, Pikets ausstellten und Patrouillen aussendeten, um die Volksgruppen zu zerstreuen und die zahlreich vorhandenen Marketender zu entfernen. In dem Vorsaal des Gebäudes befand sich noch eine Rotte Studirender auf Wache, die, von ungleicher Stärke, 10—20 Mann stark war." Die Art und Weise, wie die Bürgerwehr dieser ihrer Ehrenpflicht am 9. Juni genügte, war eben keine erhebende. Rimpler sagt selbst:**) „Von den 50 Mann Bürgerwehr sollen viele sich auf den Tribünen befunden haben, andere zum Mittagessen gegangen sein, dennoch wären im Verein mit der Wache die Uebriggebliebenen stark genug gewesen, den Minister zu befreien und den Abgeordneten Sydow zu schützen. Es fehlte aber das bestimmte Kommando. Der Major Benda hatte sich zuerst an mehrere Chargirte der Bürgerwehr gewandt und sie vergebens zum Schutz des Ministers aufgefordert, dann erst wandte er sich an die Studenten, diese waren sofort in die Volksmassen eingedrungen und hatten den Minister vor ferneren Mißhandlungen bewahrt."

Ebenso belastend lautet der Bericht des Präsidenten der National-Versammlung an das Staats-Ministerium vom 10. Juni, in welchem gesagt ist:***) „Nachdem ich .... die Entfernung der angeblichen Deputation erwirkt hatte, zog ich bei dem Kommandanten der Bürgerwehr Erkundigung

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 34.
**) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 36.
***) Vergl. Stenogr. Bericht, 14. Sitzung, am 14. 6. 1848, S. 193/94.

Digitized by Google

ein, wer derselben den Eintritt gestattet habe. Der Kommandant erklärte mir, es seien jene Männer in Begleitung von zwei Studenten und zwei in Zivil gekleideten Personen, welche für sie den Durchlaß verlangt hätten, und unterstützt von einem großen Volkshaufen erschienen. Der aufgestellte Posten der Bürgerwehr habe nicht die erforderliche Stärke gehabt, um einen Widerstand wagen zu können. In dem Versammlungshause sei die Wache den Studenten anvertraut, von denen keine Befehle des Kommandanten der Bürgerwehr angenommen würden.

Ueber die Unbilden, welche der Herr Staats-Minister v. Arnim beim Weggehen aus der Sitzung erfahren, provozire ich auf die Aussage desselben; die in der Nähe aufgestellte Bürgerwehr hat, wie ich aus zuverlässiger Mittheilung weiß, des Angegriffenen sich anzunehmen geweigert." —

Abgesehen von den die Kammer unmittelbar betreffenden Ereignissen, reihte sich auch außerdem eine gesetzwidrige Begebenheit an die andere, um die Zustände in Berlin zu völlig unhaltbaren zu machen. Das Proletariat war durch die Presse, die Volksredner, ja durch den Erfolg der eigenen That hinreichend belehrt worden, daß es der wahre Kern der Nation, daß nicht mehr die salus publica, sondern sein Wille die suprema lex sei, daß die bis dahin in Geltung gewesene Weltordnung umgekehrt werden müsse. Große Volksmassen, nach Tausenden von Köpfen zählend, waren zu öffentlichen Arbeiten zusammengeschaart worden und empfingen für verhältnißmäßig geringe Leistungen bis dahin nicht gekannte hohe Löhne. Trotzdem waren sie unzufrieden und widersetzten sich, drohende Haltung annehmend, in organisirten Haufen jeder ihnen mißliebigen Forderung und Anordnung der Behörden. Bald galt der Ruf: „Die Arbeiter sind unruhig; sie kommen in Zügen zur Stadt!" als Stichwort des Schreckens. Noch gefährlicher fast war das Straßenproletariat, diese arbeitsscheue, müßig umherlungernde Rotte, dieser Abhub des Pöbels der großen Städte, welcher, frech und zügellos, unverschämt und schlau, stets bereit ist, das Kondottierithum jedes Aufruhrs zu bilden. Schnell und unversehends strömte er erforderlichenfalls aus allen Ecken und Enden, aus Schlupfwinkeln und Verstecken in hellen Haufen zusammen, folgte blindlings der Regie des Skandals, um, war die Orgie beendet, ebenso hurtig, ebenso spurlos wieder zu verschwinden. Volksgunst hatte bald die Namen der Bannerherrn bezeichnet, welchen der süße Pöbel mit besonderem Herzensdrange zuneigte. Die großen Schlagwörter der Revolution waren die Parole. Geheime Organisation, Leitung durch Unterführer, Verabreichung von Spirituosen, Geldspenden aus vielleicht fernher fließenden Quellen, Erkennungszeichen je nach den wechselnden Zwecken der Bewegung, waren die Mittel, durch welche sich dieses stets marschbereite Heer der Anarchie schnell und zuverlässig sammelte, bedurfte man seiner.

Die Hauptagitationshorte bildeten die Klubs. Unter ihnen erhielten die demokratisch-republikanischen, zu denen auch der bereits erwähnte Bürgerwehr-Klub und der demokratische Bürgerwehr-Verein zu zählen sind, durch ihre Organisation und durch die Kühnheit ihres Auftretens in



Digitized by Google

nicht allzulanger Zeit ein entschiedenes Uebergewicht. Sie warfen den Schleier, welchen sie anfänglich über ihre Zwecke und Ziele gezogen hatten, bald ab, und die rothe sozialistische Republik wurde mehr oder minder offen von ihnen anerkannt und verfolgt. Stark durch die Zahl ihrer Mitglieder, mächtig durch die zur Schau getragenen Grundsätze einer für ideal gehaltenen Freiheit und Gleichheit, eines das Glück der niederen Volksschichten vorgeblich erstrebenden Humanismus, welche ihnen einen Theil des Volks und der Jugend zuwendeten, traten sie immer kühner hervor. So übten sie in Verbindung mit den von ihnen ausgehenden Plakaten, mit den von ihnen geleiteten Volksversammlungen und denjenigen Preßorganen, welche sich offen zur Republik bekannten, einen unglaublichen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus, gegen welche die gemäßigteren Klubs in völliger Ohnmacht ankämpften. Wurde doch in Volksversammlungen von Tausenden die eidliche Verpflichtung zur Republik gefordert und geleistet, zu Manifestationen aller Art jede sich bietende Gelegenheit eifrig benutzt. So wurden die in offenem Aufstande am 16. Oktober getödteten Arbeiter in glänzendem Zuge unter ihrer Zuziehung feierlich bestattet. Als Jacoby seine schmutzigen Shylock-Gelüste selbst dem Könige gegenüber nicht zurückzuhalten vermocht hatte, lohnte ihn ein solenner Fackelzug, in welchem die bei jener bekannten Audienz in Sanssouci gesprochenen Worte auf den Fahnen prangten. Als in Wien gekämpft wurde, ergingen Aufforderungen zur Bildung bewaffneter Korps, die zur Rettung der Donaustadt und überall dorthin bestimmt sein sollten, wo die Freiheit Deutschlands bedroht würde. Von Zeit zu Zeit ließen die Klubs Gerüchte durch die Stadt verbreiten, welche darauf ausgingen, systematisch den Schrecken in den Gemüthern der Bevölkerung wach zu halten. Heute war es ein allgemeiner Aufstand, der ausbrechen sollte, morgen ein großartiger, gewaltsamer Reaktionsversuch, der die Stadt überziehen würde. Die Reaktion sollte es sein, welche über die Trümmer des neuen Regimes zur alten Herrschaft wieder emporsteigen wollte. Die Reaktion! Wer erinnert sich nicht aus der Geschichte aller Revolutionen, vornehmlich aber der ersten französischen, jenes unheilvollen Gespenstes, welches die Gemüther erschreckte und sie zur Rache, zu den grauenhaftesten Thaten der Selbsthülfe antrieb? Es war das Schreckbild, welches die Hand der Rädelsführer geschickt vorzuhalten wußte, wenn es galt die erschlaffenden Geister, die Leidenschaften wieder zu erwecken, wenn sie neuer blutiger Thaten bedurften, um ihr Werk zu vollenden. So auch hier. Die Furcht vor der Reaktion hielt vor jedem Ereigniß ihren regelmäßigen Umgang durch die bethörten Sinne. Sie war das Mährchen, mit dem man die Kindheit des politischen Urtheils zu erschrecken wußte, sie war um so furchtbarer, als Niemand die von den Feinden der staatlichen Ordnung behauptete Reaktion zu sehen und zu finden vermochte. Diejenigen aber, die tiefer blickten, als dies der große Haufen im Stande ist, sahen hinter dem dunklen Vorhange eine Hand, welche die Geister leitete und welche dem Prinzip huldigte:

Sturz des herrschenden und besitzenden Bürgerthums; Vermehrung des Proletariats, des Heeres der Anarchie, durch Verarmung, und diese her-

Digitized by Google

beigeführt durch den Schrecken, durch die Zerrüttung des Kredits, durch Zerreißen der Adern des Wohlstandes; mit diesem Heere sodann wider die alte Ordnung des Staats und der Gesellschaft, wider Thron, Familie und Eigenthum!

Das war der von Blanqui entworfene Plan für Frankreich, wie er schwarz auf weiß geschrieben steht. Das war der sichere Weg zur — rothen Republik! —

Eine der ersten und gefährlichsten Vereinigungen dieser Art auf dem Gebiete der aktiven Revolution war der von Jung ins Leben gerufene Politische Klub, eine Gesellschaft junger Litteraten und Studenten, deren Bestrebungen ausgesprochenermaßen auf Errichtung der Republik hinausgingen.

Nach Jung's Wahl in die National-Versammlung, in welcher, aus den Volksrednern der Zeite hervorgegangen, er gerade am offensten den Straßentypus der Revolution hineintrug, übernahm sein Schwager Schramm das Präsidium. Dieser änderte die ursprüngliche Firma, wohl weil sie nicht bezeichnend genug, in: Demokratischer Klub, mit der gleichzeitigen Deklaration, „der Klub nenne sich ein Kind der Revolution und sehe als die einzige haltbare Verfassung — die demokratisch-soziale Republik an."

Der demokratische Klub theilte sich in 22 Sektionen, deren jede ihr besonderes Sitzungslokal und, als Ausgangspunkte für gemeinsame Wirksamkeit bei öffentlichen Krawallen, vorher verabredete Sammelplätze hatte.*)

Neben den ausschließlich politischen Klubs hatten sich auch sogenannte Bezirksvereine in großer Zahl über die Stadt verbreitet, die anfänglich die Berathung naheliegender gemeinschaftlicher Interessen — Aufhülfe im Gewerbe, Unterstützung nothleidender Berufsgenossen ꝛc. — zum Zwecke hatten, bald aber auch die Tagespolitik in den Bereich ihrer Erörterungen zogen und dann sofort der Einwirkung jener anderen Klubs unterlagen. Die Folge hiervon war das entschiedene Hervortreten des demokratischen Charakters auch der Mehrzahl dieser Vereine. —

Am 21. Mai, dem Tage vor Eröffnung der National-Versammlung, begann die Herrschaft der Katzenmusiken. Allabendlich zogen wüste Haufen umher und gaben mit wildem, bestialischem Geheul vor den ihnen bezeichneten Häusern den drohenden Ausdruck des Hasses und der Ungunst des souveränen Volkes kund. Gewöhnlich wußte man schon am Tage, wohin der Hexentanz des Abends seine Schritte lenken werde. Die Minister Camphausen und Graf Schwerin, sowie General v. Aschof, waren mit die Ersten, welche in dieser Weise bedacht wurden. Am 22. Mai zogen bedeutende Volksmassen

*) Es sammelten sich:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Sektion | 1. | 2. | 3. | 4. | Bei der Börse. |
| „ | 7. | 8. | 9. | 10. | Auf dem Gensdarmen-Markt. |
| „ | 11. | 12. | 13. | | „ „ Belle-Alliance-Platz. |
| „ | 5. | 6. | 14. | | „ „ Spittelmarkt. |
| „ | 15. | 16. | 17. | | Bei Schloß Monbijou. |
| „ | 18. | 19. | 20. | 21. 22. | Auf dem Alexander-Platz. |



Digitized by Google

vor das Palais des Prinzen von Preußen und verbrannten auf dem für das Standbild Friedrichs des Großen bestimmten Platze den Verfassungsentwurf. Kurz darauf beschloß die Landwehr in den auch ihrerseits abgehaltenen politischen Versammlungen, den Katzenmusiken Ehrenständchen entgegenzusetzen, so daß sich nun Beides, Gunst und Ungunst der öffentlichen Meinung, kreuzten. Bei solchen Gelegenheiten kam es dann naturgemäß zu Thätlichkeiten. In Veranlassung eines ähnlichen Exzesses, am 26. Mai, schritt die Bürgerwehr ein und sprengte die Tumultanten auseinander. Flugs zogen einige Tausend Mann vor das Haus des Generals v. Aschof, um über das rücksichtslose Vorgehen der Volksbewaffnung Beschwerde zu erheben. Eine Deputation drang in die Wohnung des Bürgerwehr-Kommandeurs ein. Während ihres Empfanges wurde der Pöbelhaufen unruhig und verlangte durch wüstes Geschrei, den General zu sehen. Als dieser vor der Thür erschien, wurde er von allen Seiten mit dem Rufe: „Abdanken!" empfangen. Nun begannen Verhandlungen auf der Vortreppe, bis endlich die Bürgerwehr erschien und ihren Oberbefehlshaber von seinen ungebetenen Gästen befreite.

Eigenthümlicherweise hörten die Katzenmusiken an einem bestimmten Tage ohne irgend welche äußere Veranlassung ganz plötzlich auf. —

Im Verlauf des 30. Mai sammelte sich eine bedeutende Menge beschäftigungsloser Arbeiter vor dem städtischen Rathhause. Zwischen 5 und 6 Uhr Nachmittags begaben sich zwei Abgeordnete derselben von dort zum Minister v. Patow, wußten sich Zutritt zu verschaffen und verlangten von ihm, er möge die schriftliche Erklärung abgeben, daß sämmtliche Arbeiter sofort — „heute" sagt der amtliche Bericht — Beschäftigung erhielten. „Ich sagte ihnen," so lautet die von dem Minister selbst gegebene Darstellung des Vorfalls,*) „daß dies nicht möglich sei, und stellte ihnen vor, welche großen Opfer schon gebracht wären, um eine so große Zahl von Arbeitern zu beschäftigen. Die Abgesandten konnten meinen Aeußerungen Nichts entgegenstellen, erklärten aber, wenn ich dabei bliebe, so würden üble Dinge daraus entstehen. Ich erwiderte, daß ich dies ihrer Verantwortung überlassen müsse. Während ich noch sprach, erschien die ganze Mannschaft, etwa 700 Mann stark, mit Fahnen an der Spitze, in der Wilhelm-Straße vor meiner Wohnung und stellte sich dort auf. Ich ließ sagen, daß sie, wenn sie mir etwas vortragen wollten, eine Deputation zu mir schicken möchten, der ich dann die Gründe, aus welchen ihrem Verlangen nicht nachgegeben werden könnte, auseinander setzen wollte. 15 oder 20 Mann erschienen hierauf bei mir und verlangten ebenfalls, daß ich schriftlich versprechen möge, sämmtliche Arbeiter sofort zu beschäftigen. Ich habe mit ihnen wohl ¾ Stunden verhandelt und gesagt, daß dies unmöglich sei, daß am wenigsten noch in der späten Abendstunde Vorkehrungen getroffen werden könnten, ihnen schon am anderen Tage Arbeit zu geben, daß ich leider in der Lage bin,

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 7. Sitzung, am 31. 5. 1848, S. 72.

Digitized by Google

alle Tage einzelne Leute, die bescheiden um Arbeit bäten, zurückweisen zu müssen, und daß ich einer Schaar von 600 ebensowenig nachgeben würde. Die Leute erklärten mir, die große Masse sei nicht länger zu beschwichtigen, sie stellten mir vor, Viele unter ihnen seien hungrig oder durstig, sie müßten etwas erlangen. Ich erklärte ihnen, daß ich zwar in meiner Eigenschaft als Beamter ihr Begehren nach wie vor zurückweisen müsse, daß ich aber gern als Privatmann den Hungrigen aus meinen Mitteln zu Hülfe kommen wolle. Sie nahmen dies dankbar an, und ich zog mich in ein anderes Zimmer zurück, wo eine Kommission versammelt war, mit der ich über ähnliche Gegenstände berathen wollte. Ich hörte indeß bald, daß die Arbeiter sich nicht entfernten, kehrte daher zu ihnen zurück und vernahm, daß sie zwar meinen guten Willen anerkannten, sich aber mit einer solchen Antwort vor den andern Arbeitern nicht sehen lassen dürften. Eine Zahl der Arbeiter blieb darauf in meinem Zimmer, andere gingen hinunter und versuchten die große Menge anzureden; was sie gesagt haben, habe ich nicht verstanden. Es entstand ein großer Lärm; ich hörte heftige Schlage an die Hausthür. Man sagte mir später man habe eine Bohle ausgehoben, um den Versuch zu machen, die Thür einzustoßen. Hinterdrein ist sie freiwillig geöffnet worden. Eine große Menge drängte sich nun in mein Haus ein.

Ich stellte mich auf die Treppe und bat, nicht einzudringen; ich wollte auf der Straße ihnen meine Gründe auseinandersetzen. Die Arbeiter drangen indeß weiter vor. Einige der Anwesenden suchten sie zurückzuhalten, doch vergebens, bald war das ganze Haus mit Arbeitern angefüllt, die mit großem Geschrei darauf zurückkamen, sie wären auf Arbeit angewiesen und ich müßte ihnen dieselbe verschaffen. Ich wandte mich an die Nächsten und sagte ihnen, ich müßte fest und entschieden bei der Erklärung stehen bleiben, daß ich ihnen bis morgen keine Arbeit verschaffen könne, daß ich aber als Privatmann gern erbötig wäre, den Bedürftigen unter ihnen aus meiner Tasche eine Unterstützung zukommen zu lassen. Inzwischen hatten sich noch einige Bürger, welche auf die Arbeiter Einfluß haben, eingefunden, um sich der Sache anzunehmen, und namentlich versuchte es einer, die Arbeiter dadurch zu beschwichtigen, daß er ihnen Arbeit versprach. So kam es dahin, daß sich ein Theil der Arbeiter zurückzog. Jetzt fanden sich einige Herren ein, die aus meinem Fenster die Menge zu beschwichtigen suchten und ihr begreiflich machten, daß ich meinerseits nicht mehr thun könnte, und daß sie das von mir gebotene Geld als Vorschuß annehmen möchten, und auf diese Weise gelang es denn endlich, die Sache in der Art zu ordnen, daß die Arbeiter sich unten in Reih' und Glied aufstellten und eine Geldvertheilung stattfand. Die Thatsache ist also die: ich habe mir keine Erklärung in meiner Eigenschaft als Beamter abdringen lassen; ich habe aber, weil ich längere Zeit allein in meinem Zimmer der Menge gegenüber stand und sich Niemand zu meinem Schutze zeigte, den Weg eingeschlagen, den ich augenblicklich für den passendsten hielt, um größeres Uebel zu verhüten. Das Faktum steht fest: das Hausrecht, auf welches jeder Bürger Anspruch hat, ist mir gegenüber gröblich verletzt worden."

Digitized by Google

Daß die Bürgerwehr nicht einschritt, bestätigt Rimpler ausdrücklich. Er sagt:*) „Nach langem Hin- und Herreden und da dem Minister keine Hülfe seitens der Bürgerwehr gegen die zahlreichen Gäste ward, bewilligte er den Arbeitern zehn Silbergroschen pro Kopf als Vorschuß . . . .“ Nach einer anderen Quelle hätte die Auszahlung dieses Betrages „in den Spalieren der aufmarschirten Bürgerwehr“ stattgefunden. —

Mit dem Wiedereinrücken einer Garnison in Berlin war seitens derselben sofort die möglichste Entlastung der Bürgerwehr vom Wachtdienst eingetreten. Nobiling sagt in Bezug hierauf sehr charakteristisch**): „Am Nachmittage des 31. März wurde mit den Bataillons-Führern über die Besetzung der Wachen durch die neue Garnison verhandelt. Daß dies geschehen und der eigentliche Wachtdienst nicht weiter von der Bürgerwehr gethan werden sollte, darüber war Alles einig; nur über die Form, unter welcher die Bürgerwehr die Wachen unterstützen und bei allen Konflikten den ersten Angriff zu unternehmen habe, hierüber gingen auch in diesem kleinen Kreise die Meinungen auseinander. Die Majorität fand die Sachen noch sehr bedenklich; die Minorität, der ich beitrat, hielt sie für sehr einfach und glaubte, daß, wenn neben den eigentlichen Ehren- und Sicherheitswachen, die Bürgerwehr in den Bataillons-Bezirken eigene Aufstellungen einnehme, dies hinreichend sein würde.“

In der That bezogen die Truppen bereits am 1. April die Stadtvoigtei-, Hausvoigtei- und Arbeitshauswache — Schloß- und Königswache reservirte die Bürgerwehr für sich — und besetzten, da das Zeughaus, dessen theilweise Bewachung, namentlich die der unteren Räume, bis dahin Sache des Handwerker-Vereins gewesen, an diesem Tage aber überhaupt ohne Bedeckung geblieben war, auch dieses. Bei dem Besetzen des Zeughauses durch das Militär behielt es im Wesentlichen auch für die Folge sein Bewenden. Die oberen Räume wurden bei Tage mit 50 Mann, bei Nacht mit einer Kompagnie belegt. An der Bewachung der unteren indeß nahm bis Ende Mai die Bürgerwehr nur insofern Theil, als sie außerhalb Posten aufstellte. Diese Maßregel bildete einen beständigen Grund zur Eifersucht der sogenannten fliegenden Korps, der Klubs und des großen Haufens.

Als am 30. Mai ein mit hundert Gewehren für die Luckenwalder Bürgerwehr beladener Wagen zusammenbrach und die Waffen auf das Straßenpflaster fielen, verbreitete sich plötzlich die Nachricht, es würden solche heimlich nach auswärts geschafft, um sie später gegen Berlin zu gebrauchen. Am 31. Mai entstand in Folge dieser Gerüchte ein Auflauf vor dem Zeughause, wo zwei Kähne mit Kriegsmaterial für Spandau beladen werden sollten. Dagegen erhob der Pöbel Widerspruch, hielt einen

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 32.
**) Vergl. Nobiling, Die Berliner Bürgerwehr in den Tagen vom 19. März bis 7. April 1848. (1852), S. 72.

Digitized by Google

der Kähne an und verlangte zu wissen, was sich in den verladenen Kisten befände. Nachdem ihm die Antwort geworden: „Alte, reparaturbedürftige Gewehre," öffnete er eine der Kisten, fand in derselben indeß neue Zündnadel-Gewehre und setzte es nun durch, daß die bereits verladenen Gegenstände in das Zeughaus zurückgebracht wurden. Die Wegführung eines Transports Kanonen durch den Pöbel verhinderte die Bürgerwehr, welche an diesem Tage einmal rechtzeitig in Thätigkeit getreten war. Von nun an gab es täglich Maueranschläge, Aufläufe und Reden, in welchen die allgemeine Volksbewaffnung als gewährt dargestellt und gesagt wurde, „im Zeughause lägen die Gewehre, man habe das Recht sie zu nehmen!"

Am 14. Juni war die vor dem Zeughause umherlungernde Menge schon in den Vormittagsstunden besonders zahlreich. Der berüchtigte Thierarzt Urban hatte am frühen Morgen die Straßenfeger und einzelne Arbeiter mit Branntwein regalirt und sie angefeuert, das ihnen durch die versprochene Volksbewaffnung zustehende Recht auf Waffen heute geltend zu machen. Gegen Mittag kam es zum Tumult, als eine Abtheilung der Zeughausbesatzung vom Mittagessen zurückkehrte. Da die Mannschaft ohne Gewehre in die Kaserne gerückt war, kam sie auch ohne solche wieder zurück. Das gab zu dem Gerücht Veranlassung, auf diese Weise würden nach und nach die Gewehre aus dem Zeughause fortgeschafft. Auch wurde behauptet, in den unteren Räumen befänden sich geladene Kanonen, um mit denselben die benachbarten Brücken und Straßen bestreichen zu können.

Die Gassen hinter dem Zeughause füllten sich bald mit Menschen, welche gegen die Thüren andrängten, lärmten und tobten, bis endlich einige Kompagnien Bürgerwehr die Zugänge absperrten.

Zu derselben Zeit etwa spielte sich beim Schlosse ebenfalls eine turbulente Szene ab. Um durch Sperrung der vielen Schloßzugänge die erforderliche Besatzung desselben ohne Gefahr erheblich vermindern zu können, war nämlich seitens des Bürgerwehr-Kommandos der Vorschlag gemacht und genehmigt worden, die Thorwege mit eisernen Gittern zu versehen. Das Einhängen derselben sollte am 14. vor sich gehen. Als sich das Gerücht hiervon verbreitete, strömte der Pöbel schaarenweise nach dem Schlosse, drang, durch die Straßenredner aufgehetzt, in dasselbe ein und hob die eben eingesetzten Gitter wieder aus. Eines derselben wurde in die Spree geworfen, die übrigen trug man nach der Universität.

Die Bürgerwehr griff nicht ein. „Leider hatte das 5. Bataillon," sagt Rimpler, diese Passivität motivirend,*) „nur den Befehl erhalten, sich bereit zu halten, zwischen solcher Bereithaltung und dem wirklichen Zusammentreten verging aber bei der Bürgerwehr immer gut eine Stunde Zeit; dies wär denn auch der Grund, weshalb das 5. Bataillon zu spät kam, um den Unfug zu verhindern." Warum aber griff denn, was ja doch recht eigentlich der ganze Zweck ihrer Existenz war, fragen wir, die von der Bürgerwehr besetzte Schloßwache nicht ein?

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 37.

Digitized by Google

Dieser Akt war gewissermaßen das Vorspiel zu der eigentlichen Tragödie dieses verhängnißvollen Tages — dem Zeughaussturme.

Um 1 Uhr hatten obdachlose Arbeiter, welche einen sogenannten „Elendszug" durch die Stadt beabsichtigten, eine Deputation nach dem Zentralbüreau der Bürgerwehr entsendet, um dort die Erlaubniß zu demselben einzuholen, waren jedoch an die Polizei verwiesen worden, was sie zu der Drohung veranlaßte, ihr Vorhaben dennoch ausführen zu wollen. Demgegenüber und auf die Nachricht hin, daß fortwährend Zuzug von außerhalb einträfe, wurden fünf Bataillone Bürgerwehr in Bereitschaft gehalten. Gegen 3 Uhr sammelten sich Arbeiter auf dem Exerzierplatze im Thiergarten, rückten von dort aus gegen das Brandenburger Thor vor, wurden jedoch von der Bürgerwehr zurückgewiesen, wobei mehrere Wehrleute durch Steinwürfe Verletzungen erhielten. Auf die Meldung von diesem Zusammenstoße ließ das Bürgerwehr-Kommando weitere zwei Bataillone allarmiren. Zwischen 5 und 6 Uhr wurde das Kriegs-Ministerium von einem größeren Volkshaufen angegriffen, derselbe indeß von der Bürgerwehr zersprengt und die Ruhe wiederhergestellt. Ein Theil des von der Leipziger-Straße verjagten Pöbels eilte nun nach dem Zeughause, wo sich die Lage immer bedrohlicher gestaltete. Die dort zur Zeit verfügbaren Bürgerwehr-Abtheilungen mochten, da, wie Rimpler angiebt, „die Bataillone in sehr unzureichender Stärke erschienen wären",*) kaum eine Stärke von zusammen 300 Mann haben. Zudem waren sie in den engen Gassen höchst unvortheilhaft postirt. Die ungünstige Stellung der Bürgerwehr richtig erkennend, stachelten die Agitatoren das Volk immer von Neuem zum gewaltsamen Vordringen auf. Es wurde der Abzug des Militärs aus dem Zeughause verlangt, dieses Ansinnen jedoch von dem dort kommandirenden Bürgerwehr-Major Benda zurückgewiesen. In Folge dessen nahm der Mob eine drohende Haltung an. Er behauptete, die Bürgerwehr habe ihre Gewehre geladen und beabsichtige auf das Volk zu schießen. Dieser wurde zugemuthet, ihre Waffen von dem Volke untersuchen zu lassen und — solchem Ansinnen in der That entsprochen, ein Charakteristikum ohne Gleichen in der Geschichte aller jemals zum Waffentragen behufs Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Staate berufen gewesenen Körperschaften, mögen sie nun Heere, Armeen, Wehren, Milizen, Banden oder sonst wie geheißen haben. So unfaßbarer Schwäche gegenüber wuchs natürlich die Kühnheit des Pöbels zusehends. Der Volkshaufen drängte immer heftiger gegen die Bürgerwehr an, so daß gegen 7 Uhr beide sich Brust an Brust standen. Auf eine Kompagnie wurde eine förmliche Attake unternommen. Der Pöbel griff nach den Gewehren der Mannschaft, mißhandelte den Führer derselben. Eine andere Abtheilung wurde mit Steinen beworfen. Plötzlich fiel aus der Menge ein Schuß. Nun verlor die Bürgerwehr den letzten Rest ihrer Haltung. Einige Wehrleute verlangten das Kommando: „Feuer!", andere schossen, ohne dasselbe abzuwarten, eigenmächtig. Das

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 40.

Digitized by Google

Volk stob auseinander. Der Platz war im Nu wie abgefegt. Auf demselben blieben zwei Leichen liegen. Alsbald tauchten Studenten weiße Tücher in das Blut der Getödteten und schrieen: „Rache!" Man erstürmte und beraubte darauf mehrere Waffenhandlungen und plünderte, wie Rimpler meldet, die Theater-Garderoben. Ein angeblich am Kopf verwundetes Weib wurde auf einem Schubkarren die Linden entlang gefahren, einer der Erschossenen zur Schau über den Schloßplatz getragen. Der Pöbel, eine rothe Fahne voran, folgte und schrie: „Zu den Waffen! Es lebe die Republik!" Zur Vervollständigung der Szenerie begann man in einigen Straßen — mit dem Bau von Barrikaden.

In dem Augenblick, als beim Zeughause geschossen wurde, waren dort 15, allerdings sehr schwache, Bürgerwehr-Kompagnien verschiedener Bataillone aufgestellt, von welchen jede nach eigenem Gutdünken handelte. Um dieselbe Zeit erschien die Spitze des 15. Bürgerwehr-Bataillons, von der Oberwall-Straße herkommend, auf dem Platze. Aber nur die ersten Sektionen desselben setzten ihren Marsch fort, während der ganze übrige Theil Kehrt machte und unter dem Hurrah des seine Gefolgschaft bildenden Pöbels die Straße entlang zurückeilte. Der Versuch, das Bataillon in seiner Flucht aufzuhalten, mißlang.

In Veranlassung der Ereignisse am Zeughause hatte sich inzwischen im Zentralbüreau der Bürgerwehr eine Deputation eingefunden, welche strenge Untersuchung in Betreff der Veranlassung zum Feuern, sodann Zurückziehen des Militärs und Besetzung des Zeughauses durch Bürgerwehr verlangte. Diese Deputation wurde von dem interimistischen Kommandeur der letzteren, Major Bleffon — General v. Aschof hatte bereits am 2. Juni sein Kommando niedergelegt — mit einer schriftlichen Erklärung, daß er gegen die Entfernung des Militärs nichts einzuwenden finde und, die Besetzung durch Studenten und den Handwerker-Verein zu bewerkstelligen, bereit sei, an den Kriegs-Minister verwiesen. „Bald darnach," so berichtet Rimpler wörtlich,*) „erschienen andere Deputationen des Volkes, der Bürgerwehr, Studenten und des Handwerker-Vereins, welche Zurückziehen des Bataillons, welches geschossen hatte, vom Zeughause forderten. Besonders stürmisch zeigten sich die Deputirten des Handwerker-Vereins, welche die Wuth des Volkes als entsetzlich schilderten und fast flehentlich baten, die Bürgerwehr zurückzuziehen, da die Studenten und der Handwerker-Verein bereit und stark genug wären, das Zeughaus zu schirmen, nur müsse ihnen gestattet werden, sich im Innern desselben aufzustellen. Inzwischen war die erste Deputation zurückgekehrt und hatte den Bescheid gebracht, daß der Kriegs-Minister nicht darin willige, das Militär aus dem Zeughause herauszunehmen, jedoch gestatte, daß es sich in den oberen Raum zurückziehe, und der untere vom Handwerker-Verein besetzt werden könne. Obwohl dem Major Bleffon schon Tags zuvor aus sicherster Quelle gegen die Zuverlässigkeit des Handwerker-Vereins die ernstesten und dringendsten Befürchtungen mitgetheilt

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 43/44.

Digitized by Google

worden waren, obgleich derselbe gegen den ausdrücklichen Befehl, das Schloß zu besetzen, gehandelt und sich eigenmächtig nach dem Zeughaus begeben hatte, beorderte der Kommandeur dennoch einen Herrn seines Stabes, der Zeughausbesatzung die ministerielle Erlaubniß mitzutheilen und auf Grund derselben über den Einmarsch des Handwerker-Vereins ins Zeughaus zu verhandeln. Ebenso wurde der Befehl ertheilt, daß sämmtliche Bürgerwehr sich zurückziehen solle.*) Die Ordres wurden schriftlich ausgefertigt. Mit dem Militär im Zeughause wurde verabredet, daß, nachdem die Soldaten vollständig den unteren Raum verlassen und sich in die obere Etage zurückgezogen haben würden, das bisher verschlossene hintere Zeughausportal dem Handwerker-Verein werde geöffnet werden. Als dies geschehen, wurde ein 80 Mann starker Trupp des Handwerker-Vereins ins Zeughaus eingelassen und stellte sich auf dem Hofe desselben auf; einige Zivilpersonen waren ebenfalls mit ihm eingedrungen. Unterdeß hatte sich plötzlich ein Mann mit weißer Jacke und rother Mütze eingefunden, der gegen die Fensterkreuze schlug; und sowie die Bürgerwehr abgezogen, begann ein Steinhagel gegen das Fenster des Zeughauses. Dies war das Signal für das Volk, seine Thätigkeit zu beginnen. Es nahm die Rinnsteinbohlen auf und stieß damit das dem Finanz-Ministerium gegenüber liegende Thor des Zeughauses ein. Niemand leistete Widerstand oder versuchte das Eindringen ins Innere des Gebäudes zu verhindern, obwohl dicht dabei eine Chaine des Handwerker-Vereins stand, auch die Königswache noch von der Bürgerwehr besetzt war." Nachdem die Massen in die Räume eingedrungen waren, schlugen sie die dort befindlichen Kisten auf, schleppten das vorgefundene Blei fort und bemächtigten sich 1100 Stück der Gewehre neuester Konstruktion,**) welche bis dahin als strengstes Geheimniß bewahrt worden war. Sodann ging man an die obere Etage. Es wurden Feuerleitern herbeigeschleppt und an die Fenster angelegt. Da indeß das Erklettern derselben, geschweige denn ein Erstürmen der Treppen, keinen Erfolg verhieß, so lange die militärische Besatzung auf ihrem Posten blieb, versuchte man diese zum Abzuge zu veranlassen. Unerhörterweise mit Erfolg. Zivilpersonen, unter denen, nach Rimpler's Bericht, sich besonders der Premierlieutenant a. D. Techow und ein Dr. Eichler bemerkbar machten, wendeten Ueberredungskunst und Vorspiegelungen an. Dem kommandirenden Offizier wurde gesagt, „er rette, wenn er mit seiner Mannschaft abziehe, den Thron. Es sei aus in Berlin mit der Regierung; alle Truppen hätten Berlin bereits verlassen; er sei der Letzte mit seiner Kompagnie; der König habe bereits Potsdam verlassen u. dgl. m." Der obere Raum wurde schmachvollerweise preisgegeben. Die Menge drang

*) Der Kommissar des Kriegs-Ministeriums, Oberstlieutenant v. Griesheim, charakterisirt diesen verhängnißvollen Befehl sehr treffend mit folgenden Worten: „Die Bürgerwehr, die an eine blutige Pflichterfüllung nur mit Widerwillen ging, verließ nach und nach den Kampfplatz und zog sich in Folge dieser Begebenheit aus der Umgegend des Zeughauses zurück." (Vergl. Stenogr. Bericht, 18. Sitzung, am 17. 6. 1848, S. 233.)

**) Zündnadel-Gewehre.

Digitized by Google

ein, und es entstand nun auch dort eine grauenvolle Szene der Plünderung, des Diebstahls und der schamlosesten Vernichtung. „Die schönsten neuen Gewehre," so lautet der Bericht des Regierungs-Kommissars in der Kammer selbst,*) „mehrere Tausend, wurden geraubt, die werthvollen alten Waffen, und wunderbar vorzugsweise die mit Silber beschlagenen und mit kunstvollen Elfenbeinarbeiten verzierten, wurden gestohlen, die schönen Modelle der hiesigen und fremden Artillerie, in kurzer Zeit gar nicht wiederherstellbar, wurden zertrümmert, zertreten und heruntergeworfen. Die mit preußischem Blut eroberten feindlichen Fahnen wurden theilweise von den Wänden gerissen, zerbrochen und zertreten.

Nur etwa 25 Minuten ist diese Zerstörungs- und Plünderungswuth thätig gewesen; aber, meine Herren! dieses Schaumspritzen der aufgeregten Wellen kostete dem Staate 50000 Thlr., der Armee die Bewaffnung mehrerer Bataillone.

Ein großer Theil derselben Waffen, welche aus dem Zeughause genommen sind, ist noch in derselben Nacht für einen Spottpreis verkauft worden. Für wenige Groschen hat man in allen Straßen Waffen kaufen können, sie waren ein Handelsartikel geworden. Es war also nicht, wie man behaupten möchte, das Streben nach Wehrbarkeit, das Streben sich Vertheidigungswaffen in die Hand zu bringen, was hier den Angriff auf das Zeughaus hervorgerufen hat, bei dem großen Haufen wenigstens ist es gewiß nicht der Grund der Handlung gewesen."

Welche Gründe den raubgierigen, zerstörungswüthigen Pöbel zu diesem Unternehmen, dem Glanzpunkte der „sieg- und glorreichen" Revolution, veranlaßt haben mochten, kann füglich dahin gestellt bleiben. Aber das ist zu konstatiren, die Schuld an jenem schmachvollen Ereigniß trägt Niemand anders, als die Demokratie, d. h. deren ochlokratische Wortführerschaft, namentlich die in der Kammer den Ton angebende. Sie, die Verführer und Verhetzer des Volkes, die Vorbilder und Lehrmeister des Pöbels, sie waren die Urheber des Zeughaussturms, dieses unauslöschlichen Schandflecks in der Geschichte unseres Vaterlandes.

Das Auftreten der Bürgerwehr am 14. Juni 1848 bedarf keiner Kritik. Es richtet sich von selbst. Nachzutragen bleibt — der geschichtlichen Vollständigkeit wegen — daß etwa ½ Stunde nach dem Verlassen des Zeughauses von Seiten der militärischen Besatzung ein inzwischen requirirtes Bataillon des 24. Infanterie-Regiments beim Zeughause auf dem Platze erschien. Eine Kompagnie desselben genügte, die noch in der Plünderung begriffene Menge auseinander zu sprengen.

Eine ebenso drastische, wie charakteristische Illustration erfahren übrigens die Leistungen der Bürgerwehr beim Zeughaussturme und deren Werth für die öffentliche Sicherheit im Allgemeinen durch die Verhandlungen der National-Versammlung selbst am nächstfolgenden Tage, dem 15. Juni, und zwar theils durch die seitens der Bürgerwehr-Kommandos geübte Selbstkritik,

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 18 Sitzung, am 17. 6. 1848, S. 233.

Digitized by Google

theils durch die Beschlüsse der Kammer in Betreff des ihr von dem Institute zu gewährenden Schutzes.

Der Präsident der National-Versammlung hatte sich nämlich in Folge der bekannten Vorfälle veranlaßt gesehen, im Interesse der freien Berathung folgendes Schreiben an das interimistische Kommando der Bürgerwehr zu richten:

> Das interimistische Kommando der Bürgerwehr ersuche ich ergebenst, mir sofort anzuzeigen, was für Maßregeln Wohldasselbe getroffen hat, um ausreichenden Schutz für die heutige Sitzung der National-Versammlung derselben zu gewähren.
> Berlin, den 15. Juni 1848.
>
> Der Präsident der National-Versammlung.
> Milde.

und darauf folgende Marginalantwort erhalten:

> Nach der Lage der Dinge bin ich nicht im Stande,*) irgend eine Garantie zu übernehmen. Zwar ist Mannschaft bestellt, ob sie aber erscheinen wird, weiß ich nicht,**) noch weniger, ob sie ihrer Pflicht genügt nach den Erfahrungen von gestern.
> Berlin, den 15. Juni 1848.
>
> Bleſſon.

Eine halbe Stunde später lief ein zweites Schreiben nachstehenden Inhalts ein:

> Euer Hochwohlgeboren zeige ich hierdurch gehorsamst an, daß sich soeben das vierte, fünfte und siebente Bataillon der Bürgerwehr freiwillig zur Besetzung des Ständehauses gemeldet haben, und glaube ich, daß auf dieselben gerechnet werden kann.
> Berlin, den 15. Juni 1848.
>
> Das interimistische Kommando der Bürgerwehr.
> Bleſſon.

Diesen beiden Erklärungen gegenüber brachte der Abgeordnete Uhlich folgenden Antrag ein:

> Die hohe Versammlung wolle erklären, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle.

Dieser Antrag erhielt die Majorität, „wodurch", wie Rimpler sagt,***) „die Bürgerwehr verhindert wurde, unmittelbar das Ständehaus zu besetzen, ein Nachtheil, der sich späterhin sehr unglücklich herausstellte."

---

*) Der Stenogr. Bericht verzeichnet hier: (Gelächter.)
**) Der Stenogr. Bericht verzeichnet hier: (Heiterkeit.)
***) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 46.

Digitized by Google

Es ist schwer zu entscheiden, wessen Naivetät die größere, die der „hohen" Versammlung oder die des „Generalissimus ad interim" der Bürgerwehr. Der Antragsteller Uhlich ist schon eher begreiflich. Er fühlte sich so eins mit dem Pöbel, daß er die zu jener Zeit immerhin noch recht zahlreich vorhandenen, wenn auch militärisch meist unfähigen, so doch persönlich zuverlässigen, jedenfalls vom besten Willen beseelten Elemente der Bürgerwehr als ein fatales Hinderniß im Kontakt zwischen der National-Versammlung und der Straße ansah und das Dazwischentreten irgend eines anderen, anständigen Faktors daher vermieden wissen wollte. Die Kränkung, welche der Bürgerwehr durch das Kammervotum widerfuhr, wirkte indeß keineswegs abstoßend, sondern im Gegentheil — wozu ist verschmähte Liebe nicht fähig — anziehend. Sie gab der Bürgerwehr die Anregung, den demagogischen Lehren der Tribunen mit Andacht zu lauschen, sie begierig in sich aufzunehmen und mit Eifer aus der Theorie in die Praxis zu übertragen, sich der Ehre, die National-Versammlung beschützen zu dürfen, dadurch, daß sie geistig in ihr aufging, würdig zu machen.

Von Seiten der Regierung wurden in Folge der Ereignisse des 14. Juni besondere Maßregeln zum Schutze des Eigenthums und für die Sicherheit der National-Versammlung ergriffen bezw. eingeleitet, von denen der Minister-Präsident Camphausen der letzteren in der Sitzung des 15. Juni in Folgendem Kenntniß gab:*)

> Nach den Mittheilungen, die mir gemacht sind, und die bereits theilweise ihren Ausdruck in dem zweiten der soeben verlesenen Schreiben finden, muß ich annehmen, daß ein großer Theil der Bürgerwehr nicht geneigt sein würde, den ersten Brief zu unterzeichnen. Allerdings haben aber die gestrigen Ereignisse die augenblickliche Unzulänglichkeit der Schutzmittel für das öffentliche Eigenthum und für die Sicherheit der National-Versammlung dargethan. Die Regierung hat zu dem Ende die drei folgenden Maßregeln ergriffen resp. eingeleitet. Die Landwehr der drei Berliner Bataillone ist einberufen und wird noch heute zusammentreten, um in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zum Schutze der Stadt verwendet zu werden. Berliner werden hiernach mit Berlinern dem Gesetze Schutz zu verschaffen haben. Zweitens haben die gestrigen Begebenheiten die großen Mängel in der Organisation und der Führung der Bürgerwehr, die ohnehin in dem gegenwärtigen Augenblicke ohne Ober-Kommando ist, sowie die Nothwendigkeit, zu einer Reorganisation derselben zu schreiten, dargethan. Diese Reorganisation wird im Einvernehmen mit den städtischen Behörden und den Majors und Hauptleuten der Bürgerwehr eingeleitet, und es wird zu dem Ende sofort für die Ernennung eines interimistischen Kommandeurs gesorgt werden. Endlich hat das Ministerium dem Magistrate bereits mitgetheilt, daß es im Begriff stehe, eine kräftige, zum Schutz der Stadt geeignete Schutzwehr**) zu errichten, womit zugleich der Zweck erreicht werden soll, die Bürgerwehr von ihren schweren und lästigen Verpflichtungen der Handhabung der städtischen Polizei zu befreien. —

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 16. Sitzung, am 15. 6. 1848, S. 211.

**) Die jetzige Schutzmannschaft, damals gewöhnlich Konstabler genannt.

Digitized by Google

Gleich nach Erstürmung des Zeughauses hatten auch die Kommunalbehörden beim Kriegs-Ministerium den Antrag gestellt, „Militär in die Nähe der Stadt zu ziehen." Dieses Gesuch wurde genehmigt, den Bittstellern jedoch gleichzeitig eröffnet, daß ein Theil der Truppen in die Stadt selbst einrücken würde, und hiervon dem Publikum im Laufe des 6. Juli durch Maueranschlag Kenntniß gegeben. Von der bisherigen, durch Nichts gerechtfertigten Gepflogenheit, die Bürgerwehr in ähnlichen Fällen vorher zu befragen oder doch von dem Einrücken des Militärs amtlich Kenntniß zu geben, war dieses Mal Abstand genommen worden, was, wie Rimpler sagt, „einige Aufregung und böses Blut" hervorgerufen hatte. Am 7. Juli Morgens nun — dem Tage, an welchem das 12. Infanterie-Regiment eintreffen sollte — sammelte sich in der Alexander-Kaserne Bürgerwehr und sprach in erregter Weise die Absicht aus, sich dem Einmarsch der Truppen widersetzen zu wollen. Ein Hornist blies sogar eigenmächtig Allarm. Dem persönlichen Eingreifen des neu ernannten Kommandeurs der Bürgerwehr, Majors Rimpler, gelang es zwar, weiteren Exzessen der durch Agitatoren aufgehetzten, meist angetrunkenen Bürgerwehrleute für den Augenblick vorzubeugen, dieselben wiederholten sich indeß beim Einmarsch der Truppen. Gelegentlich desselben wurde sogar der General v. Aschof von einem Bürgerwehrmanne insultirt und das Beziehen der Kaserne dadurch verzögert, daß die Ruhestörer die Thore verschlossen hielten. Gegen Abend wuchs der Zudrang des Pöbels. Der Thorweg wurde mit Steinen beworfen, so daß die Landwehr und ein Bataillon Bürgerwehr einschreiten mußten. —

Bald warf sich der Skandal auf ein neues Gebiet. Die Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt an Stelle des aufgelösten Bundestages hatte dem Reichs-Kriegsminister zu der Aufforderung an die Kriegs-Minister der Einzelstaaten Veranlassung gegeben, auf Sonntag den 6. August in ihren sämmtlichen Garnisonen Paraden anzuordnen, bei welchen die Truppen dem zum Reichsverweser erwählten Erzherzog Johann von Oesterreich öffentliche Huldigungen darbringen sollten. Das Wort „Huldigung" rief in den maßgebenden Kreisen des preußischen Volkes allgemeine Entrüstung hervor. An der Börse in Berlin riß man sogar die deutschen Kokarden herunter und steckte die preußischen wieder an. Auch die bisher noch hin und wieder sichtbaren Trikoloren verschwanden.

Gegen Ende Juli veröffentlichte der Oberst v. Griesheim vom Kriegs-Ministerium seine Schrift „Die Deutsche Centralgewalt und die Preußische Armee," in welcher er nachzuweisen suchte, daß der von dem Verfassungsausschuß der Frankfurter National-Versammlung ausgearbeitete Entwurf über die Reichsgewalt die preußischen Armee als solche vernichte. Das Erscheinen dieser Schrift trug viel dazu bei, das alte preußische Nationalgefühl wieder wach zu rufen. Zahlreiche Angehörige der Armee — Offiziere, Unteroffiziere wie Soldaten — verliehen dem äußerlich dadurch Ausdruck, daß dieselben, sobald sie außerdienstlich auftraten, die deutschen Kokarden

Digitized by Google

nicht trugen. Das gab den demokratischen Hetzern willkommene Gelegenheit zur Reaktion. Der Pöbel wurde dahin instruirt, wohl deutsche Farben allein, niemals aber die preußischen ohne die deutschen zu dulden. Zuwiderhandeln gegen dieses Gebot des souveränen Volkswillens genügte, die preußischen Hoheitszeichen herabzureißen und zu beschimpfen. Besonders glorreich und der Verewigung in den Büchern der Geschichte werth dürfte die Thatsache sein, daß die preußische Demokratie in ihren Reihen Elemente zählte, welche es als ihre patriotische Pflicht ansahen — Kadetten die preußischen Kokarden abzureißen und in den Koth zu treten.

Am 28. Juli erschien die Mannschaft des 24. Infanterie-Regiments nicht nur ohne deutsche Kokarden, sondern hatte ihre Kaserne am Oranienburger-Thor auch mit einer preußischen Fahne geschmückt. Das rief einen Auflauf der Borsig'schen Arbeiter hervor, welcher erst beseitigt wurde, als man die Fahne wieder einzog. Am 29. Juli wiederholten sich ähnliche Zusammenrottungen an mehreren Punkten der Stadt, namentlich aber vor Kasernen. Demzufolge soll, wie Rimpler wissen will,*) der Kommandant von Berlin, Generalmajor v. Thümen, an sämmtliche Truppen die Weisung erlassen haben, „sich aller Demonstrationen, mithin auch des Aussteckens preußischer Fahnen, zu enthalten." Die damals unter den Linden belegene Artillerie- und Ingenieur-Schule hatte diesen Befehl nicht erhalten und deshalb am 29. Abends dennoch eine preußische Fahne ausgesteckt, was zu einer Zusammenrottung führte. Da dem Verlangen, die Fahne einzuziehen, nicht sofort entsprochen wurde, warf das „Volk" die Fenstern ein. —

Am 1. August wurde Soldaten des in Charlottenburg kantonnirenden 2. Garde-Regiments ohne jegliche weitere Veranlassung von Studenten, welche singend und lärmend mit einer großen deutschen Fahne durch die Stadt zogen, zugerufen: „Ihr Bluthunde! Euch werden wir schon kriegen!" Das gab Veranlassung zu einer Prügelei. Daraufhin erschienen am nächsten Tage größere Massen von Studenten und anderen jungen Leuten in Charlottenburg, um dort zu provoziren. In Berlin rief die Zurückkunft dieser Exzedenten gegen Abend Zusammenrottungen hervor und veranlaßte endlich eine Deputation an den Kriegs-Minister, welche diesen aufforderte, das 2. Garde-Regiment von Charlottenburg zu verlegen, eine Demonstration, welche, wie stets, unter Massenbetheiligung des Pöbels inszenirt wurde. Kleinere Tumulte fanden an diesem Tage am Kreuzberge statt, wo der berüchtigte Linden-Müller, ein bankerotter Kaufmann Namens Müller, der Leithammel des gewissermaßen als fliegendes Korps des Krawalls thätigen Linden-Klubs, die Spitze des National-Denkmals roth anstreichen lassen wollte.

Bei allen diesen Gelegenheiten schritt die Bürgerwehr mit mehr oder weniger Erfolg ein, gewöhnlich aber erst dann, wenn die Exzesse einen gewissen Höhepunkt erreicht hatten.

---

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 50.

Digitized by Google

Mitte August war in Charlottenburg ein demokratischer Klub begründet worden, dessen Tendenzen ein großer Theil der dortigen Einwohnerschaft mißbilligte. Als sich dieser Klub am 20. August versammelte, wurden dessen Mitglieder von einem etwa 100 Mann zählenden Volkshaufen überfallen und in brutaler Weise — also ganz nach demokratischem Muster — mißhandelt. Eigenthümlicher Weise gebehrdeten sich die Demokraten, da nun auch einmal der Spieß umgedreht, d. h. die Brutalitäten nicht, wie gewöhnlich, von ihnen, sondern gegen sie verübt worden waren, als handle es sich mindestens um eine crimen laesae majestatis. Sie, welche den König persönlich beleidigt, das Privathaus des Thronfolgers zu demoliren versucht, ja für National-Eigenthum erklärt, Volksvertreter anderer politischen Richtung, Minister und Regierungs-Kommissare beschimpft, gemißhandelt, an Leib und Leben bedroht hatten, schrieen nun Zeter. Nichts Minderes sei der Charlottenburger Vorfall, als die Inaugurirung eines Staatsstreichs der freiheitsmörderischen Regierung, eine Vergewaltigung des souveränen Volkes, nichts Anderes erübrige dem gegenüber, als allgemeine, mannhafte Erhebung — Revolution! Als ob man sich nicht mitten in derselben befunden hätte!

Im Verlaufe des nächsten Tages erschien demzufolge ein großes Plakat, welches mit den Worten schloß:

> Mitbürger! Werdet Ihr endlich Eure Augen aufthun? Werdet Ihr endlich einsehen, daß eine Verschwörung gegen Eure Freiheit besteht, welche in teuflischer Eigensucht Euch schwächen, demüthigen und Alles, was Ihr errungen, Euch entreißen will? Wird endlich Eure Ehre Euch sagen, daß Ihr in Kurzem allen freien Völkern verächtlich sein werdet, wenn Ihr Euch nicht Eurer Thatkraft erinnert? Werdet Ihr endlich Euch besinnen und wissen, welches Mittel allein Euch gegen Gewalt geschützt hat?
>
> Wo ist zu heilen? Wer ist zur Rechenschaft zu ziehen? Nicht blos an einem einzelnen Punkte ist einzuschreiten, nicht blos einzelne untergeordnete Frevler sind zu bestrafen, nicht auf Gerichte ist zu vertrauen, nicht auf Behörden, die mit den Feinden alles Edlen in Verbindung stehen und uns mit Hohn abweisen. Nein, das Uebel ist an seiner Wurzel anzugreifen, und die Unfähigen oder Böswilligen, welche sich nur deshalb an unsere Spitze stellen, um uns des Namens Mensch unwürdig zu machen — sie, sie sind ihrer ehrlos angewendeten Macht zu berauben.

Schon am Morgen des 21. August fand vor dem Hotel des Handels-Ministers ein Auflauf statt. Die Absicht des Pöbels, gewaltsam in dasselbe einzudringen, wurde indeß von der Schutzmannschaft vereitelt. Für den Abend war eine Volksversammlung vor das Opernhaus berufen worden. Die dort von der großen Treppe herab sprechenden Agitatoren, unter denen sich Edgar Bauer und Dowiat befunden haben sollen, klagten über die Charlottenburger Rohheiten, über die Schutzmannschaft und über die vielen politischen Denunziationen und Verurtheilungen. Da sie ungestört ihr Wesen treiben durften, wirkten die Hetzereien um so nachdrücklicher. Endlich schritt man zur eigentlichen Paroleausgabe: Die Minister sollten zur Niederlegung ihrer Aemter gezwungen werden. Der ganze Skandal, welcher

Digitized by Google

sich nunmehr abspielte, war vorher systematisch in Szene gesetzt worden. „Bereits am Nachmittage des gestrigen Tages," so berichtet der Minister Kühlwetter am 22. August wörtlich in der Kammer, „wurde mir eine Mittheilung gemacht, daß in einem mir bestimmt bezeichneten Hause*) ein Beschluß gefaßt sei, am Abend einen Tumult zu erregen."

Vom Opernplatz zog der Haufen vor das Ministerium des Innern. Eine Deputation verlangte Einlaß. Als dieser nicht gewährt wurde, begann man gewaltsam gegen das Haus anzustürmen. Steine wurden gegen die Thüren geschleudert und diese endlich mit, aus der die Linden-Promenade einfriedigenden Barriere ausgebrochenen, eisernen Stäben gesprengt. Die Mittheilung, daß der Minister nicht anwesend sei, genügte der würdigen Repräsentation des souveränen Volkes nicht. Man zertrümmerte die Fenster. Einzelne Tumultanten drangen in die Zimmer ein, um ihr Opfer zu suchen. Als man dasselbe nicht fand — Minister Kühlwetter hatte sich bereits in eine beim Minister-Präsidenten stattfindende Abendgesellschaft begeben — zog der Pöbel weiter zum Justiz-Ministerium. Dort wurden neue Zerstörungen vorgenommen. Den Justiz-Minister, welcher sich ebenfalls auf dem Wege zu dem ihm gegenüber wohnenden Minister-Präsidenten befand, verfolgten die Tumultanten, hielten ihn an und stellten ihm das Ansinnen, sämmtliche politische Verbrecher zu amnestiren. Indem er dasselbe als ein ungesetzliches zurückwies, dessen Erfüllung außer seiner Befugniß liege, traten einzelne Schreier vor ihn hin und verlangten, er und das gesammte Ministerium möge, weil es das Vertrauen des Volkes nicht besäße, abtreten. Als der Minister hierauf erwiderte, „er könne in diesen Forderungen nicht den Ausdruck des Volkswillens erkennen, sondern solchen nur in der Majorität der National-Versammlung finden," schritt der Mob zum Angriff auf das Hotel des Minister-Präsidenten. Hier waren das diplomatische Korps, hohe Beamte und andere Notabilitäten, hervorragende Kammer-Mitglieder ꝛc. zu einer Festlichkeit versammelt. Die Rampen vor dem Hotel wurden zerstört, die Geländer zerbrochen, die Thüren eingeschlagen und die eisernen Laternenpfähle umgeknickt. Dann rissen die Unholde das Pflaster auf und zündeten das der Rohrleitung entströmende Gas an, so daß die Flammen hoch zum Himmel emporloderten. Ein Hagel von Steinen flog durch die Fenster in die erleuchteten Gemächer. Die Gäste des Ministers, Herren und Damen, flüchteten in den Garten, um von dort das Weite zu gewinnen. Nur dem energischen Einschreiten von etwa 20 Schutzleuten, welche bei ihrem Erscheinen auf der Rampe ebenfalls mit Steinwürfen empfangen wurden, gelang es, die vandalische Bande vom Eindringen in das Haus zurückzuhalten, die fremden Gesandten vor Mißhandlungen zu schützen. Immerhin fanden dieselben Gelegenheit, sich durch den Augenschein zu überzeugen, was die Berliner Demokratie unter konstitutionellen Freiheiten verstand.

*) Es dürfte Hotel de Russie, das Stammlokal des demokratischen Klubs, gemeint sein, resp. das Kaffeehaus von Meding.



Digitized by Google

Die Bürgerwehr erschien erst, als die Exzesse zum größten Theil verübt waren. An demselben Abend fand nämlich bei Kroll, in Veranlassung der Kommandeurwahl, eine Festlichkeit statt, an welcher sich zahlreiche Bürgerwehrleute betheiligten und bei welcher selbstverständlich der neue Kommandeur, Major Rimpler, zugegen war. „Es ist nicht unwahrscheinlich", sagt er selbst, „daß sich die Unruhstifter absichtlich diesen Tag zur Ausführung ihrer Absichten gewählt hatten."

Daß zur Verherrlichung des Tages auch Barrikaden errichtet wurden, bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Das war seit den Märztagen eine Bedingung, ohne welche nicht. Als neues Moment im Auftreten der Bürgerwehr verdient aber die Thatsache Erwähnung, daß an diesem Tage eine Kompagnie derselben (Maschinenbauarbeiter) auf im Dienst befindliche Schutzleute schoß. In Folge dieses Exzesses gegen die Schutzmannschaft — so theilt Rimpler mit — wurde eine Untersuchung eingeleitet und die betreffende Kompagnie so lange vom Dienst suspendirt, bis den Theilnehmern und Aufwieglern die Gewehre abgenommen und sie aus der Bürgerwehr entfernt waren. Ob und wie ein derartiges schweres Vergehen, ja Verbrechen, sonst gesühnt worden ist, darüber verlautet indeß in den Annalen der Bürgerwehr nichts. —

Auf Grund eines am 31. Juli zu Schweidnitz stattgehabten Konflikts zwischen Truppen und Bürgerwehr, bei welchem mehrere Zivilpersonen getödtet worden waren, stellte der Abgeordnete Stein, der Hauptrepräsentant des schlesischen Radikalismus oder, besser gesagt, Republikanismus, am 9. August in der National-Versammlung folgenden Antrag:

> Der Herr Kriegs-Minister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Zivil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen,

zu welchem der Abgeordnete Schulz (Wanzleben) nachstehendes Amendement einbrachte:

> und es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Ueberzeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten.

Ersterer wurde mit bedeutender, letzteres mit der Majorität von einer Stimme (180 gegen 179) angenommen. Auf dieses Ansinnen war der National-Versammlung von Seiten des Staats-Ministeriums am 2. September folgende Antwort ertheilt worden:

> Ew. Hochwohlgeboren haben uns mit dem geehrten Schreiben vom 11. v. Mts. die von der National-Versammlung am 9. v. Mts. in Bezug auf die Schweidnitzer Ereignisse gefaßten Beschlüsse mitgetheilt, um diesen Beschlüssen gemäß das Erforderliche zu veranlassen.

Digitized by Google

Wir bemerken hierauf zunächst, daß die Entfernung derjenigen Truppentheile aus Schweidnitz, welche bei den erwähnten traurigen Ereignissen betheiligt gewesen, bereits erfolgt ist.

In diesem Punkte ist also dem Wunsche der National-Versammlung Genüge geschehen.

Was den ferneren Beschluß betrifft, wonach der unterzeichnete Kriegs-Minister sich in einem Erlasse an die Armee dahin aussprechen soll:

> Daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Zivil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen mögen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen,

und wonach es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Ueberzeugungen dies nicht vereinbar sei, zur Ehrenpflicht gemacht werden soll, aus der Armee auszutreten, so bemerken wir darüber Folgendes:

Der unterzeichnete Kriegs-Minister hat während seiner Amtsführung im Bereiche seiner Verwaltung antikonstitutionelle Tendenzen niemals aufkommen lassen. Die Armee hat sich auch bis jetzt von ihrer Pflicht in irgend einer Richtung nicht abwendig machen lassen, sie hat dieselbe bei vielen Gelegenheiten glänzend bewährt. Sind Ausnahmen vorgekommen, so sind sie, sobald das Kriegs-Ministerium davon Kenntniß erhalten, ungesäumt untersucht, gebührend gerügt und beseitigt worden. Ebenso sind die Befehlshaber der Armee durch geeignete Erlasse auf ihre in der jetzigen Zeit doppelt ernste Pflicht aufmerksam gemacht worden, auch ihrerseits mit Entschiedenheit jedem Bestreben entgegenzutreten, durch welches, sei es im reaktionären oder republikanischen Sinne, das Prinzip der konstitutionellen Freiheit beeinträchtigt werden könnte, welches fortan die Grundlage unseres Staates bildet und dessen Durchführung das Staats-Ministerium mit aller Entschiedenheit zu schützen verpflichtet und entschlossen ist. In der vorstehend angegebenen Weise wird der unterzeichnete Kriegs-Minister auch ferner bei vorkommender Veranlassung belehrend, rügend und, wo es sein muß, mit strenger Ahndung einschreiten. Gewissen und Ehre werden ihn dabei ferner, wie bisher, leiten, und er darf mit Zuversicht hoffen, daß sein Wirken nicht ohne den Erfolg bleiben wird, den die hohe Versammlung der Vertreter unseres Volkes mit Recht gesichert zu sehen wünscht. Dagegen würde, nach unserer Ansicht, dieser Erfolg durch einen allgemeinen Erlaß, wie er nach dem Wunsche der Versammlung ergehen soll, nicht erreicht werden.

Allgemeine Erlasse, wie dieser, sind nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung nicht entsprechend dem Geiste und dem Wesen einer Armee. Sie sind geeignet, an die Stelle des vertrauensvollen Gehorsams, womit der Offizier und Soldat — jeder auf seinem Standpunkte — den Befehl seines Oberen auszuführen hat, den Geist des Mißtrauens zu setzen, welcher Disziplin und Ordnung und den ganzen Werth der Armee mit der Zeit untergraben würde. Wir glauben daher, daß ein solcher Erlaß an die Armee von verderblichen Folgen sein werde, und halten es für nothwendig, daß dem Kriegs-Minister, in Rücksicht auf die schwere persönliche Verantwortlichkeit, welche er, wie



Digitized by Google

jedes Mitglied des Staats-Ministeriums, für seine Amtshandlungen übernommen hat, die Wahl der Mittel, um den von der National-Versammlung erstrebten Zweck zu erreichen, überlassen bleibe, indem derselbe nur so im Stande ist, mit Erfolg auf das Resultat hinzuwirken, welches er mit der National-Versammlung als das Ziel seines Strebens anerkennt und dessen Erreichung er mit aller Energie zu sichern aufrichtig entschlossen ist.

Berlin, den 2. September 1848.

Das Staats-Ministerium.

von Auerswald. Hansemann. von Schreckenstein. Milde. Märcker. Gierke. Kühlwetter.

An den Präsidenten der National-Versammlung
Herrn Grabow, Hochwohlgeboren.

Dieser ablehnenden Antwort gegenüber stellte Stein am 4. September, als die Angelegenheit in der Kammer wieder zur Sprache kam, folgenden dringlichen Antrag:

Die National-Versammlung wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des hohen Staats-Ministeriums sei, denjenigen Erlaß, welchen die National-Versammlung am 9. August in der 37. Sitzung beschlossen hat, ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und zur Erhaltung des Vertrauens, wie zur Vermeidung eines Bruches mit der National-Versammlung ergehen zu lassen.

Im Ausfluß der den Demokraten aller Zeiten und aller Nüancen eigenthümlichen „eigenthümlichen" Gesinnungstüchtigkeit, welche den Abgeordneten Stein, Dr. philologiae und Oberlehrer einer höheren Bürgerschule, nicht verhindert hatte, sein agitatorisches Auftreten bei Gelegenheit eines Schifffahrtsfestes der Gesellschaft „Lätitia" zu Breslau im Jahre 1843, zu dem er sich, wie ein Zeitgenosse sagt, als „politischer Redner und Aufwiegler" gedrängt hatte,*) um daraus wo möglich ein Hambacher Fest zu bereiten, in einem dienstlich mit ihm aufgenommenen Protokoll zu bereuen und zu versprechen, daß er sich künftighin ähnlicher Ausschreitungen enthalten werde, bekannte er bei Gelegenheit seines berüchtigten Antrages in anerkennenswerther Weise Farbe. Ganz unumwunden, frank und frei, spricht er es aus — den noch gültigen Paragraphen des demokratischen Programms stabilirend — daß der Zweck seines Antrags kein anderer, als der: den demokratischen Geist, welcher ihn und seines Gleichen beseele, auf die Armee zu übertragen.**)

---

*) Vergl. Rückblicke ꝛc., a. a. O., S. 31. ꝛc.

**) Der Passus der betreffenden Stein'schen Rede lautet wörtlich: „ . . . . denn, wenn die Offiziere ganz und gar mit dem neuen Geiste der Zeit einverstanden sind, dann wird es auch das gesammte Militär sein . . . ."

Waldeck drückt diesen Gedanken etwas anders aus, in dem er sagt: „ . . . diese Scheidung, diese ganz aristokratische Scheidung zwischen Offizier und Soldat, zwischen Offizier

Digitized by Google

Trotz Aufgebotes aller Mittel gelang es indeß nicht, den Antrag am 4. September zur Erledigung zu bringen.*) Die Entscheidung über denselben wurde auf Vorschlag Unruh's (mit 184 gegen 168 Stimmen) bis zum 7. vertagt. An diesem Tage erfolgte jedoch die Annahme mit 219 gegen 143 Stimmen.

---

und Bürger muß gänzlich aufhören; sie kann nicht bestehen. Das ist eine der tiefsten Ursachen, warum das Militär gegen die Bürgerwehr einschreitet, wie hier in trauriger Weise geschehen ist, als wären sie ganz verschiedene Menschen, während sie Bürger Eines Staats sind. Es mag zweifelhaft sein, ob Feuer kommandirt worden ist, obwohl ich nicht begreifen kann, daß 102 Schüsse fallen ohne Kommando. Aber das Ganze dieses Schießens betrachte ich als nichts Anderes, als eine Fortsetzung des alten Militärgeistes, der vertilgt werden muß." — (Vergl. Stenogr. Bericht, 37. Sitzung, am 9. August 1848.)

*) Einer der entschiedensten Gegner des Stein'schen Antrages war Peter Reichensperger. Derselbe sagte am 4. u. A.: „ . . . Ich will nur des Abscheues und des Unwillens gedenken, den einmal ein weit geringfügigeres Reskript von Kamptz und Eichhorn im ganzen Lande hervorgerufen hat. Wenn Sie jenen Vorgängen folgen, ja sie überbieten wollen, so kommen sie dahin, eine Gewissens-Inquisition im Lande hervorzurufen, vor welcher die wahre Freiheit zurückschrecken wird.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß wir deshalb einen sehr gefährlichen Weg zu betreten im Begriffe sind, weil wir gegen die Armee einen Schritt thun würden, vor dem selbst der französische National-Konvent von 1793 zurückgeschreckt ist. Das französische Revolutionsheer, welches die ehrenreichsten Schlachten geschlagen, bestand nicht aus Männern der Republik allein. Sie wissen, daß jene Armee das Asyl aller politischen Meinungen des ganzen Landes war. Aus unserer Armee sollen wir dagegen alle diejenigen Männer verbannen, welche eben nicht ganz mit dem heutigen Systeme oder, wenn Sie wollen, mit dem Willen der Nation sympathisiren! Sie werden übrigens hiermit auch gar kein Resultat erreichen, Sie werden das nicht erlangen können, was Sie wollen; es müßte denn sein, daß Sie zugleich das Gesetz der Verdächtigen, jene monstruöseste Erfindung des Konvents, nachahmen, welches alle diejenigen dem Strafgesetze unterwarf, welche eben verdächtig seien," worauf Waldeck u. A. Folgendes entgegnete: „ . . . An und für sich ist die Frage so einfach, wie bis jetzt nur irgend eine der hohen Versammlung vorlag. Es handelt sich darum, einen Beschluß der Versammlung aufrecht zu erhalten, einen Beschluß, der ihr diktirt war durch 22 blutige Leichen, die sich vor ihr erheben; durch diese Leichen, durch den Eindruck des abscheulichen Systems, dessen Folgen sich so manifestirten, fand sie sich veranlaßt, ein klein wenig, eine geringe Abschlagszahlung in Anspruch zu nehmen, von dem, was nöthig ist. Was verlangen wir denn? Wir verlangen nur, daß entmuthigt werde der teuflische Geist, der ein Abscheu ist allen Offizieren edlerer Natur, wovon ich Beweise in Händen habe. Unser Verlangen ist im Lande mit Jubel aufgenommen. Und nun wird gesagt: Es ist nicht ausführbar; allgemeine Erlasse können nicht ergehen. Was soll denn anders ergehen, als allgemeine Erlasse? An wen sind sie zu richten? An die höheren Offiziere, deren viele, nicht alle, aber viele gerade dessen schuldig sind, was wir durch diesen Erlaß hintertreiben wollen. Unsere Pflicht ist es, die jüngeren Offiziere in dem Geiste der neueren Zeit zu ermuthigen, ihnen Gelegenheit zu geben, daß sie uns sagen, wodurch man die Armee reorganisiren könne. Diese Gelegenheit wird ihnen genommen durch das jetzige System.

. . . Ich hoffe zu Gott, auch unser Erlaß wird zur Entmuthigung der getadelten Bestrebungen beitragen, und noch mehr, wenn das Ministerium mehr thut als wir verlangen, wenn es den Generalen und Obersten einschärft, daß sie das Assoziationsrecht der Offiziere nicht unterdrücken, denn jeder Offizier ist ein Preuße und jeder Preuße kann von dem Assoziationsrecht Gebrauch machen."

(Vergl. Stenogr. Bericht, 50. Sitzung, am 4. 9. 1848, S. 1043/44.)

Waldeck wünschte also das Klubwesen der Regimenter während der französischen Revolution bei der preußischen Armee eingeführt zu sehen. (Vergl. übrigens Sybel, Geschichte der Revolutionszeit 1789—1795, Bd. I., S. 172 und 180.)

Digitized by Google

Der Oberlehrer der höheren Bürgerschule hatte also einen parlamentarischen Sieg errungen. Er mochte im ersten Rausche desselben sich der Hoffnung schmeicheln, mit ihm einen grundlegenden Schritt zur Erreichung des großen Zieles gethan zu haben, welches sich die Revolution nach der ihr in der Nacht vom 18. zum 19. März gewordenen Erkenntniß, daß die Armee in unverbrüchlicher Treue zu ihrem Königlichen Herrn feststehe, in ihrer Verfassung mit dem Umsturz niemals paktiren werde, gesteckt hatte, nämlich sie zu — desorganisiren; diesen Prozeß aber damit einleiten zu können, daß sie das Offizierkorps der Person des Monarchen entfremde, es nach Unruh'schem Rezept*) in ihre Sphäre ziehe, allmählich zum willfährigen Werkzeuge ihrer Pläne mache. Diese Hoffnung war indeß wiederum eine trügerische, genau so wie es vor dem 18. März die gewesen war, die Soldaten von ihren Führern, den Offizieren, trennen, sie auf der Seite der Revolution sehen zu können**) Der Sieg wurde zu Pyrrhussiege.

---

*) Vergl. Unruh, Erfahrungen aus den letzten drei Jahren (1851), S. 93 ꝛc.

**) Wir können es uns nicht versagen, hier einige Stilproben der den Soldaten im Laufe der Zeit in die Hände gespielten, auf Verleitung zum Treubruch berechneten, seitens der „heiligen" Demokratie redigirten und kolportirten Flugblätter einzuschalten:

Soldaten! Man hat Euch schmählich hintergangen. Wir wollten Ordnung und Gesetz halten; denn ohne diese kann Nichts bestehen. Aber wir wollen auch die Freiheit, die uns und Euch unser König verheißen hat. Die aber, welche Euch gegen uns zur Feindschaft reizen, fürchten durch diese Freiheit ihre Vorrechte und ihre unbeschränkte Gewalt über Euch zu verlieren. Und darum wollen sie Euch zur Unterdrückung der Freiheit mißbrauchen.

Wir verlangen die Freiheit und werden sie erlangen für uns und Euch. Glaubt nicht, daß Euch Alles das werde, was ihr von Gott und Rechtswegen zu verlangen habt. Wir verlangen, daß Ihr nicht ferner Eurem heimathlichen Heerde Jahre lang entzogen werdet, sondern daß Ihr, wenn Ihr ausexercziert seid, Euren Vätern, Müttern und Geschwistern zurückgegeben werdet. Laßt Euch nicht täuschen, wenn man Euch sagt, Ihr könntet in kürzerer Zeit nicht ausgebildet werden, als Ihr jetzt dient. Ihr wißt es, daß unter unsern preußischen Brüdern in Schleswig-Holstein sich Hunderte befanden, die kaum ausexerciert waren, und wir haben nicht gehört, daß sich die schlechter und ungeschickter geschlagen haben, als die Uebrigen. Ihr wißt es, wie die wohl und lange exerzierten preußischen Heere 1806 bei Jena geschlagen wurden und wie dagegen 1813 die jungen, aber freiheitsmuthigen Truppen siegreich blieben über die alten Garden des französischen Heeres. Was wir verlangen, ist auch in anderen Ländern, welche frei sind, Sitte. Dort würde man es für einen Unsinn und ein Unrecht halten, die Söhne des Volkes Jahre lang ihren Familien und ihren Geschäften zu entziehen.

Wir verlangen, daß es Euch gestattet sei, Eure Unteroffiziere und Offiziere bis zum Hauptmann aufwärts sich selbst zu wählen.

Wir verlangen, daß Ihr, unsere Brüder und Söhne in der Armee, alle diejenigen Freiheiten genießet, welche wir besitzen und die wir nicht für uns allein wollen errungen haben. Wir verlangen für Euch das Recht, Euch außer Dienst frei und ungehindert versammeln und über Eure Angelegenheiten berathen zu dürfen.

Wir verlangen endlich, daß Ihr in Friedenszeiten nicht nach den grausamen Kriegsartikeln, sondern nach dem bürgerlichen Gesetzbuche gerichtet werdet. **Denn Ihr seid freie Bürger, so gut wie wir!** — Der Zustand der Rechtlosigkeit

Digitized by Google

Wer nur die geringste Kenntniß der französischen Revolution besitzt, sieht auf den ersten Blick, daß die Stein'schen Vorschläge nur Nachäfferein und Nüancirungen der Robespierre'schen Machinationen gegen die Offiziere der Armee waren, um die Armee zu demoralisiren, in welcher der edle Cazalès am 10. Juni 1791 jenen „allerbesten" Demokraten so entschieden und erfolgreich bekämpfte.

„Trotz der Unentschlossenheit, die das Ministerium bei dieser Gelegenheit bekundete und durch welche das Mißvergnügen der Armee in hohem Grade hervorgerufen wurde," sagt Brandt*) bezüglich 1848, „durfte die National-Versammlung doch nicht erwarten, durch ihre Maßnahmen den geraden Sinn und das Gefühl des Heeres für den König auch nur im mindesten erschüttert zu haben, welches dadurch im Gegentheil auf die Gefahr, die den Staat bedrohte, erst recht aufmerksam gemacht worden war. Es fehlte in der Armee nicht an aufgeklärten Männern, die einsahen, wie nöthig es sei, dem Zeitgeiste Konzessionen zu machen, und dieselben vom Könige erhofften. Aber es dürften nur wenige Individuen im Offizierstande gewesen sein, die solche von der National-Versammlung erwarteten. Die Art und Weise, wie diese nun vollends zu Werke ging, entfremdete ihr das Heer gänzlich, und gerade der Schritt, von dem der Abgeordnete Stein das Heil erwartete, kettete die Armee, wenn es möglich gewesen wäre, noch fester an den König." Ganz genau dieselbe Erscheinung, dieselbe Wirkung, welche auch heute noch dieser und jener moderne Robespierre hervorruft!

Betrachten wir den Antragsteller einmal etwas näher!**) Stein gehörte zu jenen Dutzend-Liberalen, welche ohne bestimmte und klare Einsicht in den Organismus eines Staats den Rocken der flachsten Freisinnigkeit abspinnen und damit Alles gethan zu haben meinen, um als Volksmänner und Befreier des Vaterlandes paradiren zu können. Diese Spezies der sogenannten demokratischen „Gesinnungstüchtigkeit," welche der gewöhnliche Erdenmensch meist für „politische Charakterlosigkeit" hält, ist, wir wissen es ja, in unserem Volksleben, namentlich aber in den Volksvertretungen nicht ausgestorben. Wir finden in den Almanachen der deutschen Parlamente und Parlamentchen von 1848 bis zur Gegenwart die mustergültigsten Exemplare ihrer Gattung aufgeführt.

---

und der sklavischen Unterwürfigkeit, in dem Ihr Euch befindet, muß aufhören. Es muß aufhören, daß Euch jede Laune Eurer Vorgesetzten Tage lang in Arrest und ein geringes Versehen Monate und Jahre lang auf die Festung bringe.

**Wir wollen vollendet haben, was schon der edle Scharnhorst begann und was schon der Machthaber in seiner Entwickelung unterbrochen hat: Die Einführung einer demokratischen Heeresverfassung, damit wir durch sie frei, groß und mächtig voranleuchten den Nationen der Erde.**

*) Vergl. Brandt, Aus dem Leben des Generals der Infanterie z. D. Dr. Heinrich von Brandt, Bd. III., S. 213/14.

**) Vergl. Rückblicke ꝛc., a. a. O., S. 31 ꝛc.

Digitized by Google

Die Stürme des März hatten Stein, wie so manches andere, wurzel- und baumlose Blatt unmittelbar von der Straße in die sogenannte „hohe Versammlung" geweht. Obwohl er vermöge seines Talents und seiner Persönlichkeit keine hervorragende, sondern nur eine mitwühlende Stellung in derselben gewinnen konnte, gehörte er doch zu Denen, welche ihre Maulwurfsarbeit auf das eine Ziel richteten, die National-Versammlung in eine souveräne Volks-Regierung umzugestalten, um dadurch zu deren natürlichen Konsequenz — der Republik zu gelangen. Die höchste Spitze dieser, Staat und Freiheit gefährdenden Bestrebungen war eben sein Antrag, daß das Ministerium verpflichtet sei, den Beschluß der Versammlung vom 9. August zur Ausführung zu bringen, d. h. den Kriegs-Minister zu einem Erlaß an das Heer zu zwingen, durch welchen die konstitutionellen Grundsätze in demselben zur Geltung gebracht, aus demselben aber alle „reaktionär" gesinnten Offiziere entfernt werden sollten. Das Ministerium Auerswald-Hansemann ist von einer zweideutigen Stellung zu diesem Beschlusse nicht freizusprechen, über welchen es sofort eine offene, bestimmte und zwar positiv ablehnende Erklärung hätte abgeben müssen. Sein Verhalten hatte der verhängnißvollen Abstimmung vom 7. September, von welcher der Untergang der preußischen National-Versammlung herzudatiren — und das bleibt immerhin wenn auch kein erstrebtes, so doch erreichtes Verdienst — günstig vorgearbeitet. Durch das ungeschickte Operiren des Ministeriums und der rechten Seite der Kammer wurde Stein Sieger des Tages. Ihm fielen die schon vorher in Bereitschaft gehaltenen Lorbeeren der Gasse zu, welche der souveräne Linden-Müller, Vater Karbe und andere Volks- und Straßen-Koryphäen Zug um Zug ihren Helden auszutheilen gewohnt waren.

In diesem kritischen Momente reifte der schon von vielen Seiten her angeregte und längst ventilirte Plan, die Versammlung in den Rahmen der Vereinbarung, als ihres einzigen legalen Rechts, zurückzuführen und sich über Maßregeln zu verständigen, mittelst welcher ihr Uebergreifen in die Verwaltung unschädlich gemacht und gleichzeitig verhindert werden könne, daß sie durch den geübten Terrorismus zu wirklicher Macht gelange. So erhielt die National-Versammlung ihren ersten Todesstoß durch den Konflikt mit der Armee, durch welchen die eigentliche Katastrophe der März-Tage ja überhaupt hervorgerufen worden war. Ueber das Niveau dieses Konflikts hatte sie sich in ihren Leistungen und Bestrebungen niemals zu erheben vermocht. Das möglichst erfolgreiche Wühlen in militärischen Kreisen war den Demokraten der Versammlung, wie denen der Klubs und der Straße, als der Gipfelpunkt ihrer politischen Hoffnungen erschienen. Diese Hoffnungen bestanden und steigerten sich so lange, bis die National-Versammlung mit Hülfe des Bajonetts der preußischen Armee ihre endgültige Bestimmung und Weisung erhielt, d. h. nach Hause geschickt wurde.

Das Verdienst, Preußen von seiner sogenannten National-Versammlung befreit zu haben, gebührt daher in erster Linie dem Breslauer Oberlehrer Dr. Stein. Aber noch ein weiteres, nicht minder wesentliches erwarb sich derselbe mit seinem Antrage um das Vaterland. Auch die Bürgerwehr

Digitized by Google

zeigte sich an dem verhängnißvollen 7. September, indem sie auf Stein's Seite trat, in ihrem wahren Lichte. Rimpler selbst berichtet über die Ausschlag gebenden Vorgänge,*) er habe am 6. September erfahren, daß in mehreren Bürgerwehr-Kompagnien folgende Erklärung zur Unterschrift zirkulire:

> Hohe National-Versammlung! das Staats-Ministerium hat in der Sitzung vom 2. d. M. verweigert, einen Beschluß, welchen eine hohe National-Versammlung bereits am 9. August gefaßt hat, auszuführen. Mit gerechtem Erstaunen und Bedauern haben wir diese Weigerung vernommen. Die Abgeordneten sind die einzigen und alleinigen Vertreter des Volkes. Wir können dem Ministerium nimmermehr das Recht zugestehen, dem Willen des Volkes entgegenzutreten. Wir erklären daher, daß wir durch die ausgesprochene Weigerung des Ministeriums die Ehre und Würde der National-Versammlung für bedroht erachten und dasselbe in ihren Beschlüssen mit allen unseren Kräften schützen und aufrecht erhalten werden.

Diese Erklärung sei auch dem Kommando zugegangen, welches, noch besonders durch einen höheren Beamten des Ministeriums des Innern darauf aufmerksam gemacht, sich veranlaßt gesehen, dagegen Schritte zu thun und deshalb die sämmtlichen Majore und Hauptleute nach dem Zentralbureau berufen, auch einen allgemeinen Appell angesetzt habe. Auf demselben habe er (Rimpler) seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die National-Versammlung weder in ihren Berathungen, noch Abstimmungen terrorisirt werden dürfe, daß die betreffenden Abstimmungen und Beschlüsse der National-Versammlung noch keine Gesetze wären und daß es hauptsächlich Pflicht der Bürgerwehr sei, die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Es habe sich nun eine Debatte erhoben und sei der Antrag des Führers der Studenten, Wolff:

> Die Bürgerwehr Berlins sieht in dem ausgesprochenen Willen der Majorität der Nationalvertreter den Willen des preußischen Volkes und wird demgemäß einen Beschluß dieser Majorität mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten wissen,

angenommen worden.

Wie tief das Institut der Bürgerwehr um diese Zeit bereits gesunken, geht aus der charakteristischen Thatsache hervor, daß deren Kommandeur, Major Rimpler, trotzdem er, wie wir gesehen, persönlich entgegengesetzter Meinung war, sich zum Dollmetsch der von einer turbulenten Versammlung gutgeheißenen terroristischen Ansicht eines Studenten hergab. Jener Antrag wurde nämlich in Form folgender Adresse abseiten des Bürgerwehr-Kommandos dem Präsidium der National-Versammlung übermittelt und in der entscheidenden Sitzung vollinhaltlich dem Plenum mitgetheilt:

---

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 58.

Digitized by Google

Hohe National-Versammlung!

Die Majorität der Bürgerwehr Berlins hat durch die anliegenden Beschlüsse ihrer Kompagnien mich ermächtigt, zu erklären,

daß die Bürgerwehr Berlins in dem durch die Majorität ausgesprochenen Willen der National-Versammlung den Willen des preußischen Volkes sieht und demgemäß Beschlüsse der National-Versammlung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten wissen wird.

Das unterzeichnete Kommando giebt die bestimmte Erklärung, daß es in diesem Sinne mit allen seinen Kräften handeln und die hohe Versammlung schützen wird.

Berlin, den 7. September 1848.

Der Kommandeur der Bürgerwehr.
Rimpler.

Der Stab der Bürgerwehr.
Eschwe. von Herford. Franz Duncker. Glaue.

An Eine hohe National-Versammlung.

Da Unruhen und Demonstrationen gegen die Abgeordneten befürchtet wurden, waren am 7. September mehrere Bürgerwehr-Bataillone konsignirt worden. Abgesehen von dem bereits geschilderten, sich täglich wiederholenden zynischen Gebahren des das Kastanienwäldchen und die Singakademie in hellen Haufen belagernden Pöbels, welcher bis auf die Flure und Treppen des Sitzungslokals vordrang, kam es an diesem Tage jedoch zu keinen besonderen Exzessen.

Durch die Annahme des Stein'schen Antrages veranlaßt, reichte das Ministerien Auerswald-Hansemann am 9. September seine Demission ein. An seine Stelle trat, unter Vorsitz des Generals v. Pfuel, welcher zugleich das Portefeuille des Krieges übernahm, ein Ministerium*), welches durch seine Zusammensetzung die Politik des Widerstandes gegen die National-Versammlung anzukündigen schien, allerdings aber nur — schien.

Inzwischen war der Krieg mit Dänemark durch den am 26. August abgeschlossenen Waffenstillstand von Malmö zum vorläufigen Abschluß gekommen. Der Oberbefehlshaber der in Aktion gewesenen deutschen Bundes-Armee, General der Kavallerie Freiherr v. Wrangel, hatte, nachdem ihm König Friedrich Wilhelm IV. durch Allerhöchstes Handschreiben vom 9. September die freie Wahl zwischen seinem Verhältniß als Reichs- und als Preußischer General anheimgestellt, am 12. September das ihm anvertraut gewesene Oberkommando in die Hände des Reichs-Kriegsministeriums zurückgelegt und war, den auf dem Marsche in die Heimath begriffenen preußischen Truppen vorauseilend, am 13. September in Potsdam eingetroffen.

*) v. Pfuel-Eichmann-v. Bonin-Graf Dönhoff-Kisker-Ladenberg.

Am 15. September übertrug der König dem General v. Wrangel den Oberbefehl über sämmtliche in den Marken garnisonirenden und kantonnirenden Truppen mittelst folgender Allerhöchsten Kabinets-Ordre.

Ich trage Ihnen auf, den Oberbefehl über sämmtliche in den Marken garnisonirende und kantonnirende Truppen zu übernehmen, und habe von diesem Ihnen ertheilten Auftrage die General-Kommandos des Garde- und des dritten Armee-Korps in Kenntniß gesetzt. Das Kriegs-Ministerium wird Ihnen die erforderlichen näheren Mittheilungen in Betreff der genannten Truppen zugehen lassen.

Sanssouci, 15. September 1848.

**Friedrich Wilhelm.**

v. Schreckenstein.

An den General der Kavallerie
v. Wrangel.

Am 17. September erließ General v. Wrangel einen Tagesbefehl an die ihm unterstellten Truppen, in welchem bereits Richtung und Ziel seiner späteren Maßnahmen deutlich und klar zu Tage traten. In demselben ist gesagt:

Se. Majestät der König haben mir einen neuen Beweis Seiner Gnade und Seines Vertrauens gegeben, in dem Sie mir mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 15. d. Mts. den Oberbefehl über sämmtliche Truppen in den Marken ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen da, wo sie gestört wird, wiederherzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortlichkeit verknüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden, dafür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen den Soldaten und ihren Führern und Offizieren, durch welches sich die preußische Armee, so lange sie besteht, immer rühmlichst ausgezeichnet hat, sowie die Liebe und treue Hingebung für den König, von der wir alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung haben werde, mit der militärischen Macht einzuschreiten, denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls das Gute wollen, steht fest, es ist ja ihr eigener Heerd, den sie und ich beschützen sollen. Es sind jedoch auch im Lande Elemente vorhanden, die zur Ungesetzlichkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten; diesen letzteren will ich fortan zunächst eine kräftige Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist.

In Potsdam habe ich schon die erfreulichsten Beweise erhalten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zwecke gern um mich schaaren. Dies war um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Uebernahme des Oberbefehls in den Marken geschah; es erfüllt mich deshalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft.

Soldaten! Laßt Euch nicht irre leiten von den Reden und Proklamationen, welche von Euch unbekannten Leuten an Euch gerichtet werden, hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für Euch klingen und sie

Digitized by Google

Eure Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, wenn Ihr die gegebenen Rathschläge befolgt.

Hört dagegen auf meine Stimme, die Stimme Eures Generals, sie ist wohlgemeint. Haltet fest an Euren Offizieren, wie diese an Euch; zwischen beide darf sich kein fremdes Element einschleichen. Habt Ihr gerechte Wünsche, so tragt sie Euren Offizieren in der gesetzlichen Weise vor; von Niemandem wird Euch sicherer geholfen, als von diesen, denn Niemand kennt Eure Bedürfnisse besser, als sie, und Niemand ist mehr von dem Wunsche beseelt, Euch mit Rath und That beizustehen . . . .

Zum Gruße rufe ich Euch zu: „Offiziere und Soldaten haltet fest an Eurem gegenseitigen Vertrauen und an Eurem theuren Könige. Er lebe dreimal hoch!"

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
v. Wrangel.

Die Ernennung des Oberbefehlshabers in den Marken, die Zusammenziehung einer bedeutenden Militärmacht in der Umgegend von Berlin, sowie der Tagesbefehl des Generals v. Wrangel wurden Veranlassung zu folgender Interpellation an das Ministerium:

1. Ob es gegründet, daß durch eine Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 15. d. Mts. dem General Wrangel der Oberbefehl über die Truppen in den Marken ertheilt worden und wer diese Kabinets-Ordre kontrasignirt habe?
2. Ob dem General Wrangel hierbei noch besondere Instruktionen ertheilt worden?
3. Mittheilung zu machen von den Gründen, welche zu dieser außerordentlichen Maßregel Anlaß gegeben?
4. Mittheilung zu machen, ob und aus welchen Gründen um Berlin eine bedeutende Militärmacht konzentrirt worden?
5. Ob der Herr Kriegs-Minister mit dem Inhalt des Erlasses des Generals Wrangel vom 17. überall einverstanden sei?

Interpellant war der Abgeordnete v. Kirchmann,*) vor dem 18. März 1848 in weiteren Kreisen nur durch seinen Vortrag über „die Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft" bekannt, in welchem er den Rechtsbegriff und seine Formen einer faktischen Auflösung unterwirft, späterhin Referent in Angelegenheit des Steuerverweigerungs-Beschlusses, als welcher er sich der Worte bediente, „er wisse, daß durch jenen Beschluß die Brandfackel der Anarchie in das Land geschleudert werde!," sodann Erfinder des Ausspruchs: „Es gebe keine politische Ehre!" jener famose Volksredner, welcher noch im Jahre 1866 in einem im Arbeiter-Vereine zu Berlin gehaltenen Vortrage über „den Kommunismus in der Natur" als ein wesentliches Mittel zur Lösung der sozialen Frage „die Beschränkung der Kindererzeugung" entwickelte.

*) Vergl. Rückblicke ꝛc., a. a. O., S. 53 ꝛc.

Digitized by Google

Wenngleich General v. Pfuel, anstatt die Interpellation, als in die Rechte der Krone eingreifend und nicht zur Kognition des Parlaments gehörende Interna der Armee berührend, kurzweg unbeantwortet zu lassen, dennoch auf dieselbe einging, so änderte dies an der Lage der Dinge selbst allerdings nichts.

Die entscheidende Antwort hatte übrigens die National-Versammlung eigentlich schon dadurch erhalten, daß der Oberbefehlshaber in den Marken, und zwar gegen die Ansicht des Kriegs-Ministers, auf den 20. September eine Parade der Garnison Berlin ansetzte.

Die dort unter Befehl des Generals v. Thümen stehenden Truppen waren seit ihrer Rückkehr nach der März-Katastrophe der Bürgerwehr gegenüber völlig in den Hintergrund getreten. Man wagte es kaum, sie zu zeigen. Sie wurden in den Kasernen versteckt gehalten, mußten die Besetzung der wichtigsten Wachen und Posten der Bürgerwehr überlassen, kamen trotz der immer deutlicher zu Tage tretenden Unfähigkeit der letzteren, Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten zu können, niemals zur Thätigkeit.

General v. Wrangel beabsichtigte mit der von ihm abzuhaltenden Parade, das durch die Unthätigkeit und Beiseiteschiebung der Truppen naturgemäß beeinträchtigte Selbstbewußtsein derselben neu zu beleben, gleichzeitig aber auch mit der Stimmung der Einwohnerschaft Fühlung zu nehmen. Er hatte die Ueberzeugung, daß die der Hauptstadt im Hinblick auf die politische Lage drohenden Gefahren vielfach überschätzt würden und es, um ihnen zu begegnen, vor Allem darauf ankomme, Selbstvertrauen zu bekunden.

Ueber die zu jener Zeit in Berlin obwaltenden öffentlichen Verhältnisse schreibt er in diesem Sinne: „Die hiesigen politischen Zustände sind trostlos, man giebt sich ganz dem Zufall hin und ist in komplete Rathlosigkeit versunken. Jeder fühlt, daß etwas Energisches geschehen müsse, aber es geschieht Nichts, um diesen beklagenswerthen Zuständen entgegenzutreten, um den Staat und das Königthum zu retten; es sind tausend Rathgeber da, aber es kommt zu keinem kräftigen Auftreten. So eilen wir rettungslos der Anarchie und Republik entgegen." Wie richtig der General urtheilte, ergiebt sich aus dem Verlaufe der Dinge von selbst.

Dem Minister-Präsidenten und Kriegs-Minister v. Pfuel war bezüglich der in Berlin unter den Linden abzuhaltenden Parade entsprechende Mittheilung gemacht worden. In der Nacht vom 19. zum 20. schickte derselbe einen Adjutanten an den General v. Wrangel, der im Schlosse zu Charlottenburg sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, und ließ ihn bitten, die Parade nicht in Berlin selbst abzuhalten, die Bevölkerung sei in höchster Aufregung, überall spräche sich Haß gegen das Militär und den Oberbefehlshaber aus, die Parade könne zu den gefährlichsten Ausschreitungen Anlaß geben, die möglichen Folgen seien nicht zu übersehen.

General v. Wrangel antwortete hierauf dem Adjutanten:

„Sagen Sie dem Herrn Kriegs-Minister, Sie hätten Ihren Auftrag pünktlich ausgerichtet, sagen Sie ihm aber auch, daß mit meinem Willen

Digitized by Google

die Besichtigung nicht abbestellt werden würde, und daß ich die Verantwortung übernehme. Sollte aber die Parade in Berlin durchaus nicht stattfinden dürfen, so möge mir der Herr Minister einen dahin gehenden Befehl, von allen Ministern unterzeichnet, zufertigen — ich kann zwar meinen Befehl nicht zurücknehmen, werde aber dann den Oberbefehl über die Truppen sofort niederlegen und Se. Majestät bitten, nach Stettin zurückkehren zu dürfen."

Am frühen Morgen erschien eine abermalige Botschaft des Minister-Präsidenten mit der dringenden Mahnung, die Parade nicht in Berlin abzuhalten. Wrangel wiederholte seine frühere Erklärung, stieg mit seinem Gefolge zu Pferde, ritt langsam nach dem großen Stern und blieb dort halten, um den Truppen Zeit zur Aufstellung zu lassen. Dort meldete sich bei ihm der Kommandeur der Bürgerwehr, Major Rimpler, mit seinem Stabe, richtete eine längere Ansprache an den Oberbefehlshaber und durfte sich dessen Suite anschließen.

Als die Aufstellung beendet war, ritt der Oberbefehlshaber, das Brandenburger Thor passirend, vom linken Flügel ab im Schritt die Front entlang, von allen Truppentheilen mit lautem, freudigem Hurrah empfangen. Die „Linden" waren gedrängt voll von Menschen, alle Fenster dicht besetzt. In den Dachluken, ja selbst auf den Dächern befanden sich Schaulustige. Auf den Bäumen hatte die Straßenjugend Posto gefaßt. Von allen Seiten und auf alle Arten wurde Beifall gespendet. Hurrahs erschallten, Tücher wehten, Kränze flogen. Kurz und gut, das militärische Schauspiel glich der einem Triumphator dargebrachten Huldigung. Allerdings war, wie der Kriegs-Minister warnend prophezeit hatte, eine große Aufregung der Bevölkerung wahrnehmbar, aber nicht eine von Haß, sondern von innigster Sympathie für die Truppen und deren obersten Führer zeugende. Das offene, zuversichtliche Auftreten derselben gab den vielen konservativen und gut gesinnten Elementen den Muth, sich zu zeigen und ihre wahre Gesinnung zu bekunden.

General v. Wrangel hatte die Berliner Bevölkerung richtig erkannt. Die Straßen- und Klubredner, sekundirt von lärmenden und wüsten Schreiern, terrorisirten die Stadt seit einem halben Jahre völlig. Ohne in der gesetzlichen Autorität der Behörden und deren Organen einen Rückhalt zu finden, wagten die getreuen Unterthanen des Königs es nicht, ihrer Meinung Ausdruck zu geben, der große Haufen der Urtheilslosen aber folgte, blindlings wie immer, derjenigen Partei, welche zur Zeit das große Wort führte, sich am meisten vorzudrängen verstand.

Demgegenüber galt es, das Selbstvertrauen der Einen zu wecken und ihnen von autoritativer Seite den Willen und die Macht zu zeigen, Gesetz und Ordnung wieder zum Ansehen zu bringen, die Anderen aber fühlen zu lassen, daß ihre Herrschaft sich dem Ende nähere, daß die Absicht vorhanden, sie erforderlichenfalls rücksichtslos und mit Gewalt niederzuschlagen, wenn sie sich nicht fügten.

Am Königlichen Palais hielt General v. Wrangel und ließ die Truppen defiliren. Nach Beendigung des Vorbeimarsches versammelte er

Digitized by Google

im Lustgarten die Stabsoffiziere um sich und hielt an sie, wie die ihn umdrängende Volksmenge folgende Ansprache:

„Meine Herren! es ist heute ein sehr glücklicher Tag meines Lebens. Ich bin schon vor den Thoren von dem Stabe der Bürgerwehr so freundlich begrüßt worden, und in der Stadt war es wie ein Triumphzug. Ich weiß, das konnte ich nicht auf mich beziehen, sondern auf die Truppen, die ich die Ehre gehabt habe, in Schleswig zum Siege zu führen.

(Zum Publikum.) Ich werde diese Truppen Euch, wenn auch nicht sogleich, doch bald hierher führen und sie sollen sicher kommen.

(Zu den Offizieren.) Meine Herren! der König hat mir den größten Beweis der Gnade und des Vertrauens gegeben, indem Er mir das Kommando über die in den Marken stehenden Truppen übertragen. Ich soll die Ordnung, wo sie gestört, das Gesetz, wo es übertreten wird, wieder herstellen. Die Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugel im Lauf.

(Zum Publikum.) Aber nicht gegen Euch Berliner! sondern zu Eurem Schutze, der wahren Freiheit, die der König gegeben, und zur Aufrechterhaltung des Gesetzes. (Allgemeiner Beifall.) Gefällt Euch das, Berliner? (ja! ja!); das freut mich! Für Euch, mit Euch werden wir auftreten und handeln! — Wie traurig finde ich Berlin wieder, in den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet, die Läden sind voll Waare ohne Käufer, der fleißige Bürger ohne Arbeit, ohne Verdienst, der Handwerker verarmt. Das muß anders werden, und es wird anders werden, ich bringe Euch das Gute mit der Ordnung, die Anarchie muß aufhören! Ich verspreche es Euch, und ein Wrangel hat noch nie sein Wort gebrochen!

(Zu den Offizieren.) Meine Herren! es macht mich sehr glücklich, die Truppen in diesem guten Zustande zu finden, Sie werden sie darin erhalten, Verträglichkeit mit den Bürgern muß stattfinden.

(Zum Publikum.) Sie sind mit Euch verwandt, sie haben denselben Zweck, Preußens Größe und Ruhm aufrecht zu erhalten und Deutschlands Einigkeit mit zu begründen, sie sind Eure Brüder und Ihr werdet nicht vergessen, daß in der Armee Eure Brüder, Eure Verwandte, Eure Freunde sind.

(Zu den Offizieren). Es thut mir leid, meine Herren, daß ich heute die Truppen nicht Sr. Majestät vorführen kann.

Es lebe Sr. Majestät der König!"

Die Anordnung dieser Parade war eine eben so geschickt geplante, wie wirkungsvolle Maßregel gewesen. Sie war das erste Merkmal der beginnenden Wiedererstarkung der Autorität in Preußen, man könnte sagen des Sichwiederfindens der Staatsgewalt. Die den umstürzlerischen Elementen gewachsene Macht war vorhanden, ihre Verwendung in die richtigen Hände gelegt. Sobald von ihr Gebrauch gemacht werden durfte, konnte der Sieg des Imperiums über die Revolution nicht ausbleiben.

Es klingt überaus komisch, wenn man demgegenüber in den Aufzeich-

Digitized by Google

nungen jener Tage lieſt: „Der Bürgerwehr-Klub beantragte am 3. October, im richtigen Gefühl, von woher ihm Gefahr drohte, bei der hohen geſetzgebenden Verſammlung:

„Den General v. Wrangel aus ſeiner ihm durch Kabinetsbefehl übertragenen Stellung als Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken ſofort abzuberufen und ſofort zu entfernen."

Leider mußte das Maß der Tollheit und des Uebermuths der Ochlokratie, ſpeziell der in der National-Verſammlung Sitz und Stimme führenden, noch um ein Beträchtliches wachſen, ehe die Erlöſung kam. —

---

Am 22. September war das inzwiſchen neu gebildete Miniſterium zum erſten Male vor die National-Verſammlung getreten und hatte ſich bei dieſer Gelegenheit mit einem Programm eingeführt, in welchem auch u. A. geſagt war:

> Wir wollen die dem preußiſchen Volke gewährten Freiheiten kräftig wahren und reaktionäre Beſtrebungen mit aller Macht unſeres Amtes zurückweiſen. Inſonderheit werden wir in allen Zweigen des öffentlichen Dienſtes, im Zivil und Militär, für die ſtrengſte Befolgung dieſer Grundſätze ernſte Sorge tragen.
>
> Die Verfaſſung, welche dieſe hohe Verſammlung mit der Krone zu vereinbaren im Begriff ſteht, wird, wie wir hoffen, die Bürgſchaft in ſich tragen, daß das preußiſche Volk in der innigſten Vereinigung mit der ganzen deutſchen Nation, einträchtig und ſtark, frei und geordnet in ungehemmter Entfaltung aller ſeiner Kräfte und Gaben, mit ſicherem Schritte einer großen Zukunft entgegengehen und ſeinen weltgeſchichtlichen Beruf erfüllen werde.
>
> Dieſer freien Entwicklung mit ganzer Seele zugewendet, werden wir nicht vergeſſen, daß es die Pflicht einer jeden Regierung iſt, den Ausbrüchen der Anarchie und Ungeſetzlichkeit zu ſteuern, eine Pflicht, deren ſtrenge Erfüllung vom ganzen Lande gefordert wird, in der Ueberzeugung, daß die wahre Freiheit nur in der geſetzlichen Ordnung gedeiht und mit ihr die Gewerbthätigkeit der Bürger, der Ackerbau, der Handel und die Induſtrie.

Schöne Worte, denen indeß nichts weniger, als entſprechende Thaten folgten! In derſelben Sitzung fand die oben erwähnte Interpellation des Abgeordneten v. Kirchmann und deren Beantwortung durch den Miniſter ſtatt. —

Auf den 25. September war die Erklärung des Miniſteriums, was in Folge der Beſchlüſſe des 9. Auguſt und 7. September bezüglich des Antrags Stein geſchehen ſei, angeſetzt.

Fieberhafte Aufregung durchzuckte die Stadt. „Heute fallen die Würfel! Freiheit oder Tod! Die Kammer möge, falls das Miniſterium, den Beſchluß derſelben zu vollziehen, ablehnt, ſich permanent erklären, die Zügel

Digitized by Google

der Regierung selbst ergreifen, seine Ausführung unmittelbar dekretiren," das etwa war die Sprache der Plakate und Flugblätter.

Beugte sich die Königliche Regierung der National-Versammlung, dem Parlamente, nicht, so war also die erneute Revolution in Aussicht genommen. Vorbereitet, wie die ihr dienstbare Agitation stets war, bedurfte es nur eines Winkes, und die rothen Fahnen flatterten. Die Klubs hatten Alles aufgeboten, die Bewegung imposant zu machen. Die Werkstätten waren leer; lange Züge von Arbeitern, einzelne Trupps derselben sogar bewaffnet, streiften schon in der Frühe durch die Straßen.

Um 3 Uhr Morgens erhielt das Kommando der Bürgerwehr seitens des Polizei-Präsidenten folgende schriftliche Mittheilung:

Nach den mir aus zuverlässiger Quelle zugegangenen Nachrichten sind von Seiten der demokratischen Partei alle Vorbereitungen für den Beginn eines Kampfes auf morgen getroffen. Die Grundzüge des entworfenen Planes sind in kurzem folgende: Durch Barrikadirungen werden zwei Vertheidigungslinien gebildet, von denen die erstere gegen die im Inneren der Stadt und namentlich auf den Plätzen am Schloß, Opern- und Schauspielhause aufgestellte bewaffnete Macht, welche von den Thoren abgesperrt werden soll, die zweite gegen einen etwa von Außen anrückenden Angreifer schützen solle. Die Erstere umfaßt den Theil der Stadt, welcher zwischen der Friedrichs-, Mohren-, Kurstraße, dem Spittelmarkt, der Leipziger-, Kommandanten-, Jakob-, Holzmarkt-, Alexander- und Münzstraße, dem Haakschen Markt, der Artilleriestraße und dem Kupfergraben bis zur Weidendammer Brücke liegt. Die 2. ausgedehnte Fortifikationslinie schließt die Wilhelms-, Bessel-, Linden-, Jakobs-, Holzmarktstraße, die Rosengasse, Frankfurter-, Gollnow- und Linienstraße, das Oranienburger Thor, die Kommunikation daselbst, die Philipps-, Luisen-, Charitestraße und den Unterbaum gegen Außen ab. Durch die zwischen den beiden Fortifikationslinien belegenen Häuser sollen in der ersten Etage Kommunikationen gebrochen und sofort bei Beginn des Kampfes die Sturmglocken gezogen werden. Der erste und heftigste Kampf steht unter den Linden zu erwarten und wird sich besonders heftig an den Straßenecken, die zu einer kräftigen Vertheidigung empfohlen sind, entspinnen. Ein Theil der zum Kampf bestimmten Mannschaften wird schon von morgen früh ab in den Vorstädten vor dem Frankfurter-, Landsberger- und neuen Königsthor disponibel gehalten werden.

Die Patronenvorräthe der Anarchisten*) befinden sich zumeist vor dem Hamburger Thor, weshalb ich eine sehr sorgfältige Beobachtung der bezeichneten Stadttheile, sowie des Alexanderplatzes, Haakschen Marktes, Pariser und Leipziger Platzes, auf denen Konzentrirungen größerer Massen stattfinden sollen, ergebenst anheimstelle. Die Aufrührer berechnen ihre Streitkräfte auf 20—30000 Mann; auch das Schloß und die öffentlichen Gebäude sollen angegriffen werden.

Der Polizei-Präsident.

*) Wir sehen, schon damals identifizirte man maßgebenden Orts Demokraten mit Anarchisten.



Digitized by Google

Außer der bereits früher aufgebotenen Schützengilde, welche zur Besetzung des Schlosses und der Seehandlung bestimmt war, wurde nun in Folge dieses Schreibens während des Vormittags von Seiten der Bürgerwehr noch ein Bataillon im Schlosse, ein anderes im Palais konsignirt, Maßregeln, welche, wären die von dem Polizei-Präsidenten befürchteten Eventualitäten wirklich eingetreten, auch nicht im entferntesten genügt hätten, dem Strome der geplanten Bewegung nur vorübergehend Halt zu gebieten. Major Rimpler muß indeß entgegengesetzter Meinung gewesen sein, denn er berichtet bezüglich seiner weiteren Dispositionen wörtlich:*) „Die Adjutanten sämmtlicher Bataillone mußten sich den Tag über im Zentralbureau aufhalten, um nothwendig werdende Allarmirungen sofort zu besorgen, auch wurden gegen Abend noch die Veteranen und Scharfschützen nach dem Schlosse beordert, und die berittene Bürgerwehr machte den ganzen Tag Patrouillen nach den im Briefe bezeichneten Stellen. Bei der bedeutenden Macht, welche, nach dem Briefe des Polizei-Präsidenten, die Bürgerwehr gegen sich zu erwarten hatte, war es nothwendig, sie so vollständig wie nur möglich an diesem Tage zu sammeln. Es wurden daher, da dem Kommando dazu keine gesetzlichen Mittel zu Gebote standen, folgende zwei Proklamationen durch Anschlag verbreitet. Sie hatten den Zweck und den Nutzen, daß die Bürgerwehr in der That an diesem Tage sehr vollständig erschien und aus diesem Grunde kein Kampf stattfand."

Major Rimpler bediente sich, wie er dies ja auch selbst betont, indem er sich in politische Fragen mischte, ungesetzlicher Mittel, als er folgende Proklamationen an die Bürgerwehr und das Volk von Berlin erließ:

1)

Kameraden!

Die Zeit ist ernst und schwer! Sie haben mich an Ihre Spitze berufen, ich hoffe auch in diesen Stunden mich Ihres Vertrauens würdig zu zeigen. Ihre Rechte, die Freiheiten unseres Volkes sind mir heilig. Ich habe in diesem Sinne stets gehandelt und werde fortfahren, so zu handeln. Unser theuer erkauftes Recht, allein für die Aufrechterhaltung**) Sorge tragen zu dürfen, ist vor der National-Versammlung durch das Staats-Ministerium von Neuem anerkannt. Verkennen wir keinen Augenblick unsere schwere Verantwortlichkeit! Bedenken wir, daß es Parteien giebt, die nichts sehnlicher herbeiwünschen, als die Gelegenheit zu einem Einschreiten des Militärs; die Eine, um uns dadurch dem alten Absolutismus, die Andere, um uns der Anarchie in die Arme zu werfen. In Ihrer Hand liegt es, solche finsteren Pläne zu Schanden zu machen. Erscheinen Sie alle ungesäumt auf meinen ersten Ruf, folgen Sie muthig und entschlossen meinen Anordnungen. Ihres Beschlusses vom 6. d. M. eingedenk, werde ich mit Ihnen dem ersten demokratischen Prinzipe „Achtung der Majorität" Geltung verschaffen. Die National-Versammlung, die Vertreterin der Volksrechte, ist dem Schutze des Berliner Volkes, also auch unserem anvertraut. Zur Unterdrückung jedes

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 62/63.
**) Fehlen wohl die Worte: „der Ruhe und Ordnung."

Digitized by Google

Versuches, die hohe Versammlung mit roher Gewalt einzuschüchtern oder zu zersprengen, komme er von welcher Seite er wolle, rechne ich auf Ihren Beistand.

Berlin, den 25. September 1848.

Das Kommando der Berliner Bürgerwehr.
Rimpler.

2) Volk von Berlin!

Indem ich hiermit den am heutigen Tage an die Bürgerwehr Berlins erlassenen Tagesbefehl zur öffentlichen Kenntniß bringe, hege ich die feste Ueberzeugung, daß in den jetzigen, politisch aufgeregten Momenten von allen Seiten dahin gestrebt werden muß, das Band der Einigkeit zwischen dem bewaffneten und unbewaffneten Theile des Volkes ungetrübt zu erhalten und zu kräftigen. Möge die Bevölkerung Berlins durch mich, den natürlichen Vertreter der Bürgerwehr, die Versicherung entgegennehmen, daß die Bürgerwehr Berlins, eingedenk ihres hohen Berufs, die politischen Freiheiten nach allen Seiten hin schützen und mit Aufbietung aller Kräfte dem ersten demokratischen Prinzipe „Achtung vor dem Willen des gesammten preußischen Volkes," wie er sich durch die Majorität seiner unter uns versammelten Vertreter kundgiebt, huldigen und demselben Geltung verschaffen wird.

Berlin, den 25. September 1848.

Das Kommando der Berliner Bürgerwehr.
Rimpler.

Die Sitzung der National-Versammlung wurde um 10 Uhr Vormittags eröffnet. Der Platz vor dem Schauspielhause, in dessen Räume die Volksvertretung seit dem 19. übergesiedelt, war von Menschenmassen überfüllt. Dort harrten die Matadore der Agitation, ihrer Instruktionen aus den Reihen der tonangebenden Abgeordneten selbst gewärtig. Hin und wieder wurden Reden gehalten. Arbeiter in langen Zügen, mit rothen phrygischen Mützen, einer den anderen untergefaßt, umkreisten das Sitzungslokal. Boten kamen und gingen. Aufregende Gerüchte zirkulirten. Bald hieß es: „Breslau wartet auf unseren Befehl!" bald: „Sachsen ist bereit!"

Die Volkshaufen im Innern der Stadt waren an diesem Tage indeß nicht so zahlreich, so massig, wie sonst. Sie bildeten nur die Avantgarde, deren Gros in den entfernteren Arbeitervierteln bereit gehalten wurde. Dagegen scheinen sie aus einem besonderen Extrakte desselben formirt gewesen zu sein. Eine Gruppe vor der Kammer beschäftigte sich damit, die Laternenpfähle für die Aristokratie zu mustern. Hatte der Frankfurter Pöbel wenige Tage vorher — am 18. September — zwei mißliebige Abgeordnete der Rechten, den Fürsten v. Lichnowsky und den General v. Auerswald, bei hellem Tage auf offener Straße in scheußlichster Weise erschlagen, weil sie im Sinne der Regierung gestimmt, warum sollte sich der Berliner nicht das Vergnügen gönnen, einige königstreue Männer hängen zu sehen?



Digitized by Google

Trotz aller dieser Zwischenfälle blieb am 25. September die Ruhe während der Kammersitzung im Großen und Ganzen ungestört.

Das Resultat der Verhandlungen über den Stein'schen Antrag war, daß das Ministerium in unbegreiflicher Schwäche sich dem Willen der demokratischen Mehrheit der National-Versammlung beugte.

Der Minister-Präsident und Kriegs-Minister, General v. Pfuel, theilte zunächst das folgende Schreiben seines Vorgängers, des Generals v. Schreckenstein, welches dieser, seinem dem Antrage Stein gegenüber beobachteten ablehnenden Verhalten entsprechend, unter dem 13. September an die kommandirenden Generale erlassen hatte, mit:

> Ueberzeugt, daß Ew. Exzellenz mit mir über die Nothwendigkeit einververstanden sein werden, möglichst Alles zu vermeiden, was dazu benutzt werden kann, die Truppen und ihre Befehlshaber, resp. Militär-Behörden, reaktionärer Bestrebungen zu verdächtigen, muß ich mich, durch die jetzt in den Verhältnissen eingetretene große Spannung, besonders aufgefordert fühlen, Ihnen wiederholentlich auszusprechen, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs keine reaktionäre Tendenzen hegt, sondern mit redlichem Willen den betretenen konstitutionellen Weg zu verfolgen und die Königlichen Verheißungen zu verwirklichen bestrebt ist.
>
> Daß sich dies überall in der Behandlung des Dienstes und der öffentlichen Anlegenheiten kundgebe, daß dieserhalb durch alle Instanzen auch auf die Untergebenen zur Verhütung von Mißgriffen richtig eingewirkt werde, hierauf ist mein besonderes Vertrauen zu Ew. Exzellenz gerichtet.
>
> Berlin, den 13. September 1848.
>
> Der Kriegs-Minister.
> von Schreckenstein.
>
> An
> sämmtliche kommandirenden Herren Generale.

Sodann fuhr er fort:*)

> Dies war das, was der damalige Kriegs-Minister unterm 13. September erlassen hat. Das gegenwärtige Kriegs-Ministerium hat vorgestern, am 23. d. Mts., das Programm der Regierung den kommandirenden Generalen mitgetheilt und dabei Gelegenheit genommen, seinen festen Willen auszusprechen, reaktionären Bestrebungen entschieden entgegenzutreten. Hier ist dieser mein Erlaß:
>
> In Folge meiner Ernennung zum Minister-Präsidenten und Kriegs-Minister beehre ich mich, Einem ꝛc. hierbei das Programm des neuen Ministeriums ergebenst zu übersenden.
>
> Se. Majestät der König haben Sich bereits in dem Armee-Befehl vom 1. Mai d. J. über die Stellung auszusprechen geruht, welche die Armee bei den veränderten Verhältnissen des Staats einzunehmen habe. Auch hat mein Amtsvorgänger, der Generallieutenant Freiherr von Schreckenstein,

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 59. Sitzung, am 25. 9. 1848, S. 1209/10.

Digitized by Google

wiederholentlich und zuletzt in dem Erlasse vom 13. d. M. erklärt, daß die Regierung Sr. Majestät reaktionäre Tendenzen überall nicht hege und den eingeschlagenen Weg konstitutioneller Entwickelung mit redlichem Willen verfolgen werde. Zugleich ist dabei auf die Nothwendigkeit von ihm hingewiesen worden, in diesem Sinne durch alle Instanzen auf die Untergebenen angemessen einzuwirken. Einverstanden mit diesen Ansichten und entschlossen, reaktionäre Tendenzen nicht zu dulden, ersuche ich Ein ꝛc., das gute Einvernehmen zwischen Zivil und Militär nach Kräften zu fördern, und, wo sich reaktionäre Bestrebungen wider Erwarten bei den Wohldemselben untergebenen Truppen zeigen sollten, denselben entschieden entgegen zu treten. Ein ꝛc. wolle zu dem Ende von meinem gegenwärtigen Erlasse die Wohldemselben untergebenen Offiziere aller Grade zur Nachachtung in Kenntniß setzen.

Dieselben sind zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß sie, nach dem von Sr. Majestät der National-Versammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe, gleich den Zivil-Beamten, zur Aufrechterhaltung der Verfassung seiner Zeit eidlich werden verpflichtet werden, und daß mit der Uebernahme solcher Verpflichtung alle antikonstitutionellen Bestrebungen, wie sie überhaupt mit der Stellung eines Offiziers in der Armee unverträglich sind, in Widerspruch stehen würden.*)

Je schwieriger die gegenwärtige Lage des preußischen und des gesammten deutschen Vaterlandes ist, desto nothwendiger ist ein einmüthiges Zusammenwirken aller gesetzlichen Gewalten, desto mehr muß selbst der Schein einer Spaltung vermieden werden, um den Feinden des Vaterlandes jeden Vorwand, jede Hoffnung zu benehmen, um das gesäete Mißtrauen zu entfernen und allen Unbefangenen die Ueberzeugung zu gewähren, daß die von unserem Könige angebahnte freie Entwickelung des konstitutionellen Staates von der vaterländischen Kriegsmacht nicht bedroht, sondern geschützt wird.

Ich erkenne vollständig die Schwierigkeit der Aufgabe, die ich mit dem von Sr. Majestät mir anvertrauten Amte übernommen habe, halte mich aber überzeugt, daß Ein ꝛc. sowohl, als die unter Wohldessen Befehl stehenden Offiziere, bewährt in Treue und Liebe zu König und Vaterland, mit mir nach demselben Ziele streben werden.

Berlin, den 23. September 1848.

Der Kriegs-Minister.
von Pfuel.

Zirkulare
an die General-Kommandos, die General-Inspektion der Artillerie und der Festungen, das Gouvernement hier, die Militär-Gouvernements in Mainz und Luxemburg, die Inspektion der Jäger und Schützen und den General der Kavallerie v. Wrangel.

Diese konstitutionelle Leistung brachte dem Ministerium den ungetheilten Beifall des Abgeordneten Stein ein. Derselbe sagte in seinem die Debatte schließenden Worte:

---

*) Die eidliche Verpflichtung des Heeres auf die Verfassung hat bekanntlich niemals stattgefunden.

Digitized by Google

Meine Herren! Ich beantrage den Schluß der Debatte; ich freue mich aussprechen zu können, daß das Ministerium die Beschlüsse in dem Sinne ausgeführt hat, wie wir sie am 9. August und 7. September gefaßt haben;

(Bravo.)

ich freue mich, daß das gegenwärtige Ministerium diese Beschlüsse ausgeführt, denen das frühere Ministerium sich widersetzt hat, die das frühere Ministerium für inkonstitutionell erklärte.

Eine zweifelhafte Ehre wahrlich für die damaligen Räthe der Krone, dieses Lob, ebenso bedenklich, als wenn dasselbe heute etwa dem Ministerium Bismarck von irgend einem berühmten demokratischen Zeitgenossen zu Theil würde.

Der wahrhaft wohlgesinnte Theil der Bevölkerung, die Tragweite parlamentarischer Ränke und Kniffe, welche die Kunstsprache häufig unter dem Begriffe „Kompromisse" mitversteht, noch nicht kennend, begrüßte die Beilegung des ärgerlichen Zwistes. Der Ruhe um jeden Preis liebende Philister freute sich, ob des nunmehr seiner kindlich naiven Meinung nach zweifellos eintretenden Friedens und dessen Behaglichkeiten. Anders die professionsmäßigen, bezahlten oder sich selbst bezahlt machenden Agitatoren, die den Kampf eben des Kampfes wegen wollten. Sie waren in ihren Hoffnungen getäuscht. Sie ballten die Fäuste. Unmuth und Hohn kennzeichnete ihre Auffassung der Situation. Sie waren es denn auch, welche, wie Rimpler selbst sagt,*) „die einmal feiernde und vielleicht auch bezahlte" Menge nach dem Schlusse der National-Versammlung in der Nähe des Schauspielhauses zunächst zusammenhielt. Nicht lange und die Haufen verdoppelten sich. Die Massen schwollen mehr und mehr an. Von den fernen Sammelplätzen strömte die dunkle Ehrengarde herbei, wunderliche Gestalten, Gesindel aller Art, die Kondottieri der Straße par excellence.**) Die Revolution hatte die Blüthe ihrer Streiter — auch die Giftpflanze trägt ja Blüthen — entsendet, ein Opferfest zu begehen, und nun sollten die der Orgie Lüsternen um ihr Bachanal kommen. Unerhört! Um so schmerzlicher empfunden, als sie von ähnlichem Schicksal nicht zum ersten Male heimgesucht wurden. Von Tag zu Tag, von Woche zu Woche waren die bedauernswerthen Heloten hingehalten, getäuscht, betrogen worden. Ihre Geduld, wer vermöchte es nicht zu ermessen, war zu Ende, ihre Gefühle, wer sollte sie nicht würdigen, verletzt, ihre Mittel, wer sollte es nicht glauben, erschöpft, war doch der reguläre Sold nur ein kärglicher, die Beute aber — seit dem Zeughaussturme höchstens ein Paar erbärmliche Schneiderläden — lange Zeit hindurch eine überaus magere gewesen.

---

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 64.

**) Dieselben, von denen Bassermann etwas später sagte: „Spät kam ich (d. h. in Berlin) an, durchwanderte aber noch die Straßen und muß gestehen, daß mich die Bevölkerung, welche ich auf denselben namentlich in der Nähe des Sitzungslokals der Stände erblickte, erschreckte; ich sah hier Gestalten die Straße bevölkern, die ich nicht schildern will." (Vergl. Stenogr. Bericht der Frankfurter National-Versammlung, 118. Sitzung, am 18. 11. 1848, S. 3407.)

Digitized by Google

„Sind wir umsonst hierher gerufen? Auf heute vertröstet man uns und dann auf morgen, und so geht es fort," das war das Räsonnement des Pöbels. Die Reflektionen der bis tief in die Reihen der National-Versammlung hineinreichenden ersten Auftraggeber waren allerdings andere. Ihnen war die Nähe Wrangel's, sein Empfang von Seiten der Bevölkerung gelegentlich der Parade am 20. in die Glieder gefahren. Sie fühlten sich unbehaglich, um so unbehaglicher, als es ihnen zum ersten Male klar wurde, daß die Disziplin ihrer Gefolgschaft locker zu werden beginne, daß ihr Heer nicht mehr so willfährig sei, wie in den ersten Phasen des Hexentanzes. Denn so sehr sie auch heute beschwichtigend widersprachen — sie waren sich der Gefahr eines untergeordneten Krawalls ohne tiefer gehende, allgemeine Sympathien wohl bewußt — das Volk, das souveräne Volk, verlangte dennoch eine That. Sie mußten sich also, wollten sie ihr revolutionäres Ansehen nicht verlieren, zu einer solchen entschließen, und sie entschlossen sich. So gab man dem Pöbel denn als Parole: die Freilassung der politischen Gefangenen!

Gegen 6 Uhr Nachmittags begab sich die Menge nach dem Kriegs-Ministerium und von dort, nachdem die üblichen Deputirten mit gewohnheitsmäßiger Unverschämtheit ihr Ansinnen vorgebracht hatten, aber abgewiesen worden waren, direkt nach dem Molkenmarkt, um ihren Willen erforderlichenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Nur durch Aufwendung äußerster Kraftanstrengung gelang es, die Gefängnisse zu schützen. Mit Barrikadenbau und Unfug aller Art endete trotz des Aufgebots und trotz des ermüdenden Herumstehens zahlreicher Bürgerwehr-Bataillone auch dieser Tag, wie viele andere vor ihm. Den erwarteten besonderen Zauber hatten die „ungesetzlichen" Rimpler'schen Proklamationen bezüglich Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung also nicht geübt.

Von einer dementsprechenden Wirkung war dagegen das Wrangel'sche Auftreten seit seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken auch in weiteren Kreisen gewesen. Unmittelbar auf eine solche ist das Einschreiten des kommandirenden Generals des VI. Armee-Korps, Grafen Brandenburg, zu Breslau am 20. September, sowie das der Kommandanten von Köln, Generals Kaiser und Obersten Engels, am 26. September, gegenüber Pöbelexzessen und im Hinblick auf die Lässigkeit und Ohnmacht der Bürgerwehr, dieselben niederhalten zu können, ev. deren Weigerung, sie niederhalten zu wollen, ja der Betheiligung an den Exzessen selbst seitens einzelner Bürgerwehrleute, zurückzuführen.

Sei es, daß das Auftreten der oberen Militärbehörden in Berlin, Breslau und Köln den leitenden Revolutionsorganen zu denken gegeben, sei es, daß sich ihrer aus anderen Gründen eine gewisse Apathie bemächtigt hatte, die letzten Tage des September und nahezu die erste Hälfte des Oktober verliefen in Berlin verhältnißmäßig ruhig.

Am 12. Oktober Vormittags 10¼ Uhr erhielt das Bürgerwehr-Kommando folgende Requisition des Königlichen Polizei-Präsidiums:

Digitized by Google

Es ist mir mitgetheilt worden, das heute ein Zug vom Köpenicker Felde her durch die Dresdner Straße nach dem Gensdarmenmarkt beabsichtigt wird, bei welchem eine Puppe, den General v. Pfuel darstellend, herumgetragen werden soll. Der Zug wird wahrscheinlich um die Mittagszeit stattfinden. Die Schutzmannschaft ist zwar von mir angewiesen worden, die Demonstration nach Kräften zu verhindern, da letztere jedoch gegen einen starken Haufen von Arbeitern nicht ausreichend sein möchte, so ersuche ich ein Hochl. Kommando der Bürgerwehr ergebenst, eine angemessene Abtheilung von Bürgerwehr in Bereitschaft zu halten, um auf weitere Requisition der Schutzmannschaft gegen den Unfug einzuschreiten. Es dürfte zweckmäßig sein, wenn eine Abtheilung Bürgerwehr schon bei der Dresdner Straße aufgestellt würde, um den Zug gleich beim Beginn zu kouviren, und bitte ich, im Falle des Einverständnisses, mich von dem Orte der Aufstellung gefälligst schleunigst in Kenntniß setzen zu wollen, damit ich die Schutzmannschaft anweisen kann.

Berlin, den 12. Oktober 1848.

Der Polizei-Präsident.
v. Bardeleben.

Dieser Requisition wurde durch Aufstellung desjenigen Bataillons, in dessen Revier die Dresdner Straße lag, Folge gegeben. Dasselbe nahm in dem an der Schäfergasse gelegenen Exerzierhause Aufstellung, ohne daß es jedoch zu der vom Polizei-Präsidenten befürchteten Demonstration gekommen wäre. Als aber im Laufe des Nachmittages die beim Kanalbau beschäftigten Arbeiter, wie dies fast täglich geschah, in demonstrativer Weise allerlei Unfug trieben und endlich rohe Gewaltakte verübten, schritt das in der Nähe befindliche, seitens der Polizei requirirte Bataillon — nicht ein.

Um auch in der strengeren Jahreszeit den brotlosen Arbeitern Beschäftigung und dementsprechend Verdienst gewähren zu können, sollte am Kanal eine Wasserpumpmaschine aufgestellt werden. Dem widersetzten sich die zur Zeit dort beschäftigten Arbeiter, der Meinung, durch jene Maßregel in ihrer Aussicht auf dauernden Erwerb benachtheiligt zu sein, zertrümmerten die Maschine und warfen einzelne Theile derselben ins Wasser. Als, nach hierauf bezüglicher Meldung an das Bürgerwehr-Kommando, Major Rimpler Nachmittags gegen 5 Uhr an Ort und Stelle erschien, fand er den laut schreienden und heftig gestikulirenden Arbeitergruppen gegenüber zunächst eine Abtheilung Schutzmannschaft und hinter dieser jenes Bürgerwehr-Bataillon aufgestellt. Auf die an den Führer des letzteren gerichtete Frage: „Warum er die Zerstörung der Maschine nicht verhindert habe?“ entgegnete dieser: „Er (der Bataillons-Kommandeur) habe auf Requisition der Schutzmannschaft sein Bataillon sogleich vorrücken lassen, allein die Maschine sei bereits zerstört gewesen, und der Baumeister habe gebeten, Schutzmannschaft und Bürgerwehr zurückzuziehen, weil dann die Arbeiter wieder an die Arbeit gehen würden, und seitdem stehe das Bataillon auf diesem Flecke.“

Digitized by Google

Als nun gegen 6 Uhr die Ruhe hergestellt schien, entließ Major Rimpler das Bataillon, bestellte dagegen ein anderes, welches bald am Exerzierhause eintreffen sollte, und verließ selbst den Schauplatz jener Ereignisse. Kaum war derselbe jedoch in seinem Bureau angelangt, als die Meldung einlief, „die Arbeiter seien nochmals zurückgekehrt und hätten die hölzernen Theile der Maschine in Brand gesteckt."

Der Kommandeur der Bürgerwehr eilte mit einem anderen zu seiner Verfügung stehenden Bataillon sofort vom Schlosse aus auf jenen Arbeitsplatz zurück, wo jedoch das requirirte Bataillon immer noch nicht eingetroffen war.

Bei einem nunmehr in der Dresdner Straße sich entwickelnden Exzesse wurde die dorthin entsendete Bürgerwehr-Kompagnie mit großen Pflastersteinen beworfen. Trotzdem auf dieselbe auch geschossen worden sein soll, machte sie von ihrer Schußwaffe keinen Gebrauch. —

Am 6. Juli hatte die Regierung der zur Vereinbarung der preußischen Verfassung berufenen Versammlung einen Gesetzentwurf, betreffend „die Errichtung der Bürgerwehr", zugehen lassen. Nach Durchberathung desselben von Seiten der Zentralabtheilung jener Versammlung, legte diese das Ergebniß der nicht unwesentliche Abänderungen in sich schließenden Kommissionsarbeiten am 16. August dem Plenum vor. Dieses begann am 18. desselben Monats seine Verhandlungen und beendete sie am 4. Oktober. Am 17. Oktober erhielt das Gesetz die Königliche Bestätigung.

„Zum richtigen Verständniß Dessen, was die Revolution des Jahres 1848 mit der Volksbewaffnung eigentlich bezweckte," sagt eine vor Kurzem erschienene Schrift über denselben Gegenstand,*) „ist es unumgänglich erforderlich, diejenigen Verhandlungen der National-Versammlung kennen zu lernen, aus welchen das Gesetz vom 17. Oktober hervorging.

Dieselben sind um so interessanter und lehrreicher, als sie den Ausgangspunkt aller bis auf die Gegenwart gültig gebliebenen, zum überwiegenden Theile der französischen Revolution entlehnten Doktrinen der Demokratie bei Behandlung militärischer Angelegenheiten zum Ausdruck bringen. Sie sind gewissermaßen der Katechismus, aus dem unsere Fortschrittsleute und Freisinnigen, unsere Demokraten und Radikalen aller Schattirungen jene grundlegenden Theorien entlehnen, welche sie bezüglich der Organisation des Heeres, seines Verhältnisses zum Kriegsherrn, sowie seiner Stellung im Staatsleben überhaupt in die Praxis übertragen sehen möchten."

Am schroffsten treten die Grundsätze, welche die Revolution zu verkörpern bestrebt war, bei Berathung der einzelnen Gesetzesparagraphen hervor, theils an sich, theils durch die Entgegnungen, welche sie seitens der konservativen Elemente der Versammlung erfahren.

---

*) Vergl. „Wie sich die Demokratie das Volk in Waffen dachte," S. 20. — Die Schrift enthält die Verhandlungen über das Bürgerwehrgesetz in größeren Auszügen.

Digitized by Google

Es wird genügen, zur Charakteristik des Vorgesagten die wesentlichsten Stellen aus jenen Kammerreden hervorzuheben.

Zu § 5, welcher lautete:

Die Bürgerwehr gehört zum Ressort des Ministers des Innern,

sagt der Abgeordnete Jung u. A.:*)

> . . . Das Institut der Bürgerwehr in die Hände des Ministeriums zu legen, halte ich für bedenklich und dem Geiste desselben widersprechend; denn ich suche das Recht der Bürgerwehr in dem Rechte des freien Mannes, sein Recht zu wahren. Es ist dasselbe Recht, welches im Mittelalter der Adel hatte, welches in der Art niedergeschrieben stand, daß, wenn sich der Fürst gegen die Konstitution verging, jenem das Recht blieb, sich bewaffet zu erheben. Die Bürgerwehr, meine Herren, ist die civilisirte Art dieses Widerstandsrechts, welches in alten Zeiten die priviligirten Stände hatten, jetzt aber in unserem Staate jeder freie Bürger hat, sobald man die Freiheit antastet. Daß man ein solches Recht vom Ministerium soll kontroliren lassen, scheint mir ein Widerspruch.

Hierauf erwidert der konservative Abgeordnete Baumstark u. A.:**)

> Es ist von ihm***) als gefährlich und gegen den Geist der Freiheit laufend angesehen worden, daß von den Behörden die Bürgerwehr requirirt, suspendirt und aufgelöst werden könnte. Mit dieser Ansicht hängt das zusammen, was der Abgeordnete Jung in Beziehung auf eine Staatstheorie soeben entwickelt hat, auf welcher es beruht, daß die Bürgerwehr der öffentlichen Macht, der ganzen Staatsgewalt als solcher gegenüberstehen soll, um derselben mit den Waffen in der Hand einen thätigen Widerstand entgegenzusetzen. Diese Theorie des bewaffneten Widerstandes, der Revolution, ist diejenige, welche in der ersten französischen Revolution aufgestellt wurde, welche sich aber nicht hat lange halten können. Es ist ein Unglück, die Revolutionen, wenn sie einzutreten drohen, mit vernünftiger Staatseinrichtung oder sonst wie nicht verhüten zu können, aber die Revolution auf diese Weise durch ein Gesetz sanktioniren, ist das Ernsthafteste, das Gefährlichste, was wir thun können, wenn dieses auch nur beiläufig in der kleinsten Ecke eines Paragraphen des Bürgerwehrgesetzes seinen Platz fände.

Zu § 7, welcher nach den durch die Zentralabtheilung in Vorschlag gebrachten, Gesetz gewordenen Abänderungen lautete:†)

Jedes Mitglied der Bürgerwehr leistet vor dem Gemeindevorsteher, in Gegenwart des Befehlshabers der Bürgerwehr, folgende eidliche Versicherung:

---

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 45. Sitzung, am 28. 8. 1848, S. 938.
**) Vergl. Stenogr. Bericht, 45. Sitzung, am 28. 8. 1848, S. 939.
***) Bezieht sich auf einen früheren Redner.
†) § 5 lautete nach der Regierungsvorlage:

Jedes Mitglied der Bürgerwehr leistet vor dem Gemeindevorsteher, in Gegenwart des Befehlshabers der Bürgerwehr, folgenden Eid:

„Ich schwöre Treue und Gehorsam dem Könige, der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs."

Digitized by Google

„Ich gelobe Treue dem König und Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs,"

sagt der Abgeordnete Jung:*)

Der erste und Haupteid, mit dem der Mensch geboren, ist der, mitzuarbeiten an der Zivilisation und an der Geschichte der Menschheit. Dieser Eid kann durch keinen politischen Eid über den Haufen geworfen werden. Die politischen Eide halte ich für ein abgenutztes Staatsmittel, Bewegungen festzustellen, festzuhalten und zu sichern gegen das Künftige. Daher ist man in Frankreich dahin gekommen, Diensteide ganz abzuschaffen, und ich halte dies auch für das Klügste. Wenn die Herren meinen, in Deutschland gelte der Eid sehr viel, so erinnere ich daran, daß in dieser Versammlung schon Mancher solchen Eid gethan hat, der seinem Amt als Volksvertreter widerspricht. Alle Beamte, ja sogar die Richter, haben den Eid leisten müssen, getreue Diener des Königlichen Hauses zu sein; ich aber frage Sie, wie kann man als Vertreter des Volks noch getreuer Diener des Königs sein?

und demnächst der Abgeordnete D'Ester:**)

Meine Herren! Ich habe mir das Wort erbeten, um gegen den ganzen Paragraphen zu sprechen, weil ich jeden Diensteid etweder für eine Illusion oder für eine Lüge halte. Die Unhaltbarkeit des Diensteides ist schon auseinandergesetzt, und ich will nicht wieder darauf zurückkommen. Gehen Sie auf die Geschichte aller Länder zurück, so werden Sie finden, daß durch die Nothwendigkeit der Verhältnisse nicht eine, sondern viele Personen nicht einen, sondern häufig fünf bis sechs der widersprechendsten Diensteide zu schwören gezwungen waren. Daraus sehen Sie auch schon, daß der Diensteid entweder eine Illusion oder eine Lüge ist.

Zu § 51 des durch die Zentralabtheilung abgeänderten Gesetzentwurfes, welcher lautete:***)

Der Oberst wird von dem Könige aus einer Liste von drei Kandidaten ernannt, welche von den Anführern der betreffenden Bataillone bis abwärts zu den Rottenführern, diese mit eingeschlossen, gewählt werden,

sagt der Abgeordnete Jung:†)

Meine Herren! Man hat sich auf die Pietät der Krone gegenüber berufen. Ein solches Gefühl, meine Herren, kenne ich nur Personen, aber nicht Sachen gegenüber.

---

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 45. Sitzung, am 28. 8. 1848, S. 942.

**) Vergl. Stenogr. Bericht, 45. Sitzung, am 28. 8. 1848, S. 942.

***) Der mit dem § 51 des abgeänderten Gesetzentwurfs identische § 49 der Regierungsvorlage lautete:

Der Oberst wird von dem Könige aus einer Liste von drei Kandidaten ernannt, welche von den Anführern der betreffenden Bataillone bis abwärts zu den Zugführern, diese mit eingeschlossen, gewählt werden.

†) Vergl. Stenogr. Bericht, 47. Sitzung, am 31. 8. 1848, S. 975.

Digitized by Google

Zu § 59*), dessen Alinea 1 lautete:

Für die Dienstkleidung, wo eine solche stattfindet, für die Dienstzeichen und für die Waffen muß jedes Mitglied der Bürgerwehr auf eigene Kosten sorgen,

sagt der Abgeordnete Jacoby:**)

> . . . Nicht auf das Königliche Versprechen selbst, wohl aber ist darauf ein besonderes Gewicht zu legen, daß jenes Versprechen nach einem 16stündigen Kampfe der Bürger mit der bewaffneten Macht gegeben wurde, daß es gegeben wurde, um das überall laut gewordene Verlangen nach allgemeiner Volksbewaffnung zu befriedigen. Mit Recht kann das Volk von uns die Erfüllung jenes Königlichen Versprechens verlangen. Allein auch andere Gründe sprechen für die Bewaffnung der Bürgerwehr auf Kosten des Staates. Wenn die Erhaltung der politischen Ruhe, wenn die Vertheidigung des Landes gegen äußere Feinde eine allgemeine, eine Sache des Staates ist, dann kommt natürlich auch die Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel dem Staate zu. Aus der Bestimmung der Bürgerwehr geht also schon hervor, daß der Staat es ist, der die Kosten der Ausrüstung tragen muß, nicht der einzelne Bürger. Der einzelne Bürger kann unmöglich für das, was er im Interesse der Gesammtheit leistet, noch obenein einer Steuer, und noch dazu einer so ungleichmäßigen und ungerechten Steuer, unterworfen werden. Der Herr Minister des Innern hat, soweit ich seiner Ausführung folgen konnte, nur zwei Gründe gegen die Bewaffnung der Bürgerwehr auf Staatskosten vorgebracht: Einmal die Ausführung der Sache sei schwierig, und dann, der Kostenaufwand sei sehr bedeutend. Schwierig scheint die Ausführung der Sache wohl nur Denen, die in ihren Gedanken sich von dem alten Militärsystem entweder nicht trennen können oder — aus Mißtrauen gegen die Bürger — nicht trennen wollen.***)
>
> Was den Kostenaufwand betrifft, so mag der allerdings sehr bedeutend sein. Wir hören, es seien 12 Millionen erforderlich. Wäre aber selbst diese Summe doppelt so groß, so könnte solches doch nicht als Gegengrund wider den von mir gemachten Vorschlag gelten. Im Gegentheil! Gerade der Kostenaufwand muß uns umsomehr bestimmen, auf die vorgeschlagene Aenderung des § 59 zu bestehen; denn eben weil die Regierung nicht im Stande ist zu gleicher Zeit die Kosten für die Bürgerwehr und für die Landwehr aufzubringen, — eben dadurch wird die Regierung gezwungen,

---

*) § 57 der Regierungsvorlage.

**) Vergl. Stenogr. Bericht, 51. Sitzung, am 5. 9. 1848, S. 1065.

***) Der Minister des Innern Kühlwetter widerlegt die thatsächlich unwahre Behauptung, der König habe versprochen, der Staat solle die Kosten der Bürgerbewaffnung tragen, folgendermaßen: „Ich muß mir eine faktische Bemerkung erlauben: Es ist vom Abgeordneten Jacoby gesagt worden, daß die Bekanntmachung vom 19. März cr. von dem Polizei-Präsidenten erlassen sei. Das ist ein Irrthum. Sie ist unterschrieben mit folgenden Namen: „v. Minutoli, Hollbein, Glaue, Haak, Dr. Wöniger, Devaranne, Krug. Hierin liegt der Beweis, daß, wenn auch der Name des damaligen Polizei-Präsidenten dabei ist, dies doch keine amtliche Bekanntmachung ist."

Der § 3. des von diesen Persönlichkeiten am 19. März veranlaßten Maueranschlags lautete: „Die Kosten der Bewaffnung trägt der Staat."

Digitized by Google

von ihren bisherigen Grundsätzen abzugehen, die Bürgerwehr und Landwehr zu verschmelzen und sich dem Systeme allgemeiner Volksbewaffnung zuzuwenden.

Zu § 65 des von der Zentralabtheilung abgeänderten Gesetzentwurfes:*)

Die Bürgerwehr tritt, sobald es der im § 1 angegebene Zweck erheischt, auf Requisition des Gemeindevorstehers oder der von ihm delegirten Gemeindebeamten, sowie der demselben vorgesetzten Kreisbehörde, in Dienstthätigkeit,

sagt Abgeordneter Jung:**)

„Meine Herren! Auf die prinzipiellen Gründe, aus dem Wesen des Instituts hervorgehend, hat der Herr Minister mit prinzipiellen Gründen nicht geantwortet, sondern er hat so zu sagen mit der Leidenschaft darauf erwidert. Der Herr Minister hat auf die Frage: „Soll unter den Behörden, welche die Bürgerwehr unter die Waffen rufen und in Dienstfähigkeit setzen können, auch der oberste Befehlshaber der Bürgerwehr gehören?“ mit einer Schilderung der anarchischen Zustände Deutschlands geantwortet.

Ich kann dem Minister eine entgegengesetzte Schilderung machen von den Gefahren, die von Seiten eines reaktionären Militärs drohen, von Seiten der alten Bureaukratie, die wie ein Bandwurm das Land durchflochten hat, welche wie eine Flechte sich verbreitet hat über unsere Zustände. Eine ähnliche Schilderung könnte ich machen von diesen beiden Systemen, welche die Unruhen hervorrufen beim Volke, weil es nicht glauben kann an die Aufrichtigkeit solcher Systeme, die kein Haar nachgeben wollen. Wenn der Minister sagt: „Ueberall ist Unruhe und Gefahr der Anarchie“, so erwarte ich, gerade weil sie da sind und die Unruhen durch Mängel des Staats hervorgebracht werden, so hat der bewaffnete Bürger das Recht, seine Freiheit zu schützen, um innerhalb des Kampfes eine Sicherheit zu haben, die sich nicht an die Erlaubniß von Behörden knüpft, die mit der Bürgerwehr Nichts zu thun haben. Der preußische Bürger hat das Recht seine Waffen zu führen, wenigstens hat sein Anführer das Recht, zu sagen, jetzt ist es Zeit, jetzt mußt du handeln.“

---

*) Der mit § 65 identische § 63 der Regierungsvorlage lautete:

„Die Bürgerwehr tritt, sobald es der im § 1 angegebene Zweck erheischt, auf Requisition des Gemeindevorstehers oder der demselben vorgesetzten Behörden in Dienstthätigkeit.

Im Falle der Dringlichkeit kann die Requisition unmittelbar von allen in § 9 genannten Beamten erlassen werden.“

Anmerkung: Diese Beamten waren:

Verwaltungschef des Regierungsbezirks oder des Kreises,
Bürgermeister,
Polizeidirektor oder -Präsident,
Polizeikommissarius,
Beamter der Staatsanwaltschaft,
Gerichtspräsident oder -Direktor,
Untersuchungsrichter,
Friedensrichter,
Ortsschulze oder jeder andere Vorsteher einer Landgemeinde.

**) Vergl. Stenogr. Bericht, 60. Sitzung, am 26. 9. 1848, S. 1237.

Digitized by Google

Darauf erwiderte der Abgeordnete Baumstark:*)

„Es fehlt in Betreff des Paragraphen nur noch ein Vorschlag, nämlich der Vorschlag, daß jeder Bürgerwehrmann auf eigene Hand sich versammeln und die Verfassung schützen könne. Meine Herren, wenn wir es erst soweit gebracht haben, dann ist gewiß erreicht, was man erreichen will, nämlich, daß wir keine Verfassung haben, auch kein Gesetz und keine Ordnung bekommen, mag nun in Frankfurt ein Bundestag oder eine Zentralgewalt sein, wenn wir nur dahin wirken, entweder blos Unordnung oder völlige Anarchie zu erhalten. Meine Herren! Alles hat seine Uebertreibungen, und ich wollte dies nur anführen, um die ganz heillosen Uebertreibungen, die ungerügt von der einen Seite hier und draußen gemacht werden können, zu charakterisiren.

Ich kenne kein eigentlich freies Land, und ich fordere Sie auf, meine Herren, wenn Einer unter Ihnen ist, der es vermag oder wagen will, mir das freie Land zu nennen, in welchem der Bürgerwehr oder der bewaffneten Macht ein solches Recht eingeräumt gewesen wäre, oder noch ist, wie es hier gefordert wird. Es ist gegen alle gesetzliche Ordnung, nicht blos gegen die Ordnung der Bürgerwehr und des Militärs, sondern es ist gegen jede Ordnung im Staate überhaupt, ein solches Recht der bewaffneten Macht zu fordern, und angesichts dieser einfachen, von dem Volke eingesehenen und bis zum gemeinsten Stande hinunter begriffenen Wahrheit will man uns weis machen, die Ordnung verlange, daß diese Anordnung in das Bürgerwehr-Gesetz hineingelegt werde, daß die Unordnung lauernd durch ein Gesetz hinter die Verfassung gestellt werde.

Ich kann dies nicht begreifen, außer mit einer einzigen Begründung, mit der Bestrebung gegen Alles, was von der Regierung oder von der anderen Seite kommt, Mißtrauen zu hegen, eben weil es daher kommt, und nicht blos zu hegen, sondern auch auszusäen, — mit dem Streben, statt Recht und Freiheit nur rohe Gewalt und Volkstyrannei zum Gesetze zu machen.

Ich kann nicht begreifen, wie man, wenn man es mit dem Vaterlande wohl meint, daran denken kann, zwischen Zivil- und Militärgewalt solchen Zwiespalt zu pflanzen. Müssen wir uns denn immer vorstellen, daß die Zivilbehörde nur Gebrauch macht von der Militärmacht, um das Volk zu unterdrücken? Haben wir denn nicht einen solchen Umschwung in der nationalen Gesinnung erlebt, daß wir der Ueberzeugung sein können, daß das Volk stark genug ist, um solchem Unfug entgegenzuwirken? Müssen wir die alten Uebelstände hervorrufen, um den Umschwung in den jetzigen Tagen geflissentlich aufzuhalten und zu verdächtigen? Es liegt diesem unverantwortlichen Treiben eine Ursache zu Grunde, die ich in der vorletzten Sitzung glaube zur Genüge bezeichnet zu haben, und ich bitte Sie dringend, meine Herren, bleiben Sie bei dem, was von der Regierung im Entwurfe vorgeschlagen ist. Dahinter liegt kein Mißtrauen, keine böse Absicht, sondern blos die natürliche Nothwendigkeit eines zweckmäßigen Staatsorganismus zur Erhaltung der wahren bürgerlichen Freiheit.

Der Abgeordnete Baumstark hatte in der 58. Sitzung, am 22. 9. 1848, (Vergl. Stenogr. Bericht, S. 1201) gesagt:

---

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 60. Sitzung, am 26. 9. 1848, S. 1237/38.

Digitized by Google

Ich verabscheue nicht blos die That, ich verabscheue auch den Thäter, und ich verabscheue nicht blos die Thäter, sondern ich verabscheue auch alle diejenigen, welche zu diesen Handlungen der Thäter Veranlassung gegeben haben . . . .

Jeder Einsichtsvolle wünscht, daß die Gesetze endlich auf Grund einer guten Verfassung abgeändert, verbessert werden.

Aber von jener Partei, welche die Greuel in Frankfurt veranlaßt hat,*) will man die Gesetze nicht, man will nicht die Ruhe, man will die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland, man will sie bei uns nicht haben. Das Ereigniß in Frankfurt ist kein vereinzeltes, es steht im Zusammenhang mit allen Ereignissen, welche sich seit den Märztagen in Deutschland, in den meisten Staaten Europas gezeigt haben. Es stehen hinter jenen Ereignissen alle Diejenigen, denen die Kräftigung Preußens und Deutschlands ein Dorn im Auge ist, welche überhaupt nicht haben wollen, daß ein geordneter Rechtszustand in unser Vaterland wieder eingeführt werde. Es stehen hinter jenen Ereignissen Diejenigen, welche den konfessionellen Frieden, den Frieden für die Schule nicht anbahnen wollen. Es stehen hinter jenen Ereignissen Diejenigen, welche unsere Heere verdächtigen und spalten und demoralisiren, die unseren deutschen Richterstand verdächtigen, — überhaupt alle Diejenigen, welche in dem, was jetzt besteht, Nichts sehen, als lauter Schlechtes und Unwahres, die aber nicht die sittliche Genügsamkeit haben, dahin wirken zu wollen, daß etwas Tüchtiges aus der deutschen Verfassung mit der deutschen Gesetzgebung werde. Wenn ich sie charakterisiren wollte, so könnte ich weiter fortfahren, ich könnte von Denen sprechen, die mit unsauberen Ideen, mit Unwahrheiten und mit förmlichen Lügen das Volk bethören, welches nicht im Stande ist, das Richtige, Wahre, für Alle Heilsame zu erkennen. Ich könnte von Denen sprechen, welche ohne Rücksicht auf die Ausführbarkeit gewisse, für Freiheiten jeder Art Schein annehmende Gesetze und Verwaltungsmaßregeln in Vorschlag bringen, und Denen, welche die Maßregeln dieser Art und solche Gesetze verwerfen, weil sie nicht ausgeführt werden können, den Handschuh vor die Füße werfen, ihnen mit Allem drohen, was den menschlichen Geist und die schwächeren Charaktere einschüchtern kann.

Dies System, ein System des Raub- und Mordrechts, ist leider jetzt über unser deutsches Vaterland verbreitet. Es verunglimpft den deutschen Namen, es zerstört die glorreichen deutschen, preußischen, nationalen historischen Errungenschaften. . . .

Die Berathung des Bürgerwehr-Gesetzes und die gelegentlich derselben von der Tribüne der National-Versammlung herab schrankenlos und ungestraft ins Volk geschleuderten anarchischen Hetzereien lieferten der revolutionären Agitation reichliches Material und verfehlten ihre Wirkung nicht. „Sie**) nahm keinen Anstand," sagt die bereits zitirte Schrift,***) „es unumwunden zu verlangen, daß an Stelle des stehenden Heeres, des Volks in Waffen nach altpreußischer Tradition, ein lediglich von dem

*) D. h. die Ermordung des Generals v. Auerswald und des Fürsten Lichnowsky.
**) D. h. die Demokratie.
***) Vergl. „Wie sich die Demokratie das Volk in Waffen dachte," S. 53/54.

Digitized by Google

souveränen Willen des großen Haufens abhängiges, dem Belieben seiner Führer unterstelltes, zur Bekämpfung der Monarchie geeignetes und geneigtes Institut, eine im Solde des Parlaments stehende Volkswehr trete. Sie beanspruchte für die zu bildende Miliz alle in der Revolution wurzelnden, aus der Revolution hergeleiteten Fundamentalrechte des sogenannten souveränen Volkes, nicht ausgenommen dasjenige, den König mit bewaffneter Faust ungestraft vom Throne stürzen zu dürfen."

Das Bürgerwehr-Gesetz war angenommen worden, seine Promulgation stand bevor. Die Bürgerwehr sollte also ein Werkzeug der Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sein, kein selbstständiger politischer Körper, sondern der Gemeinde-Verwaltung unterstellt. Unerhört! Auch hatte sie dem Könige Treue zu geloben. Noch unerhörter! Volkssouveränetät und Treue dem Könige! Die Schmach solchen Ansinnens mußte durch eine ostensibel Manifestation gesühnt, ein solches, die „sieg- und glorreich" errungenen Volksrechte antastendes Gesetz der allgemeinsten Verachtung Preis gegeben werden. Ein großer Zug durchschritt am 5. Oktober die Stadt. Inmitten derselben trug ein Esel das verdammungswürdige Gesetz. Auf dem Platze vor dem Sitzungssaale der Kammer wurde es feierlich verbrannt. Die Bürgerwehr, Gewehr im Arm, Befriedigung im Busen — sah dem Schauspiel thatenlos zu.

Wenige Tage später sollte dem Bilde Wrangel's, des Helden von Schleswig, ein ähnliches Schicksal zu Theil werden. Zwar that die Bürgerwehr dem ekten Treiben nunmehr Einhalt, immerhin aber wurden bei dieser Gelegenheit doch die preußischen Farben, mit Koth besudelt, den Flammen überliefert.

Auch diese Lustbarkeiten frivolster, schrankenlosester Agitation genügten dem Kitzel des Pöbels nicht mehr. Müde der Herrschaft des ihm viel zu viel kalkulirenden Führerthums, ging er nunmehr selbstthätig ans Werk.

Am 16. Oktober theilte das Kommando der Schutzmannschaft demjenigen der Bürgerwehr mit, „es werde sich wahrscheinlich bald ein Zug Arbeiter in die Stadt ziehen, um dort neue Unruhen zu vollführen." Daraufhin wurde von dem in obenerwähntem Exerzierhause bereit gehaltenen 18. Bürgerwehr-Bataillon eine Kompagnie vor den Eingang der Dresdner Straße postirt. Als der Bataillons-Führer sich von hier nach dem Exerzierhause zurückbegab, folgte ihm ein Zug Arbeiter mit Musik und einer rothen Fahne. Ungeachtet denselben Schutzleute entgegengingen, blieben sie im Marsch, rückten, an ihrer Spitze der mit rothen Bändern geschmückte Schachtmeister, in das Exerzierhaus, erklärten, der Bürgerwehr ein Hoch ausbringen zu wollen, und führten dies thatsächlich aus. Der Major dankte Namens der Bürgerwehr und forderte sodann die Arbeiter auf, das Haus zu verlassen und an ihre Arbeit zu gehen. Ein großer Theil, darunter der Schachtmeister und der Fahnenträger, gaben dem Folge, ein anderer weigerte sich indessen, dies gutwillig zu thun und wurde nun gewaltsam entfernt, bei welcher Gelegenheit der Bürgerwehr-Zugführer Schultz einen Arbeiter mit dem Säbel über die Schulter hieb. Als die Bürgerwehr darauf ins Freie hinaustrat,

Digitized by Google

erhielt sie einige Steinwürfe, welche jedoch ein unmittelbares Einschreiten noch nicht zur Folge hatten. Vielmehr wurde gütlich mit den Arbeitern verhandelt. Einzelne suchten ihre Genossen von weiteren Ausschreitungen abzuhalten und forderten sie zum Zurückgehen auf. Dennoch mußte schließlich Ernst gemacht werden, weil sich die Arbeiter mit Aexten und Grabscheiten zum Widerstande rüsteten. Sie wurden mit Gewehr zur Attake Schritt vor Schritt bis über den vorliegenden Damm auf eine Wiese zurückgedrängt. Nun erfolgten abermals Unterhandlungen, die etwa 1½ Stunde währten, aber ebenfalls kein Resultat hatten. Inzwischen war der Bürgerwehr-Hauptmann Hirschfeld mit Fußtritten und Grabscheitschlägen mißhandelt worden. Das Bataillon wurde darauf an der Ausmündung der Schäfergasse, drei Kompagnien in erster, zwei in zweiter Linie, von Neuem formirt und blieb, trotz aller Drohungen und Beschimpfungen seitens der Arbeiter, eine halbe Stunde in seiner Stellung. Mittlerweile war die Meldung über diese Vorgänge im Zentralbureau der Bürgerwehr eingetroffen. Major Rimpler ließ sofort das 2. Bataillon an die Gewehre treten und marschirte mit demselben nach der Schäfergasse, wo es hinter dem 18. in Kolonne Aufstellung nahm. Die Bürgerwehrleute forderten nun von ihrem Oberbefehlshaber Munition, und dieser „mußte," wie er selbst berichtet, zu dem Zweck einen Stabsoffizier zurücksenden, welcher zugleich die Ordre erhielt, zwei weitere Bataillone (das 6. und 14.) zu allarmiren.

Der Führer des 18. Bataillons, Major Müller, erhielt das Kommando über die beiden anwesenden Bataillone, ließ die Arbeiter durch dreimaligen Trommelschlag zum Zurückgehen auffordern und, da diese Aufforderung fruchtlos blieb, Gewehr zur Attake nehmen. Demgegenüber zogen sich die Arbeiter auf einige, etwa 25 Schritt entfernt liegende Steinhaufen zurück. Von dort wurde nunmehr ein derartiges Bombardement mit Pflastersteinen auf die Bürgerwehr eröffnet, daß eine Menge Verwundeter hinstürzte, von denen einige als todt weggetragen werden mußten. Vergeblich erfolgte darauf das Kommando: „Marsch!" und das Anschlagen des Tambours, vergeblich war das Vorspringen des Majors Rimpler und des Hauptmanns Hirschfeld. Die Kolonne trat nicht nur nicht an, die Mitte derselben wich sogar zurück, als plötzlich, wahrscheinlich seitens der Arbeiter, ein Schuß fiel. Derselbe wurde aus den Reihen der Bürgerwehr ohne Kommando erwidert. Anfänglich nahm man, da vorher über Munitionsmangel geklagt worden, an, es handle sich um ein blindes Feuern mit Platzpatronen, die Arbeiter zu schrecken. Bald aber lehrte der Augenschein, daß die Schützen scharf geladen hatten. Die Arbeiter stoben nach allen Seiten hin auseinander, drei Todte und mehrere Verwundete auf dem Platze lassend. Die aufs Aeußerste gereizten Bürgerwehrleute stürzten sich nun in blinder Wuth ordnungslos auf die fliehenden Arbeiter und verfolgten sie bis Bethanien. Dabei lösten sich aber beide Bataillone dergestalt auf, daß trotz Blasens und Trommelns eine halbe Stunde verging, bevor sie wieder gesammelt werden konnten, „ein Beweis des Mangels aller Disziplin und militärischer Ordnung," sagt der denkbar beste Instrumentszeuge, Major Rimpler selbst.



Digitized by Google

Die gefallenen Schüsse hatten die ganze Gegend in Bewegung gesetzt. Ueberall sammelten sich Gruppen von Arbeitern und Volk, welche miteinander zu sympathisiren schienen.

Um die Bataillone zu unterstützen oder „nöthigenfalls deren Rückzug zu decken", beschloß Major Rimpler, schnell „genügende Kräfte" heranzuziehen. Behufs Verwirklichung dieses Vorhabens bediente sich der Kommandeur der Bürgerwehr „einer Droschke", in welcher soeben der Polizei-Präsident an Ort und Stelle eingetroffen war. Er konnte indeß mit seinen Begleitern zunächst nur bis zur Neander-Straße gelangen, wo ihn ein Volkshaufen anhielt und er ein kleines Gefecht zu bestehen hatte. Endlich erreichte er sein Büreau. Dort gab er den Befehl zum Generalmarsch, welcher durch schriftliche, unterstempelte Ordres nach der Königswache und den entlegensten Punkten der Stadt geschickt wurde. Das Zentralbüreau der Bürgerwehr etablirte sich im Königlichen Schlosse, wo deren oberster Befehlshaber die Meldungen der einzelnen Bataillone, wie solche von den Allarmplätzen eingingen, „erwartete".

Nachdem der Führer des 18. Bataillons, die anfänglich nach der Dresdner Straße detachirte Kompagnie wieder an sich gezogen und die Schäfergasse zur Sicherung seines Rückzuges besetzt hatte, trat er diesen an, weil er von mehreren Seiten „Tirailleurfeuer" bekommen haben will.*) Vom Polizei-Präsidenten jedoch aufgefordert, nach der Köpenicker-Straße zu marschiren, weil dort Ausschreitungen begangen würden, leistete das Bataillon dieser Requisition Folge.

Um den Eindruck der Rimpler'schen Darstellung, welcher wir bis hierher in allem Wesentlichen gefolgt sind, in Nichts abzuschwächen, geben wir dem Berichterstatter nunmehr selbst das Wort:**) „Hier war inzwischen eine Barrikade errichtet, die genommen werden mußte, und da man bewaffneten Widerstand vor sich sah, beide Bataillone aber keine Munition bei sich hatten, und die geringe der Schützen verschossen war, so unterblieb der Angriff und beide Bataillone beeilten sich, nach dem Schlosse zu kommen, um dort Munition zu empfangen.***) Ich traf sie beim Ausgange der Breiten Straße, stark zusammengeschmolzen und in einem Zustande, daß augenblicklich kein neuer Angriff mit ihnen auszuführen war. Dieses kam daher: Bei dem Durchmarsch durch die Schäfergasse wurden die Bataillone von der Neander-Straße aus angegriffen, mit Steinen beworfen, ja, nach Aussage Einiger, von den Fenstern aus beschossen. Ein furchtbares Geschrei drang aus der Köpenicker Straße herüber und es erfolgte nun ein Rückzug ohne Ordnung und Ruhe durch die schmale, mit tiefen Rinnsteinen eingefaßte Schäfergasse, in welcher viele Leute verwundet niederfielen. Den Bemühungen des Hauptmanns Glaue gelang es endlich, eine Arriere-Garde zu bilden

*) Der Bürgerwehr standen Arbeiter gegenüber.

**) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 69 ꝛc.

***) Die Entfernung von der Köpenicker Straße (Höhe der Schäfergasse) beträgt etwa 1 Kilometer.

Digitized by Google

und so dem Drängen von hinten Einhalt zu thun; er wurde bei dieser Gelegenheit durch einen Streifschuß verwundet. Auch der Rückzug aus der Köpenicker Straße wurde von den Arbeitern bedrängt, so daß an der Roßstraßen-Brücke von einzelnen Wehrmännern noch einmal Feuer gegeben wurde. Die beiden Bataillone wurden einstweilen nach ihren Revieren entlassen, um sich später wieder zu sammeln. Die Arbeiterhaufen vergrößerten sich durch Zuzüge ihrer Genossen vor den Thoren immer mehr. Man drang in die Häuser, holte sich Gewehre und Munition und erstürmte die dort gelegene Schutzmannswache. Die Schutzmannschaft zog sich, von den Arbeitern verfolgt, über die Jannowitz-Brücke zurück, bei welcher Gelegenheit es ebenfalls zu Steinwürfen kam, ja es wurde sogar auf die Schutzleute geschossen. An der Ecke der Alexander-Straße und Stralauer Brücke ward, nachdem die Schutzmannschaft in die Flucht geschlagen, die zweite Barrikade gebaut. Vom Schlosse aus wurden nun die nöthigen Vorkehrungen für die Sicherheit desselben, wie für andere öffentliche Gebäude und die Ruhe der übrigen Stadttheile getroffen, während der eigentliche Einmarsch in die beunruhigten Stadttheile noch unterblieb, um erst die nöthige Anzahl von Streitkräften zur Hand zu haben, und sich überdieß erwarten ließ, was der Erfolg auch bestätigte, daß die aufgeregte Volksmasse sich inzwischen abkühlen werde, da ein politischer Grund des Aufstandes nirgends ersichtlich. Gemischte Patrouillen der fliegenden Korps erboten sich gegen 4½ Uhr Nachmittags nach den bedrohten Gegenden zu marschieren, ein Anerbieten, auf welches ich einging, da die fliegenden Korps beim Volke sehr beliebt und von ihrem Erscheinen und gütlichen Zuspruch günstige Resultate zu erwarten waren. Es wurden vier solcher Patrouillen, jede etwa 70 Mann stark, abgeschickt und zwar:

Die 1. nach dem Alexander-Platz, die 2. nach der Jannowitz-Brücke, die 3. nach der Dresdner Straße, die 4. nach der Köpenicker Straße, jede aus Studenten, Künstlern, Kaufleuten und Handwerkern bestehend, mit dem Auftrage, dahin zu wirken, daß die Barrikaden vom Volke wieder abgeräumt würden. Die 1. marschirte vom Alexander-Platz nach der Holzmarkt-Straße, man öffnete ihr unter schallendem Hurrah die Barrikade zum Durchmarsch, und die Menge ließ sich zum Wegräumen der Barrikade bewegen, unter der Bedingung, die Patrouille solle eine von den Arbeitern gewählte Deputation unter sicherem Geleit nach und vom Schlosse bringen, auf welche Forderung die Patrouille einging. Indeß, wahrscheinlich in Folge der Antwort, welche die Deputation auf dem Schlosse erhielt, kam es nicht zum Niederreißen der Barrikade. Später wurde sie vom 22. und 23. Bataillon fast ohne Widerstand genommen und mit Hülfe der Arbeiter aus der Zuckersiederei weggeräumt. Die 3. Patrouille, geführt von einem Zugführer der Studenten, stieß an der Ecke der Roß- und alten Jakobs-Straße auf eine starke und zahlreich vom Volke besetzte Barrikade, hinter welcher sich eine Menge Bewaffneter befanden. Auf der Barrikade flatterte die Fahne der rothen Republik, der man unzählige Vivats brachte; die ganze Szene beleuchtete grelles Fackellicht. Dem Zureden, die Barrikade wegzuräumen und die Feindseligkeiten einzustellen, wurde von der aufgeregten Volksmasse zwar nicht Folge gegeben, doch gestattete man



Digitized by Google

der Patrouille den Durchmarsch durch eine Oeffnung derselben. Die 4. Patrouille, geführt von dem einen Hauptmann des Handwerker-Vereins, traf gleichfalls auf diese Barrikade, ward mit lautem Hurrah empfangen und von ihr verlangt, die gefallenen Arbeiter zu rächen. Der Führer versuchte, die aufgeregten Gemüther zu besänftigen. Als er erfuhr, daß man an der Köpenicker- und Neander-Straßen-Ecke ebenfalls eine Barrikade gebaut habe, marschirte er dorthin, fand jedoch bei seiner Ankunft nur noch einige Trümmer derselben, da sie auf Zureden des Gymnasiallehrers Gerke vom Volke selbst vollständig weggeräumt worden war. Eine später gegen 6 Uhr Abends von der Universität ausgesandte Patrouille, unter Führung des Dr. Schwarz, meldete: Eine wilde Masse Arbeiter, untermischt mit anständig, sogar fein gekleideten Herren, trieben vor der Barrikade in der Roß-Straße ihr Wesen. Der Führer der Patrouille redete zur Güte und suchte zum Abräumen derselben zu bewegen, doch blieben die Leute dabei, mit Gut und Blut die Barrikade gegen die mit dem Militär verbündete Bürgerwehr vertheidigen zu wollen.

Inzwischen waren die Bataillone in Folge des Generalmarsches folgendermaßen aufgestellt: Im Schloß das 1., 3. und 5. Bataillon, die berittene Bürgerwehr, National-Scharfschützen, die Veteranen und die fliegenden Korps; beim Rathhause das 12. Bataillon in der Holzmarkt-Straße das 23. Bataillon. Das 4. Bataillon wurde nach der neuen Friedrichstraße kommandirt, wo das Volk die Schutzmannswache zerstörte. Vom 15. Bataillon konnte nur die 69. Kompagnie allarmirt werden, das 6. und 14. Bataillon waren nach dem Schloßplatz beordert, das 2. und 18. Bataillon aus ihren Revieren noch nicht zurückgekehrt; die übrigen Bataillone standen auf den für den Generalmarsch bestimmten Sammelplätzen.

Arbeiterzüge trugen die Leichen der Gefallenen in der Stadt umher; um die Fortsetzung dieses Unfuges zu verhindern, wurden sie durch die geschlossenen Gitterthore in den Schloßhof eingelassen, die Leichen daselbst niedergelegt und die Arbeiter entfernt. Bald darauf stellten sich auch verschiedene Deputationen im Schlosse ein; bei einer derselben befand sich der bekannte Volksredner Karbe, welcher angab, daß das Volk sich nur dann beruhigen wolle, wenn der Zugführer Schultz sofort verhaftet und zur Rechenschaft gezogen würde. Da auf dergleichen Verhandlungen nicht eingegangen werden konnte, entfernten sich die Deputationen. Eine bedenkliche Meldung war jedoch die, daß das 15. Bataillon nicht allarmirt werden könne; den Tambours und Hornisten würden trotz der Bedeckung die Instrumente entrissen, man dringe in die Häuser und hole die Waffen der Bürgerwehr.

Da nun dieser Theil der Stadt nicht länger ohne den kräftigsten Schutz bleiben konnte, auch die Bemühungen der abgeschickten Patrouillen vergeblich gewesen waren, so bestimmte ich die drei Bataillone, welche bisher ruhig auf dem Gensdarmenmarkt gestanden, um 6 Uhr Abends zum Angriff der Barrikade in der Roß-Straße und zur Besetzung jenes Stadttheils, gestattete dem 14. Bataillone zum Schutze seines Reviers zurückzukehren und schickte das 4. Bataillon von der neuen Friedrich-Straße nach

Digitized by Google

der Roß-Straßen-Brücke zur Absperrung derselben und um den Andrang des Volkes von dieser Seite nach der Barrikade zu verhindern. Auf die Nachricht endlich, daß in der Breiten Straße Züge mit Fackeln und rothen Fahnen herbeizögen, wurde das 20. Bataillon dahin geschickt und rückte mit Gewehr rechts und Trommelschlag bis gegen die Roß-Straße vor. Der Major Vogel ward beauftragt, die drei Bataillone vom Gensdarmenmarkt gegen die Barrikade zu führen und seinen Weg durch die Kommandanten- und Jakob-Straße zu nehmen. Das 10. Bataillon marschirte voran, ihm folgte das 13., sodann das 9., leider aber alle dicht aufeinander geschlossen, selbst ohne Bataillonsintervalle. In der Jakob-Straße, ungefähr 200 Schritt vor der Barrikade, ließ Major Vogel Halt machen, die Bataillone in Zügen von der Breite des Straßendammes formiren und die Schützen rechts und links auf die freigebliebenen Bürgersteige herausziehen. Dann ließ er trommeln und forderte mit lauter Stimme im Namen des Gesetzes auf, die Barrikade zu räumen; als Antwort wurde von der Barrikade auf das Bataillon gefeuert, worauf Major Vogel laden ließ und mit Gewehr rechts vorrückte. Etwa 12 Schritt vor der Barrikade angekommen, sprangen mehrere Leute von derselben herab und, mit Hüten und Tüchern winkend, eilten sie dem Major entgegen und baten, Bürgerblut zu schonen. Der Major erwiderte, er habe Befehl, die Barrikade zu nehmen, sobald sie nicht abgetragen würde. Dies geschah nicht, und da er nun nochmals den Angriff mit dem Bajonett kommandirte, wurde er durch einen Schuß von der Barrikade aus niedergestreckt. Als die Wehrmänner des ersten Zuges den Major fallen sahen, gaben sie Feuer, dies thaten auch mehrere der herausgezogenen Schützen und wurden dadurch der Träger der rothen Fahne und der, welcher auf den Major geschossen hatte, getödtet. Das Feuer wurde von den Vertheidigern der Barrikade mehrfach erwidert, auch aus den Fenstern geschossen, doch ist es ungewiß, ob dies nicht von den Schützen des Bataillons, welche sich beim Vorgehen theilweise in die Häuser begeben hatten, gegen die Barrikade geschah. Obwohl bisher die Bataillone ruhig im Feuer gestanden hatten und mehrere Salven vom 1. Zuge gegeben waren, so entstand durch dieses Feuern aus den Fenstern eine heillose Verwirrung; die Bürgerwehr glaubte es gegen sich gerichtet, stutzte und stürzte zurück, das 10. Bataillon auf das unmittelbar dahinter stehende 13. und dieses auf das 9., so daß trotz einigem Widerstande der Hintenstehenden die drei Bataillone vollständig in einander geschoben und da alle Bemühungen der Führer, sie zum Stehen zu bringen und zu ordnen, vergeblich waren, so wogte beinahe die ganze Masse die Jakob-Straße entlang zurück. Die Barrikade war inzwischen doch von den Friedrichsstädtischen Schützen und einigen entschlossenen Abtheilungen des 10. Bataillons genommen. Bei dieser Gelegenheit wurde der Hofvergolder Schneider durch einen Schuß in den Hals getödtet. Hauptmann Schweitzer vom 43. Bezirk räumte mit seinen Abtheilungen die Barrikade und säuberte die ganze Roß-Straße bis zur Brücke. Nach der Flucht der drei Bataillone wurde die Barrikade in der Roß-Straße nochmals vom Volke wieder gebaut,

Digitized by Google

besetzt und vertheidigt und das 8. Bataillon von der Roß-Straßen-Brücke aus dagegen geschickt. Auch dieses Bataillon kam hier zum Feuern, nahm die Barrikade, räumte sie weg, besetzte die Straßen und verhinderte dadurch den Wiederaufbau.

Als am Nachmittage gegen 4 Uhr die Schutzmannschaft auf der Jannowitz-Brücke zurückgeschlagen war, drängte das Volk durch die Alexander-Straße nach dem Alexander-Platz. Von hier aus zog es nach der Rosenthaler Straße, um die Wohnung des Zugführers Schultz zu demoliren. Dort hatten sich einige Kompagnien des 18. Bataillons gesammelt, und ich schickte sogleich noch das 19. dorthin, später folgte auch ein Theil des Handwerker-Vereins, weil die sich dort ansammelnde Masse bedeutend zunahm. Endlich wurde auf die Nachricht, man erblicke in der Gegend des neuen Marktes Züge mit rothen Fahnen und Fackeln, welche: „Es lebe die Republik!" riefen, das 20. Bataillon von der Breiten-Straße aus dorthin beordert. Es besetzte die nach dem Haakschen Markt führenden Straßen, wo es auch einen solchen Fackelzug auseinandersprengte.

Im Königlichen Schlosse sah es während dieser Zeit ziemlich bunt aus. Von der Schützengilde und den Veteranen waren die Gemächer des Erdgeschosses besetzt, auf dem Hofe befanden sich außer den aufgestellten Abtheilungen der Bürgerwehr noch die ganze Schutzmannschaft, welche von diesem Tage an mit Gewehren versehen war. Meldungen der bedrohlichsten Art gingen an die Behörden und den dort versammelten Sicherheitsausschuß ein; es hieß, die Republik werde ausgerufen, viele von dem bewaffneten Handwerker-Verein und den Studenten seien zu den Barrikaden übergegangen, das zum Schutze des Schultz'schen Hauses beorderte 19. Bataillon sei aufgelöst und auch diese Gegend bedroht. Gegen 8 Uhr kam auch die Meldung, die drei Bataillone in der Roß-Straße seien durch Feuer aus den Fenstern dezimirt,*) der Major Vogel erschossen, ein Bataillon habe sich neutral erklärt, die Unruhen würden immer bedeutender und die Kräfte der Bürgerwehr nicht ausreichen, dieselben zu unterdrücken u. s. w. Diesen Augenblick nahm der Sicherheitsausschuß wahr, mich aufzufordern, ihren**) Verhandlungen beizuwohnen. Die Herren schilderten in grellen Farben die Lage der Stadt, die Folgen, welche daraus entstehen könnten, wenn man nicht rechtzeitig Militär heranziehe, und forderten mich auf, zu erklären, ob ich mir getraue, nur mit der Bürgerwehr die Ruhe der Stadt herzustellen. Ich bejahte diese Frage, mußte jedoch eingestehen, daß ich die verlorenen Streitkräfte nur durch Entsendungen aus dem Schlosse ersetzen könne. Ihrem dringenden Ansuchen, dann zur Sicherheit des Schlosses zwei Bataillone Militär in den Höfen desselben aufzustellen, welche dort als Reserve für die höchste Noth verbleiben, aber keineswegs auf der Straße verwendet werden sollten, gab ich nach und begab mich nach den Höfen, um der dort befindlichen Bürgerwehr Mittheilung von dem Beschluß der

*) Thatsächlich waren sie geflohen!
**) Wohl: „seinen".

Digitized by Google

gemischten Kommission zu machen. Die Nachricht, es werde Militär ins Schloß rücken, hatte sich wie ein Lauffeuer verbreitet, und die Bataillone stürmten auf mich ein, die Zurücknahme des Befehls zu erwirken,*) sie würden alle Barrikaden mit Sturm nehmen**). Ich sprach ihnen meine Freude über ihre Entschlossenheit aus, versprach mein Möglichstes zu thun und begab mich sogleich zu den Herren des Sicherheitsausschusses. Hier waren glücklicherweise beruhigende Nachrichten eingetroffen, so daß die Herren bereitwilligst auf mein Begehren eingingen; der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung eilte sogleich selbst zum Stadt-Kommandanten und erwirkte die Rücknahme des Befehls. Es trafen nun auch nach und nach die zur Unterdrückung der Unruhe detachirt gewesenen Bataillone wieder ein und blieben hier stehen, bis sie auf die Meldung der Patrouillen, daß die Ruhe vollständig hergestellt, gegen 1 Uhr Nachts nach ihren Quartieren entlassen werden konnten."

Der Rimpler'sche Bericht bedarf wahrlich keines Kommentars. Charakteristischer und verständlicher vermöchte kaum der gewiegteste Historiograph den Gang der Ereignisse, die aus denselben sich ergebenden Folgen und deren Einfluß auf die Lage der Dinge zur Anschauung zu bringen. Man weiß wirklich nicht, worüber man nach Durchlesung desselben mehr staunen solle, über die Naivetät des Verfassers oder die Thatsache, daß nach Erfahrungen, wie sie die Ereignisse des 16. Oktober in so reicher Fülle und nach jeder Richtung hin geboten hatten, ein Institut wie die Bürgerwehr nur noch einen Tag geduldet wurde. Meinte man, sie nicht unmittelbar beseitigen zu können — was übrigens im Hinblick auf die unter Wrangel's Oberbefehl bereit gehaltene Truppenmacht schon damals sehr wohl möglich gewesen wäre und im Hinblick auf die Abfertigung der Bürgerwehr-Deputation am 15. Oktober gelegentlich der Gratulations-Kour durch den König selbst***) nahelag — so hätte man doch mindestens die Dinge beim richtigen Namen nennen, die ganze Erbärmlichkeit der revolutionären Institution, die Gefahren, welche deren Beibehaltung für den Staat und das Gemeinwohl in sich barg, gebührend kennzeichnen sollen. Anstatt dessen legte ein konstitutioneller Minister eine von ihm gegengezeichnete Kabinets-Ordre dem Könige zur Vollziehung vor und veröffentlichte sie Tags darauf, in welcher dieselbe Bürgerwehr, die ihr eigener Kommandeur „des Mangels aller Disziplin und militärischer Ordnung" zeiht, sie geradezu „der Flucht" vor Pöbelhaufen bezichtet, „würdig ihres Berufs, des Königlichen Vertrauens und der Ehre, welche der König ihr erzeigt, als Er ihr im März die Waffen in die Hand gab zur Vertheidigung des Thrones, der Gesetze und der gestörten Ordnung" genannt, nicht genug, ihr der Königliche

*) D. h. nachdem sie und Rimpler selbst von den Abgeordneten Temme und Elsner in diesem Sinne bearbeitet worden waren.

**) Ein großes Wort, gelassen ausgesprochen, namentlich im Hinblick auf die Thatsache, daß soeben eine Anzahl Bataillone vor dem Pöbel geflohen war!

***) Vergl. Brandt, a. a. O., Bd. III., S. 269.

Digitized by Google

Dank für ihr Verhalten ausgesprochen wird. Wie wenig dieser von den bekannten ritterlichen Gesinnungen König Friedrich Wilhelm's IV. zeugende Gnadenakt angebracht war, ergiebt die Thatsache, daß die Bürgerwehr die Königliche Anerkennung als eine „unbefugte" zurückwies, das den Inhalt derselben zur öffentlichen Kenntniß bringende Plakat nicht nur von den Straßenecken abriß, sondern sich durch Gegenplakate sogar feierlichst vor jeder Königlichen Belobigung verwahrte. Daß man maßgebenden Ortes die obwaltenden Verhältnisse im Allgemeinen, die hier in Betracht kommenden konkreten Thatsachen im Besonderen nicht gekannt haben sollte, also nur geirrt hätte, ist ausgeschlossen. Der verstorbene General der Infanterie v. Brandt, zu jener Zeit mit den Funktionen eines Unter-Staatssekretärs des Kriegs-Ministeriums betraut, sagt in seinen Aufzeichnungen wörtlich:*) „Am 16. Oktober erfolgte der Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr, welchen Kleinigkeiten herbeiführten, wie gewöhnlich, wenn einmal die Ereignisse anfangen, stärker als die Menschen zu werden. Die Bürgerwehr hatte gegen einige Exzedenten unter den Kanalarbeitern Gebrauch von ihren Waffen gemacht und dieselben verwundet. Als sich die Arbeiter darauf mit Steinwürfen gegen die Bürgerwehr wandten, gab diese Feuer, wobei einige Arbeiter blieben. Statt nun mit Entschiedenheit die Ordnung herzustellen, die Tumultanten gründlich zu Paaren zu treiben, zog sich die Bürgerwehr zurück, als wäre sie über ihren Heroismus erschrocken, und damit war nun auch der Aufstand der Arbeiter fix und fertig. Die Bürgerwehr räumte vor den sie verfolgenden Arbeitern förmlich das Feld. Es konnte nicht fehlen, daß es hierbei Todte gab, worüber nun ein furchtbares Geschrei erhoben wurde. Große Massen strömten durch die Schäfergasse nach dem neuen Exerzierhause und dem Schlesischen Thore. Es gewann wirklich das Ansehen als müsse eine Entscheidung fallen. Die Sachen währten bis spät Abends und hielten die ganze Stadt in Unruhe. Mehrere der Minister waren im Kriegs-Ministerio beim Minister-Präsidenten versammelt. Adjutanten und Berichterstatter kamen und gingen. Ich richtete mein Augenmerk nur darauf, General v. Wrangel, der sein Hauptquartier in Charlottenburg hatte, von dem Gange der Dinge in Kenntniß zu erhalten und mir eine freie Kommunikation mit ihm zu sichern, weswegen er auch ersucht ward, ein Piquet am Chausseehause aufzustellen. Ich selbst begab mich auf den Kampfplatz, um zu sehen, wie die Sachen dort ständen, und fand sie bunt genug. Doch zeigte sich auf beiden Seiten so viel Poltronnerie, daß man vorausgesetzten konnte, es werde nicht zu größeren Ereignissen kommen. Ich fand Waldeck, Temme, Elsner und noch mehrere Abgeordnete der Linken beschäftigt, von einem Haufen zum anderen zu gehen. Die Straßen waren mit Menschen gefüllt, aber die Meisten kamen nur, um sich die Lokalitäten und die Blutlachen auf dem Pflaster anzusehen. Dann gingen Alle

*) Vergl. Aus dem Leben des Generals der Infanterie z. D. Dr. Heinrich von Brandt, Bd. III., S. 272 ꝛc.

Digitized by Google

wie von einem Schauspiele nach Hause. Die Massen blieben sich einander drohend gegenüber; die Abgeordneten der National-Versammlung unterhandelten. Ich kehrte mit meiner Nachricht ins Ministerium zurück. An General v. Wrangel wurden von Stunde zu Stunde Mittheilungen über den Stand der Dinge gemacht. Es war gegen Abend sehr nahe daran, daß auf den Wunsch des Majors Rimpler und in Uebereinstimmung mit dem Sicherheitsausschusse, der seinen Sitz im Schlosse aufgeschlagen hatte, das Militär herbeigerufen ward. Der Tod mehrerer Bürgerwehrmänner und die Aussicht, diese Zahl noch vermehrt zu sehen, hatte auf die guten Pfahl- und Spießbürger, die wohl eine Wache thun, bei kleinen Ruhestörungen einschreiten und einige Paraden abhalten, aber sich nicht zu Krüppeln oder gar todtschießen lassen wollten, so eingewirkt, daß bei ihnen das Verlangen hervortrat, dem Militär die Gefahren zu überlassen, sich selbst aber das Zusehen und Mitreden vorzubehalten. Ich hatte, da die Minister durch unsere Emissäre von Allem, was vorging, unterrichtet waren, die Ordres zum Einrücken des Militärs bereits ausgefertigt, als spät Abends die Nachricht einging, daß sich dagegen eine starke Opposition erhoben und der dahin gehende Antrag zurückgenommen worden sei. Der Abgeordnete Temme rühmte sich des anderen Tages, daß er den Antrag bei dem Sicherheitsausschuß rückgängig gemacht und daß die Bürgerwehr ihn und seinen Genossen Elsner zu diesem Behuf bereitwillig in das Schloß geführt habe.*) Dagegen hatte dieselbe einigen Offizieren, welche der Kommandant nach dem Schlosse geschickt hatte, um von dem Zustande der Dinge Kenntniß zu nehmen, die größten Hindernisse in den Weg gelegt, bis an den Sicherheitsausschuß zu gelangen; nur deren Entschiedenheit war es gelungen, sich Zutritt zu verschaffen. Die Befehle zum Einrücken zweier Bataillone der Garnison, die bereits seitens der Kommandantur auf Requisition des Sicherheitsausschusses gegeben waren, wurden zurückgenommen, und der Friede, der gegen 11 Uhr zwischen den Parteien eintrat, war ein sicherer Beweis, daß man stillschweigend übereingekommen, sich einander ferner kein Leid anzuthun. Damit aber, daß man den Arbeitern gestattete, ihre Leichen unter Fackelbeleuchtung und mit einer Art Pomp nach dem Schlosse zu tragen und sie dort, bis über ihre Beerdigung entschieden sein würde, zu deponiren, hatte man sich nicht allein für überwunden, sondern ich möchte sagen, auch für bereit erklärt, den Aufstand gelegentlich, etwa bei der Beerdigung, wieder aufnehmen zu lassen.**) Abends um 11 Uhr war der ganze Spektakel, der so drohend begonnen, vorüber, und nur in einigen abgelegenen Straßen, wo die Demokratie ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatte, gaben sich die Nachwehen davon in den Tabagien und Kneipen kund .... Ich vermuthe, die ganze Sache war verfrüht, war ein unnützes Verpuffen der Kräfte. Der Ausbruch der-

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 78. Sitzung, am 17. 10. 78., S. 1630.

**) Rimpler sagt mit wunderbarer Logik, „die Arbeiterzüge mit den Leichen seien durch die geschlossenen Gitterthore in den Schloßhof eingelassen worden, um die Fortsetzung des Unfugs zu verhindern". Vergl. S. 84.

Digitized by Google

selben war gewiß nur durch einen Zufall herbeigeführt, weswegen sich denn auch die Herren von der Linken soviel Mühe gaben, sie beizulegen."*)

Zehn Leichen und zahlreiche Verwundete waren die Opfer dieses verhängnißvollen Tages. —

Am 17. Oktober wurde auf Anstiften der Umsturzpartei innerhalb der National-Versammlung von den Empörern des vorhergegangenen Tages eine neue Demonstration in Szene gesetzt. Größere Arbeitermassen schaarten sich zusammen und rückten in einem Zuge vor das Sitzungslokal der National-Versammlung, um dieser eine sogenannte „Sturmpetition" zu überreichen. Von dem Abgeordneten Berends entgegengenommen und dem Präsidenten überreicht, wurde dieselbe zur schleunigsten Berichterstattung einer Kommission überwiesen.

In Erwartung neuer Exzesse waren seitens des Kommandos der Bürgerwehr bereits am Morgen des 17. je ein Bataillon zur Besetzung des Schauspielhauses und der Seehandlung konsignirt und später, als die Nachricht einlief, „sämmtliche Arbeiter würden sich vereinigen, um eine Sturmpetition in einem großen Zuge mit Fahnen bei der National-Versammlung vorzubringen," noch drei weitere nach dem Schlosse bestellt worden. Als um 12 Uhr die Annäherung der Unruhstörer gemeldet wurde und bald darauf der Zug sich seinem Endziele näherte, hatte jenes erstere Bataillon (die Schützengilde) seinen Auftrag, das Schauspielhaus vor dem Eintreffen der Arbeiter zu besetzen, nicht ausgeführt, trotzdem es sich an Ort und Stelle befand. Es hielt vielmehr in der Nähe der Tauben-Straße.

„Ich begab mich," berichtet Rimpler bezüglich dieser Unterlassung,**) „zum 1. Bataillon an der Taubenstraße, welches die Anweisung hatte, vor dem Eintreffen der Arbeiter das Schauspielhaus zu besetzen, mit der Frage, weshalb dies nicht geschehen. Die Antwort lautete entschuldigend, und es blieb daher nichts übrig, als abzuwarten, bis der lange Zug der Arbeiter vorüber war und dann das Bataillon nach dem Eingang rücken zu lassen. Hier wurde ich vielfach von den Arbeitern mit Fäusten und Worten bedroht, und während ich mich zu dem 9. Bataillon begab, von einer drohenden und tobenden Menge verfolgt."

Während das Ministerium Auerswald es nicht durchzusetzen vermocht hatte, die Erstürmung der Ministerpalais und die Vorfälle vom 21. August in der Kammer sofort zur Sprache zu bringen, und es erleben mußte, daß sein in Folge jener Exzesse am 22. eingebrachtes Gesetz über unerlaubte Volksversammlungen und Zusammenrottungen erst am 28. zur Berathung kam, dann aber in den Abtheilungen stecken blieb, wurde die Emeute vom 16. Oktober schon am 18. in der National-Versammlung, und zwar auf Grund des Berichts einer damit beauftragten Kommission, diskutirt. Die Bittsteller verlangten:

---

*) Der Aufstand in Berlin sollte, wie man in Wien und am Rhein wußte, erst am 18. Oktober ausbrechen.

**) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 75/76.

Digitized by Google

1. Sofortige gerichtliche Untersuchung der Vorfälle und Bestrafung der schuldigen Bürgerwehrmänner und Kompagnien,
2. ehrenvolle Bestattung ihrer Todten durch die Arbeiter auf öffentliche Kosten,
3. Herstellung der Verwundeten und ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen, gleichfalls auf öffentliche Kosten.

Dem fügte der Abgeordnete Berends, als ihm mündlich überlieferte Desideria, noch Folgendes hinzu:

4. Auszahlung des Lohnes für Montag und Dienstag, der ihnen wegen der stattgehabten Verwickelungen zurückbehalten werden könnte, und endlich
5. Befreiung der bei dem Kampfe gemachten und noch festgehaltenen Gefangenen.

Die Mehrheit der Kommission schlug bezüglich des Punktes 1 Abgabe der Petition an den Justiz-Minister zur beschleunigten Mittheilung an die betreffende Untersuchungsbehörde, bezüglich der Punkte 2—4 geeignete Veranlassung nach angestellter Ermittelung seitens des Ministers des Innern, bezüglich des Punktes 5 Uebergang zur Tagesordnung vor.

Die Minorität (Demokraten) dagegen wollte den Anträgen

ad 2 auf Bestattung der Gefallenen auf Staatskosten beitreten und den Wunsch auf gleichzeitige Bestattung der Bürgerwehrmänner und Arbeiter aussprechen,
ad 3 Herstellung sämmtlicher Verwundeten auf Staatskosten, desgleichen Versorgung der Hinterbliebenen auf Staatskosten beantragen,
ad 4 die Erstattung des Lohnes vom Ergebniß der Untersuchung abhängig machen, die Regierung jedoch ersuchen, vorläufig keine Abzüge eintreten zu lassen.

Der Hauptredner gegen den Kommissionsbericht, also gegen die Ansicht der Mehrheit, war Waldeck. Seine Expektorationen sind von symptomatischer Bedeutung für die völlige — man möchte sagen Herz und Glieder affizirende — Korruption der Demokratie.

Er sagte u. A.*)

. . . . . Es kommt bei solcher Gelegenheit nicht darauf an, ob Etwas wahr ist oder nicht. Darum bestreite ich das Prinzip, welches die Majorität der Petitions-Kommission ihrem Antrage zu Grunde gelegt hat. Es kommt nicht darauf an, daß wir hier ein juristisches Urtheil fällen sollen, dies bleibt der Untersuchung der richterlichen Behörde überlassen; sondern es kommt darauf an, was für uns, als politische Männer, zu thun ist bei einem Ereigniß, dessen große Wichtigkeit sich in ihrem vollen Maße noch nicht im Voraus beurtheilen läßt. Meine Herren, wenn Sie bedenken, daß damals**) schon Mehrere gefallen, Andere verwundet waren; wenn Sie bedenken besonders den Eindruck des zweiten Schießens der Bürgerwehr in den Straßen, einen Eindruck, der sich nicht blos auf die Arbeiter beschränkt,

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 79. Sitzung, am 18. 10. 1848, S. 1663.
**) D. h. beim ersten Schießen der Bürgerwehr.

Digitized by Google

sondern auf der dortigen*) Bevölkerung verbreitet hatte, so werden Sie sich einen Begriff von der Stimmung machen können. Diese Aufregung allein muß zu der Barrikade geführt haben, welche ich dort an der Roß-Straße fand. Die Bürgerwehr rückte von verschiedenen Seiten an, aber von dem besten, versöhnlichsten Geiste beseelt und geleitet, ebenso wie die ungeheure Mehrheit des versammelten Volkes. Ich fand alle sehr geneigt zu der Einsicht, daß in jetziger Zeit nichts nöthiger ist, als die Uebereinstimmung der ganzen Bevölkerung dieser großen Hauptstadt, von der soviel abhängt als die Geschicke Deutschlands und der Welt. Ich fand namentlich das Volk der Arbeiter ganz von diesem Geiste beseelt, und ich glaube, daß es nur Wenige gewesen sind, ob ihrem eigenen Impulse oder fremder Verleitung folgend, muß ich dahingestellt sein lassen, weil ich es nicht weiß, die den Geist der Rache in sich nährten; das Ganze aber hatte lediglich diese reine lokale Färbung, welche der Anfang, wie Sie Alle gehört haben, mit sich brachte. Daß nun nachher, in Folge dieser großen Aufregung, es dem besten Zureden nicht gelingen konnte, jene nicht bedeutende Barrikade sofort hinwegzuräumen, wie die Bürgerwehr mehrmals verlangte, und wie wir, die wir zu den Arbeitern sprachen, es forderten, wird Sie nicht wundern, wenn Sie sich einen Begriff von der aufgeregten Stimmung gemacht haben. Daß später in der Dunkelheit des Abends es leicht wieder zu dem erneuerten betrübenden Konflikt kommen konnte, daß vielleicht auch Geister anderer Art sich hineingemischt haben, darüber darf man sich ebenfalls nicht wundern.

Was mich aber bei dieser Sache, abgesehen von dem großen Jammer, den so viele Leichen erregen müssen, erhebt, ist dies: es ist dadurch vollkommen festgestellt, daß hier keine Scheidung zwischen Bürger und Volk obwaltet. Diese Scheidung, wie wir sie im Juni in Paris in so unendlich trauriger Weise hervortreten sahen, sie existirt bei uns nicht; dafür sind hier keine Elemente vorhanden, das ist dasjenige, was der Tag von vorgestern festgestellt hat, und nun wünschen wir, daß dies**) auch ihrerseits als politische Männer, denen das Wohl nicht blos Preußens anvertraut ist, sondern auf welche die ganze Welt, das darf ich bei der jetzigen Weltlage behaupten, blickt, herzhaft fragen, sollen wir nicht das Unsrige dazu beitragen, um bei dieser großen Thatsache auch einen Stein zu legen, um hier eine Versöhnung anzubahnen. Doch ich kann es nicht Versöhnung***) nennen, wo kein Streit bestand, denn es war nur ein momentaner, durch Mißverständniß herbeigeführter Kampf.†) Sollen wir nicht das Unsrige dazu beitragen, daß dieser kräftige Geist der Einigkeit des ganzen Volkes dieser Stadt aufrecht erhalten werde? Wo sollen wir unsere Sicherung finden, als in diesem Geiste? Von allen Seiten bedroht uns die Reaktion; 50000 Soldaten sind um Berlin versammelt.

(Lebhafte Unterbrechung von der rechten Seite, Beifall von der Linken).

---

*) Nach dem Originale.

**) Soll wohl heißen: „Sie".

***) In einem von Jung, Berends und Konsorten zu dem Kommissions-Antrage gestellten Amendement war verlangt, „die Beerdigung der Bürgerwehrmänner und Arbeiter, als einen Akt der Versöhnung, auf Staatskosten zu veranlassen."

†) Keineswegs durch Mißverständniß, sondern in Folge der Provokationen des von den Demokraten aufgestachelten Pöbels.

Digitized by Google

Denken Sie sich das Schreckliche, wenn es gelungen wäre, das Militär an diesem Tage herbeizuziehen. Dergleichen müssen wir verhüten, das ist unsere Aufgabe. Wir müssen dem Ministerium und dem Lande die Augen öffnen, daß es auf diesem Wege nicht mehr geht, denn, meine Herren, das ganze Land ist darüber in Aufregung; es ist ganz unnöthig, daß dergleichen militärische Kräfte hier versammelt sind. Das darf nicht bestehen, das soll nicht länger geschehen; die Staatsgelder werden ganz unnütz ausgegeben, selbst die umliegenden Gegenden leiden darunter.

(Ruf von der Rechten: Zur Sache! Unterbrechung. Ruf von der Linken: Ruhe!)

Das gehört hier wohl zur Sache; ich will Sie auffordern, daß Sie die Thatsachen anerkennen; es existirt hier keine Zwietracht zwischen Bürger und Volk; es ist keine Gefahr vorhanden, wenn im Volksgeiste regiert wird. Das Materielle des Antrages selbst erscheint mir von geringerer Bedeutung. Wenn die Leichen der Bürgerwehr, die ich vollkommen lobe und ehre, und der ich nicht das Geringste bei ihrem Verhalten zur Last lege,*) mit den Arbeiterleichen zusammen auf ehrenvolle Weise**) begraben werden, wenn zugleich für die Hinterbliebenen gesorgt wird, so wird dadurch diese Thatsache der Einigkeit des Volkes anerkannt werden. Die Ausgabe dafür ist gering, aber die Sache selbst ist um so größer. Empfehlen Sie dem Ministerium diesen Antrag, und Sie werden Nichts gethan haben, was Ihre Kompetenz überschreitet. Daran wird wohl Niemand zweifeln, daß es uns freisteht, dergleichen Anträge zur Annahme zu empfehlen, und zu sprechen, daß dies der geeignetste Weg zur Beruhigung der Bevölkerung ist. Richten Sie Ihre Augen nach Wien, richten Sie sie nach Frankfurt, was sehen Sie? Wo bleibt die Hoffnung von Deutschland, wo bleibt die Hoffnung für die Freiheit? — Nur in den beiden großen Hauptstädten Deutschlands, in Wien und Berlin! Siegt in Wien das glorreiche Volk, nun dann steht es dort gut. Wird die große einige Stimmung des Volks hier aufrecht erhalten, dann wird die Reaktion nicht wagen, uns anzugreifen, sie wird bedenken, daß auch die Soldaten, und namentlich unsere Soldaten, Kinder des Volks sind, sie wird endlich aufhören mit dieser Zerrirung Berlins, die nur zur Aufregung führt, die zu einem furchtbaren Blutbade geführt haben würde, wenn es nicht glücklicher Weise abgewendet worden wäre, daß daß Militär in die Stadt rückte. Sie handeln hier nicht unter dem Eindrucke der Furcht, nicht unter dem Eindrucke einer momentanen Aufregung. Keineswegs, meine Herren, Sie sollen sich als politische Männer die Sache klar machen, Sie sollten den Standpunkt festhalten, auf welchen Sie berufen sind, die Freiheiten Deutschlands, den Ruhm dieses großen Landes zur Sicherheit der Zivilisation in Europa aufrecht zu erhalten.

Ganz abgesehen von dem gänzlichen Mangel an staatsmännischem Impulse, zeugt diese von Widersprüchen und Spitzfindigkeiten aller, von Verdächtigungen und Verdrehungen übelster Art strotzende Rede wahrlich nicht von der, allerdings meistens nur seitens seiner pygmäischen Epigonen ihrem

*) Wozu dann der Lärm?!

**) Soll wohl heißen: „mit besonderen Ehren", denn eine Beerdigung ohne solche wäre doch keineswegs eine „ehrlose" gewesen.

Digitized by Google

ochlokratischen Götzen Waldeck angedichteten Größe. Das kann kaum Wunder erregen, sieht man sich den Mann, der sie hielt, etwas genauer an.*)

„Es ist keine Gefahr vorhanden, wenn im Volksgeiste regiert wird!" Im Volksgeiste! Wie konnte der Führer der demokratischen Partei innerhalb der National-Versammlung, wie konnte die 1848er Demokratie überhaupt von Volk sprechen, während sie sich doch lediglich auf den Pöbel stützte, zum überwiegenden Theile aus ihm — allerdings aus demjenigen im Frack — emporgewuchert war.

Daß ein Mann wie Waldeck, der neben Berends und Stein das unglückliche Schicksal der preußischen National-Versammlung am meisten verschuldet hat, dieser demokratischen Partei überhaupt angehören mochte, das kennzeichnet ihn allein schon zur Genüge. Was wäre die demokratische Partei allerdings gewesen, hätte sie nicht ihren Waldeck, was aber aus Waldeck werden können, hätte er nicht jene ochlokratische Phalanx hinter sich gehabt. Aber gerade weil er an diese Partei seinen Charakter, seine geachtete bürgerliche und amtliche Stellung, seine juristischen Kenntnisse und seine Zukunft verschleudern und wegwerfen konnte, ist ihm das, was ihm die Seinigen von jeher gerade am meisten und mit dem größten Stolze auf ihn zuerkannt wissen wollten, abzusprechen, nämlich: Der politische Kopf und die staatsmännische Intelligenz. Beiderlei Erfordernisse eines Parteiführers lassen sich bei der genauesten Verfolgung der parlamentarischen Laufbahn Waldeck's in allen ihren Einzelheiten nicht entdecken. Und wiederum kann dies eigentlich gar nicht Wunder nehmen. Es ist ja gerade das spezifische Merkmal jener kopflos handthierenden Partei, die sich damals schlechtweg „demokratische" nannte, daß sie keinen politischen Kopf, keine staatsmännische Intelligenz an ihrer Spitze brauchen kann.

Waldeck hatte — ganz genau so wie seine Nachbeter — keine Politik, als die des Fanatismus und des unbezähmbaren Ehrgeizes, mit welcher er auf einer oft als zweideutig hervorgehobenen Grundlage operirte. Diese Zweideutigkeit, welche ihm in seiner Eigenschaft als strenger Katholik aus seinen früheren ultramontanen Verbindungen nachgesagt wurde, möge dahin gestellt bleiben, obgleich selbst von manchem seiner Parteigenossen darauf hingewiesen worden ist. Waldeck's sichtbare Wirksamkeit in der National-Versammlung bestand darin, das todte Schema der Demokratie mit möglichster Leidenschaftlichkeit und Uebertreibung durchzuführen und dasselbe mit starrster Konsequenz, und demgemäß nicht ohne die schreiendsten Widersprüche, auf Staat, Eigenthum, innere wie äußere Politik zur Anwendung zu bringen. Es hatte etwas Lächerliches und doch etwas Schmerzliches zugleich, einen alten, im Staatsdienst ergrauten Beamten, dem man diese Vergangenheit in jedem Ausdruck seiner Persönlichkeit anmerkte, mit einer solchen Hitze immer unrettbarer in den demokratischen Dilettantismus sich hineinarbeiten zu sehen. Diese affektirte Jugendlichkeit einer senilen Er-

*) Vergl. Rückblicke ꝛc., a. a. O., S. 21 ꝛc.

Digitized by Google

scheinung, welche sich mit aller Absichtlichkeit die grelle Schminke der Tagesleidenschaft aufgelegt hatte, konnte am allerwenigsten in der Politik und da, wo es der Grundlegung zu einem neuen Staatsorganismus bedurfte, Vertrauen erwecken und eine der Größe und Sittlichkeit der Aufgabe entsprechende Wirkung haben.

Man wußte von Waldeck nicht viel, als er in den Wahlbewegungen des April zuerst als Kandidat für die zu berufende National-Versammlung auftrat und in seiner im Opernhause gehaltenen Bewerbungsrede nachdrücklich für das Einkammersystem sprach, im Ganzen jedoch ein maßvoll politisches Bekenntniß ablegte und unter Anderem auch für das suspendirte Veto des Königs sich erklärte.

In der Bierstube bei Wallmüller, wo Waldeck zuweilen zu verkehren pflegte, hatte er einen kleinen Kreis junger Leute um sich versammelt, die schon den Baalspriester der neuen, eben aufkommenden Demokratie gallischer Observanz in ihm erkannten und bei den Wahlen Stimmung für ihn zu machen suchten. Aus seiner früheren Wirksamkeit in Westphalen war ihm der Ruf eines Bauernfreundes vorangegangen, welchen er sich durch seinen Eifer für die Lösung der bäuerlichen und gutsherrlichen Verhältnisse erworben. Seiner gewiegten Kenntnisse in diesem schwierigen Fache der Gesetzgebung pflegte er sich später auf der Tribüne selbst mit besonderem Wohlgefallen zu rühmen, obwohl er sich bei der Debatte über diese Gegenstände, namentlich bei den Ablösungsfragen, keineswegs als Juristen zeigte, wenigstens nicht als einen solchen, dem die Heiligkeit des Eigenthums und der privatrechtlichen Verträge irgend eine besondere Schwierigkeit gemacht hätte. Den gordischen Knoten des Rechts durchhaut er mit dem zweischneidigen Schwert des Kommunismus, denn, was bis dahin immer für ein Ding der Unmöglichkeit gegolten, nämlich, daß die Natur des Juristen sich mit der Natur des Kommunisten vereinbaren könne, Waldeck hatte es glücklich zu Wege gebracht.

Dieses „schlimme Vereinbarungsdekokt" ist in den heißen Sprudeln der Waldeck'schen Eitelkeit, welche nur von der Sucht nach Ansehen und vermeintlicher Volksgunst getrieben wurde, gar geworden. Zur besonderen Zier schmückte er es sich noch mit seinen beliebten Anspielungen auf die französische National-Versammlung von 1789 aus, in deren Zitaten er sehr stark war und die er bald zu Schreckmitteln für den Ministertisch, bald als das höchste Muster für die Bestrebungen der preußischen National-Versammlung benutzte.*) Es sah freilich mit den Mirabeau's, Barnave's, Sieyès, Lally-Tollendal's schlecht aus in der preußischen National-Versammlung. Wer von jener Geistesgemeinschaft, die sich D'Ester, Jung, Berends, Stein, Elsner u. s. w. nannte und von der eine Persönlichkeit, wie die andere, eine Talentlosigkeit, wie die andere aussah, mochte den berühmten Ausruf des Abbé Sieyès: „Sie wollen frei sein und verstehen nicht gerecht zu sein!" kennen oder doch zu würdigen verstehen, ge-

*) Vergl. z. B. Stenogr. Bericht, 87. Sitzung, am 27. 10. 1848, S. 1827.

Digitized by Google

schweige denn beherzigen wollen? In solcher Gesellschaft konnte selbst ein Mann von der unbestrittenen Befähigung Waldeck's nur sinken. Denn, wenn die Demokratie alle Menschen gleich macht, so hat sie ja folgerichtig auch die Wirkung an sich, daß sie die Unterschiede zwischen klug und dumm, gut und böse, groß und klein aufhebt. So wurde denn auch Waldeck schließlich nichts weiter, als ein demokratischer Straßenläufer von dem Schlage eines „Vater" Karbe und Ottensosser, mit denen er Arm in Arm ging oder von denen er sich doch wenigstens in nichts Erheblichem unterschied.

Waldeck hat durch seine rastlose Thätigkeit als demokratischer Agitator, durch seine fieberhaften parlamentarischen Wühlereien und durch den Rigorismus, mit welchem er seine Partei beherrschte, ohne Zweifel am meisten dazu beigetragen, die National-Versammlung aus ihrer gesetzlichen Bahn und Bestimmung hinauszuwerfen, sie zu dem ätzenden Scheidewasser zu machen, welches den Grund und Boden des neuen Staats nicht befruchten, sondern seine Zeugungsfähigkeit nur zerstören konnte. Er war es, der den Charakter der Vereinbarung zuerst von der Versammlung abstreifte, indem er, in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Wachsmuth, schon am 15. Juni den Antrag auf Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs durch eine von der National-Versammlung zu ernennende Kommission stellte. Der von dem Ministerium Camphausen vorgelegte Regierungsentwurf der Verfassung wurde dadurch beseitigt, ohne daß es überhaupt zu einer Prüfung desselben seitens der Versammlung gekommen wäre. Die National-Versammlung lehnte hier ausdrücklich und entschieden den Vereinbarungsweg ab, auf den sie sich später krampfhaft und mit aller Gewalt wieder zurückbegeben wollte, nachdem die Krone in den unabweislichen Konsequenzen der Ereignisse seit dem 9. November sich genöthigt gesehen hatte, ihrerseits endlich den Konvents-Charakter der Versammlung abzulehnen und durch einen entscheidenden Akt der Gesetzgebung zu durchbrechen.

In dieser Operation war die Versammlung wenigstens mit einer gewissen Folgerichtigkeit vorgegangen, durch welche sie auch in der That ganz konsequent den Staat bis an den äußersten Rand des Abgrunds geführt hatte. In einer anderen Frage dagegen, in der deutschen, erging sich dieselbe in Inkonsequenzen und Widersprüchen, durch welche sie sich zu einer völligen Nullität und Wirkungslosigkeit verurtheilte. Auch hierbei führte Waldeck den Reigen der Partei, deren Gesinnungslosigkeit und politische Flunkerei er hier greller, als je offenbarte. Am 11. Juli, bei Gelegenheit des Jacoby'schen Antrages über den deutschen Reichsverweser*) sagte Waldeck: „Frage ich, wo ist der

*) Der Antrag lautete:

1. Kein Erlaß kann als Gesetz gelten und als solches durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht werden, welcher nicht von der konstituirenden Versammlung in Berlin beschlossen, angenommen und genehmigt worden ist.
2. Diejenigen Erlasse der Frankfurter Zentralgewalt oder verfassungsgebenden Versammlung, welche innere Angelegenheiten der einzelnen Länder, namentlich Polizeiwesen und Strafgesetzgebung, zum Gegenstande haben, können für Preußen erst durch die Genehmigung der preußischen Volksvertreter gesetzliche Geltung erlangen.

Digitized by Google

Bürge unserer Hoffnungen, so sehe ich ihn zwar in dem Geiste des deutschen Volkes; äußerlich wirksam aber sehe ich Nichts, als die deutsche National-Versammlung in Frankfurt, und wenn die nicht der Kern sein soll zur Entscheidung, so frage ich, wo soll dieser sonst sein? Wo anders als da können wir ihn hinlegen?" Wie anders dagegen lautet Waldeck's Sprache am 24. Oktober, als es sich in der National-Versammlung um den von ihm und D'Ester gemeinschaftlich gestellten Antrag über die Verbindlichkeit der Reichsgesetze handelte, in welchem die Kompetenz der Frankfurter Versammlung bestritten, die Kraft ihres Votums von der Genehmigung der preußischen Volksvertreter — nicht etwa der Volksvertretung! — abhängig gemacht wird. Jetzt sagt Waldeck:*) „.... nimmermehr hatte es in der Absicht liegen können, der Zentralgewalt und ebensowenig der Frankfurter National-Versammlung eine gesetzgebende oder richterliche Gewalt in den inneren Angelegenheiten der deutschen Staaten einzuräumen. Solche Gewalt gebührt ihr nicht, denn wo sollte sie herkommen? Die Frankfurter National-Versammlung ist ein Produkt des Vorparlaments, ein Produkt des Bodens der Revolution, welcher später eine gezwungene Anerkennung gefunden hatte. Hätte die Revolution die Kraft besessen, hätte unsere Regierung es verstanden, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, wie es die Zeitverhältnisse vielleicht mit sich brachten, dann wäre es möglich gewesen, eine kräftige Einheit zu schaffen. Das ist nicht geschehen. Es ist keine kräftige Einheit hervorgegangen, und sie konnte auch, der Natur der Sache nach, nicht daraus hervorgehen. Deshalb müssen wir die Frankfurter Versammlung durchaus auf den eigentlichen Umfang beschränken, der ihr gebührt; denn nie und nimmermehr ist ihr die Gesetzgebung in die inneren Angelegenheiten der Staaten zugeschrieben."

Am 24. Oktober waren die Aktien der deutschen Einheit an der Börse der Berliner Demokratie, wie man sieht, total gefallen. Es war eben keine Aussicht mehr vorhanden, daß die Interessen der demokratischen Partei innerhalb der preußischen National-Versammlung mit der neuen Zentralisation Deutschlands sich vereinigen lassen würden. Da es dieser Partei, ganz wie deren Rechtsnachfolgern, nun aber nicht auf die Festhaltung eines Prinzips, sondern immer nur auf die möglichst vortheilhafte Mischung der Karten zur Erreichung eines vollendeten Staatsbankerotts ankam, um gelegentlich desselben im Trüben fischen zu können, so kostete es ihr auch keine Ueberwindung, die Fahne der deutschen Einheit einzuziehen und mit dem Frankfurter Papier à la baisse zu spekuliren. Man träumte nun plötzlich von Berlin, als von dem eigentlichen Hauptsitze der „heiligen" Demokratie und mithin des neuen Deutschlands. Drastischer hätte sich die Demokratie nicht selbst verhöhnen können, als durch diesen Traum. Der Löwe Waldeck machte, wie die Sitzung des 24. Oktobers lehrt, die Schwenkung wohlgemuth mit. Warum sollte er auch nicht? Es kam ihm ja vor allen Dingen nur darauf an — seine pygmälischen Epigonen ahmen ihm auch hierin getreulich nach

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 84. Sitzung, am 24. 10. 1848, S. 1757/58 ꝛc.



Digitized by Google

— sich möglichst zu halten. Aber ihm scheint nicht in den Sinn gekommen zu sein, daß auf einem unmöglichen Boden der Mögliche zu sein, ein höchst zweifelhaftes Glück sei. Dementsprechend sah es denn auch immer mit dem berühmten Waldeck'schen Minister-Portefeuille aus, das ebensowenig kommen, wie der Zentralsitz der neuen Demokratie in Berlin zur Wahrheit werden wollte.

Der preußische Staat hat das Schauspiel nicht erlebt, in Herrn Waldeck und Konsorten die Demokratie am Ministertische zu erblicken. Vielleicht wäre es lehrreich für unsere ganze Zukunft, von höchster Bedeutung für unsere ganze fernere politische Entwickelung gewesen. Die staatsfreundlichen Elemente würden dann am leichtesten einzusehen vermocht haben, was sie an den Demokraten besitzen. Vielen heute noch Geblendeten würden schon vor Jahrzehnten die Schuppen von den Augen gefallen, noch zahlreichere vor politischer Blindheit überhaupt bewahrt geblieben sein. Die Mittel, welche Exzellenz Waldeck angewendet haben möchten, um sich seiner eigenen Partei zu entledigen und sie persönlich wie prinzipiell zu beseitigen, würden für die junge, lernbegierige Demokratie den schönsten, staatswissenschaftlichen Kursus abgegeben haben.

Am 31. Oktober war Waldeck, wie wir sehen werden, allerdings noch recht, recht weit entfernt von einer mäßigen Höhe ministerieller und staatsmännischer Politik. An diesem Tage noch hielt er, wie sein berüchtigter Antrag darthut, die Absendung einer preußischen Hülfsarmee nach Wien zur Unterstützung der dortigen Straßenmeuterer für ein geeignetes Mittel — gefährdete Volksfreiheiten zu schützen. Am 2. November, als das Ministerium Brandenburg bereits seine Schatten vor sich herwarf, hielt es Waldeck mit seinen Genossen Jacoby, Temme und Schultz aus Wanzleben an der Zeit, den Antrag einzubringen, eine Kommission zu erwählen und ihr den Auftrag zu ertheilen, „der Versammlung die in der bedrohlichen Lage des Landes geeigneten Mittel vorzuschlagen," also in aller Form einen — Wohlfahrts-Ausschuß einzusetzen. Die National-Versammlung selbst hatte den Takt, jenen Antrag zu verwerfen, wobei sie zu guter Letzt noch einmal von einer richtigen Erkenntniß ihrer Lage, vielleicht auch von dem Gefühl geleitet sein mochte, daß der Versammlung im entscheidenden Momente ihrer Extravaganzen und Uebergriffe doch das Volk — d. h. das Volk im edlen Sinne des Wortes, nicht der Pöbel — fehlen werde. Waldeck glaubte allerdings wohl schon so weit zu sein, nicht mehr nach dem Pöbel allein, sondern auch nach jenem Volke klingeln zu brauchen. Das war aber einer seiner vielen Irrthümer. Auch in diesem Falle bewies er sich als der schlechte und blinde Politiker, für welchen ihn am Ende auch seine eigene Partei im Grunde ihres Herzens hielt. —

Am 20. Oktober fand die Beerdigung des am 16. gefallenen Bürgerwehrmannes und der bei der Emeute getödteten Unruhestifter statt. Der von der Minorität der National-Versammlung beantragten und demnächst von den Arbeitern verlangten gemeinsamen Beerdigung war nicht statt-

Digitized by Google

gegeben worden. Eine vom Magistrat ernannte Kommission, zu welcher Bürgerwehrleute aller Grade zugezogen wurden, setzte die Leichenfeier für den Hofvergolder Schneider fest, wies indeß jenes Ansinnen zurück. Den Arbeitern wurde, wie Rimpler angiebt, „freies ordentliches Begräbniß nach den zugehörigen Kirchhöfen" bewilligt.

Die Feierlichkeit für den Schneider sollte Morgens um 9 Uhr beginnen. Es wurde jedoch 10 Uhr, bevor die Aufstellung des ganzen Gefolges beendet war. Der Kommandant von Berlin, ein Theil des Offizierkorps der Garnison, der Magistrat, die Stadtverordneten, sowie Deputationen der Bürgerwehr und Vereine folgten. Während nun dieser feierliche Akt vor sich ging, stellten die Arbeiter die zehn Särge ihrer gefallenen Genossen auf die mit Kränzen und Blumen verzierte Freitreppe des Opernhauses. Die Leichen der Exzedenten wurden, nach Rimpler, „mit dem größten Gepränge begraben, so daß die Leichenfeierlichkeit des Vormittags (d. h. die für den Bürgerwehrmann) gegen die Pracht dieses Begräbnisses verschwand." Was jedoch am bezeichnendsten, die Bürgerwehr folgte den Särgen der Aufrührer, und zwar bewaffnet und in Begleitung von Musikchören, in bedeutend größerer Zahl, als dem ihres eigenen Kameraden.

Interessant ist, was Brandt, als Augenzeuge, über den Zug berichtet. Er schreibt:*) „Das Begräbniß bot in der That einen imponirenden Anblick und that zur Genüge dar, daß sehr viele Kräfte zu einer Revolution vorhanden waren, die die Abgeordneten in der Hand zu behalten wünschten, und daß es vielleicht nur einer entschiedeneren Wendung der Verhältnisse nach Außen bedurfte, um die Bürgerwehr, schon aus Furcht, in neue Kämpfe verwickelt zu werden, auch dieser Partei in die Hände zu spielen. Jemand, der mit mir den Zug vorüberziehen sah, sagte zu mir: „Dies hat ein ganz anderes Gepräge, als am 24. März, wo der Zug, die Todten abgerechnet, einem Maskenzuge ähnelte; hier dagegen sehe ich gefesselte Tiger und Hyänen, denen ihre Führer nur Maulkörbe angelegt haben." Ich weiß nicht, was es war, aber der Zug, sehr schön geordnet und aus den Elementen der Revolution geschickt gemischt, darunter die Reigenführer der Linken als erste Leidtragende, hatte ungemein viel Erregendes. Die Stille unter den gewiß 30000 Menschen war es besonders, die auffallen konnte. Mir schien das Schweigen organisirt, ein bedeutsames Zeichen für Alle, die sich auf dergleichen verstehen."

Waldeck zog an dem Begräbnißtage in seiner ganzen Glorie hinter den Särgen dieser Arbeiter her, welche weder als Freiheitshelden, noch als politische Märtyrer, sondern in frivoler Widersetzlichkeit gegen Ordnung und Sitte, in Auflehnung gegen das gesetzliche Organ der Staatsgewalt den Tod gefunden hatten. Daß die äußerste Linke der National-Versammlung, unter Anführung Waldeck's, sich diesem Leichenzuge überhaupt anschloß, gehörte zu den vielen Lächerlichkeiten dieser Partei, durch welche sie sich unaufhörlich gegen die Ehre ihrer Nation, wie gegen ihre eigene verging. Zu

*) Vergl Brandt, a. a. O., Bd. III., S. 286.



Digitized by Google

einer prinzipiellen Demonstration konnte dieses Begräbniß durchaus keinen Anlaß bieten. Aber was fragten Herr Waldeck und Konsorten nach Prinzipien, wenn sie nur eine Gelegenheit erhaschen konnten, ihrer krankhaften Volkssucht zu fröhnen und sich als die Männer des Volkes (gleichviel welches) öffentlich zu zeigen. Man sieht — ganz wie noch heute! —

Bevor wir uns dem Schlußakte des Dramas zuwenden, als dessen jammervollen Helden, einen wahrhaften Ritter von der traurigen Gestalt, wir die weiland Berliner Bürgerwehr über die Bühne zu geleiten gehabt haben, müssen wir noch einer charakteristischen Episode gedenken, welche sich am 15. Oktober abspielte.

An diesem Tage, dem Geburtsfeste des Königs, war sowohl die National-Versammlung, als auch die Bürgerwehr bei der im Schloß Bellevue stattfindenden Gratulationskour durch ihre Repräsentanten vertreten. Die Kammermitglieder hatten Plätze angewiesen erhalten in dem Gemach, welches der König zuerst betreten mußte. Als derselbe sich dem Präsidenten Grabow näherte, verlas dieser folgende Anrede:

Majestät!

„Die versammelten Vertreter Ihres freien und treuen Volkes, von demselben auf Allerhöchst Ihren Ruf entsendet, um mit Ew. Majestät das große Verfassungswerk Preußens zu begründen, haben uns an dem heutigen bedeutungsvollen Tage, der dem Lande seinen König gab, beauftragt, Euer Majestät zum ersten Male ihre ehrfurchtsvollen Glückwünsche zu Allerhöchst Ihrem Geburtstage darzubringen.

Durchdrungen von dem Ernste der Gegenwart und im freudigen Hinblick auf die große Zukunft unseres theuren Vaterlandes, sprechen wir im Namen Derer, welche uns entsendet haben, mit dem offenen und wahren Sinne, mit der ehrfurchtsvollsten Hingebung von Männern, welche Treue gegen ihren König und Treue gegen das Volk nimmer zu trennen wissen, den innigsten Wunsch aus, daß Euer Majestät in thatkräftigster Rüstigkeit der heutige Tag zum Heile des Vaterlandes, zum Segen Ihres Volkes noch viele Jahre wiederkehre, daß Allerhöchst Dieselben sich noch lange mit Ihrem Königlichen Hause der neuen Zeit erfreuen!

Möge es Euer Majestät vergönnt sein, die Institutionen vollständig in das Leben treten und gedeihen zu sehen, von denen wir gewiß sind, daß sie die Bande, welche die ruhmvollen Thaten hohenzollernscher Fürsten zwischen Euer Majestät Hause und dem Volke geknüpft haben, fester und fester knüpfen werden."

Sobald Präsident Grabow geendigt hatte, nahm der König zu folgender Erwiderung in freier Rede das Wort:

„Was Sie Mir sagen, trägt allerdings den Schein der Ergebenheit und des Gehorsams; aber es ist eben nur dessen Schein. Die Verhandlungen in der National-Versammlung, die Ich voll Vertrauen auf die

Digitized by Google

loyalen Gesinnungen Meiner Unterthanen zusammenberufen, geben Mir aber den Beweis, von welchen Ansichten und Grundsätzen sie ausgeht. Sie lassen kein Recht unangetastet; das Heiligste selbst ist vor Ihren Angriffen nicht sicher. Sie haben Mein Mir von Gott verliehenes Recht auf die Krone angetastet; Sie wollen Mir das Von Gottes Gnaden nehmen! Aber hierzu wird keine Macht der Erde stark genug sein, — Ich werde es treu bewahren, wie Ich es von Meinen Ahnen überkommen. Sagen Sie dies den Herren, die Sie gesandt. Sagen Sie ihnen, daß Ich Ruhe und Ordnung im Lande herstellen werde, daß Mir hierzu die Mittel vollauf zu Gebote stehen; sagen Sie ihnen, daß Ich den Aufruhr und die Aufrührer, wo Ich sie finde, bekämpfen und zerschmettern werde, und daß Ich Mich hierzu durch Gottes Gnade stark genug fühle."

„Es war," berichtet Brandt, der dieser Szene beiwohnte,*) „als wenn der Blitz in die Versammlung der Volksvertreter geschlagen hätte; Alle standen still, betroffen, als wenn sie sich noch stärkerer Dinge versähen. Es war der Ausdruck der Majestät, der sie getroffen. Der Glanz der Versammlung, das Gepränge des Hofes, das Geräusch der Bewaffneten in den Vorhallen und in den Gemächern, wahrscheinlich auch die innere Ueberzeugung, daß der König ganz Recht habe, übten einen mächtigen Eindruck."

Als der König in das nächste Gemach trat, ging er schweigend an den verschiedenen Deputationen vorüber und sah wiederholt durch ein Glas, als suche er Jemanden. „So kam er!" berichtet Brandt weiter, „an den Kommandeur der Bürgergarde. Als er sich demselben nahte, nahm Rimpler das Wort. Hinter ihm standen seine Adjutanten, ein Cigarrenhändler, der Sohn des Buchhändlers Duncker und noch ein Anderer, ich hörte ein ehemaliger Militär, den ich aber nicht kannte.

„Majestät," redete Rimpler den König an, „es ist das erste Mal, daß sich die Bürgerwehr Euer Majestät glückwünschend naht. Sie schätzt sich glücklich, Euer Majestät ihre Glückwünsche durch ihre Vertreter darbringen zu können." — Rimpler stockte jedoch schon bei diesen Worten, nahm ein Papier zur Hand, welches er in seinem Hute verborgen gehalten, und las nun weiter: „Treu ihrer Verpflichtung, den Thron und die Rechte des Volkes, wenn diese angetastet werden, zu schützen, eingedenk dieses wichtigen Berufes, wird es ihr unabläßiges Streben sein, dieser heiligsten Verpflichtung mit allen Kräften, die ihr zu Gebote stehen, nachzukommen."

Rimpler stockte jetzt wieder, und da die Pause etwas länger dauerte, so ergriff Se. Majestät das Wort und sagte:

„Vergessen Sie nie, daß Ich die Bürgerwehr ins Leben gerufen, daß Ich sie bewaffnet und daß es in meinen Kräften steht, Meine Schöpfung auch wieder in ihr Nichts zurückzuversetzen. Sie haben nur Meine Befehle zu erfüllen, und diese werden nur darauf hinauslaufen, das Beste Meiner Unterthanen zu begründen, überall Ruhe und Ordnung zu er-

*) Vergl. Brandt, a. a. O., Bd. III. S. 268/69.

Digitized by Google

halten und den treuen Bürger gegen Anarchie und Uebergriffe von Rebellen zu schützen. Hierzu allein habe ich Ihnen die Waffen gegeben, und diese werde Ich Ihnen hierzu allein noch ferner belassen. Dessen wollen Sie stets eingedenk sein, und dies der Bürgerwehr Berlins gebührend einschärfen."

Hiermit drehte sich der König kurz um und ließ Herrn Rimpler und Konsorten stehen. Diese waren wie zerschmettert. Es wäre für einen großen Künstler eine Aufgabe gewesen, die verschiedenen Ausdrücke, die sich auf den Gesichtern abspiegelten, darzustellen."

Aus dem ganzen Hergange dieser Episode erhellt, daß König Friedrich Wilhelm IV. die Situation, in welche die Demokratie oder, besser gesagt, die Revolution den Träger der Krone zu bringen strebte, sehr wohl erkannte und, den republikanischen Gelüsten der Mehrheit der National-Versammlung, sowie der immermehr zu deren Trabantin herabsinkenden Bürgerwehr, energisch entgegenzutreten, sehr wohl geneigt war. Der König wußte recht gut, daß die Verfassung, wie sie zu werden begann, ein verkürztes Königthum bedeute, einer Art Absetzung gleich komme. Er wußte auch, daß Muth noch zu allen Zeiten die beste Politik gewesen, daß aber ein geduldeter König den Thron erniedrige. Der dem Könige vielfach gemachte Vorwurf, durch seine Politik der Nachgiebigkeit die Lage der Dinge zumeist selbst verschuldet zu haben, ist daher viel weniger an diesen selbst, als an diejenigen maßgebenden — wir sagen ausdrücklich maßgebenden — Persönlichkeiten seiner Umgebung zu richten, welche, wenn er seinen monarchischen Gefühlen unumwundenen Ausdruck gab, anstatt ihn in denselben zu bestärken, ihm mit allen möglichen Bedenken entgegentraten, ihn desavouirten oder doch abfällig kritisirten.

Charakteristisch in Bezug hierauf ist die von Brandt mitgetheilte Thatsache, daß General v. Pfuel, der Kriegsminister und Präsident des Staats-Ministeriums, am Schlusse jener Gratulationsfeierlichkeit seinem Unterstaatssekretär — eben Brandt — sagte: „Ich begreife den König nicht; das wird, das kann keine guten Früchte tragen." Die Konsequenz hiervon war denn auch die vom Minister Eichmann gegengezeichnete und von der Bürgerwehr selbst zurückgewiesene Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 17. Oktober, in Betreff ihrer „Heldenthaten" vom Tage vorher.*)

Während der ersten Hälfte des Oktobers — mindestens doch bis zum 12. — hatte, wie schon gesagt, in Berlin eine gewisse Ruhe geherrscht. Mit um so ernstlicheren Störungen begann die zweite Hälfte. In Folge der Ereignisse des 16., der aufregenden Szenen bei Ueberreichung der desbezüglichen Sturmpetition durch die Kanalarbeiter und deren ostensibler Protektion durch die Linke am 17. und 18. wiederholten sich zunächst am letzteren Tage die persönlichen Beschimpfungen und Bedrohungen der Rechten

*) Vergl. S. 87/88.

Digitized by Google

beim Verlassen des Sitzungslokales, wie solche schon häufig, namentlich am 9. Juni und im September, stattgefunden hatten und bereits geschildert worden sind.

Als die Sitzung am 18. Oktober geschlossen wurde, befand sich eine große Volksmenge vor dem Schauspielhause. Der Pöbel war wieder von der Linken aufgeboten worden, um durch Drohungen einen gewissen Zwang auf die Abstimmung auszuüben. In seinen Reihen befand sich eine Menge jener schon geschilderten Bassermann'schen Gestalten, welche sich von Zeit zu Zeit durch wüstes Brüllen bemerkbar machten. Von den Mitgliedern der Linken verließen Berends, Temme, Elsner u. a. mehrfach den Saal, um ihren Geschäftsfreunden durch einen an der Thür postirten Vertrauensmann Mittheilungen zu machen. Als die Abgeordneten und Regierungs-Kommissare das Haus verließen, mußten sie sich durch eine dichtgedrängte Masse hindurchwinden. Bei dieser Gelegenheit wurden zahlreiche Mitglieder der Rechten, trotzdem genügend Bürgerwehr an Ort und Stelle, wörtlich und thätlich beleidigt. Man nannte dieselben „Verräther" statt „Vertreter" des Volks, drehte ihnen Stöcke unter die Nase, hielt ihnen Bündel Stricke entgegen und rief ihnen zu: „Daran müssen Alle von der Rechten aufgehängt werden!" Den auf die Straße hinaustretenden General v. Brandt apostrophirte ein junger Mensch mit den Worten: „Das ist der Kriegs-Minister, das ist auch so ein Hallunke wie die Anderen!"

Der Abgeordnete v. Meusebach nahm demzufolge am 19. Veranlassung, diese Vorfälle in der National-Versammlung zur Sprache zu bringen und sodann einen bezüglichen Antrag zu stellen. Die bei dieser Gelegenheit dargelegten Meinungen der Rechten bewiesen am unwiderleglichsten, wie hohe Zeit es war, die von dem Ministerium Camphausen inaugurirte Herrschaft des Gewähren- und Hingehenlassens, aus dem seine Nachfolger einen förmlichen Kultus gemacht hatten, zu beseitigen, an Stelle jener schwächlichen Regierungsmittel wieder Kraft, Intelligenz und Muth zu ihren Rechten zu bringen. Sie bekunden zudem die völlige Unfähigkeit der Bürgerwehr, auch nur ein Mindestmaß von Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wenngleich sie sich noch 48 Stunden früher damit gebrüstet hatte, „sie würde alle Barrikaden mit Sturm nehmen," und die nun ihr eigener Kommandeur dahin charakterisirt*): „Die Bürgerwehr, sich ihrer eigenen numerischen Schwäche bewußt, durch kein Gesetz und Disziplin zu einer thatkräftigen Masse gebildet, in sich selbst durch Parteien gespalten, konnte auf die Dauer einen Kampf gegen die Arbeiter nicht durchführen. Ihre Reihen lichteten sich durch die zahlreichen Verwundungen und durch das Zurückhalten einzelner Wehrmänner von ihren besorgten Familien immer mehr, während die der Arbeiter sich vermehrten. Einige solche Kämpfe, wie der am 16. Oktober, würden die Maschinenbauarbeiter, 6000 an der Zahl, die Handwerker-Vereine mit sämmtlichen Arbeitern, mit den Arbeitern an den Rehbergen u. s. w. in Verbindung gebracht haben. Die Erfahrung

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., (18.—20. Oktober), S. 76.

Digitized by Google

hatte gezeigt, daß die Bürgerwehr sich gegen die Hülfe des Militärs sträubte und ihren Kräften zuviel zutraute."

Die Verhandlungen des 19. und 21. Oktober über den beregten Gegenstand sind von so hoher Bedeutung, daß wir es uns nicht versagen konnen, Einiges aus denselben wörtlich zu zitiren, speziell aus den Reden der Abgeordneten v. Meusebach, Rehfeld, Scholz (Meseritz) und Schmidt (Beeskow).

Abgeordneter v. Meusebach:

Meine Herren! Ich habe mich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet, weil ich mich für verpflichtet halte, der hohen Versammlung Kenntniß zu geben von den Exzessen, welche gestern nach dem Schlusse der Sitzung gegen Abgeordnete vor der Thür dieses Hauses stattgefunden und die Würde dieser Versammlung zu wiederholten Malen auf eine gröbliche Weise verletzt haben. Ich bin selbst Augenzeuge gewesen und zum Theil mitbetroffen worden von diesen Exzessen. Ich werde mit kurzen Worten den Verlauf der Sache angeben, wie ihn viele Kollegen aus eigener Wahrnehmung bestätigen können.

Als wir das Haus verließen nach der Sitzung, fanden wir eine Menschenmenge in einem Spalier vor der Thür aufgestellt, welches wir zu passiren hatten. Wir mußten in gewohnter Art, wie es der Volkswitz jetzt schon nennt, „Spießruthen laufen." Meine Freunde und ich wurden mit dem Rufe empfangen: „Da sind welche von der Rechten." Wir wurden mit Spott und Hohn überhäuft. Ich will der Schimpfreden, welche in Bezug auf unsere gestrige Abstimmung fielen, nicht gedenken. Auf beiden Seiten aber standen Männer, welche Bündel mit Stricken in den Händen hielten und uns zuriefen: „Daran müsse Alle von der Rechten aufgehängt werden."

(Gelächter von der linken Seite.)

Meine Herren! Sie sollten nicht lachen, denn es kann ja auch leicht einmal aus Versehen ein Un-Rechter davon betroffen werden. Aber lassen Sie uns zu dem Ernst der Sache zurückkehren. Der Unfug dauerte noch eine geraume Zeit fort; es waren allerdings einige Herren von jener Seite,

(auf die Linke zeigend)

welche sich der dankenswerthen Mühe unterzogen, wie es mir schien, die Menge zu beruhigen und sie von weiteren Exzessen abzuhalten. Ich gestehe aber, daß eben so wenig, als es Mitgliedern der National-Versammlung zugemuthet werden kann, die Polizeiaufsicht für dieses Haus auf der Straße zu handhaben, es noch weniger uns zugemuthet werden kann, daß wir uns dem Zufall aussetzen sollen, ob wirklich die Macht und der Einfluß jener Herren ausreiche einer aufgeregten Menge gegenüber. Ich glaube, meine Herren, daß wir Alle darin einverstanden sind, daß die Würde und das Ansehen dieser hohen Versammlung unter solchen Zuständen jeden Tag gröblich gefährdet werden kann und bereits wiederholt verletzt worden ist. Ich will nicht von der persönlichen Gefahr reden, diese kommt nicht in Betracht. Ich habe wohl bemerkt, daß die Haltung der Menge gestern nicht bedrohlich war; es schien mir mehr, als wollte sich der Volkshumor der Menge nur in symbolischen Demonstrationen kundgeben. Aber

Digitized by Google

dieser Volkshumor muß auch seine Grenzen finden, wenn nicht auch die Grenzen der Würde und des Ansehens dieser hohen Versammlung überschritten werden sollen. Was soll das Land, was sollen die Provinzen sagen zu solchen Exzessen? Was soll es denken von solchen Zuständen, als deren Mißgeburt es nothwendig diese Exzesse ansehen muß? Glauben Sie etwa nicht, meine Herren, daß der Schein auf uns fällt, als beriethen wir nicht mehr frei, und als ständen wir unter dem Terrorismus der Massen? Den Provinzen sind die früheren Vorfälle sehr wohl bekannt. Ich will nur erinnern an die Beleidigungen, welche am 9. Juni vor dem Versammlungshause an Abgeordneten verübt wurden, ich will erinnern daran, daß wir am 7. September unter einem Belagerungszustande berathen und beschlossen haben. Erinnern Sie sich endlich der thätlichen Angriffe, welche der ehrenwehrte Abgeordnete Sydow vor acht Tagen gleichfalls unmittelbar vor diesem Hause erfahren und vor denen er nur mit Mühe unter den Augen der ruhig zusehenden Schutzmänner in sein eigenes Haus flüchten konnte. Ich glaube wohl, daß man auf ernstliche Mittel bedacht sein muß, diesem Unfuge zu steuern. Ich weiß wohl, daß an einzelnen Tagen diese Massen wie auf ein Zauberwort verschwunden sind; aber jedesmal hat sich der Unfug erneuert in dem entscheidenden Momente, und ich glaube nicht, daß wir es der Willkür jener Zauberer ferner überlassen dürfen, ob die Würde dieser Versammlung jeden Tag verletzt werden soll durch irregeleitete Männer oder durch muthwillige Knaben.

Sie haben vor einigen Monaten den Beschluß gefaßt, die National-Versammlung unter den Schutz der Bevölkerung Berlins zu stellen. Es ist dieser Beschluß schon mehrmals von dieser Tribüne herab bezeichnet worden mehr als ein Akt der Gutmüthigkeit, denn als ein Akt der politischen Vorsicht. Aber noch mehr, meine Herren, ich glaube, wir haben durch diesen Beschluß, ohne es zu wissen und zu wollen, die Ehre der Stadt Berlin gefährdet, denn diese Ehre ist gefährdet, wenn man es noch länger duldet, daß die Vertreter des Volkes, welche in diese Hauptstadt berufen sind, um ihre Meinung nach eigener, bester Ueberzeugung und nach ihrem Gewissen auszusprechen, — daß diese für ihre Abstimmungen öffentlichen und schmählichen Insulten fast täglich ausgesetzt sind. Sie konnten die guten Bürger dieser Stadt, welche mit uns entrüstet sind über diese Exzesse, nicht verantwortlich machen für den Unfug der wenigen Uebelgesinnten oder Irregeleiteten, weil diese guten Bürger nicht die Macht haben, diesen Exzessen zu steuern.

Mögen Sie nun geneigt sein, jenen Beschluß aufzuheben oder nicht; ich glaube dennoch, daß die Regierung durch diesen Beschluß nicht der Pflicht für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung überhoben worden ist außerhalb dieses Hauses. Das Ministerium ist von vielen Seiten ein Ministerium der bewaffneten Reaktion genannt worden. Sie wissen sehr wohl, daß wir daran nie geglaubt haben ..... Aber eines, meine Herren, haben wir allerdings von dem gegenwärtigen Ministerium erwartet; wir haben erwartet, daß es mit den gesetzlich gegebenen Mitteln der Exekutivgewalt reagiren würde gegen die Zügellosigkeit und Gesetzlosigkeit, welche in dieser Stadt immer mehr um sich greift und die Freiheit Aller zu gefährden droht. Ich bedaure, es aussprechen zu müssen, — aber ich und viele meiner politischen Freunde haben diese Erwartung nicht in vollem Maße erfüllt gesehen.

Digitized by Google

Wenn ich auch wünschen muß, daß das Ministerium einen Angriff gerade von dieser Seite her nicht anders aufnehmen möge, als hervorgegangen aus der Nothwendigkeit der Umstände und geboten durch das Interesse des Landes, so kann ich doch den Wunsch nicht unterdrücken, daß die Regierung die ihr zu Gebote stehenden äußeren Mittel auffinden und anwenden möge, damit die Würde und das Ansehen der Versammlung geschützt bleibe vor ähnlichen Insulten, wie sie vor den Thüren dieses Hauses den Vertretern des Landes wiederholt zugefügt worden sind.

(Beifall von der Rechten; Zischen von der Linken.)

Abgeordneter Rehfeld:

Als ein Pendant dazu und als Beweis der vernünftigen Haltung des sogenannten Volkes kann auch ich etwas erzählen. Als wir vor Kurzem aus der Thür unseres Versammlungshauses traten und ein Konstabler die umdrängenden Massen aufforderte, uns Platz zu machen, so entgegnete Einer uns laut: „Ja, das würden wir recht gern, wenn sie wahrhaft Volksvertreter und nicht Volksverräther wären.“ Ohne darauf einzugehen, daß dies nicht anders sein kann, wenn man bedenkt, daß diese Leute systematisch aufgeregt sind seit langer Zeit, so füge ich nur hinzu, da die Versammlung den Beschluß gefaßt hat, uns unter den Schutz dieses sogenannten Volkes zu stellen, und das Königliche Präsidium nicht hinreichende Maßregeln trifft, uns auf der Straße vor Insulten zu schützen, daß uns fast nichts Anderes übrig bleiben möchte, als uns zu bewaffnen, uns mit Waffen zu versehen, um uns vor Unbilden zu schützen und Angriffe auf unser Leben, so sie geschehen sollten, zurückweisen zu können.

(Unruhe. Einige lachen.)

(Stimme vom Platze: Lachen Sie nicht darüber, meine Herren, ich verkaufe mein Leben auf solche Weise nicht.)

Abgeordneter Scholz (Meseritz):

Meine Herren! Wenn der Abgeordnete Uhlich gesagt hat, es gehöre nur ein freundliches Wort dazu, um sich Bahn zu brechen, so muß ich dies bestreiten. Ich habe mehrere freundliche Worte an die Menge gerichtet und gebeten, mich nach der rechten Seite, wo ich nach meiner Wohnung hin gelange, durchzulassen. Es war vergeblich. Ich sprach, ich wünsche ein wenig von der Freiheit, die sie in Anspruch nehmen; da wurde mir erwidert, auf die Gasse zeigend: „Dies sei der Weg, den sie vorgezeichnet haben und den ich gehen müsse.“ Als ich dies nicht wollte, wurde ich fortgestoßen und mir ein Strick vorgehalten mit den Worten: „Der ist für Euch von der Rechten, daran werdet ihr hängen!“

Abgeordneter Schmidt (Beeskow):

Meine Herren! Als ich den Antrag des Abgeordneten v. Meusebach auf der Tagesordnung fand, habe ich nicht weniger bedauert, daß er gestellt worden ist, als ich bedaure, daß unser Kollege Tüshaus einen ähnlichen Antrag gestellt hat, weil nach dem Blicke, welchen ich in die Verhältnisse zu werfen Gelegenheit gehabt habe, ich von vornherein die Ueberzeugung hatte, er könnte in dieser Versammlung keine Majorität gewinnen. An dem

Digitized by Google

Tage, an welchem der bekannte Berends'sche Antrag zur Abstimmung kam und bestimmt war, trat ich vor die Singakademie und erblickte unter den Kastanienbäumen einen großen Volkshaufen, in dessen Mitte ein Redner stand, der zum Volke sprach. Ich trat hinzu, kam aber erst heran, als der Redner mit den Worten schloß: „Dann, meine Herren, werden wir handeln." Kaum war er von der Bühne gestiegen, so trat ein junger Mensch hinauf, der das Volk in folgender Weise anredete: „Meine Herren! Ich stimme ganz und gar mit dem vorigen Redner überein. Die Linke ist das Haupt und wir sind die Glieder. Das Haupt denkt und die Glieder handeln; warten wir ab, was das Haupt gedacht hat, dann erst, dann wissen wir, was wir thun sollen, wenn das Haupt gesagt hat, was es will."

Meine Herren! Sie wissen, daß an jenem Tage die Minister und die Abgeordneten brutal behandelt worden sind. Sie wissen, meine Herren, daß in Folge dessen am nächsten Tage die Bürgerwehr den Schutz der National-Versammlung übernahm, daß aber in Folge dessen der bekannte Uhlich'sche Antrag hier einging, der zur Folge hatte, daß per Majorität beschlossen wurde, die Glieder wieder mit dem Haupte zu vereinigen. Konnten nun die Herren Tüshaus und v. Meusebach annehmen, daß daß Haupt heute beschließen würde, die Glieder von sich trennen zu lassen. Ich glaube nicht.

(Bravo und Lachen.)

Meine Herren? Was wäre unter solchen Umständen aber zu thun? Ich glaube, das einzige Mittel, was fruchten könnte, wäre das, zu erklären, was von dieser Tribüne herab bereits erklärt worden ist, daß, wenn das Haupt nicht aufhört, diesen gemeinen Straßenunfug durch die Glieder ausführen zu lassen, man mit Ehren nicht mehr ihnen gegenüber sitzen kann.

(Bravo rechts. — Links große Unruhe und lebhafter Ruf: Zur Ordnung! zur Ordnung! Solche Verleumdungen strafen wir mit Verachtung!)

Der betreffende, vom Abg. v. Meusebach gestellte Antrag lautete:

Die National-Versammlung wolle beschließen:

In Erwägung der vor den Ausgängen des Schauspielhauses in neuerer Zeit wiederholt vorgekommenen, die Würde der Versammlung verletzenden Exzesse, ist das Ministerium zu ersuchen, Sorge zu tragen, daß die öffentliche Ordnung auf dem freien Platze vor dem Schauspielhause während der Dauer und bis nach dem Schlusse der Sitzungen der National-Versammlung mit gebührender Strenge gehandhabt werde.

Auf das Schlußwort des Antragstellers antwortete der Minister des Innern:

Meine Herren! Die Pflicht, an welche wir wiederholt erinnert worden sind, liegt uns gewiß sehr am Herzen. Wir haben uns Mühe gegeben, diese Pflicht zu erfüllen, und wir können es nur bedauern, daß dies nicht in höherem und besseren Maße erreicht worden ist, daß wir neuerlichst die Klagen über die Belästigung der Mitglieder der hohen Versammlung bei dem Austritte aus diesem Hause haben hören müssen. Was wir gethan haben, um die Mitglieder der hohen Versammlung zu schützen, besteht darin, daß wir Schutzmannschaften aufgestellt haben. Aber, meine Herren, diese Schutzmänner sind unbewaffnet, sie haben es nicht vermocht, diejenigen ab-

Digitized by Google

zuhalten, die sich erlaubten, die Mitglieder dieser hohen Versammlung zu beschimpfen. Zur Verstärkung der Schutzmannschaft steht kein anderes Mittel zu Gebot, als nach Rücksprache der Polizei-Behörde mit dem Kommando der Bürgerwehr Bürgerwehr aufstellen zu lassen. Dies ist wiederholt geschehen. Es ist aber sehr natürlich, daß dies nicht in der Art geschehen kann, daß Bürgerwehr so rasch aufgestellt werde, um diesen Schutz augenblicklich zu leisten. Dieser unvollkommene Schutz beruht also auf der allgemeinen Einrichtung, daß zunächst nur die Bürgerwehr auftreten muß. Ich bin weit entfernt, der Bürgerwehr, welche in den letzten Tagen mit Aufopferung und Hingebung ihre Pflicht zum Kampfe für Freiheit und Ordnung erfüllt hat,*) Vorwürfe zu machen; aber, meine Herren, die Schwierigkeit eines schnellen und ausreichenden Schutzes liegt darin, daß die bewaffneten Bürgerwehr-Mannschaften nicht mit der Schnelligkeit herbeizuführen und aufzustellen sind, wie Polizei und Militär.

Nachdem der Abgeordnete Waldeck diese Aeußerung des Ministers, als durch eine angebliche Verletzung der Geschäftsordnung seitens des Abgeordneten v. Meusebach provozirt,**) für „null und nichtig" erklärt hatte, eine Aeußerung, wodurch er (der Minister) die Bürgerwehr unter die Polizei-Mannschaft stelle und sich „anmaße," etwas bestimmen zu wollen, was gegen die Beschlüsse des Hauses sei, denn die Kammer habe beschlossen, sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung zu stellen, und es werde nicht Sache des Ministers des Innern sein, dem entgegen zu verfahren, protestirte der Redner, daß der Minister etwas gegen die Beschlüsse der Versammlung unternehme. In ächt demokratischer Zartheit und Bescheidenheit schließt Se. demokratische Heiligkeit diese Apostrophe: „Wenn er (der Minister nämlich) es nicht versteht, wie man Ruhe und Ordnung handhabt, so wollen wir es verstehen!"

Daß die Demokratie, unter Waldeck's Führung, dies je gewollt hat, bestreiten wir aufs Nachdrücklichste. Sie hätte es übrigens, da Redensarten die Mittel zu dem Zwecke nicht sind, auch nicht gekonnt!

Auf die Waldeck'sche Unverschämtheit erwiderte nunmehr der Minister Eichmann mit wohlthuender Entschiedenheit:

Meine Herren! das Ministerium ist wiederholt aufgerufen, in der Stadt Ordnung zu erhalten, die Beschlüsse der hohen Versammlung können dem unmöglich entgegenstehen. Wenn sich die hohe Versammlung dem Schutze der Berliner Bürger anvertraut hat, so hebt dies keineswegs die Pflicht der Regierung auf, auf den Plätzen und Straßen dieser Stadt Ordnung zu erhalten, und diese Pflicht will und wird das Ministerium nach Kräften erfüllen.

---

*) Das war eben ein folgenschwerer Irrthum des Ministers, um so mehr, als er hierbei doch zunächst den 16. Oktober im Auge hatte.

**) Der Abgeordnete v. Meusebach hatte angeblich die Geschäftsordnung dadurch verletzt, daß er das ihm zu einer persönlichen Bemerkung ertheilte Wort zur Motivirung seines Antrages benutzte.

Digitized by Google

Die Linke hatte in der zweitägigen Debatte nur allgemeine Redensarten und schülerhafte Ausflüchte, durchsetzt mit den landläufigen revolutionären Schlagworten, an den Mann zu bringen gewußt. Uhlich war dafür „daß die Würde der National-Versammlung durch einen Volkswitz, wahrlich weder erniedrigt, noch erhöht werden könne." In den Augen dieses Volkstribunen waren also gemeine Schimpfreden, thätliche Mißhandlungen u. s. w. — Witze. Temme, „ein Mann mit keinem glücklichen Gesicht," wie der wiederholt zitirte Zeitgenosse ihn charakterisirt,*) protestirte mit Emphase — energisch, wie er selbst sagt — „daß unsere Versammlung von Schutzmännern zernirt werde." „Es ist vielfach gesprochen worden," ruft er aus, „daß unsere Abstimmungen nicht frei wären, das ist bezogen worden auf das um uns lagernde Volk. Dagegen aber zernirt uns ein Armee-Befehl Wrangels mit 50000 Mann und Kanonen, und wir befinden uns unter deren Schutz. Wer Furcht hat, könnte sie da haben; wir haben keine Furcht." Jung, welchen der eben erwähnte Zeitgenosse „ein radikales Ladendiener-Wesen, das sich zugleich zum Kavalier aufzustutzen bemüht war," nennt und dessen Forderung Vincke zurückgewiesen hätte, „weil er sich von dem Vorwurf eines Lügners, den er (Jung) sich in Berlin — er vertrat dieses selbst — öffentlich zugezogen, nicht gereinigt habe,**)" sagt mit Pathos: „Ich kann als Vertreter von Berlin unmöglich das alte Ammenmährchen von der wachsenden Anarchie in dieser Stadt so unwidersprochen ins Land gehen lassen. Es ist jedem Verständigen klar, daß eine Stadt, so groß wie Berlin, und deren Bevölkerung auf einem so hohen Standpunkte der Bildung steht, an der Bewegung lebhaft Antheil nehmen muß.***) Es ist aber jedem Verständigen auch ebenso klar, daß im Verhältniß zu anderen Theilen der Monarchie hier die Bewegung, welche die Zeit mit sich bringt, nicht heftiger ist, als anderswo. Wenn der Abgeordnete v. Meusebach ganz Preußen in den Zustand der Anarchie erklären will, so mag er es thun, aber er nehme nicht die eine Stadt heraus."

Dieses tolle Treiben scheint selbst Grabow, damals noch Präsident der National-Versammlung, angewidert zu haben, in demselben, so unerhörtem Beginnen gegenüber, endlich das Gefühl zum Durchbruch gekommen zu sein, für die durch seine Person vertretene Körperschaft und namentlich deren ihm jedenfalls näher, als dem Antragsteller stehenden Mitglieder noch so viel an Ehre retten zu müssen, wie für sie überhaupt noch zu retten war. Er läßt sich nämlich, die Debatte schließend, zur Sache folgendermaßen aus†):

> Meine Herren! Nun erlauben Sie mir, da Sie mir das Präsidium dieser hohen Versammlung durch Ihr Vertrauen übertragen haben, daß ich jetzt auch meine Ansicht äußern darf. Nach dem Reglement steht mir nur die Aufsicht innerhalb der Räume unseres Sitzungslokales und seiner Neben-

*) Vergl. Rückblicke ꝛc., S. 42.
**) Vergl. Rückblicke ꝛc., S. 45.
***) Ist denn Bewegung gleichbedeutend mit Rohheit und Brutalität?
†) Vergl. Stenogr. Bericht, 82. Sitzung, am 21. 10. 1848, S. 1720.

Digitized by Google

räume zu. Außerhalb dieser Räume habe ich keine Macht, habe ich keine Gewalt. Ich glaube aber, der Würde der National-Versammlung, der Sicherheit der Volksvertreter ist es unter allen Umständen gemäß, wenn wir das für uns fordern, was man hier in Berlin „Freiheit" nennt und jeder für sich in Anspruch nimmt. Sie besteht darin: Wenn ich aus diesem Hause gehe, so will ich um jede Ecke des Hauses gehen können, nach jeder Richtung hin.

Wenn uns aber hier bestimmte Schranken angewiesen sind, dann, meine Herren, glaube ich, daß die Würde der National-Versammlung verletzt ist. Ich, als Ihr Präsident, soll sorgen sowohl für die Würde der Versammlung, als auch für die Sicherheit jedes Abgeordneten. Ich werde in dieser Beziehung von allen Seiten veranlaßt, die nöthigen Maßnahmen zu treffen. Ich erkläre aber, daß ich nach dem Beschlusse, der am 15. Juni gefaßt ist, und nach dem, was heute vorgekommen ist, ich nicht im Stande sein werde, die Versammlung gegen irgend Etwas zu schützen. Diese Erklärung war ich Ihnen schuldig, damit sowohl hier, als auch im Lande dem Präsidium keine Vorwürfe gemacht werden.

Glauben Sie, daß ich gleichwohl irgendwie andere Maßnahmen hätte treffen können, so muß ich erklären, daß sowohl die heutigen Vorgänge, als die Vorgänge, deren wir öfter Zeuge gewesen, mich daran ausdrücklich behindert haben. —

---

Der Gipfelpunkt des anarchischen Gebahrens, welches die demokratische Partei kennzeichnete, wurde am letzten Oktobertage erreicht. Alle bisherigen ähnlichen Vorgänge waren gegen die Skandalszenen, welche sich innerhalb, wie außerhalb der National-Versammlung in Folge des berüchtigten Waldeck'schen Antrages, auf den oben bereits hingewiesen worden ist und von dem hier sogleich des Näheren die Rede sein wird, abspielten, nur Kindereien gewesen. Brandt nennt jene Ausschreitungen, welche zum Theil von der Linken direkt provozirt worden waren und für die sie hauptsächlich verantwortlich bleibt, sehr treffend „den Grabgesang der National-Versammlung." Die Betheiligung der Bürgerwehr an denselben und ihr Verhalten während der gröbsten Pöbelexzesse bilden ein wesentliches Kriterium mehr für die Unfähigkeit nicht nur, sondern auch für die Gefährlichkeit dieses Instituts.

Am Abend des 30. Oktober bereits hatte der Kommandeur der Bürgerwehr, Major Rimpler, die Anzeige erhalten, daß in Folge der Wiener Ereignisse eine Sturmpetition des demokratischen Bürgerwehr-Vereins an die National-Versammlung gerichtet werden solle.

Der Vormittag des 31. Oktober verlief ohne erhebliche Störung, trotzdem das Schauspielhaus vom Pöbel umlagert war. Die Bittsteller erschienen gegen 1 Uhr vor dem Sitzungslokale, wo Abgeordnete von der Freitreppe aus zu der auf und unterhalb derselben stehenden Menge sprachen. Für diesen Tag waren zwei Sitzungen — eine um 9½ Uhr Morgens, die andere um 5 Uhr Nachmittags — anberaumt. In letzterer sollte die Be-

Digitized by Google

rathung des Waldeck'schen Antrages stattfinden. Da erstere schon um 2 Uhr schloß, entfernte sich ein kleiner Theil der Volksmenge, während der größere theils den bis um 3 Uhr währenden Ansprachen der Abgeordneten außerhalb des Hauses beiwohnte, theils an Ort und Stelle blieb, um die Abend-Sitzung und den Erfolg der Abstimmung abzuwarten.

Berlin selbst hatte durch die letzten Aufregungen wieder eine unruhigere Physiognomie angenommen, als dies in den Tagen vorher der Fall gewesen war. Man sah in den Straßen eine Menge bewaffneter, meist zur Bürgerwehr gehöriger Leute; jene charakteristischen Gestalten, die man längere Zeit nicht gesehen, tauchten wieder auf, die Gruppirungen auf den Plätzen wurden häufiger, die Bemerkungen gegen bekannte Persönlichkeiten der Rechten lauter und flagranter. Die fliegenden Buchhändler auf den Straßen boten unter der Hand aufregende Produkte der Demokratenliteratur aus. Es tauchten Kerle auf, die mit kleinen Guillotinen die Straßen durchzogen. —

Der Antrag Waldeck, von den Koryphäen der äußersten Linken unterstützt, lautete wörtlich:

> Die National-Versammlung wolle beschließen:
>
> Das Staats-Ministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten.
>
> Motive.
>
> In Wien wird gegen den erklärten Willen der Volksvertreter durch die Kamarilla ein Heer, theils aus barbarischen Kroatenhorden, theils aus deutschen Kriegern bestehend, gegen die eigene Hauptstadt geführt, diese, wie ein feindlicher Ort belagert und so zu Gunsten der Herrschergelüste Weniger für die Gegenwart namenloses Elend, für die Zukunft unabweisliche Gefährdung der Volksfreiheit und der davon unzertrennlichen Nationalität eines deutschen Volksstammes bereitet.
>
> Dringend erwartet das zivilisirte Europa von dem größten deutschen Volke, dem preußischen, daß es das Gewicht seines Wortes, seiner Geld- und Waffenkräfte in die Wagschale legt, dem Reichstage in Wien zur Verfügung stellt und dadurch die Ränke und Gewaltstreiche einer unverbesserlichen Partei vereitelt.

Der Antrag Waldeck's und seiner Genossen und die Machinationen unserer heutigen Reichsfeinde in der bulgarischen Frage haben eine frappante Aehnlichkeit. Dasselbe Ziel, dasselbe Mittel, dieselbe Frivolität! Diese, wie jene, ihren eigenen revolutionären Gelüsten zu Liebe, sei es nun auf die Beseitigung der Monarchie überhaupt, sei es auf die Erschütterung einer bestimmten Dynastie oder zunächst doch auf die Schwächung einer der Opposition verhaßten Regierung abgesehen, setzen leichten Herzens des Vaterlandes Ehre, seinen Wohlstand, das Blut seiner Söhne aufs Spiel. Daß die Konsequenz des Verlangens dieser jüngeren, wie jener älteren Feinde staatlicher Ordnung, hätte die Regierung demselben entsprochen, nur der Krieg sein konnte, das dürfte doch dem Blödesten der Blöden klar sein.

Digitized by Google

Was bewog denn nun Waldeck zu seinem monströsen Antrage? Am 6. Oktober 1848 war in Wien, veranlaßt durch den Abmarsch eines Theils der Garnison gegen die rebellischen Ungarn, ein Aufstand ausgebrochen. Das Arsenal wurde erstürmt, der Pöbel bewaffnet, der Kriegs-Minister Graf Latour ermordet. Der Reichstag erklärte sich permanent und richtete an den Kaiser eine Adresse, welche die Bildung eines neuen Ministeriums, die Absetzung des Banus von Kroatien Jellachich und Aehnliches verlangte. Die Kaiserliche Familie verließ Schönbrunn und begab sich nach Olmütz. Fürst Windischgrätz wurde zum Oberbefehlshaber ernannt, Wien von demselben in Belagerungszustand erklärt. Als sich die Stadt seiner Aufforderung zur Unterwerfung nicht fügte, begann der Angriff. Die Wegnahme eines Theils der Vorstädte bewog die Rebellen am 29. Oktober, sich zur Uebergabe zu entschließen. Die Nachricht von einem Entsatze durch die Ungarn, welche indeß am 30. Oktober bei Schwechat zurückgeworfen wurden, rief den Kampf von Neuem hervor, der dann am nächsten Tage mit der Unterwerfung der Hauptstadt endigte. Es wurden nun die strengsten militärischen Maßregeln getroffen, eine Anzahl Führer und Theilnehmer, unter ihnen Robert Blum, kriegsgerichtlich verurtheilt und erschossen.

Diese naturgemäßen Konsequenzen des Aufstandes nennen nun Herr Waldeck und seine Genossen — Gefährdung der Volksfreiheit. Wir nennen sie die einzig gerechtfertigte Antwort auf meuterische, von demselben Reichstage, dem Herr Waldeck, „der Demokrat im besten Sinne des Worts," Ehre, Geld und Blut Preußens gegen die gesetzliche Regierung eines Nachbarstaates zur Verfügung stellen will, provozirte — Pöbelexzesse. Es ist in der That schwer zu sagen, was an dem Antrage Waldeck und dem Gebahren seiner Vertheidiger im Parlament mehr anzustaunen ist: die Kindlichkeit — um nicht zu sagen Knabenhaftigkeit — der ganzen Konzeption, die Kläglichkeit der politischen Auffassung oder die Frivolität der Gesinnung. Möglich wäre übrigens, daß die Symptome des Zustandes, welcher in dem von einem Manne, der mit Waldeck gelebt hat und seine früheren, durchaus nicht liberalen und streng katholischen Antezedentien genau kannte, herrührenden Briefe diesem letzteren für die Zukunft prophezeit wird, damals bei ihm zu Tage traten. Ein Zeitgenosse sagt in Bezug hierauf*): „Die Zukunft dieses Mannes hat etwas Erschreckendes, und die Presse hat darüber schon die schneidendsten Betrachtungen angestellt. Ein Brief in der Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung, der von einem Manne herrührt, welcher mit Waldeck gelebt hat und seine früheren durchaus nicht liberalen und streng katholischen Antezedentien genau kennt, prophezeit als diese wahrscheinliche Zukunft Waldeck's — den Wahnsinn!" —

Hier nur einige kurze Belege für unsere Behauptung. Waldeck sagt u. A.**):

---

*) Vergl. Rückblicke ꝛc., S. 27.
**) Vergl. Stenogr. Bericht, 91. Sitzung, am 31. 10. 1848, S. 1901.

Digitized by Google

Sie wissen, meine Herren, daß Wien Berlin auf der Bahn der Freiheit glorreich voranging . . . . Sie stehen in dieser Sache auf dem Boden der vollständigsten Legalität, auf dem Boden einer Gesetzlichkeit, die vor einem Tribunal könnte verfochten werden*) . . . . Der Reichstag in Wien ist die gesetzliche Behörde, die konstituirende Versammlung so gut wie Sie es in Preußen sind**); der Reichstag hat feierlich erklärt, daß der Belagerungszustand den jener Windischgrätz erkläre, ungesetzlich sei; er ist also ungesetzlich, weil die Volksvertreter es erklärt haben.***) Dessenungeachtet wird dieser Belagerungszustand verfolgt mit Soldatenmacht, er wird verfolgt mit barbarischen Horden, er wird mit fremden, nicht deutschen Kriegern verfolgt. Und, meine Herren, wohin soll dies führen? Das sehen Sie aus dem Manifeste, welches die Zeitungen mittheilen, welches die Unterschrift des Kaisers trägt, welches wir aber nicht als konstitutionell anerkennen können . . . . Sie wissen, daß unser großer König Friedrich Oesterreich eine Provinz im Kriege abgenommen hat, daß seitdem mehr oder minder ein Groll zwischen beiden Ländern obwaltet. Keine glorreichere Gelegenheit hat gefunden werden können, um dies auszugleichen, um Preußen auf die ihm gebührende Höhe zu stellen, als diese.

Meine Herren! Wenn damals Schlesien von dem österreichischen Staate getrennt worden, so steht Schlesien jetzt als die erste Provinz da in der Sache der Freiheit . . . ."

Bezüglich der vom Frankfurter Parlament in dieser Angelegenheit nach Wien gesendeten Kommission sagt sodann Schulze (Delitzsch)†):

Ich frage Sie aber, wo war der Platz dieser Männer, die von dem deutschen Volke betraut waren in dieser wichtigen dringenden Angelegenheit? War er unter den Schranzen des Hofes, in den Audienzzimmern des Monarchen und nicht zunächst in der bedrohten Stadt selbst? Wie mußten diese Kommissarien, wenn sie ihre ganze Mission würdig auffaßten, handeln? Sie mußten, wenn es sein mußte, auf den Barrikaden die Stirne freier Männer, die ganze Vollgewalt ihrer Sendung den fremden Soldatenschaaren entgegenhalten und das Blutvergießen hemmen, sie durften es nicht gestatten, mußten feierlichen Einspruch thun vor dem ganzen deutschen Volke, daß die Regierung es wagte, gegen den Beschluß eines Reichstages auf diese Weise mit Gründen der Kanonen und des Säbelregiments anzukämpfen,

und fährt, nachdem der Minister v. Bonin hierauf erwidert, „es habe, wie es ihm scheine, ganz unzweifelhaft in der National-Versammlung zu Frankfurt die Auffassung von den Wiener Verhältnissen vorgelegen, daß dort ungesetzliche und anarchische Zustände obwalteten, denen, durch die Reichskommissarien entgegenzutreten sei," in dem ihm eigenen Konventstone fort††):

*) Waldeck war, als er dies sagte — Königl. preußischer Geheimer Ober-Tribunalsrath.

**) Die preußische National-Versammlung war eine „vereinbarende", keine „konstituirende!"

***) Das sagt ein hochgestellter Jurist, ein Ober-Tribunalsrath, ignorirt also, daß es in der konstitutionellen Monarchie Oesterreich auch einen — Kaiser giebt, setzt vielmehr trotz desselben voraus die Konsequenzen — der Republik.

†) Vergl. Stenogr. Bericht, 91. Sitzung, am 31. 10. 1848, S. 1907.

††) Vergl. Stenogr. Bericht, 91. Sitzung, am 31. 10. 1848, S. 1908.



Digitized by Google

Der Herr Minister hat die Auffassung und die Maßregeln, welche man von Frankfurt aus getroffen hat, damit vertheidigt, daß man die Zustände in Wien als anarchische betrachte. Ich habe Sie auf die Thatsache aufmerksam zu machen, daß der Reichstag in Wien die Erhebung des Volks sanktionirt, den Belagerungszustand als ungesetzlich bezeichnet hat, und ich frage Sie: Ob wir es wagen dürfen, diese Zustände anarchisch zu nennen?*) Weiter habe ich zu berichtigen: Man bezeichnet als beruhigende Proklamation, welche von dem Hofe in Olmütz erlassen worden ist, die den Einwohnern verspricht, man wolle ihnen die gewährten Freiheiten nicht entziehen. Gegen solche Freiheiten, die Allergnädigst von dem Hofe bewilligt sein sollen, muß ich feierlichst protestiren. Die Wiener stehen so gut als wir auf dem Boden der Revolution: nur von errungenen, nicht von gewährten Freiheiten kann die Rede sein.

Diesen revolutionären Halluzinationen Waldeck's und Schulze's, Hohenpriestern im Tempel der reinen Vernunft demokratischen Bekenntnisses, klingen die Worte Baumstark's, eines Führers der Rechten, wie erlösende Wahrheit.

„In Wien," sagt dieser Redner u. A.**), „behauptet man, gäbe es blos eine legitime Gewalt und diese sei der Reichstag. Ich kann dies in seiner vollkommenen Schlußrichtigkeit nicht begreifen. Denn noch besteht das Königthum, noch besteht das Kaiserthum in Wien, noch besteht es über die deutschen Lande des bisherigen Kaiserstaates. Wer hat es dort hinweggeschoben? Was ist die Ursache gewesen, daß der Kaiser Wien verlassen hat? Ist dadurch, daß er Wien verlassen hat, seine Macht vernichtet? Ist seine Macht moralisch, ist sie juristisch vernichtet? Die Antwort hierauf, die verneinende Antwort, kann keinem Zweifel unterworfen sein; und dieser Ansicht, dieser Wahrheit gegenüber soll der Reichstag in Wien die alleinige legitime Macht in den österreichischen Landen sein? Wenn unsere Regierung, dem Antrage zufolge, nach Wien zur Unterstützung der Stadt, zur Unterstützung des Wiener Volks Truppen oder eine Macht anderer Art, ich meine Geld, schicken wollte, so würde dies ein Eingriff in die Souveränetät des Königthums, des Kaiserthums sein. Und dieses hat man sich nicht gescheut, ein Abtragen der Schuld der Dankbarkeit gegen Oesterreich, ein Beseitigen des gespannten Verhältnisses zwischen beiden Ländern zu nennen. Es wäre Krieg, es wäre Voranschreiten in der Rebellion.

Wir sanktioniren, wenn wir den Antrag annehmen, öffentlich als eine zu so hohen Zwecken bestimmte Legislation, als die konstituirende Korporation des größten deutschen Staats, das Recht der Revolution, das Recht des Widerstandes mit der Waffe gegen die legale Macht im Staate.

Meine Herren, es ist . . . . gesagt worden, der Kaiser von Oesterreich bekämpfe die Stadt Wien, bekämpfe das Wiener Volk, nicht als deutscher Fürst, sondern in ihm sei der König von Slavonien ein deutscher Reichsfeind. Sie würden, wenn Sie diesen Ausdruck analysirten, sich in

*) Schulze war, ebenso wie sein Gesinnungsgenosse Waldeck — Jurist, allerdings nur — Assessor!

**) Vergl. Stenogr. Bericht, 91. Sitzung, am 31. 10. 1848, S. 1909.

Digitized by Google

näheren Untersuchungen ergehen müssen, welche Hülfsmittel sonst dem Kaiser zu Gebote gestanden hätten, gegen Wien, eine rebellische große Stadt, einzuschreiten. Man hat, was in Wien vorgegangen, legal genannt, man hat gesagt, es finde dort ein allgemeines Fortschreiten zu größerer Freiheit statt, eine Abwehr gegen reaktionäre Kamarillen, ein Kampf gegen verruchte, schmähliche Unterdrückung der Nationalität durch fremde Nationalitäten. Es scheint mir anders, meine Herren. Ich kann, die Hand aufs Herz legend, wenn ich mich über die eine oder die andere Ursache jenes Widerstandes befrage, nach meiner innigsten Ueberzeugung nur antworten: In Wien herrscht nicht die Freiheit, nicht die deutsche Freiheit, in Wien herrscht nicht der deutsche Sinn für das deutsche Recht, obschon die dortige Partei sich die deutsche nennt; in Wien herrscht Anarchie und Ochlokratie, und, meine Herren, die Anarchie und Ochlokratie muß niedergekämpft werden, wo sie erscheint. Die gewaltsame, von den wildesten Elementen der Unmenschlichkeit getriebene „Wellenströmung" dieser sogenannten Volksfreiheit, wie sie Wien, wie wir sie erlebt in unseren Tagen, wie wir sie in diesem Augenblick draußen vor unserem Hause brüllen und heulen hören, muß gehemmt werden. In ihr leben und wirken nicht Diejenigen, die wir als auf verfassungsmäßigem, als auf dem Boden des Rechts und der Sittlichkeit stehend betrachten können. Am unfreiesten mitten in diesen Mauern der Freiheit ist der Repräsentant der sogenannten Volkssouveränetät, der Reichstag selbst.

Ich wende mich mit deutschem Herzen, mit blutender Seele hinweg von diesem sogenannten deutschen Freiheitssinne in Wien, von dem sogenannten deutschen Treiben in Wien, von dem Treiben einer Partei in Wien, welche sich falsch genug die deutsche nennt. Ich bedauere Wien, das Volk, den Reichstag, die Minister, ich bedauere die beklagenswerthen österreichischen Zustände. Ich bedauere es, daß ein deutscher Staat durch seine eigene Bevölkerung so tief hat sinken können."

Nach langem Debattiren, an dem sich auch die Minister betheiligten, schritt man, den Antrag Waldeck und ein Amendement Duncker ablehnend, zur Abstimmung über folgendes Amendement Rodbertus:

Seiner Majestät Regierung aufzufordern, bei der Zentralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde.

Dasselbe wurde mit 261 gegen 52 Stimmen angenommen. —

Kurz nach 5 Uhr hatte es angefangen zu regnen und demzufolge die Menge sich einigermaßen zerstreut. Sobald der Regen indeß aufhörte, schwoll dieselbe um so stärker an. Bald umwogten unabsehbare Massen das Sitzungslokal. Anfänglich schienen es nur die gewöhnlichen Zuschauer zu sein, später aber traten gegliederte Haufen hervor, welche Fahnen, theils dreifarbige, theils rothe, mit sich führten, zunächst jedoch ruhig blieben. Alle Augenblicke traten Leute hervor und pflogen mit Abgeordneten Raths. Waldeck, Berends,



Digitized by Google

Elsner u. a. wurden aus dem Sitzungssaale gerufen und verhandelten mit jenen Delegirten. Zuerst in der Vorhalle, dann als diese nicht mehr zugänglich war, aus den Fenstern, zu denen man von Außen auf Stühlen emporkletterte.

Im Augenblick der Abstimmung erhob sich auf dem Gensdarmenmarkt ein wildes, dröhnendes Geschrei und steigerte sich zur Wuth, als der Antrag gefallen war. Man versuchte in das Gebäude einzudringen, um Rache zu nehmen. Einzelne Arbeiter gelangten bis in den Sitzungssaal und drohten, gewaltsam entfernt, mit 3000 Genossen wiederzukehren.

Die schwachen Versuche der Bürgerwehr, von welcher nach und nach 12 Bataillone in Thätigkeit traten, Ordnung zu schaffen, genügten nicht einmal, die Thüren zu schützen. An dem Eingange zu den Tribünen drang der Pöbel fünf Schritt weit ins Haus, um die in den verschiedenen Momenten des Tages gemachten Gefangenen zu befreien. Erst nachdem letztere entlassen waren, konnte man einigermaßen Herr der Situation werden.

Die Hausthüren wurden vom Pöbel theils vernagelt, theils von demselben besetzt gehalten und deren Passiren verhindert. Der Bürgerwehr-Kommandeur Rimpler, welcher sich mit seinem Stabe in den Sitzungssaal begeben und dort auf der Tribüne ruhig den Verhandlungen zugehört hatte, wurde ebenso, wie die Abgeordneten selbst, im Hause gefangen gehalten. Dem ersteren soll der Pöbel sogar das Hinaustreten durch eine Nebenthür verweigert haben.

Wenn Rimpler in seinen Aufzeichnungen sagt: „Endlich hat das Gerücht von dem Vernageln der Thüren viel Sensation gemacht; das Wahre an der Sache ist, daß vor Ankunft der Bürgerwehr in die Schlüssellöcher der Thüren, welche nach den Versenkungen führen, und hinter welchen kein Posten der Schauspielhaus-Besatzung stand, Besenreiser und kleine Keile gesteckt waren. Nur in die Spalte einer Thür, die zum Portier führte, war ein Keil getrieben und erforderte das Oeffnen dieser wohl 5 Minuten Zeit," so meinen wir, diese Vorfälle waren in der That sensationell genug, wenn auch nicht in dem hohen Grade, als der von dem Kommandeur der Bürgerwehr ebenfalls selbst berichtete weitere, „daß bei einigen Abstimmungen die Mitglieder der Rechten den Saal verlassen hätten und darüber in der Restauration Klage geführt worden sei; dies habe einen Zugführer*) des 22. Bataillons bewogen, die im Hause befindlichen Bürgerwehrposten bis gegen die Thür des Sitzungssaales vorzuschieben und sie dahin zu instruiren, kein Mitglied der Rechten vor beendeter Sitzung mehr herauszulassen."

Auf das Mehr oder Minder der Sensation kommt es übrigens wohl kaum an, sondern darauf, daß Angesichts eines wahren Massenaufgebots der Bürgerwehr beim Schauspielhause — es war dort über die Hälfte der gesammten Bürgerwehr in Thätigkeit — diese nicht nur nicht Herrin der

*) Also doch einen — Offizier.

Digitized by Google

Situation zu werden vermochte, sondern es auch möglich war, daß ihr eigener Kommandeur nebst seinem Stabe, mit ihm die Gesammtheit der National-Versammlung, vom Pöbel gefangen gehalten wurde. Das steht fest, das ist ebenso historische Thatsache, wie die Beschränkung der persönlichen Freiheit der Mitglieder der Rechten innerhalb des Sitzungslokales durch die Bürgerwehr selbst.

Daß der Bürgerwehr, aber namentlich deren Kommando, auch an diesem Tage schwer wiegende Fehler zur Last fallen, gesteht Rimpler selbst zu, indem er, wenngleich in sehr euphemistischer Weise sagt:*) „Von Seiten des Kommandos sind an diesem Tage wohl zwei Fehler gemacht worden, der eine, daß auf die Requisition des Polizei-Präsidiums nicht gleich eine größere Zahl Bügerwehr bestellt wurde, der zweite war das Hineingehen des ganzen Kommandos ins Schauspielhaus; obwohl dieser Fehler die Ankunft der Bürgerwehr nur etwa um ½ Stunde verzögerte, so hatte der tolle Haufen, größten Theils aus Herumtreibern und bestraften Verbrechern bestehend,**) Gelegenheit genug seine Streiche auszuüben."

Was es mit der Zuverlässigkeit der Bürgerwehr selbst in so kritischen Momenten, wie der geschilderte, auf sich hatte, ergiebt die ebenfalls mit Bezug auf den 31. Oktober gemachte Rimpler'sche Bemerkung, „man hätte nicht wissen können, wie stark die Bürgerwehr bei dem vorgerückten Abend und dem schlechten Wetter kommen würde."***)

Die Kompagnien und Bataillone, in dichte Knäule zusammengedrängt und allen Angriffen und Insulten des Pöbels preisgegeben, blieben also längere Zeit ohne jegliche höhere Direktive. Ueber ihren Häuptern wurden Fackeln geschwungen, Steine, Schwärmer, glühende Lohe in ihre Reihen geschleudert, Schüsse auf sie abgefeuert, viele Bürgerwehrleute entwaffnet und mißhandelt. Trotzdem im Innern des Hauses überall Bürgerwehr aufgestellt war, verkehrte der Pöbel dort ganz nach Belieben. Es gingen fremde, zum Eintritt nicht berechtigte Leute mit Lichtern und Fackeln umher, ja schnäuzten letztere an den Koulissen. Daß alle Welt Zigarren rauchte, verstand sich von selbst. Es hätte nur eines unglücklichen Zufalls bedurft, und das Haus wäre in Flammen aufgegangen. Wiederholt sprachen Kerle, die sich demselben mit Fackeln näherten, die Absicht aus, es in Brand zu stecken. Ein Bote des auswärtigen Amtes, welcher an den Minister-Präsidenten eine Depesche zu überbringen hatte, wurde aufgegriffen, die Depesche entsiegelt, gelesen, deren Träger, da sie die Erfolge der Kaiserlichen Truppen in Wien meldete, mit Erhängen bedroht und nach einigen Mißhandlungen entlassen. Man suchte also das glorreiche Beispiel Johann Jacoby's, doch auch wohl „eines Demokraten im besten Sinne des Wortes", womit er in Königsberg vorangegangen war, nachzuahmen.

---

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 83.

**) Das waren also die Abgesandten des „Volks," mit denen die Mitglieder der „hohen" Versammlung intim verhandelten!

***) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 80.

Digitized by Google

Ueber diesem wilden Chaos wehte des Pöbels Standarte — die Fahne der rothen Republik! Er diktirte an diesem Tage der preußischen National-Versammlung seinen Willen als Gesetz. Und warum sollte er auch nicht? Wußte er doch, daß ihre Mehrheit ihn für — souverän hielt!

Nachdem das Resultat der Abstimmung bekannt gemacht war und der Präsident mitgetheilt hatte, daß er die Sitzung aufzuheben beschlossen habe, erklärten mehrere Abgeordnete, daß sie sich „im Belagerungszustande" „in unfreiwilliger Gefangenschaft" befänden und beantragten Fortsetzung der Verhandlungen. Selbst die Linke muß die Zwangslage, in der sich das Haus befindet, anerkennen. Der Abg. Parrisius erklärt nämlich: „Die Frage, welche so tief die Interessen des Volkes berührt, hat uns eine gewisse Unannehmlichkeit bereitet, denn die Plätze sind so besetzt, daß man schwer hinauskommen würde." Trotzdem wurde die Sitzung um 10½ Uhr geschlossen.

Nur mit Lebensgefahr konnten einige Abgeordnete der Rechten und die Minister durch Nebenpforten das Haus verlassen. General v. Pfuel, der Minister-Präsident und Kriegs-Minister, wurde von Mitgliedern der Linken, Jung an der Spitze, in Schutz genommen und hinweggeleitet. Wie weit die Gerüchte begründet sind, an diesem Abend habe man beabsichtigt, die Minister gefangen zu nehmen, Abgeordnete der Rechten aufzuhängen — Stricke waren wiederum zur Stelle und wurden bei Fackelschein den mißliebigen Volksvertretern entgegengehalten — das Schauspielhaus in Brand zu stecken, bleibe dahin gestellt. Behauptet ist das jedenfalls worden, unmöglich wäre es nicht gewesen. Thatsache ist dagegen, daß nach mehreren Abgeordneten, trotz der Spalier bildenden Bürgerwehr, mit Stöcken gestoßen, daß einem Regierungs-Kommissar mit einem Knüppel auf den Regenschirm geschlagen, einem Abgeordneten von der einen Seite ein Stoß, von der anderen Seite her — über die Bürgerwehr hinweg — ein Hieb mit einem gedrehten Stricke versetzt wurde.

Kurz vor Beendigung der Sitzung war es zwischen der Bürgerwehr und dem Maschinenbauarbeiter-Verein, der sich als Friedensvermittler aufwerfen wollte, in dieser Absicht auf dem Platze erschien und sich, trotzdem nicht er als solcher, sondern nur ein geringer Theil desselben — die bewaffneten Maschinenbauarbeiter-Kompagnien, etwa der 16. Theil des Vereins — der Bürgerwehr angehörte, Fnuktionen anmaßte, welche jener allein zustanden, zum Konflikt gekommen. Die Maschinenbauarbeiter stürzten sich mit ihrer Masse auf die vorgedrungene Bürgerwehr, entrissen mehreren Bürgerwehrleuten die Gewehre und drängten die Bataillone von der Markgrafen-Straße bis nach der Freitreppe des Schauspielhauses zurück. Bei dieser Gelegenheit wurde der Fahnenträger der Maschinenbauer verwundet, ein Mann getödtet. —

Mit den Ereignissen des 31. Oktober hatte das unter besonderer Protektion des revolutionären Theils der National-Versammlung stehende, von ihr organisirte und geleitete anarchische Treiben in Berlin seinen Höhepunkt erreicht. Noch einen Schritt weiter, und der Hohenzollernthron, mit

Digitized by Google

ihm das Glück und die Wohlfahrt unseres preußischen Vaterlandes, wären jenen gesinnungslosen Demagogen, welche auf dem Pöbel fußten und den Namen des Volkes als Deckmantel ihres verbrecherischen Thuns mißbrauchten, zum Opfer gefallen.

Die Regierung stand den herrschenden Zuständen gegenüber völlig machtlos da. Sie war es durch die Schwäche ihrer Organe an sich, nicht minder aber durch die paralysirende Macht der öffentlichen Meinung, welche nirgends mehr eine behördliche Kraftäußerung wahrnahm und von der Exzistenz der maßgebenden amtlichen Faktoren eigentlich nur noch durch deren stete Niederlagen in und außerhalb der Kammer wußte. Die exekutive Polizei war eine Zeit lang fast verschwunden. Als sie in der Schutzmannschaft wieder hergestellt werden sollte, schien es fast, als müsse man sich vorher über einen Eingriff in die Rechte der Revolution, über einen Versuch der Macht gegen die Zügellosigkeit entschuldigen. Vergeblich ergingen Verbote gegen Zusammenrottungen auf den Straßen, gegen die fliegenden Buchhandlungen, gegen das Kolportiren von Plakaten und Flugschriften, obwohl denselben überall das Gesetz zur Seite stand. Es war fast sprichwörtlich geworden, daß polizeilich verhaftete, sogenannte „politische" Uebelthäter, vielfach im Sinne des Strafgesetzes „Verbrecher", sofort wieder entlassen wurden. Viel schlimmer noch als das: auch das Rechtsbewußtsein hatte gelitten, der Glaube an die Gewalt des Gesetzes war verschwunden. Lange Zeit hindurch wurde die Staatsanwaltschaft der Lässigkeit bei Verfolgung von Verbrechen geziehen, ihr zum Vorwurf gemacht, sie schiene der Entwickelung der Dinge in philosophischer Beschaulichkeit folgen zu wollen. Als dann aber eine Aenderung des Personals eintrat, zeigte es sich, wie schwierig die Verfolgung der politischen Verbrechen durch den Terrorismus geworden war, welcher auf den in öffentlicher Sitzung vernommenen Zeugen lastete. Beispiele dieser Art sind aktenmäßig nachzuweisen. Dazu kam dann die Wirkung politischer Ansichten der Richter selbst. Wurde doch erkannt, daß ein Hochverrath zum Umsturz der Verfassung des Staates nicht existire, so lange eine Verfassung in der neuen Form noch nicht festgestellt sei; war es doch möglich, daß geistreiche Vertheidiger vor den Schranken des Gerichts und unter dem Beifall eines „gebildeten" Publikums ausführen konnten: Der 18. März habe auch den Staatsorganismus und die bisherige Gesetzgebung völlig aufgehoben, die Gerichte müßten sich also inkompetent erklären und die Angeklagten — in Ermangelung von Strafgesetzen — freisprechen.

Kann das überraschen, wenn man bedenkt, daß an der Spitze der die Korruption der Massen als vornehmsten Mittels zur Erreichung ihrer Zwecke sich bedienenden Partei ein Obertribunals-Rath stand — Waldeck! Aber, wird der in die Mysterien der Geschichte jener Tage Uneingeweihte entgegnen: Der Regierung stand doch ein mächtiges Organ des Schutzes in einer über 20000 Mann starken Bürgerwehr zur Seite! Wir wissen, was aus ihr geworden war. Die Regierung hatte selbst verabsäumt, sich dieses Organes durch Belebung seines ursprünglich im Großen und Ganzen

Digitized by Google

guten Geistes oder, sagen wir noch besser, — guten Willens, insbesondere aber durch eine formelle Organisation zu sichern. Statt sofort, wenn auch nur mit einem provisorischen Reglement, allen den unausbleiblichen Abwegen einer willkürlichen Selbstbildung in so aufgeregter Zeit vorzubeugen, hatte man das Institut sich fast gänzlich allein überlassen. So erwuchs die Bürgerwehr unter den wechselnden Einflüssen der Ereignisse und unter der Einwirkung fremdartiger Elemente zu einem selbstständigen politischen Körper, zu einer zweiten exekutiven Macht neben der Regierung — im wahren Sinne des Wortes: zu einem Staate im Staate — zu einer Macht, die sich auf den Prinzipien der Ueberwachung und des Mißtrauens gründete. In diesem Sinne wirkte das Kommando lange Zeit hindurch weniger erkennbar, aber thatsächlich, schließlich jedoch offenbar, vor Aller Augen. Es erklärte am 7. September bereits ganz unumwunden, die Beschlüsse der Majorität der National-Versammlung bezüglich des Stein'schen Antrages unbedingt schützen und aufrecht erhalten zu wollen, eine Erklärung, die, abgesehen davon, daß sie die Rechte der Krone unmittelbar negirte, sogar der Deutung unterlag, daß damit allein der frühere Majoritätsbeschluß in der Sache, nicht aber der rechtlich erst noch zu fassende gemeint sei. In diesem Sinne wenigstens konnte der Abgeordnete Berends bei der Abstimmung in der Kammer mit jener Erklärung der Bürgerwehr drohen. In gleicher Machterklärung, wie jener, ergingen fortan mehrere Erlasse des Kommandos, und, auf diesem Wege fortschreitend, war dasselbe, wie wir sehen werden, am 10. November, als es in Erwägung zog, ob die Bürgerwehr sich dem Einmarsche der Truppen widersetzen solle oder nicht, nahe daran, der Regierung in aller Form den Krieg zu erklären, ihr äußersten Falles mit der Waffe in der Hand gegenüber zu treten. Hatte ja doch die Regierung in früheren Fällen das Einrücken von Truppen-Abtheilungen nur im Einverständniß mit dem Bürgerwehr-Kommando bewirken zu können geglaubt!

War denn nun aber, wird man weiter fragen, dieses Kommando wirklich eine selbstständige, einheitliche Macht? Nichts weniger, als das. Nach dem Gesetz vom 17. Oktober 1848 gehörte die Berliner Bürgerwehr, genau so wie die jeder anderen Kommune, zum Ressort des Ministers des Innern (§. 5), durfte, soweit es sich nicht um Vollziehung des Dienst-Reglements handelte, nur auf Requisition der zuständigen Behörden (§§. 6 u. 67) zusammentreten, hatte dem Könige Treue, der Verfassung und den Gesetzen Gehorsam zu zollen (§. 7), Ihr Kommandeur, vom Könige ernannt (§. 46), war nichts mehr und nichts weniger, als ein Funktionär der betreffenden Zivil-Behörde, dem keinerlei Initiative, am wenigsten aber politische, geschweige denn Sonderrechte zustanden.

Das Prinzip des Mißtrauens hatte auch hier seine lähmende Wirkung geäußert. Der erste Kommandeur, der brave General Aschof, mußte weichen, war er doch ein General des Königs, stand in dessen Solde. Bei den späteren Kommandeuren trat ein systematisches Ueberwachungssystem ein, welches jede Regung königstreuer Gesinnung als einen Verrath am Kultus der Volkssouveränetät kennzeichnete. Ein sogenannter Generalstab, lediglich mit

Digitized by Google

Verwaltungsbefugnissen ausgestattet, denn um taktische oder strategische Zwecke konnte es sich für ihn doch nicht handeln, stand dem Kommandeur zur Seite. In demselben hatte jede Kompagnie ihre Vertrauensmänner, welche als völlig beaufsichtigende und beschließende Kammer auftraten. Daneben bestanden der „Bürgerwehr-Klub und der demokratische Bürgerwehr-Verein, deren Verhandlungen und Erlasse bekunden, das eine Souveränetät des Korps über das Kommando hinaus erstrebt und erreicht wurde. Von diesen Genossenschaften innerhalb der Bürgerwehr sind Aufrufe zu offener Erhebung ausgegangen. Kann man da leugnen, daß die Bürgerwehr zu einem unter den Waffen berathenden politischen Körper geworden war? Kann man nicht vielmehr mit vollstem Rechte behaupten, daß sie zu dem geworden, wozu sie Jung s. Z. gemacht wissen wollte, „zu der zivilisirten Art des Widerstandes," wie er — eben nach Jung — im Mittelalter das Recht des Adels gewesen sein soll, das Recht, sich bewaffnet gegen den Fürsten zu erheben, wenn dieser sich — nach Ansicht seiner Unterthanen — gegen die Konstitution verging?

So wird es erklärlich, daß, als der König am 17. Oktober seine Anerkennung über die Haltung der Bürgerwehr aussprach, einzelne Kompagnien in öffentlichen Erlassen dieselbe als eine „unbefugte" zurückwiesen, daß, als der Monarch, in ernster Ansprache an den Kommandeur, diesen gemahnt hatte, die Bürgerwehr habe ihre Waffen von Ihm erhalten, sie seien also auch zum Schutze des Thrones bestimmt, einzelne Kompagnien erwiderten: „Die Bürgerwehr habe sich die Waffen selbst erobert!"

So steht das vollendete Bild der Zustände Berlin's, wie sie die Demokratie, welcher Waldeck das Epitheton „heilig" beilegt, heraufbeschworen hatte, vor unseren Augen. Es ist das der — organisirten Anarchie.

Das innere Leben welkte mit jedem Tage, anscheinend unrettbar, dahin; die Lebensquellen der Stadt schienen zu versiegen; der Hof und sein Gefolge, die unabhängigen, vermögenden Familien gingen fort; der Zufluß an Fremden minderte sich täglich; das geistige Leben in Kunst und Wissenschaft erstarb, und während der Ruin materiellen Wohlstandes durch immer neu erwachsende Opfer hereinbrach, vermochte nur ein ungeheurer Aufwand an Kommunalmitteln den gesteigerten Anforderungen zu genügen. Hat es je eine Stadt gegeben, die, nach der in ihr herrschenden finsteren Macht zu urtheilen, sich rücksichtsloser ihren Untergang selbst bereitete, so war es damals Berlin. Und diesen Mord wollte Berlin mit eigener Hand begehen, indem es durch seine revolutionäre Bewegung den Thron zu untergraben und damit den Staatsverband zu zerreißen im Begriffe stand.

Inmitten des Terrorismus, den wir in kurzen Zügen geschildert haben, stand die — National-Versammlung. Eine Körperschaft, die das Staatsleben nach einem neu erwachten Geiste neu gestalten helfen soll, ja die selbst ein Geschöpf dieses Geistes ist, muß nothwendigerweise ihre nächsten, unmittelbarsten Impulse von dort her empfangen, wo dieser Geist in seinen lebendigsten Aeußerungen sich kund giebt. Ob diese Aeußerungen rein oder

Digitized by Google

verfälscht, ob sie im Widerspruche stehen mit dem vielleicht nur ruhenden Bewußtsein der Gesammtheit des Landes oder die, wenn auch erregten und übersprudelnden, so doch wahren Zeichen seines wiedergeborenen Lebens sind, das, inmitten der Leidenschaften des Tages zu erkennen und zu ermessen, ist nur einer höheren geistigen Befähigung vorbehalten. Für die große Masse bleibt der unmittelbare Eindruck maßgebend. Ist dieser Grundsatz richtig, so gab es nur zwei Möglichkeiten. Entweder die preußische National-Versammlung entbehrte in ihrer Mehrheit jener höheren geistigen Befähigung, zu erkennen, daß das in der Treue zum angestammten Herrscherhause wurzelnde Bewußtsein der Gesammtheit des Landes nur ruhe, oder sie war mindestens unbewußt die Mitschuldige, schlimmer als das, bewußt — wir behaupten es, wir glauben es bewiesen zu haben — die Nährmutter jener Anarchie. Ihre Kreatur, ihre Helfershelferin aber war — die Bürgerwehr.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Eine bessere Charakteristik der National-Versammlung in diesem Sinne, als Brandt sie giebt, ein ebenso zuverlässiger Augenzeuge, wie scharfsichtiger Beobachter, läßt sich nicht denken. Er schreibt*): „Die National-Versammlung entbehrte jedes Adels eines höheren Lebens, jeder weiterblickenden Vaterlandsliebe; eine Stunde in der Sitzung reichte hin, den Mangel an Bildung bei den meisten Mitgliedern wahrzunehmen; von einer idealen Sittlichkeit fand sich in ihrer Mehrzahl keine Spur. Sie fing mit Uebergriffen an und starb an den Folgen ihres Prinzips, an den maßlosen Angriffen auf das Königthum, an der Hast mit der sie auf den Sturz desselben losarbeitete, an der prickelnden Ungeduld, mit der selbst die unbedeutendste Persönlichkeit sich dabei zur Geltung zu bringen suchte, an ihrer Mittelmäßigkeit und Verblendung, sowie an ihrer Unkenntniß jedes höheren Staatsprinzips. Die Schwierigkeit der Lage der National-Versammlung, als sie zusammentrat, war nicht so groß. Es war nicht ihre Aufgabe, Alles umzugestalten und neu zu schaffen, wie dies einst in Frankreich der Fall gewesen. Es war bei uns seit dreißig Jahren so viel reformirt, so viel revolutionirt worden, daß nur noch die letzte Hand anzulegen blieb, um den Staat auf der breitesten demokratischen Basis, wie dieser beliebte Ausdruck damals durch Europa wiederhallte, zu rekonstruiren. Es kam nur darauf an, die Trümmer und den Schutt einiger Ruinen, die stehen geblieben waren und den ferneren Ausbau hinderten, auf eine leichte und entsprechende Art fortzuschaffen. Wäre erleuchtete Vaterlandsliebe, aufgeklärter Patriotismus und hinlängliche Kenntniß von dem Organismus des Staates bei den Vertretern des Volkes gewesen, wären diese von dem ersten Revolutionsministerium in die rechte Bahn geleitet worden, so würden sich die Verhältnisse ganz anders gestaltet haben. Aber so legte man von Hause aus die Axt an, um den Baum, der bis dahin der Früchte so viele und edle getragen, der vollauf Blüthen trieb und deren noch mehr verhieß, mit vatermörderischer Hand zu fällen. Man wünschte einen Despotismus der

*) Vergl. Brandt, a. a. O., Bd. III., S. 335 ꝛc.

Digitized by Google

National-Versammlung zu gründen, der den König zu einem Beamten herabwürdigte. Durch unaufhörliche Anfeindungen hatte man die Regierung in der Meinung des Volkes herabgesetzt, ihr Erniedrigungen und Verlegenheiten bereitet und durch schrankenlose Anmaßung alle Bande des Gehorsams gelöst.

Zwar befanden sich in der Versammlung auch edle und verständige Männer, welche die Reste der Feudalmonarchie aufrichtig beseitigt wünschten, welche auch mit den eingeleiteten Reformen einverstanden gewesen wären und ihre Kräfte dieser Arbeit gern gewidmet hätten, um der wachsenden Demokratie entgegenzutreten. Aber es fehlte ihnen hierbei an der nöthigen Energie, an jenem Feuereifer, an jener Rücksichtslosigkeit, die sich bei der Linken offenbarte; es fehlte ihnen der wahre politische Muth und die Begeisterung, und sie wichen zurück vor der unerfahrenen und unpatriotischen Majorität jener unterthänigen Diener jeder Abstimmung, die sich durch das Toben der Menge auf der Straße zu allen Extremitäten bestimmen ließen und nur den Muth hatten, „den die Angst gebiert, der Alles wagt".*)

„So kam es, daß die Ansichten eines Mirabeau, daß der König nur die Dekrete der National-Versammlung bekannt zu machen, mit der Feststellung der Verfassung aber nicht das Mindeste zu thun habe, in dieser unglücklichen Versammlung, welche mit einer Art wollüstigen Ehrgeizes an die Zerbröckelung der Monarchie ging, immer mehr Platz griffen. Am Tage, als das Königthum in Frankreich bei der Niedermetzelung der Schweizer, statt auf den Trümmern mit dem Degen in der Hand zu fallen, sich schimpflicherweise in die National-Versammlung flüchtete, waren von 756 Abgeordneten nur 284 der linken Seite dort versammelt geblieben; man vergleiche die Abstimmungslisten aus den gefährlichen Tagen der Berliner National-Versammlung und wird ähnlichen Resultaten begegnen. Am Tage, als die Linke den 13. Juli der französischen Revolution zu feiern gedachte, ließen sich Mitglieder dieser Partei krank aus ihren Betten zu der Abstimmung in die Sitzung bringen, während eine Menge Parteigänger des Zentrums in den Büffets und Lesezimmern verweilte, um so den Schein zu retten, als hätten sie mit der Linken wenigstens geliebäugelt. Das Hauptunglück der National-Versammlung war, daß sie fast keinen überlegenen Mann und noch weit weniger verständige Männer zählte. Dabei blieb der Mehrzahl derselben viel zu wünschen übrig, daher die Versammlung denn auch bald den Hang zu Uebergriffen bekam. Es war ihre Schuld, daß sich in dem gut organisirten Staatswesen ein Mittelding von türkischem Despotismus und polnischer Anarchie zu entwickeln begann, deren Ausbildung nur Preußens Genius verhinderte. Die alte Ordnung der Dinge war zertrümmert, die neue kaum erst im Ausbau begriffen; im Innern begann der Aufruhr zu toben, nach Außen war alle Achtung verloren. Die unerhörten Mißgriffe der herrschenden Partei hatten das Vaterland an den Abgrund des Verderbens gebracht. Mangel an politischem Muth bei den Royalisten, Unentschlossenheit und Unzuverlässigkeit bei den sogenannten Konstitutionellen, welche

*) Vergl. Byron, Don Juan, XIV. 5.

Digitized by Google

die Zentrums bildeten, Unerfahrenheit, Uebergriffe, politische Rohheit, Leichtsinn und der inkarnirte Sanskulotismus der meist aus Juristen, Lehrern, Schulmeistern, Bauern und Häuslern bestehenden Versammlung stürzten dieselbe und sind die Ursache, daß sich noch heute der bessere Theil des Volkes ihrer als Komödianten, die ihre Rolle schlecht gespielt haben, erinnert."

So ging die National-Versammlung Schritt vor Schritt mit den Ereignissen dem Untergange entgegen. Es war ein Zauberkreis um sie gezogen, in dem sie wie gebannt erschien; es war der Terrorismus außerhalb ihrer Mauern, der treue Bundesgenosse der zerstörenden oppositionellen Elemente in ihrem eigenen Schooße, der sie in Fesseln schlug. Was half gegen diese geheimnißvolle Macht der edle Kampf so vieler treuer, opferwilliger Männer? Immer kühner und rücksichtsloser wurde der Angriff geführt, immer dreister die frevle Hand an den Stamm des Baumes selbst gelegt. Ein Genosse nach dem andern fiel in das Lager der Staatsfeinde ab. Der Sieg der Anarchie konnte nicht mehr zweifelhaft sein.

Die ochlokratische Majorität versagte den gemißhandelten Mitgliedern der Gegenparteien den wiederholt beantragten Schutz; sie stellte die Kammer unter denjenigen des Volkes, d. h. des Pöbels, der, mit Stricken drohend, vor der Thür stand. Sie rief jenen zu, „sie sollten nur so stimmen, wie dieser wolle, dann würden sie ungefährdet gehen." Es war der Zustand, von welchem Cäsar in seinem „Gallischen Kriege" schreibt: „In Gallien finden sich nicht allein in allen einzelnen Staaten, in allen Gauen und Gemeinden, sondern fast in jedem einzelnen Hause Parteien, an deren Spitze diejenigen stehen, welche sich in der öffentlichen Meinung die meiste Geltung zu verschaffen wissen, und ihr Belieben und ihr Wille ist für die Partei unbedingt Gesetz," — ein Zitat, welches Köchly, unserer Demokratie doch gewiß kein unsympatischer Kommentator, folgendermaßen ergänzt:

„Das ist es, was wir nicht mehr Partei-, sondern Kliquenregiment nennen. Denn Parteien hat und soll haben jeder gesunde, in der Entwickelung begriffene Staat. Abart der Partei aber ist die Klique in demselben Sinne, wie bekanntlich Aristoteles die Tyrannis Abart der Monarchie, die Oligarchie Abart der Aristokratie, die Ochlokratie Abart der Demokratie genannt hat. Wo immer nicht das reine Prinzip der Partei, sondern das persönliche der Parteihäupter oder Parteimitglieder entscheidet, da herrscht eben nicht die Partei, sondern die Klique. Wehe dem Staate, wehe der Gemeinde, wehe selbst der privaten Körperschaft, in welchen die Klique herrscht: sie ist die Fäulniß und der Verfall!"

Immer ungestümer schlugen die Wogen des Stromes, der die zersetzten Elemente der Revolution aus ganz Deutschland auf seinen Wellen trug, an die Pforten des Hauses. Schon versagten Mitglieder aus Furcht vor persönlicher Gefahr die Abstimmung, während die nahe Verbindung einzelner Fraktionen mit den leitenden Klubs und den Revolutionsagenten außerhalb immer deutlicher hervortrat, ja der Zentralausschuß der republikanischen Vereine — der Vorort der Republik — durch Mitglieder dieser Fraktionen gebildet wurde. Wahrlich, die Wolken hingen schwer herab über Preußen.

Digitized by Google

Der Gewittersturm mußte sich entladen und mit elementarer Gewalt, Trümmer und Leichen hinter sich lassend, über ganz Deutschland dahin brausen. Der Moment der höchsten Gefahr war eingetreten, mit ihm aber kam auch — die Hülfe.

Es gab denn doch noch eine höhere, einem undurchbrechbaren Damme gleich, Thron und Vaterland vor den Sturmfluthen der Anarchie und des Terrorismus schützende Macht. Diese Macht, diese unbezwingbare Gewalt, getragen von dem Genius Friedrichs des Großen, lag in der Treue, in der Zuverlässigkeit seiner allereigensten Schöpfung — des preußischen Heeres. Von dem Momente an, als König Friedrich Wilhelm IV. neugestärkt, neubeseelt von dem Geiste seines hehren Ahnen, sich hauptsächlich wieder auf diesen festesten Pfeiler seines Thrones stützte, von diesem Momente an datirt die Rettung, die Abschüttelung des nur zu lange schon getragenen ochlokratischen Joches.

Die beiden ersten Schritte auf dem neu eingeschlagenen Wege kennzeichnen die Bahn, welche die Regierung nunmehr als die allein zum Ziele führende erkannt, die sie zu wandeln Willens. Der eine ist die ministerielle Bekanntmachung vom 1. November, betreffend die sofortige Requisition des Militärs, sobald die Bürgerwehr ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genüge, der andere die Berufung eines erprobten und energischen Soldaten an die Spitze des neu zu bildenden Ministeriums. —

Am Morgen des 1. November erschien folgende Bekanntmachung.

> Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der National-Versammlung legen der Regierung die unabweisbare Pflicht auf, zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Exzesse, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen.
>
> Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, so bald die zunächst zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren und nach §. 78 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 17. v. Mts. in Thätigkeit treten zu lassen. — Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
>
> Berlin, den 1. November 1848.
>
> Der Minister des Innern.
> Eichmann.

An demselben Tage benachrichtigte General v. Pfuel das Präsidium der National-Versammlung, daß er aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung genommen, Generallieutenant Graf v. Brandenburg dagegen, daß er mit der in Folge dessen nothwendig gewordenen Bildung eines neuen Kabinets vom König beauftragt worden sei.

Beides bot der revolutionären Partei erwünschte Gelegenheit, die Stadt in neue Aufregung zu versetzen.

Digitized by Google

Behufs Neutralisirung des Ministerialerlasses richtete das Kommando der Bürgerwehr, Zug um Zug, das folgende Schreiben an die National-Versammlung:*)

> Die Ereignisse des gestrigen Tages vor dem Sitzungshause der National-Versammlung machen es mit Rücksicht auf den Beschluß einer hohen Versammlung vom 15. Juni d. J. dem unterzeichneten Kommando zur Pflicht, die gehorsamste Bitte zu stellen:
>
> Es wolle einer hohen Versammlung gefallen, an jedem Sitzungstage eine Ehrenwache der Bürgerwehr im Hause selbst zu gestatten und die Aufrechterhaltung der Ordnung vor dem Hause und das nöthig erscheinende Absperren desselben dem unterzeichneten Kommando selbstständig zu überlassen.
>
> Berlin, den 1. November 1848.
>
> Das Kommando der Bügerwehr.
> Rimpler.
>
> An
> Eine hohe National-Versammlung
> hier.

In der Sitzung des 2. November zur Verlesung gekommen, wurde dieses ungesetzliche Anerbieten auf folgenden, seitens der Linken sofort gestellten Antrag hin:

> Die Versammlung wolle beschließen:
>
> Den Präsidenten zu ermächtigen, durch Requisition der Bürgerwehr für die Sicherheit der Versammlung zu sorgen,

mit großer Majorität genehmigt.

Die Reden, welche bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, die Aeußerung, daß das Schreiben des Generallieutenants Grafen v. Brandenburg, da es nicht durch einen Minister angekündigt worden, an die Petitions-Kommission zu verweisen sei, der Antrag Waldeck's, die Sitzung permanent zu erklären, der fernere Antrag der Linken, die Gegenwart der Minister zu verlangen, endlich das erneute, dem Gesetz vom 17. Oktober diametral zuwiderlaufende Anerbieten des Bürgerwehr-Kommandos, der National-Versammlung zu jeder Sitzung eine Art Ehrenwache geben und die Aufrechterhaltung der Ordnung vor dem Sitzungsgebäude selbstständig übernehmen zu wollen, deuteten an, worauf man hinaus wollte.

Die während der Sitzung einlaufende, von dem Minister des Innern gegengezeichnete Kabinets-Ordre, in Betreff der Demission des alten Ministeriums

---

*) Der Abgeordnete Berends sagt mit Bezug auf das Rimpler'sche Schreiben: „Zu dem, was der Herr Minister gesagt hat, erlaube ich mir nur anzuführen, daß in diesem Augenblick das Bürgerwehr-Kommando gegen das Plakat des Herrn Ministers öffentlich Verwahrung eingelegt und schon dagegen beim Herrn Minister selbst protestirt hat." (Vergl. Stenogr. Bericht, 92. Sitzung, am 2. 11 1848, S. 1930.)

Digitized by Google

und der Beauftragung des Generals Grafen v. Brandenburg mit der Bildung eines neuen, diente nur dazu, das Getobe der Versammlung zu vermehren und Schritte herbeizuführen, welche deren endliche Beseitigung zum Heile des Landes beschleunigen mußten.

Es wurden zwei Anträge gestellt:

I. Antrag Jacoby-Waldeck-Temme:

Die National-Versammlung wolle beschließen:

1. Sofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern in der bei der Wahl des Vize-Präsidenten vorgeschriebenen Art zu erwählen und derselben den Auftrag zu ertheilen, der Versammlung die in der bedrohlichen Lage des Landes geeigneten Mittel vorzuschlagen.
2. Ferner wolle die Versammlung beschließen, die Sitzung nicht eher aufzuheben, bevor die ernannte Kommission ihren Bericht erstattet und darüber Beschluß gefaßt worden ist.

II. Antrag Arntz-Philipps-Berg-Rodbertus-Wachsmuth:

Die National-Versammlung wolle beschließen:

Es soll eine aus 25, vom Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern der National-Versammlung und dem Präsidium zusammengesetzte Kommission beauftragt werden, sofort den Entwurf einer Adresse über die Lage des Landes Sr. Majestät dem Könige vorzulegen und nach Annahme derselben, unter Vortritt des Präsidiums, sie Sr. Majestät zu überbringen.

„Es war noch gesunder Menschenverstand genug in der Versammlung," wie Brandt sagt, um zu begreifen, wohin der Beschluß des Antrags Jacoby-Waldeck-Temme geführt haben würde. Derselbe wurde abgelehnt. Dagegen kam der zweite mit großer Majorität zur Annahme.

Jacoby hatte bei Motivirung des seinigen, indem er die Behauptung aufstellte, die Krone habe durch Ernennung des „Herrn Brandenburg" dem ganzen Lande den Fehdehandschuh hingeworfen, dem König gegenüber „entschiedene Schritte" zu thun, gerathen und, seine eigenen Worte kommentirend, mit einer „zweiten Revolution" gedroht.

„Täuschen wir uns nicht," ruft Shylock-Jacoby aus,*) „es handelt sich hier einfach darum, ob wir durch entschiedene Schritte den König warnen, ob wir durch entschiedene Schritte ihn von einem Wege abbringen wollen, der die Krone und das Land ins Verderben stürzen wird, oder ob wir durch unsere Unentschiedenheit dazu Anlaß geben, ob wir die Schuld auf uns laden wollen, daß das Volk, welches bisher unserer Versammlung vertraute, dann, in seinem gerechten Mißtrauen gegen uns, sich selber helfe durch eine zweite Revolution."

Nachdem die Sitzung — an demselben Tage zum zweiten Male — um 4 Uhr vertagt worden war, wurde sie um 4¾ Uhr wieder eröffnet.

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 92. Sitzung, am 2. 11. 1848, S. 1928.

Digitized by Google

Der mittlerweile redigirte Adreßentwurf lautete:

Majestät!

In Folge der Benachrichtigung, daß der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die National-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Majestät zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Ew. Majestät die größten Besorgnisse im Volke erregt und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät treues Volk über die Absichten der Reaktion erschreckt, und die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hatte diese Gerüchte nicht abzuschwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspizien des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch steigern und unendlich traurige, an das Geschick eines Nachbarstaats erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen.

Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Thron und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die ebenso ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zugeben, daß Ew. Majestät Absichten und die Wünsche des Volkes im Einklang stehen.

Die Adresse wurde nach zweimaliger Verlesung angenommen. „Sie trug," wie Brandt sagt, „das ächte Gepräge der Zusammensetzung der Deputation — Devotion und Anmaßung." Der Hinweis auf Oesterreich war ein wahres Meisterstück von Ungeschicklichkeit und zeugt von völligem Mangel an Verständniß für Handhabung politischer Dinge. Bezeichnend für das ganze Gebahren der National-Versammlung in dieser Frage ist ferner der Umstand, daß es nicht viel mehr als einer Stunde bedurft hatte, um die so hochwichtige Angelegenheit zu planen, zu berathen und in Szene zu setzen.

Unmittelbar nach Verlesung der Adresse stellte Abgeordneter Temme den Antrag*):

Der Herr Minister des Innern sei aufzufordern, die Bekanntmachung vom 1. d. M. wegen Herbeiziehung des Militärs sofort zurückzunehmen.

Die Dringlichkeit desselben wurde indeß, wenngleich nur mit einer Majorität von 6 Stimmen, abgelehnt. Darauf brachten die Abgeordneten Pilet und Schulze (Delitzsch) den eine Permanenzerklärung in sich schließenden ein**):

Die hohe Versammlung wolle beschließen:

Die heutige Sitzung wird nicht eher geschlossen, als bis die mit Ueberreichung der entworfenen Adresse an Se. Majestät den König beauftragte Deputation zurückgekehrt ist und über den Erfolg der Sendung Bericht erstattet hat.

---

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 92. Sitzung, am 2. 11. 1848, S. 1931.
**) Vergl. Stenogr. Bericht, 92. Sitzung, am 2. 11. 1848, S. 1932.

Digitized by Google

Die Dringlichkeit des Antrages wurde zwar angenommen, jedoch kam dieser selbst nicht zur sofortigen Abstimmung, sondern ein anderer des Abgeordneten Parrisius*):

> Die Versammlung beschließt, sich auf zwei Stunden zu vertagen, um bei ihrem Wiederzusammentritt den Bericht der an Se. Majestät entsendeten Deputation entgegenzunehmen.

Die Versammlung war mittlerweile beschlußunfähig geworden. Die Demokraten argumentirten zwar, daß dieselbe dennoch beschlußfähig sei, und wollten Mirabeau im Ballhause nachahmen, indem sie vorschlugen, sich durch Wort zu verbinden, im Saale zu bleiben. Die Mehrheit war indeß unfügsam. Es mußte vertagt werden.

Um 10½ Uhr Abends trat die Versammlung abermals zusammen. Ein neuer Zwischenfall trug indeß dazu bei, sie nunmehr vollends auseinander zu treiben. Es war nämlich in der Hast, mit welcher man die Adreßangelegenheit betrieb, vergessen worden, daß zur Ertheilung der Königlichen Antwort die Anwesenheit mindestens eines Ministers in Potsdam erforderlich sei. Man wurde sich dieses Umstandes jedoch erst bewußt, als der dienstthuende Flügeladjutant, Major Freiherr v. Manteuffel, der spätere Generalfeldmarschall, die Deputation auf diese konstitutionelle Lücke aufmerksam machte.

Einer daraufhin an die Minister v. Bonin und Eichmann im Auftrage des Führers der Deputation, Präsidenten v. Unruh, von Seiten des Vice-Präsidenten Philipps gerichteten Anfrage: „Ob einer von ihnen nach Potsdam gehen werde, und wann?" wurde die Antwort, „daß diese Anfrage bereits dahin erledigt sei, daß die beiden genannten Minister morgen früh mit dem ersten Zuge auf Befehl Sr. Majestät sich nach Sanssouci begeben werden."

Diese Antwort bezeichnete der Abgeordnete Elsner als „Hohn" gegen die National-Versammlung und nahm nunmehr, in Gemeinschaft mit Temme, den Antrag Pilet-Schulze (Delitzsch) wieder auf. Aber auch dieses Manöver hatte keinen Erfolg. Die Versammlung blieb nach wie vor beschlußunfähig, und mußte endlich, um 12 Uhr 20 Min. Nachts, die Sitzung geschlossen werden.

Die Sitzung des 3. November begann im Wesentlichen mit der Berichterstattung des Präsidenten v. Unruh über die Fahrt der Deputation nach Potsdam, die eingetretenen Zwischenfälle und den endlichen Empfang durch den König.

Während der Sitzung ging eine Allerhöchste Botschaft vom 3. November ein, welche die Antwort des Königs auf jene Adresse enthielt.

Die Botschaft lautete:

---

*) Vergl. Stenogr. Bericht, 92. Sitzung, am 2. 11. 1848, S. 1934.



Digitized by Google

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden
König von Preußen ꝛc.

haben die am gestrigen Tage Uns überreichte Adresse der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in reifliche Erwägung gezogen und eröffnen derselben darauf Folgendes:

Fest entschlossen, den von Uns in Uebereinstimmung mit den Wünschen Unseres getreuen Volkes betretenen konstitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben Wir den Generallieutenant Grafen von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil Wir, nach seinen Uns bekannten Gesinnungen, überzeugt sind, daß er der festen Begründung und gedeihlichen Entwickelung der konstitutionellen Freiheiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen werde, die ihm von Uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Wenn ihm dies gelingt, so wird das neue Ministerium, wie Wir hoffen, sich Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen. Einem anderen Ministerium, als einem solchen, von welchem Wir dies erwarten können, werden Wir — davon dürfen die Vertreter Unseres getreuen Volkes sich überzeugt halten — niemals die Leitung der Regierung anvertrauen. Wir können Uns daher weder durch die in der Adresse vom gestrigen Tage ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte, die in keiner Handlung Unserer Regierung Bestätigung finden, noch durch die ausgesprochenen Besorgnisse bewogen finden, den in Folge Unserer wohlerwogenen Entschließung dem Grafen von Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzunehmen.

Mit Genugthuung haben Wir aus der Uns überreichten Adresse das Anerkenntniß entnommen, daß Unser Herz stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat. Das Wohl des Volkes bleibt auch ferner das einzige Ziel Unseres Strebens. Wir hoffen, bei dessen gewissenhafter Verfolgung Uns stets im Einklang mit den Wünschen des Volkes zu befinden und rechnen dabei auf die kräftige Unterstützung der Vertreter desselben.

Gegeben Sanssouci, den 3. November 1848.

**Friedrich Wilhelm.**
Eichmann.

Botschaft
an die zur Vereinbarung der Verfassung
berufene Versammlung.

Der vortheilhafte Eindruck, welchen die Königliche Botschaft bei einem großen Theile der Versammlung machte, war unverkennbar. Die Linke hatte eine Niederlage erlitten, der Royalismus einen Schritt vorwärts gethan. Da die Ochlokratie im Augenblick ein Gegengewicht nicht in die Wagschale zu werfen wußte, schritt sie zur Vertagung der Sitzung, um berathschlagen, neue Streitmittel ersinnen, sie möglichst schnell mobil machen zu können.

Als ein solches Kampfmittel sollte der am nächsten Tage, dem 4. November, von den Abgeordneten Waldeck, Schultz (Wanzleben), Jacoby und Temme gestellte neue Antrag dienen:

Digitized by Google

Die hohe National-Versammlung wolle beschließen:

fofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern in der bei der Wahl des Vize-Präsidenten vorgeschriebenen Art zu erwählen und derselben den Auftrag zu ertheilen, die bedrohliche Lage des Landes in Berathung zu nehmen und darauf bezügliche geeignete Vorschläge innerhalb der Kompetenz der National-Versammlung zu machen.

Als dieser Antrag mit 247 gegen 114 Stimmen verworfen wurde, konnten sich die demagogischen Faiseurs gründlich überzeugen, daß ihre Herrschaft wirklich am Ende angelangt sei.

Der folgende, von ihnen veranlaßte und seitens der ochlokratischen Kreme — im Ganzen 95 Mann — gegen den Beschluß der Majorität erhobene Protest, diente nur dazu, deren wahre Absichten unverfälscht zu Tage treten zu lassen. Dieser Protest, in welchem bei Analyse einer Königlichen Botschaft von dem Könige überhaupt nicht mehr die Rede ist, lautete:

Der schon vorgestern gestellte Antrag, eine Kommission, die bedrohliche Lage des Landes betreffend, zu ernennen, um von ihr die Vorschläge zu erwarten, welche dem schwankenden, gefahrvollen Zustande, in dem das Land sich befindet, ein Ende machen sollen, mußte den Unterzeichneten in Folge der vom Minister des Innern, Herrn Eichmann, gegengezeichneten Königlichen Botschaft von gestern als eine dringende Nothwendigkeit erscheinen. In einem Augenblicke der höchsten Spannung wagt Herr Eichmann darin dem fast einstimmigen Votum der Versammlung, welche durch die Annahme der Adresse die vollständige Mißbilligung des bisher befolgten Systems aussprach, mit der Behauptung entgegenzutreten, daß die in der Adresse angedeuteten Gerüchte über die Reaktion in keiner Handlung der Regierung sich bestätigt fänden. Ein Ministerium, unter dessen Obhut die bekannten Armee-Befehle bestanden, das durch seine Erlasse auf bureaukratischem Wege das Versammlungs- und Vereinigungsrecht völlig knechten wollte und zuletzt noch in ganz ungesetzlicher Weise mit dem Einschreiten der Militärgewalt drohte, findet der großen Mehrheit der National-Versammlung gegenüber die ausgesprochenen Besorgnisse unbegründet. Es genügt ferner Herrn Eichmann, wenn das neue Ministerium sich Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen werde, während die National-Versammlung zu dem Verlangen berechtigt sein muß, die Leitung der Staats-Regierung in den Händen von Männern zu sehen, welche sich bereits das Vertrauen des Landes erworben haben, und unmöglich ruhig zusehen darf, daß dem Zufalle der durch ein noch unbekanntes Verhalten zu begründenden Ansprüche auf dieses Vertrauen die Geschicke des Landes, besonders in einer so sturmbewegten Zeit, wie die unserige, übertragen werde. Ein Wechsel der Personen, nicht ein Wechsel des Systems, wird in Aussicht gestellt, während die National-Versammlung und das Volk entschieden das Letztere erwarten. Die Unterzeichneten hielten es für ihre heiligste Pflicht, durch Niedersetzung der beantragten Kommission die Maßregeln aufs Schleunigste vorzubereiten, welche gegenwärtig geeignet sind, die Ruhe des Landes und durch Beendigung des schwankenden gefahrvollen



Digitized by Google

Zustandes zugleich seine materielle Wohlfahrt wieder herbeizuführen. Sie wollen nicht verantwortlich sein für die Folgen einer Versäumniß.

Berlin, den 4. November 1848.

(Folgen die Unterschriften.)*)

Die Bürgerwehr trat die der National-Versammlung, speziell deren Linken — die Mitglieder der Rechten schützte sie ja, wie wir wissen, nicht nur nicht, sondern beschränkte sie sogar in ihrer persönlichen Freiheit — angetragenen und von dieser huldvollst entgegengenommenen Liebesdienste am 3. November an und leistete sie von da ab ohne Unterbrechung bis zu der bald eintretenden Krisis. Etwas Erwähnenswerthes scheint sich dabei, während der nächsten Tage wenigstens, nicht zugetragen zu haben. Dagegen registrirt Rimpler die bemerkenswerthe Thatsache, daß ein Anschlag „an das waffenfähige Volk von Berlin" am 5. zu einer Versammlung vor dem Prenzlauer Thore eingeladen habe, um eine mobile Freischaar zu bilden, die in Fällen der bedrohten Volksfreiheit sorge, daß die rechte Zeit zur Hülfsleistung nicht, wie dies in Wien der Fall gewesen, nutzlos und unthätig verstreiche. Mitunterzeichnet war dieser Aufruf von dem demokratischen Landwehr- und Bürgerwehr-Verein. —

Nachdem durch Kabinets-Ordre vom 8. November das neue Ministerium ernannt worden,**) erschien dasselbe am 9. zum ersten Male in der National-Versammlung. Die Sitzung derselben war um 9½ Uhr Morgens eröffnet worden. Der Präsident zeigte den Eingang eines die Bildung des neuen Ministeriums betreffenden Schreibens an und ließ dasselbe verlesen.

Noch bevor die Verlesung beendet, traten die neuen Minister in den Saal und nahmen der Tribüne gegenüber Platz, während der Präsident das Eingehen eines zweiten Schreibens des Staats-Ministeriums nebst einer Königlichen Botschaft verkündete und den Inhalt beider Schriftstücke dem Hause mittheilen ließ.

Die Botschaft lautete:

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden
König von Preußen ꝛc.

Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung wegen ihrer Abstimmungen thätlich gemißhandelt worden waren, ist am 31. v. M. von aufgeregten Volkshaufen das Sitzungslokal der Versammlung förmlich belagert und, unter Entfaltung der Zeichen der Republik, der Versuch gemacht

*) Wir heben nur hervor: Waldeck, Jacoby, Temme, Schultz (Wanzleben), D'Ester, Elsner, Jung, Berends, Reichenbach, Schramm (Langensalza).

**) Generallieutenant Graf v. Brandenburg, Minister-Präsident und interimistisch Auswärtiges; 2. v. Ladenberg, Kultus; 3. Frhr. v. Manteuffel, Inneres; 4. Generalmajor v. Strotha, Krieg; 5. Kisker, interimistisch Justiz; 6. Kühne, interimistisch Finanzen; 7. v. Pommer-Esche, interimistisch Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Digitized by Google

worden, die Abgeordneten durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche beklagenswerthe Ereignisse beweisen nur zu deutlich, daß die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, aus deren Schoße die Grundlagen einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt, und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei den zu Unserem tiefen Schmerze nicht selten wiederkehrenden anarchischen Bewegungen in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren. Die Erfüllung Unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, daß denselben sobald als möglich die auf Grund Unserer Verheißungen zu erbauende konstitutionelle Verfassung gewährt werde, kann unter solchen Verhältnissen nicht erfolgen, und darf von den Maßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen.

Wir finden uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen, und haben Unser Staats-Ministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. d. M. ab in Brandenburg gehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hierdurch vertagt. Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Berathungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. M. in Brandenburg wieder zusammenzutreten.

Gegeben Sanssouci, den 8. November 1848.

**Friedrich Wilhelm.**

Graf v. Brandenburg.

Botschaft
an die zur Vereinbarung der Verfassung
berufene Versammlung.

Nachdem auch dieser Akt vollzogen, entspann sich folgende Diskussion:

„Präsident: . . . . Ich habe zunächst zu erklären, daß ich mich nicht für ermächtigt halte, die so eben eröffnete Sitzung ohne Zustimmung der hohen Versammlung zu schließen. Ich werde daher die hohe Versammlung fragen:

Ob sie beschließt, daß die Sitzung sofort aufgehoben werden solle?

Dr. Jacoby (vom Platze): Es ist ein Antrag eingereicht worden.

Präsident: Es ist bis diesen Augenblick noch kein Antrag vorgelegt.

(Der Minister-Präsident Graf v. Brandenburg bittet ums Wort und zu gleicher Zeit verschiedene andere Abgeordnete.)

Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident Graf v. Brandenburg: Durch die so eben verlesene Allerhöchste Botschaft ist die Versammlung von des Königs Majestät aufgefordert worden, ihre Berathungen sofort abzubrechen. Ich muß daher jede Fortsetzung der Verhandlungen, welche vor dem 27. d. M. stattfindet,

Digitized by Google

wo die Versammlung wieder zusammentritt, als eine ungesetzliche bezeichnen und hiermit Namens der Krone feierlich dagegen protestiren.

Präsident: Ich habe darauf dem Herrn Minister-Präsidenten zu antworten: ich habe mich nicht für berechtigt gehalten, die Sitzung zu schließen."

Nunmehr erhoben sich die Minister, mit ihnen sehr viele Abgeordnete der Rechten, und verließen, trotz des von mehreren Seiten erschallenden Rufes: „Hierbleiben!" den Saal. —

---

Die Bürgerwehr hatte an diesem Tage bereits Morgens gegen 9 Uhr das Innere des Schauspielhauses mit 100 Mann besetzt und um dasselbe vier Bataillone postirt, welche im Laufe des Tages durch eine gleiche Anzahl abgelöst wurden. Nachmittags besetzte die Schützengilde das Schauspielhaus und verblieb in demselben die Nacht hindurch bis zum Abend des 10. November. Die Bürgerwehr erklärte sich also mit dem oppositionellen Theile der National-Versammlung permanent. Rimpler giebt übrigens an,*) „es sei die Rede gegangen, das Volk habe die Absicht gehabt, sich des Ministeriums und eines Theils der Rechten beim Herausgehen aus dem Ständehause zu bemächtigen," wozu indeß von keiner Seite der Versuch gemacht wurde.

Nachmittags 4 Uhr erhielt der Kommandeur der Bürgerwehr die Aufforderung, sich beim Minister des Innern einzufinden. Dementsprechend begab er sich mit zwei Personen seines Stabes in das Kriegs-Ministerium, als den ihm bezeichneten Empfangsort.

Ueber die dort stattgehabten Vorgänge berichtet Rimpler selbst wörtlich:**) „Nachdem wir eine kurze Zeit im Vorzimmer gewartet hatten, erschien der Minister v. Manteuffel und forderte mich auf, in das anstoßende Gemach zu folgen. Ich bat ihn, die Herren des Stabes mitnehmen zu dürfen, ein Gebrauch, der bisher immer beobachtet war, um Zeugen meiner Aussagen, sowie auch desjenigen, wozu ich aufgefordert wurde, zu haben. Der Minister lehnte es jedoch mit dem Bemerken ab, man wünsche mich nur allein zu sprechen. Im anstoßenden Gemach fand ich den Minister-Präsidenten Grafen v. Brandenburg, die Minister v. Strotha und v. Ladenberg und einen mir nur vom Ansehen bekannten Herrn. Nach einigen vorläufigen Fragen kam man auf die National-Versammlung zu sprechen, von dem Willen derselben, dem Befehle der Krone zuwider, hier in Berlin fortzutagen, und richtete die Frage an mich, „ob ich im Stande sei, mit den Kräften der Bürgerwehr diesen ungesetzlichen Schritten und Maßregeln der National-Versammlung entgegenzutreten und die Anordnungen der Regierung in dieser Beziehung auszuführen?"

---

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 86.
**) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 86 ꝛc.

Digitized by Google

Der Minister v. Strotha führte außerdem an, „es sei dies ein vollständig loyales Verfahren, in jedem konstitutionellen Staate habe die Krone das Recht, die Kammern zu vertagen, und hier um so mehr, als die Vorgänge dargethan hätten, daß die Versammlung nicht frei und ungestört berathen könne."

Hierauf erwiderte ich, „die Bürgerwehr habe die Verpflichtung, die verfassungsmäßige Freiheit aufrecht zu erhalten, und daß ich nicht glaube, sie werde sich dazu verstehen, der National-Versammlung entgegenzutreten."

Minister v. Manteuffel ergriff nun das Wort: „Sie haben ja auch den Requisitionen des Polizei-Präsidenten keine Folge leisten wollen und haben deshalb protestirt."

Ich: „Es ist dies nicht ganz genau der Hergang jener Angelegenheit. Der Polizei-Präsident hat hinlänglich Organe, um im Voraus von allen Begebenheiten unterrichtet zu werden, er ist daher im Stande, die Bürgerwehr rechtzeitig zu benachrichtigen, auch ist diese Praxis von jeher befolgt, und ich habe den Requisitionen desselben nicht nur willfährig Folge geleistet, sondern bin ihnen in vielen Fällen, wo sie erst spät eintrafen, zuvorgekommen. Da jedoch der Polizei-Präsident in einigen besonderen Schreiben das Verhalten der Bürgerwehr seiner Beurtheilung unterworfen habe, so hätte ich mich gezwungen gesehen, gegen dieses Verfahren zu protestiren, da es sonst den Anschein gewönne, als solle die Bürgerwehr den Befehlen des Polizei-Präsidenten unterstellt werden."

Die Minister kamen nun auf die Beamten in den Büreaux der National-Versammlung zu sprechen, welche nach einer Bestimmung des Präsidenten sich nicht aus den Büreaux entfernen dürften. Sie erklärten, „daß die bestehenden Freiheiten und Gesetze der Nation in keiner Art angegriffen oder verletzt werden sollten. Die Beamten der National-Versammlung würden aber widerrechtlich festgehalten und gegen diese ungesetzlichen Schritte könne die Bürgerwehr ihre Hülfe nicht versagen."

Ich erwiderte hierauf, „daß ich mit Bestimmtheit wisse, die Beamten würden nicht in den Büreaux festgehalten, sondern könnten aus- und eingehen; sie hätten aber freiwillig die Fortsetzung ihrer Dienste versprochen."

Endlich sagte man, „daß das Ministerium sich ganz auf gesetzlichem Boden bewege; es erfolge auf geordnetem Wege eine Requisition und dieser Requisition müsse Folge gegeben werden."

Ich: „Was den in Folge der Requisition zu erlassenden Befehl anbeträfe, so könne der sehr bald gegeben sein, es wäre jedoch etwas Anderes, diesem Befehle auch Gehorsam zu verschaffen. Mir wären die Mittel, selbst wenn ich persönlich einer solchen Requisition Folge leisten wolle, nicht gegeben, die im Sinne derselben zu erlassenden Befehle zur Ausführung zu bringen; im Gegentheil glaube ich, daß die Berliner Bürgerwehr sich ihnen widersetzen würde! In Zeit von einer Stunde kämen jedoch die Majore der Bürgerwehr zu mir, ich würde dann mit ihnen diese Angelegenheit in Erwägung ziehen."

Der Minister v. Ladenberg erwiderte hierauf, „er könne eine Be-

Digitized by Google

rathung nicht anerkennen; wir hätten ein Bürgerwehrgesetz vom 17. Oktober, hiernach müsse der Kommandeur und die Bürgerwehr den gesetzlichen Requisitionen Folge leisten, und er fordere mich hierzu auf!"

Ich: „Wir haben allerdings ein solches Gesetz, aber es kann noch nicht in Anwendung gebracht werden, denn es gründet sich auf Dienstwehrlisten, nach welchen die Vorgesetzten und auch die Wehrgerichte gewählt würden. Diese Dienstwehrlisten wären vom Magistrat noch nicht angefertigt und meine Bitte an die National-Versammlung, eine transitorische Bestimmung zu geben, daß bis zur Reorganisation der Bürgerwehr die Wahl der Mitglieder der Bürgerwehr-Gerichte auf Grund der bisher in jeder Kompagnie geführten Liste erfolge, vergeblich gewesen. Diese Gerichte beständen also nicht, und es könne daher kein Wehrmann nach dem Gesetz vom 17. Oktober bestraft werden, welcher der Requisition Folge zu leisten verweigere."

Obwohl der Minister v. Ladenberg noch mehrfach in mich drang, mit Bestimmtheit schon hier auszusprechen, ob ich befehlen würde, die Bürgerwehr solle den Befehlen der Regierung Folge leisten, mußte ich doch bei meinen abgegebenen Aussagen beharren, und die Herren Minister gestatteten endlich, anderthalb Stunden, also bis nach der Berathung mit den Majoren der Bürgerwehr, auf eine bestimmte Erklärung warten zu wollen.

Während dieser Verhandlung fielen meine Augen auf den mir nicht dem Namen nach bekannten Herren, ich sah, daß er eifrig schrieb und vermuthete, daß man mich zu Protokoll nähme, was sich auch bestätigte, indem man nach Beendigung des Gesprächs meine Unterschrift verlangte, die ich nach Durchsicht abgab und hierauf entlassen wurde."

Daß die Rimpler'schen Einwände lediglich Ausflüchte waren, dahin zielend, die gesetzlichen Forderungen der Regierung unerfüllt zu lassen, d. h. ihr die beanspruchte Unterstützung nicht zu gewähren, dagegen aber die ungesetzliche Haltung der National-Versammlung zu fördern, ja überhaupt möglich zu machen, liegt auf der Hand und bedarf keines weiteren Beweises.

Noch während der Versammlung der Majore hatte Rimpler den Minister des Innern, „bei einem Falle von so hoher Wichtigkeit," um eine schriftliche Requisition ersucht. Dieselbe ging Abends nach 10 Uhr von dem Polizei-Präsidenten mit dem Bemerken ein, „er sei beauftragt, der Antwort bis morgen früh entgegen zu sehen. Für den Fall, daß eine solche in der gedachten Zeit nicht eingehe, solle angenommen werden, daß das Bürgerwehr-Kommando nicht beabsichtigte, dieser Requisition Folge zu geben, vielmehr es lediglich den Königlichen Behörden überlasse, die geeignet scheinenden Maßregeln selbst zu ergreifen."

Die Majore der Bürgerwehr blieben den größten Theil der Nacht beisammen. Dasselbe that die Opposition der National-Versammlung, gedeckt und beschützt durch ihre Leib- und Ehrengarde, eben — die Bürger-

Digitized by Google

wehr. Auch Magistrat und Stadtverordneten traten in Berathung. Letztere entwarfen eine Adresse an den König, welcher der Magistrat sich jedoch nur zum Theil anschloß.

Die aus der Berathung des Bürgerwehr-Kommandos mit den Majoren — also seinen Untergebenen — hervorgegangene Beantwortung der Requisition des Polizei-Präsidenten, lautete dahin, „daß derselben nicht entsprochen werden könne, daß in dem vorliegenden Falle und nach §. 65 und 128 des Bürgerwehr-Gesetzes, selbst wenn die Requisition auf Befehl des Ministers des Innern geschehen, die Gemeinde-Behörde der Stadt Berlin nicht übergangen werden dürfe und daß mithin diese Requisition durch den Magistrat erfolgen müsse."

Auch diesem Ansinnen — ebenfalls nichts weiter als eine Ausflucht, eine um so nichtssagendere zwar, als die Bürgerwehr bislang den Magistrat nach Möglichkeit ignorirt hatte — wurde seitens der Regierung entsprochen. Der Präsident dieser höchsten Gemeinde-Behörde, Bürgermeister Naunyn, erwiderte indeß, „der Magistrat könne in so kurzer Zeit nicht mehr versammelt werden, um hierüber zu beschließen."

Am Morgen des 10. November fand sich der oppositionelle Theil der National-Versammlung — die Königliche Botschaft, so wie den Tags zuvor noch besonders erhobenen Protest der Krone unberücksichtigt lassend — schon sehr früh im Schauspielhause ein. Die zu ihrem Schutze außerhalb desselben bereits aufgestellten vier Bürgerwehr-Bataillone — die Schützengilde innerhalb desselben hatte sich, wie wir wissen, mit dem Rumpf der Versammlung in Permanenz erklärt — waren schon um 5 Uhr allarmirt worden. Sie blieben während des Vormittags auf ihren Posten und wurden im Laufe des Nachmittags wiederum durch eine gleiche Zahl abgelöst.

Um 9 Uhr erhielt das Bürgerwehr-Kommando seitens der Kommandantur die amtliche Benachrichtigung, daß der größere Theil der um Berlin kantonnirenden Truppen gegen Mittag in die Stadt einrücken werde, und daß auf Befehl des Ober-Befehlshabers in den Marken, Generals v. Wrangel, mehrere Wachen, darunter die Königswache, der Unterbaum, die Brandenburger, Potsdamer und Anhalter Thorwache, an das Militär abzugeben seien. Die Schloßwache solle der Bürgerwehr noch verbleiben; die westliche Seite des Schlosses das Militär, die östliche die Bürgerwehr besetzen. Von Seiten des Bürgerwehr-Kommandos wurde gegen das Ueberlassen dieser Wachen Protest erhoben, jedoch mit dem Bemerken, daß man der Uebermacht weichen und das Verlassen der Wachen mit Ordnung erfolgen würde.

Um 10 Uhr fand eine Versammlung der Majore und Führer der fliegenden Korps statt. In derselben wurde zunächst die Form besprochen, in welcher man bei Ablösung der Wachen verfahren wolle, damit auch selbst bei den kleinsten Unterabtheilungen der Bürgerwehr jeder Zwiespalt mit den Truppen vermieden würde. Dann kam man überein, folgende Bekanntmachung zu erlassen, welche sofort durch öffentlichen Anschlag verbreitet wurde:

Digitized by Google

Im Einverständniß mit der hohen National-Versammlung, die unter allen Umständen die Provokation zu einem Bürgerkriege vermieden wissen will, hat das unterzeichnete Kommando, die Majore der Bürgerwehr und Führer der fliegenden Korps beschlossen, der in unsere Stadt einrückenden Militärmacht sich nicht gewaltsam entgegenzustellen. Sie fordern das Volk von Berlin, welches ihnen so viele Beweise seines Vertrauens gegeben, auf, in eben dieser Weise zu verfahren. Dieser friedliche Widerstand gegen eine widerrechtliche Uebermacht wird endlich der Sache der Freiheit zum endlichen und gewissen Siege verhelfen. In diesem Sinne beschwören sie ihre Mitbürger, auch diesmal mit der Bürgerwehr Hand in Hand zu gehen.

Berlin, den 10. November 1848.

Der Kommandeur der Berliner Bürgerwehr.
Rimpler

und die sämmtlichen Majore der Bürgerwehr und Kommandeure der fliegenden Korps:

Pahl, Simon, Moldenhauer, Horn, Reuter, Oestmann, Hehlen, Wichert, Danz, Stobwasser, v. Herford, Mundt, Thiele, Habel, Weidle, Borsig, Müller, v. Gärtner, Benda, Schmalhausen, Rippberger, Deutschmann, Rieß, Todt, Fischer.

Endlich wurde der Antrag gestellt, „die Bürgerwehr in ihren Revieren zusammenzuziehen, um jeder Unordnung und einem möglicherweise entstehenden Barrikadenbau entgegen zu wirken." Dieser Antrag fand indeß Gegner, welche anführten, daß sich Viele in der Bürgerwehr befänden, deren Leidenschaften gerade durch ein bewaffnetes Auftreten, dem Militär gegenüber, gereizt werden könnten, ging jedoch zuletzt mit Majorität durch.

Das Gebahren der Bürgerwehr und deren höchsten Spitzen auch bei dieser Gelegenheit läßt ihre Stellung zur Sache im rechten Lichte erscheinen. Von allem Anderen abgesehen, würde schon eine Thatsache genügen, ihren revolutionären Charakter zu kennzeichnen, die, daß deren Führer die zur Wiederherstellung des gesunkenen staatlichen Ansehens, welches die Bürgerwehr eingestandenermaßen theils zu wahren außer Stande gewesen, theils zu wahren nicht gewillt war, einrückenden Truppen — eine widerrechtliche Uebermacht nennen. Das wäre zu verstehen, wenn es damals Waldeck, Jacoby oder einer ihrer Satelliten gesagt hätte, wenn es heute ein Demokrat gleicher Observanz sagte. Von einer zum Schutze der gesetzlichen Ordnung mitberufenen, nach ihrer eigenen Meinung sogar in erster Linie berufenen bewaffneten Körperschaft aber ist es unfaßbar. Es war eben der Ausdruck der revolutionären Auflehnung dieser bewaffneten Körperschaft gegen die gesetzlich bestehende Staatsgewalt. Natürlich ist es allerdings, daß dieses Institut soweit kommen konnte. Die Bürgerwehr war vollständig zur Kreatur der damaligen demokratischen Parlamentsmehrheit hinabgesunken. Sie war eben — das Volk in Waffen im Sinne der Revolution! —

Gleichzeitig mit der Vertagung der sogenannten National-Versammlung und der Verlegung des Sitzes derselben nach Brandenburg a./H. war seitens

Digitized by Google

des neuen Ministeriums der Beschluß gefaßt worden, zur Ausführung der demselben zufallenden Aufgaben genügende Truppen nach Berlin zu verlegen und dort den Belagerungszustand zu proklamiren.

Mit Ausführung dieser Maßregeln wurde der Oberbefehlshaber in den Marken, General v. Wrangel, betraut. Er erließ dementsprechend am 9. November folgenden Armee-Befehl:

Auf Befehl des Staatsministeriums rücken morgen Nachmittag 2 Uhr folgende Truppen in Berlin ein:

1. durch das Hallesche Thor:

6 Bataillone der 2. Garde-Infanterie-Brigade,
die reitende Batterie No. 11,
die 6pfündigen Fuß-Batterien No. 18 und 19;

2. durch das Brandenburger Thor:

3 Bataillone des 2. Garde-Regiments z. F.,
die 3. Jäger-Abtheilung,
die 12pfündigen Garde-Batterien No. 1 und 2,
die 6pfündigen Fuß-Batterien Nr. 1 und 2;

3. durch das Oranienburger Thor:

das 1. Bataillon des 12. Infanterie-Regiments,
das Füsilier-Bataillon des 31. Infanterie-Regiments,
die reitende Garde-Batterie No. 3;

4. durch das Prenzlauer Thor:

2 Bataillone des 2. Infanterie- (Königs-) Regiments,
die reitende Garde-Batterie No. 2;

5. durch das Frankfurter Thor:

das Füsilier-Bataillon des 10. Infanterie-Regiments,
die reitende Garde-Batterie No. 1.

Die Kolonne ad 1 werde ich selbst in die Stadt führen, alle anderen marschiren zur befohlenen Zeit ohne Weiteres ein.

Das 2. Garde-Regiment nach dem Schloßplatz, die Infanterie ad 3 nach dem Monbijou-Platz, die Infanterie ad 4 und 5 nach dem Alexander-Platz, wo sie in die Quartiere einrücken.

Die Garde-Artillerie marschirt nach ihren Ställen. Die Quartiermacher sind morgen so früh als möglich nach dem Rathhause in Berlin zu senden, wo sie sich bei dem Hauptmann v. Fransecky vom Generalstabe zu melden haben.

Gewehre und Geschütze sind beim Einmarsch nicht geladen, der Anzug ist der gewöhnliche Marschanzug.

Mein Hauptquartier ist im Königlichen Schloß, wo morgen Nachmittag 5 Uhr der Befehl zum folgenden Tage ausgegeben werden wird.

Charlottenburg, den 9. November 1848.

v. Wrangel.

Digitized by Google

General v. Wrangel hoffte, im Hinblick namentlich auf die erst jüngst, gelegentlich der großen Parade, gemachten Erfahrungen, seine Aufgaben ohne Blutvergießen erfüllen zu können und behandelte deshalb das Einrücken seiner Armee wie ein gewöhnliches Ereigniß, welches voraussichtlich keinen Widerstand erfahren werde. Wäre wider Erwarten, durch die Leidenschaft Einzelner veranlaßt, dennoch ein Kampf entbrannt, so war er fest entschlossen, von den Waffen energischen Gebrauch zu machen, d. h. jeden Aufruhr niederzuschlagen. Mit Rücksicht auf diese Möglichkeit erließ er noch am Morgen des 10. folgenden Befehl:

1. Obgleich die einrückenden Truppen im Allgemeinen einen friedlichen Empfang zu erwarten haben, so wäre es doch möglich, daß ihrem Einrücken an einigen Punkten Widerstand geleistet würde. Wo dieser Fall eintritt, haben die Truppen mit aller Ruhe und Mäßigung zu verfahren und eventuell jeden Widerstand mit der Gewalt der Waffen zu bekämpfen. Von jedem vorkommenden Falle dieser Art ist mir sofort Meldung zu machen.
2. Die Quartiere werden in den ersten Tagen viel zu wünschen übrig lassen; die Soldaten sind anzuweisen, sich mit dem zu begnügen, was geleistet wird, selbst wenn ihr Unterkommen nur ein Bivouak in der Stube, ihr Lager nur Stroh ist.
3. Die Soldaten sind vor jedem Exzeß zu warnen und müssen sämmtlich Abends 9 Uhr in ihren Quartieren sein.

Der Einmarsch erfolgte programmmäßig. Um 10 Uhr ritt General v. Wrangel von Charlottenburg nach dem Brandenburger Thor, von dort um die Stadt nach dem Kreuzberge, wo die Garde-Grenadier-Brigade ihr Rendezvous hatte, und zog an deren Spitze um 2 Uhr durch das Hallesche Thor in die Stadt. Der Marsch ging nach dem Gensdarmenmarkt, wo die Bataillone Kolonne formirten und Gewehre zusammensetzten. Die Artillerie hielt in der Mohren- und Markgrafen-Straße. Die Bürgerwehr stand längs der Charlotten-Straße und rings um das Schauspielhaus. Der General ritt einen Theil der Front entlang und grüßte die Bürgerwehr, welche den Gruß jedoch nicht erwiderte. In dem weiter entfernten Volkshaufen hörte man Zischen und Pfeifen.

Auf dem Wege vom Thore nach dem Platze hatte die Bevölkerung ein mürrisches Schweigen beobachtet. Freilich stand dieser Empfang in schneidendem Kontrast zu der Begrüßung der Truppen am 20. September bei der Parade, aber das machte den General keinen Augenblick irre. Es befanden sich jetzt eben ganz andere Elemente auf den Straßen als damals. „Die Unruhstifter sind sichtlich überrascht, die große Zahl der Friedliebenden fühlt, daß der Augenblick der Krisis gekommen, und scheut sich, ehe der Würfel der Entscheidung gefallen, vor jeder Aeußerung," so reflektirte er.

Nachdem General v. Wrangel zu den Truppen in der Mohren-Straße zurückgekehrt war, stieg er ab und setzte sich auf einen Stuhl, der

Digitized by Google

ihm aus einem Hause gebracht wurde. Bald erschien der Kommandeur der Bürgerwehr, mit unbedecktem Haupte, rechts von seinem Stabsschef Duncker, links von seinem Adjutanten geführt, und erklärte: „Die Bürgerwehr sei entschlossen, die Freiheit des Volkes, die Würde der National-Versammlung zu schützen, und sie würde nur der Gewalt weichen.“ Ruhig und freundlich erwiderte der General: „Sagen Sie Ihrer Bürgerwehr, die Gewalt wäre nun da, ich werde nun mit den Truppen für die Ordnung einstehen; die National-Versammlung wird binnen 15 Minuten den Sitzungssaal verlassen und dann wird auch die Bürgerwehr abziehen.“

Major Rimpler kehrte zur Bürgerwehr am Schauspielhause zurück. Noch war die bestimmte Zeit nicht abgelaufen, als die Abgeordneten paarweise die Freitreppe des Schauspielhauses hinabstiegen und, von Zurufen des Volkes begleitet, in Prozession nach der Tauben-Straße zogen und verschwanden. Ebenso schnell und spurlos verschwand die Bürgerwehr; wie durch einen Zauberschlag war die Charlotten-Straße und die Umgebung des Schauspielhauses leer geworden.

Diese den Wrangel'schen Aufzeichnungen entnommene Darstellung*) stimmt mit den Rimpler'schen nicht völlig überein. In letzterer heißt es wörtlich:**) „Als ich mit dem Stabe der Bürgerwehr dem General v. Wrangel entgegenging, mußte ich durch eine Volksmasse hindurch, die mich mit Hurrah empfing und von der mich ein Theil bis zum General geleitete. Hier entspann sich folgende Unterredung:

Ich: „Ew. Exzellenz, nach einer bereits beim Herrn General v. Thümen eingezogenen Erkundigung über den Grund des Aufmarsches der Truppen auf diesem Platze bin ich an Ew. Exzellenz gewiesen und ich erlaube mir daher die Frage, weshalb die Truppen hier aufgestellt sind?

v. Wrangel: „Meine Truppen wünschen in ihre Quartiere zu rücken; sie haben zum Theil weite Märsche gemacht und möchten gern ihre Angehörigen wiedersehen, die Väter wollen zu ihren Kindern, die Söhne zu ihren Eltern; sie kommen in der friedlichsten Absicht und möchten einen freundlichen Empfang haben. Hindern Sie sie nicht daran!“

Ich: „Ew. Exzellenz, ich wüßte nicht, daß die Bürgerwehr dem Marsch der Truppen irgend wie hinderlich wäre, sie hat sich nur wie gewöhnlich um das Schauspielhaus gestellt, um die National-Versammlung zu schützen.“

v. Wrangel: „Die schütze ich auch, ich werde sie schützen und sollte ich 8 Tage und 8 Nächte hier stehen bleiben; meine Truppen sind gewöhnt, Strapazen zu ertragen und werden bivouaquiren.“

Die letzten Worte des Generals wurden durch Geräusch der umgebenden Menge unterbrochen, welches sich immer stärker erhob, auf mein vielfaches Winken sich jedoch wieder legte. Hierauf fuhr der General fort:

---

*) Vergl. Graf v. Wrangel, Königlich preußischer General-Feldmarschall (1875), (Verfasser Oberst Baron F. v. Meerheimb), S. 151/52.

**) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 92 ꝛc.

Digitized by Google

„Gewiß sind wir in der friedlichsten Absicht hier, wir wollen nur Ruhe und Ordnung, wir wollen, daß das Gesetz aufrecht erhalten werde, das wollen Sie auch, und ich reiche Ihnen deshalb die Hand, wir wollen in Eintracht miteinander gehen."

Der General reichte mir die Hand und ich erwiderte:

„Daß ich mit Freuden diese Hand ergriffe und die Versicherung geben könne, daß von Seiten der Bürgerwehr diese Eintracht durch Nichts gestört werden würde."

Hiernach sprach der General noch einige Worte der Beruhigung zu der ihn umgebenden unruhigen Menge, dann wendete er sich mit den Worten zu mir — „daß er seine Truppen hier stehen lassen werde."

„„Aber Exzellenz, endlich muß doch einmal diese Aufstellung aufhören, und ich erlaube mir, zu fragen, wann dies der Fall sein wird?""

„Sobald die National-Versammlung auseinandergegangen ist."

Ein lautes Ah! ertönte von der ganzen Umgebung, ich entfernte mich und machte dem Präsidenten v. Unruh Mittheilung von dem Gehörten, der es der Versammlung vortrug. Hierauf übergab mir der Präsident v. Unruh ein Schreiben, in welchem er dem General v. Wrangel für seinen Schutz dankte und erklärte, „daß die Versammlung keinen anderen Schutz verlange, als den der Bürgerwehr." Diesem Briefe fügte ich einen zweiten bei mit der Frage, „ob der Herr General der Versammlung den Ein- und Austritt ins Schauspielhaus gestatten werde?"

Mit beiden Briefen wurde Hauptmann Duncker zum kommandirenden General gesandt. Inzwischen war bereits die Abenddämmerung eingebrochen, in welcher man schlimmen Exzessen entgegensehen konnte, da schon ein gemischtes Publikum auftrat und kleine Aufregungen stattfanden. Herr Duncker wandte sich zu dem General mit den Worten: „Ich bin beauftragt zwei Briefe zu überreichen, einer von dem Präsidenten der National-Versammlung — — — v. Wrangel (unterbrechend und mit der Hand abweisend): „Ich kenne hier keinen Präsidenten der National-Versammlung, ich kenne hier auch keine National-Versammlung mehr, diese ist aufgelöst!" Ein in der Nähe haltender Adjutant flüsterte dem General einige Worte zu, worauf er verbesserte: „Diese ist vertagt und nach Brandenburg verlegt."

Duncker: „Es ist hier noch ein Brief des Kommandeurs der Bürgerwehr."

v. Wrangel: „Lesen Sie vor, ich kann in der Dunkelheit nicht mehr sehen."

Als dies geschehen: „Das Militär wird unter keinen Umständen zurückgezogen; ungestört kommt ein Jeder aus dem Schauspielhause heraus, aber Niemand von den Abgeordneten darf wieder hinein. Sobald der Letzte heraus ist, lasse ich das Haus zuschließen, das sagen Sie dem Kommandeur der Bürgerwehr."

Da nun nach der Meinung des Präsidenten v. Unruh die Gewalt gegen die National-Versammlung konstatirt war, so forderte er mich auf,

Digitized by Google

die Bürgerwehr abmarschiren zu lassen; hierauf erwiderte ich, „daß sowohl die Ehre der Bürgerwehr, als das im Schreiben des Präsidenten ausgesprochene Begehren des Schutzes derselben gebiete, daß die Bürgerwehr sich nicht ohne die National-Versammlung entferne, und daß sie erst, wenn die Versammlung das Haus verlassen habe, abmarschiren würde."

Nachdem der Präsident im Namen der Versammlung folgende Erklärung abgegeben hatte: „Die National-Versammlung protestirt gegen die gegen sie angewendete militärische Gewalt und erklärt, daß sie nur in Folge der Anwendung dieser Gewalt den Sitzungssaal verlasse," geschah dies in folgender Weise:

Die Schützengilde hatte beim Eingang in die Tauben-Straße ein Spalier gebildet, durch welches die National-Versammlung durchging. Beim Erscheinen des Präsidenten wurde präsentirt, der Präsident nahm meinen Arm, und, gefolgt von der Versammlung, begleitet von dem Hurrah der umstehenden dichten Volksmenge und der Bürgerwehr, welche ihre Hüte auf die Bajonette gesteckt, gingen wir der Jäger-Straße zu. Beim Zentralbüreau hatte sich der Handwerker-Verein aufgestellt und machte beim Erscheinen des Präsidenten die Honneurs. Ich hatte schon vorher dem Kommandirenden beim Schauspielhause den Auftrag ertheilt, gleich nach der Entfernung der National-Versammlung die Bürgerwehr-Bataillone einzeln nach Hause zu entlassen, begab mich aber nochmals nach dem Schauspielhause, um zu sehen, ob dieser Befehl in Ausführung gebracht, und sah noch die letzten Bataillone unter dem Hurrah der Menge abmarschiren.

Bei meiner Rückkunft, kurz nach 6 Uhr Abends, erhielt ich ein Schreiben des Ministers v. Manteuffel, in welchem er nach dem Grunde fragte, aus welchem die Bürgerwehr ihre Position am Schauspielhause ungeachtet des Auftretens des Militärs nicht aufgegeben habe, und machte mich ausdrücklich für jeden möglicherweise dadurch herbeigeführten Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und Militär und dessen Folgen verantwortlich. Dieser Brief war durch den Abmarsch der Bürgerwehr erledigt. Ebenso ging ein zweites Schreiben als Antwort auf den wegen Besetzung der Wachen erlassenen Protest ein, in welchem die Minister des Innern und des Krieges, der Kommandantur zur Mittheilung an das Kommando der Bürgerwehr aussprachen, „daß durch den § 68 des Bürgerwehrgesetzes vom 17. Oktober der Bürgerwehr ein Exklusivrecht auf Besetzung der Wachen keineswegs beigelegt werde, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen, nachdem die Bürgerwehr den Requisitionen der Staatsverwaltung die Folge versagt habe, auf den erhobenen Protest keine Rücksicht genommen werden könne, das Kommando der Bürgerwehr aber für alle Folgen verantwortlich gemacht werden müsse, die aus einem hieraus entstehenden Konflikte etwa hervorgehen möchten."

. . . Die Büreaux der National-Versammlung im Schauspielhause waren durch 10 Mann des 8. Bataillons, unter Zugführer Lederhändler Wilcke, während der Nacht besetzt geblieben, aber auch dieser Posten wurde gegen Morgen von einer Kompagnie des 24. Regiments verdrängt. Gegen 3 Uhr Morgens rückte diese über das Theater in den Sitzungssaal, und

Digitized by Google

der Offizier erklärte, daß er Befehl habe, das Gebäude zu besetzen und die darin Befindlichen zu entfernen. Er werde gezwungen sein, im Falle des Widerstandes Gewalt zu brauchen. Da die Bürgerwehr Befehl hatte, sich in einen Kampf nicht einzulassen, so wurde über die Erklärung des Offiziers ein Protokoll aufgenommen und der Saal geräumt."

Soweit der Bericht. Ohne die Glaubenswürdigkeit Rimpler's irgendwie bezweifeln zu wollen, erscheint uns doch Vieles in seiner Darstellung unwahrscheinlich, vor Allem aber der Hergang seiner Unterredung mit General v. Wrangel.

Am 12. November erfolgte die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin. Der Oberbefehlshaber in den Marken verordnete demgemäß für Berlin und dessen Umkreis von zwei Meilen Folgendes:

1. Alle Klubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen.
2. Bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20, bei Nacht von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden.
3. Alle Wirthshäuser sind 10 Uhr Abends zu schließen.
4. Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden, wenn das hiesige Polizei-Präsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat.
5. Alle Fremden, welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht legitimiren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen.
6. Fremden, welche bewaffnet ankommen, sind von den Wachen die Waffen wegzunehmen.
7. Die Bürgerwehr ist nach der Königlichen Bestimmung vom 11. d. M., vorbehaltlich ihrer Reorganisation, aufgelöst.
8. Während des Belagerungszustandes dürfen Zivilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder dem Polizei-Präsidenten ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreffen läßt, ohne eine solche Erlaubniß erhalten zu haben, wird sofort entwaffnet.
9. Die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausführung der bei ihnen zu treffenden Maßregeln, insofern sie den vorstehenden Bestimmungen entsprechen, von mir aufs Kräftigste unterstützt werden.
10. Die Stadt haftet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht, am öffentlichen oder Privat-Eigenthum verübt wird.
11. Der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, der Königlichen und Privat-Arbeiter, des Handels und der Gewerbe, wird durch Erklärung des Belagerungszustandes nicht weiter beschränkt.

v. Wrangel.

Die angezogene „Königliche Verodnung, betreffend die Auflösung der Berliner Bürgerwehr" lautete:

Digitized by Google

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden
König von Preußen ꝛc.

Nachdem Wir die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. d. H. angeordnet, hat ein Theil dieser Versammlung, dieser Anordnung zuwider, in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Kommandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staats-Regierung gegen dieses gesetzwidrige Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihre ungesetzlichen und wirkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der National-Versammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr Wir es nun beklagen, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den Uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln voranschreiten zu müssen, so sind Wir dennoch verpflichtet, einem solchen, die Ordnung gefährdendem Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf den Antrag Unseres Staats-Ministerii und in Gemäßheit des §. 3 des Gesetzes über Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J., welcher lautet:

„Durch Königliche Verordnung kann aus wichtigen, in der Auflösungs-Ordre anzugebenden Gründen die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden.

Die Dienstenthebung darf nicht länger als sechs Monate dauern. Im Fall einer Auflösung muß die Verordnung wegen der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen drei Monate erfolgen"

was folgt:

Die Bürgerwehr der Stadt Berlin ist hiermit aufgelöst, und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben Sanssouci, den 11. November 1848.

**Friedrich Wilhelm.**

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha.
v. Manteuffel.

Diese Ordre war dem Bürgerwehr-Kommando am Nachmittage des 11. November publizirt worden. Angesichts derselben legte Rimpler sein Amt nieder und entließ gleichzeitig, auf dessen Wunsch, seinen Stab. Die Entwaffnung erfolgte, trotzdem die Kompagnien beschlossen hatten, die Gewehre nicht abzugeben, sondern sie sich abholen zu lassen, ohne Widerstand gegen die gesetzlich hiermit betrauten Organe. Viele hielten dieselben allerdings versteckt — die Meisten wohl nur aus Furcht vor demokratischen Drohungen — so daß sie bei den Haussuchungen nicht aufgefunden werden konnten. In anderen Fällen zeigten die Frauen der Bürger selbst den Ort, wo die Waffen verborgen waren. Der friedliche Erwerb des Mannes und das häusliche Glück hatten lange genug durch das aufregende und demoralisirende Soldatenspielen gelitten. Wenn Rimpler zu Ende seines Be-



Digitized by Google

richts sagt*): „Obwohl schon am Abend in den Straßen der Stadt eine unheimliche Stille herrschte, so war doch diese Nacht vielleicht eine der unruhigsten, welche Berlin seit dem 20. März erlebt hatte. Die Bürgerwehr-Kompagnien und Bataillone befanden sich in ihren Vereinen und entschlossen sich im ersten Grimme zu kämpfen, und nur der Besonnenheit einzelner Führer ist es zu danken, daß dieser Entschluß nicht zur Ausführung kam," so ist das doch wohl sehr cum grano salis zu nehmen und augenscheinlich mehr mit dem Bedürfniß zu erklären, jenem Bericht — wir möchten sagen — einen martialischen Schluß zu geben, als ernsthaft aufzufassen. Es ist doch in der That mehr als naiv, daß die Bürgerwehr, nachdem sie während ihres achtmonatlichen Bestehens nicht einmal des Pöbels Herr zu werden vermocht hatte, nun plötzlich mit der Armee zu „kämpfen" unternehmen wollte. Oder beabsichtigte sie etwa, sich nun dem Pöbel in die Arme zu werfen, mit ihm und der in Berlin zurückgebliebenen frondirenden Mehrheit der sogenannten National-Versammlung, ihrem Schützlinge, gemeinsame Sache zu machen und die Jacoby'sche „zweite Revolution" zu inszeniren? —

Die oppositionelle Mehrheit der National-Versammlung hatte sich, wie schon erwähnt, bemüht, unter Unruh's Vorsitz ihre Berathungen zunächst im Schauspielhause fortzusetzen. „Wahrscheinlich," sagt Brandt, „daß die Linke in der Erinnerung an die Verlegung der gesetzgebenden Körper nach St. Cloud und den 18. Brumaire Herrn v. Unruh bewogen, einen fruchtlosen und ungesetzlichen Kampf zu verlängern." Nachdem sie, um in ihrer Sprache zu reden, „der Gewalt gewichen," versuchte sie es u. A., erst im Cöllnischen Rathhause, dann im Schützenhause auf der Linien-Straße zu tagen, wurde jedoch durch Einschreiten des Militärs an ihrem revolutionären Treiben, als souveräne Gewalt über die Rechte der Krone entscheiden zu wollen, verhindert. Von Ort zu Ort gedrängt, ließ sich dieselbe, nachdem sie die auf Grund einer klaren gesetzlichen Bestimmung ausgesprochene Auflösung der Berliner Bürgerwehr für eine ungesetzliche Maßregel erklärt und dadurch letztere zum Widerstand gegen jene Anordnung der Krone aufgereizt, verleiten, durch eine an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der gesetzlichen Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staatsverband dem Umsturze preiszugeben. Hatte dieser Beschluß im Lande nun auch eine ganz andere Wirkung — die entgegengesetzte zwar — als die erhoffte, das Verbrecherische der Absicht bleibt dennoch bestehen.

Drastischer als die wenige Tage nach Verhängung des Belagerungszustandes seitens des Magistrats von Berlin an die Einwohnerschaft gerichtete Ansprache dies thut, kann die Lage, in welche die Landeshauptstadt durch eigenes Verschulden gerathen war, kaum gekennzeichnet, besser können die Maßregeln, welche die Regierung im Interesse Berlins, wie des Landes ergriffen hatte, kaum motivirt werden. Das betreffende Dokument ist ein klassischer Beitrag zur Geschichte jener Zeit, der ja wohl selbst von den Ver-

*) Vergl. Rimpler, a. a. O., S. 97.

Digitized by Google

ehrern und Anbetern Waldeck's nicht wird perhorreszirt werden können. Es möge hier folgen:

An unsere Mitbürger!

Die Krisis, in welche die Entwickelung unserer öffentlichen Zustände seit dem 9. d. Mts. getreten ist, hat uns die unabweisbare Pflicht auferlegt, nach ernster, besonnener und gewissenhafter Erwägung der in Betracht kommenden rechtlichen Verhältnisse, sowie der Lage unseres Vaterlandes und des Zustandes unserer Stadt uns über den Standpunkt zu entscheiden, den wir nach Pflicht und Gewissen der Krone, dem Lande und unserer Stadt gegenüber einzunehmen hätten. Wir sind zu einer bestimmenden Ueberzeugung hierüber gekommen und haben ihr entsprechend gehandelt. Sie findet mehr und mehr in unserer einsichtsvollen Bürgerschaft ihre richtige Würdigung, und halten wir es daher jetzt, da die Aufregung des Augenblicks der vorurtheilsfreien Ueberlegung Raum gegeben hat, für unsere Pflicht, die Motive unseres Verhaltens unseren Mitbürgern offen zu legen.

Es ist unseren Mitbürgern bekannt, wie wir seit den Tagen des März das Erwachen unseres Volkes zur nationalen und politischen Mündigkeit mit Freude begrüßt haben; wie wir sodann zur Feststellung der errungenen Freiheiten und Rechte des Volkes durch unsere Mitwirkung in der Entwickelung des öffentlichen Lebens überhaupt und namentlich bei der Organisation der Bürgerwehr, sowie bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung an unserem Theile nach besten Kräften beigetragen und die schwere Aufgabe zu lösen gesucht haben, in der Zeit allgemeiner Geschäftslosigkeit unseren ärmeren Mitbürgern besondere Arbeit zu verschaffen. Wir durften hoffen, daß sobald in der Vertretung des Landes dem Nationalwillen sein Organ gegeben wäre, die Wogen der Revolution sich legen, der Friede und die Ordnung in unser Vaterland wiedereinkehren und die in ihrem Zufluß gehemmten Quellen der bürgerlichen Nahrung und des Wohlstandes sich wieder öffnen würden. Wir hofften, daß die Vertreter des Landes die neuen Prinzipien unseres sozialen Lebens in weisen Gesetzen ausprägen und Preußen so zum zweiten Male der Welt das große Schauspiel eines aus der sittlichen Erhebung der Nation hervorgegangenen Wiedergeburt geben würde. Unsere Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Nach den welterschütternden Ereignissen, die wir erlebt haben, konnten wir freilich nicht sofort die Ruhe in den Gemüthern und die Ordnung in den öffentlichen Zuständen erwarten, welche nur aus der Befriedigung der Bedürfnisse der Nation durch die vereinten patriotischen Bestrebungen der Vertreter des Volks und der Regierung hervorgehen können. Aber das durften gewiß alle Edeldenkenden im deutschen Vaterlande mit uns erwarten und verlangen, daß die Bewegungen, welche nothwendig die neue Gestaltung unserer staatlichen Verhältnisse begleiten müssen, sich innerhalb der Schranken hielten, welche überhaupt einen staatlichen Zusammenhalt und eine bürgerliche Ordnung möglich machen; daß sie die unverwandelbaren Grundsätze der Gerechtigkeit und Sittlichkeit nicht gänzlich verließen und die Freiheit, welche ihr Endziel sein soll, nicht in ihrer Wurzel vernichteten. Ueber diese nothwendigen Schranken hat sich aber eine anarchische Fraktion in Deutschland und in Preußen hinweggesetzt.

Wie wohl bei weitem die Mehrheit der Nation in der konstitutionellen Monarchie die einzige Gewähr für das Bestehen und die Wohlfahrt unseres



Digitized by Google

Vaterlandes, sowie für die Freiheit Aller erkennt, will diese Fraktion dennoch, theils aus Verblendung, theils aus selbstsüchtigen Zwecken, der Nation die Republik aufzwingen und schreckt, um diesen Zweck zu erreichen, vor keinem Mittel der List und der rohen Gewalt zurück. Zu diesem Ende suchte sie mit rücksichtsloser Konsequenz Preußens Macht, die Hauptstütze Deutschlands, zu brechen und zu vernichten. Unter dem gleißnerischen Vorgeben einer Verbrüderung mit dem Volke sollte unser durch Disziplin und Tapferkeit ausgezeichnetes Heer seinen Führern ungetreu gemacht und demoralisirt werden. Jeder Zwischenfall wurde benutzt, die Gesetzgebung zu verzögern, die Regierung zu schwächen, die Bevölkerung in Unruhe zu versetzen und zu empören. In Baden, Köln, Frankfurt sehen wir den offenen Aufruhr, in Begleitung von Meuchelmord mit Greuelsszenen. Männer, welche ihren Abscheu vor diesen Greueln offen aussprechen und ihre warnende Stimme erhoben, wurden als bornirte Moralisten der Verachtung der Menge Preis gegeben, und man scheute sich nicht, in Volksversammlungen öffentlich zu erklären, daß die Rotte, welche in Frankfurt den deutschen Namen und das deutsche Volk in seinen Vertretern geschändet, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Von den Vertretern der deutschen Nation in Frankfurt verworfen, glaubte diese Fraktion den geeignetsten Boden ihres ferneren Wirkens in Berlin zu finden. Leider konnte der äußere Anblick unserer Stadt einen solchen Wahn wohl möglich machen. Die preußische National-Versammlung hatte es nicht als ihre erste und dringendste Aufgabe erkannt, das Grundgesetz des Landes mit der Krone festzustellen, um der unheilvollen Unsicherheit aller Lebensverhältnisse schleunigst ein Ende zu machen. Sie nahm nicht darauf Bedacht, die durch die Erschütterung der obersten Staatsgewalt wankend gewordene gesetzliche Ordnung zu stärken. Die Unordnung stieg vielmehr, indem man sie ruhig gewähren ließ. Die Regierungsgewalt wurde geschwächt durch Eingriffe in Funktionen, welche nur der ausübenden Gewalt zustehen. Ja, so wenig hatte die Erkenntniß, daß ohne Ordnung keine Freiheit möglich sei, die National-Versammlung durchdrungen, daß sie es nicht einmal der Mühe werth erachtete, Vorkehrungen zu treffen, um ihre Mitglieder vor brutaler Gewalt und die Freiheit ihrer Berathungen zu schützen. Die Folge dieses Verhaltens war natürlich, daß die Begriffe von Recht und Ordnung im Volke immer mehr verwirrt und das Gefühl für Gesittung abgestumpft wurde. Angesichts der Denkmale hoher menschlicher Bildung mußten wir in Berlin Szenen der Barbarei erleben, die noch vor wenigen Monaten für unmöglich gehalten waren. Mit Mühe gelang es den redlichen aufopfernden Anstrengungen unserer Bürgerwehr, die letzten Spitzen der Exzesse abzubrechen, welche das allgemeine Wohl bedrohten. Verhüten konnte sie deren immer öftere Wiederholung nicht, da die geschwächte Regierungsgewalt dem Gesetze keine Achtung mehr verschaffen konnte. Vier Ministerien hatten es versucht, das Staatsschiff durch die Stürme zu lenken, welche keine äußere Macht oder Gewalt, nein, das Volk selbst zu seinem eigenen Untergange heraufbeschworen hatte. Sie vermochten es nicht, weil sie von der National-Versammlung nicht unterstützt wurden. Diese hielt es nicht für ihre Pflicht, ganz abgesehen von unserer konstitutionellen und legislatorischen Entwickelung, die Staatsgewalt so zu stärken, daß dem Gesetze wieder seine Achtung wurde. Sie stellte sich unter den Schutz der das Sitzungslokal belagernden Massen, denen sie den Ehrennamen Volk beilegte, und aus ihrer Mitte

Digitized by Google

heraus wurden sogar Verbindungen mit denselben unterhalten. Sie gab dadurch sich und die Regierung dem Einfluß und dem Terrorismus Derer Preis, welche jene Massen regierten. So geschah es, daß in der Hauptstadt des preußischen Staats, in dem Mittelpunkte unserer Bildung, wir einer Gesetz- und Zügellosigkeit zu unterliegen schienen, welche nicht nur ein Hohn der Freiheit war, deren wir uns rühmten, welche auch den preußischen Staat, das Werk der edelsten norddeutschen Volksstämme und ihrer größten Fürsten, die Schutzmauer Deutschlands nach Nord, Ost und West, die Pflegerin deutscher Gesittung und Größe, in den Grundpfeilern erschütterte und dem sicheren Untergange entgegenführte. Wir standen am Rande des Verderbens. Da war es die heilige Pflicht Derer, in deren Hände die Geschicke unseres Landes in dieser verhängnißvollen Zeit gelegt sind, das Vaterland zu retten. Es gab dazu nur Ein Mittel: der National-Versammlung die Freiheit wieder zu geben, die sie unter den Einflüssen der eingerissenen Zügellosigkeit in der Hauptstadt verloren hatte, und unsere Stadt wiederum zum Bewußtsein der Oberherrschaft des Gesetzes zu bringen. Indem die Regierung dieses Mittel ergriff, war sie nicht nur in ihrem schwer zu bestreitenden formellen Rechte, sondern hatte auch das höhere Recht auf ihrer Seite, welches in ihrer heiligen Pflicht lag, das Vaterland aus der Gefahr zu retten, in welche die Anarchie es gestürzt hatte. Mit tiefem Schmerze empfinden wir die Strenge der Maßregeln, welche zur Rettung des Vaterlandes in unserer Stadt ergriffen werden mußten. Insbesondere betrübte es uns, durch die angeordnete Entwaffnung unserer Bürgerwehr Gefühle verletzt zu sehen, die wir nur als edle anerkennen konnten. Die Bürgerwehr verschuldete nicht, was Einzelnen in derselben oder ihrer Oberleitung zur Last gelegt werden konnte. Sie hatte stets mit Aufopferung von Gut und Blut dem Dienste unserer Stadt und des Vaterlandes sich gewidmet. Wir hielten es deshalb auch für unsere dringende Pflicht, Alles zu versuchen, um Maßnahmen abzuwenden, welche das wohlberechtigte Ehrgefühl unserer pflichtgetreuen Bürgerwehr verletzen konnten. Wir mußten indeß dem Drange der Umstände nachgeben und Trost in der Ueberzeugung finden, daß allerdings noch größere Gefahr für das Vaterland in halben Maßregeln lag, welche, ihres Zwecks verfehlend, den ganzen Staat vernichten konnten.

Aber noch tiefer mußten wir das Verhalten eines Theiles der National-Versammlung in der eingetretenen Krisis beklagen. Statt, wie es das Heil und die Rettung des Landes gebot, sich eben hierzu mit der Krone in das engste Einvernehmen zu setzen und den durch die Freiheit und Ordnung gesicherten, ersehnten Frieden dem Lande zu geben, sehen wir diese Fraktion unserer Volksvertreter, selbst die Fahnen der Gesetzlosigkeit erhebend, die Staatsgewalt an ihrem Theile vernichten, ja durch die ausgesprochene Steuerverweigerung die Fackel des Aufruhrs in das Land werfen.

Dieser Theil der National-Versammlung hat eben so sehr seine Stellung und seine Befugnisse als die Stimmung und den Willen des Landes verkannt. Er hat uns durch sein Verfahren an einen Abgrund geführt, vor dem wir und, wir sprechen es mit voller Zuversicht aus, alle edlen Preußen zurückschaudern. Die Bahn zum blutigen Bürgerkriege, die damit eröffnet ist, wird das Volk nicht betreten. Es wird nicht den Untergang Preußens und Deutschlands in dem Versuche wollen, eine Republik herzustellen, der es an sittlichen und politisch-sozialen Grundlagen fehlt, es wird den festen Willen nicht aufgeben, ein konstitutionelles Preußen aufzubauen, im engsten

Digitized by Google

Bunde mit Deutschland, gestützt auf die Entwickelung des deutschen Geistes und seine Zivilisation in einer ruhmreichen Geschichte von Jahrhunderten. Dies ist unsere Ueberzeugung. Mitbürger nah und fern, wir hoffen zuversichtlich auch die Eurige! Wir wollen freie Männer sein, wir wollen keines der Rechte, keine der Freiheiten uns verkümmern lassen, welche die unabweisbaren Forderungen unserer Zeit sind. In dem festen Glauben an die Macht der großen Ideen, welche unsere Zeit bewegen, halten wir jede Reaktion für unmöglich, wenn nicht schon die erneuten feierlichen Zusicherungen jede derartige Befürchtung abwiesen.

Aber wir wollen nicht die Greuel der Verwüstung, nicht die Herrschaft der rohen Gewalt, nicht den Untergang unseres edlen Volkes durch Selbstmord. Darum, Mitbürger, schaaren wir uns um den Einheitspunkt unseres Vaterlandes, den konstitutionellen Thron. Kräftigen wir unser Volk, indem wir die Krone kräftigen. Laßt den Frieden und die Einigkeit wieder einkehren in unser Land, den Frieden mit dem Königshause! — und die Liebe und das Vertrauen, welches wir zeigen, wird mächtiger sein, als alle Gewalten und uns mit Deutschland groß, frei und glücklich machen, wie wir es in dem Maße früher nie gewesen sind und in anderer Weise niemals werden können.

Berlin, den 21. November 1848.

Der Magistrat.

Am 27. November trat zwar ein Theil der National-Versammlung in Brandenburg zusammen, blieb indeß an diesem Tage sowohl, als dem nächstfolgenden beschlußunfähig. Als am 1. Dezember die Opposition in der Sitzung erschien und das Haus vorübergehend beschlußfähig machte, geschah dies nur aus dem Grunde, um gegen das Recht der Krone, die Versammlung nach eigenem Ermessen zu vertagen, verlegen oder auflösen zu dürfen, von Neuem Protest zu erheben. In dem Augenblick, als die Versammlung durch Wahl eines Präsidenten sich zu konstituiren Miene machte, verließ die Linke den Saal, so daß wiederum der alte Zustand eintrat. Dem gegenüber schritt die Krone am 5. Dezember zur Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufen gewesenen Versammlung. In der betreffenden Königlichen Verordnung wird als Grund dieser Maßregel ausdrücklich darauf hingewiesen, „daß das große Werk, zu welchem diese Versammlung berufen sei, mit derselben, ohne Verletzung der Würde der Krone und ohne Beeinträchtigung des davon unzertrennlichen Wohles des Landes, nicht länger fortgeführt werden könne."

Gleichzeitig hiermit erfolgte die Octroyirung der Verfassung vom 5. Dezember 1848. —

Digitized by Google

Da die revolutionären Elemente sich sehr wohl bewußt waren, daß jede gewaltsame Störung der Ordnung durch das Heer niedergeschlagen worden wäre, fanden dementsprechend neue Pöbelausschreitungen nicht statt. Dennoch konnte nach so langer und tief gehender Erregung erst allmählich eine Beruhigung der Gemüther eintreten. Selbst in den gut gesinnten Kreisen der Bevölkerung stiegen Zweifel auf, ob es dem Ministerium gelingen werde, die ihm gestellte Aufgabe zu lösen. General v. Wrangel war der Meinung und gab ihr lauten Ausdruck, das neue Ministerium müsse unter allen Umständen gehalten werden; der Rücktritt desselben würde für einen Beweis der Schwäche gelten und die kaum gebändigten Elemente der Revolution wieder entfesseln. Auf ihn richteten sich daher in den Tagen der eingetretenen Krise Aller Blicke, die der Einen hoffend und vertrauend, die der Andern fürchtend oder grollend. Er war die Stütze und der Halt Aller, die dem Könige Treue bewahrt hatten, denen das wahre Wohl des Vaterlandes am Herzen lag, der Schrecken aber der Verräther, der bewußten und unbewußten Zerstörer des Volksglücks.

Wie glänzend General v. Wrangel seine Aufgabe gelöst hat, steht auf den Ruhmesblättern der preußischen Geschichte verzeichnet. Sein Mittel zur Erreichung des ihm vor Augen schwebenden hohen Zieles aber war die unbedingte Zuverlässigkeit, die unverbrüchliche Treue des Heeres in allen seinen Faktoren, in der Linie wie der Landwehr, in allen seinen Gliedern, vom vornehmsten Führer herab bis zum letzten Rekruten.

Mit vollstem Rechte konnte der König daher beim Beginn des neuen Jahres in seinem berühmten Neujahrgruß an das Heer diesem zurufen:

> Ich wünsche Meinem herrlichen Kriegsheer, Linie und Landwehr, Glück zum neuen Jahre. Am Schluß des verhängnißvollen Jahres 1848 aber sage Ich dem Heere aus wahrestem Herzensbedürfniß anerkennende Worte für sein unvergleichliches Verhalten während desselben. In dem verflossenen Jahre, wo Preußen der Verführung und dem Hochverrathe ohne Gottes Hülfe erlegen wäre, hat Meine Armee ihren alten Ruhm bewährt und neuen geerndtet. König und Volk blicken mit Stolz auf die Söhne des Vaterlandes. Sie hielten ihre Treue, als Empörung die friedliche Entwickelung der freisinnigen Institutionen störte, denen Ich Mein Volk besonnen entgegenführen wollte. Sie schmückten ihre Fahnen mit neuen Lorbeeren, als Deutschland unserer Waffen in Schleswig bedurfte. Sie bestanden siegreich Mühseligkeiten und Gefahren, als im Großherzogtum Posen die Insurrektion zu bekämpfen war — ihre Mitwirkung zur Erhaltung der Ordnung in Süd-Deutschland erwarb dem preußischen Namen neue Anerkennung. — Als endlich im Vaterlande selbst die Gefährdung des Gesetzes das Einschreiten der bewaffneten Macht und das Zusammenziehen der Landwehr erheischte, verließen die wackeren Landwehrmänner freudig Haus und Hof, Weib und Kind, und alle, Linie und Landwehr, rechtfertigten Mein in sie gesetztes Vertrauen und die bewunderungswürdige Organisation, welche der Hochselige König Unserem Heere gegeben hat. — Ueberall hat die Armee ihre Pflicht gethan. Höher noch als diese Thaten schlage Ich aber die Haltung an, welche die Armee Monate hindurch bewährt hat, als sie abscheulichen Schmähungen,

Digitized by Google

Verleumdungen und Verdächtigungen ihren vortrefflichen Geist und edle Mannszucht rein und ungetrübt entgegenstellte. Ich kannte Meine Armee, wo Ich rief, stand sie bereit, in voller Treue, in voller Disziplin. Mehr hätten die Truppen in Preußens glorreichster Epoche nicht leisten können. Ich danke den Generalen, Offizieren und Soldaten des stehenden Heeres und der Landwehr in Meinem Namen und im Namen des Vaterlandes.

Potsdam, den 1. Januar 1849.

**Friedrich Wilhelm.**

Das war der Gruß des Königs an Sein Heer — das Volk in Waffen nach altpreußischer Tradition!

Druck von E. Buchbinder in Neu-Ruppin.

Digitized by Google

In **R. v. Decker's Verlag, G. Schenck,** Königlicher Hofbuchhändler in **Berlin** SW. sind ferner erschienen:

Das

# erste deutsche Parlament

und

# die Wehrfragen.

Unter Benutzung archivalischer Quellen

von

**Emil Knorr,**

Königl. Preuß. Oberstlieutenant z. D.

1887. 9⅝ Bogen gr. 8°. geheftet. 3,50 M.

---

v. d. Goltz, Freiherr, Königl. Preuß. Oberst-Lieutenant z. D. **Das Volk in Waffen.** Ein Buch über Heerwesen und Kriegführung unserer Zeit. Dritte Auflage. 1884. 28 Bogen gr. 8°. geheftet. 5 M.

do. do. eleg. gebd. 6,50 M.

do. do. **Offizierstand und Beamtenthum.** Eine Erwiderung auf die anonyme Schrift: Vorrechte der Offiziere im Staate und in der Gesellschaft. Zweite Auflage. (Unveränderter Abdruck.) 1884. 2⅛ Bogen gr. 8°. geheftet. 0,60 M.

do. do. **Suum cuique.** Erwiderung auf die Schrift: **„Die Offiziere" gegen Colmar Frh. v. d. Goltz und Gesinnungsgenossen.** 1885. 3⅛ Bogen 8°. geheftet. 0,75 M.

**Die verabschiedeten Offiziere der Preußisch-deutschen Armee.** Eine socialpolitische Studie von einem Standesgenossen. 1886. 1 Bogen. 8°. geheftet. 0,30 M.

**Die Zukunft des Offiziers.** Eine Studie über die Fürsorge des Staates für junge active und verabschiedete Offiziere. (C. v. R.) 1886. 1¾ Bogen 8°. geheftet. 0,50 M.

Vogt, Herrmann, Oberstlieutenant a. D. **Deutsches Heer- und Wehrbuch.** Zum Nachschlagen für Jung und Alt. Nach amtlichen Quellen zusammengestellt. 1886. 19 Bogen kl. 8°. elegant cartonnirt. 3 M.

---

Druck von E. Buchbinder in Neu-Ruppin.

Digitized by Google

JAN 1 1948
333477
Digitized by Google

Digitized by Google